Dienstag, 25. Juni 1985 - D * * *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64. 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 144 - 26. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 105 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

China: Wegen der abnehmenden Zuwachsrate bei der Bevölkerung will die Regierung von ihrer strengen Politik in der Familienplanung abrücken, die die Ein-Kind-Familie zum Ziel hatte.

Zypern: Bei den Parlamentswahlen in der „Türkischen Republik Nordzypern" schnitt die konservative „Nationale Einheitspartei" von Rauf Denktash am besten ab. Sie errang 24 der 50 Parlamentssitze. (S. 5)

Großbritannien: Eine Bombe, die in einem Londoner Hotel entdeckt worden war, konnte noch rechtzeitig entschärft werden. Die Polizei vermutet die IRA als Urheber des vereitelten Anschlags.

Spionage: Die sowjetische Botschaft in Mexiko ist nach Ansicht amerikanischer Regierungsbeamter das Zentrum für die Spionage in den USA. Sie soll außerdem als Kanal für den illegalen Versand fortgeschrittener Technologie in die kommunistische Welt dienen, schreibt die „New York Times".

Uganda: Eine Gruppe von 51 Bundestagsabgeordneten aller Parteien hat an Ugandas Präsidenten Obote appelliert, die politischen Gefangenen freizulassen und für frei Wahlen in diesem Jahr zu sorgen.

Umfrage: Nur 38 Prozent der baden-württembergischen Landtagsabgeordneten glauben ihren Verfassungsauftrag, die vollziehende Gewalt zu überwachen und lediglich dem eigenen Gewissen verantwortlich zu sein, ausreichend wahrnehmen zu können, ergab eine Umfrage der „überfraktionellen Initiativgruppe Parlamentsreform" (S. 4).

Neuwahl: Etwa 17 000 Aachener müssen möglicherweise ihre Stimmen für die Kommunalwahl erneut abgeben. Das Verwaltungsgericht Aachen hatte einer Klage der SPD gegen die Gültigkeit des Ergebnisses vom 30. September 1984 wegen unklarer Stimmzettel stattgegeben.

Medien: Gegen die Pläne des Bundesschatzmeisters, Anteile der im Besitz der SPD befindlichen Zeitungen „Neue Presse" (Cburg) und „Frankenpost" (Hof) zu verkaufen, hat sich die bayerische SPD gewandt. Die Verkaufspläne seien wirtschaftspolitisch unvernünftig und medienpolitisch verfehlt.

Diäten: Als zweites Landesparlament nach Hessen wird der Rheinland-Pfälzische Landtag seinen Abgeordneten ein „13. Monatsgehalt" zahlen. Die Regelung wird stufenweise eingeführt.

ZITAT DES TAGES



❞ Wenn die Bundesregierung wirklich über Südwestafrika besorgt ist, dann kann sie das beweisen, indem sie schon vor der Unabhängigkeit unseres Landes Hilfe leistet. ❞

David Bezuidenhout, der Vorsitzende der neuen Übergangsregierung in Namibia, zur Weigerung Bonns, seine Regierung anzuerkennen. FOTO: POLY PRESS

WIRTSCHAFT

Energie: Bis zum Jahr 2000 wird es in der Bundesrepublik keinen nennenswerten Anstieg des Primärenergieverbrauchs geben, selbst wenn aufgrund der weltweiten konjunkturellen Erholung der Energieverbrauch wieder angestiegen sei, erklärte Wirtschaftsminister Martin Bangemann auf der 16. Weltgaskonferenz in München. (S. 9)

Großbritannien: Die Wachstumsaussichten für die britische Wirtschaft sind so gut wie seit vielen Jahren nicht mehr. Der britische Industrieverband CBI geht von einem Wirtschaftswachstum für dieses Jahr von vier Prozent aus. (S. 9)

Zölle: Als Gegenmaßnahme für die Anhebung der Importsteuern für Teigwaren in den USA hat die EG-Kommission den Mitgliedsländern vorgeschlagen, die Einfuhrzölle auf amerikanische Nüsse auf 30 Prozent und auf Zitronen auf 20 Prozent zu erhöhen.

Börse: Nach den Rekordkursen der Vorwoche böckelten die Notierungen im Börsenverlauf leicht ab. WELT-Aktienindex 200,9 (200,7). Am Rentenmarkt veränderten sich die Kurse kaum. BHF-Index 103,095 (103,093). Performance-Index 103,767 (103,736). Dollar-Mittelkurs 3,0730 (3,0844) Mark. Goldpreis je Feinunze 314,65 (313,45) Dollar.

KULTUR

Videoclips: Die Veränderung der Filmsprache durch die dreiminütigen Kurzvorführungen, die in anderen Ländern schon zahlreiche Lebensbereiche durchziehen, wird in der Bundesrepublik erst langsam erkannt. Beim Filmfest in München wurde den Musikvideos jetzt erstmals eine eigene Sektion eingeräumt. (S. 19)

Malerei: Insgesamt 21 Selbstporträts fertigte Albert Weisgerber an, fünf gelten als verloren. In der Ludwigshafener Ausstellung „Selbstbildnisse, Familie, Freunde" anläßlich seines 70. Todesjahres wird jetzt erstmals ein Selbstbildnis von 1912/13 gezeigt, das im vergangenen Jahr wieder aufgetaucht war. (S. 19)

SPORT

Tennis: Fünf Prozent ihrer Preisgelder wollen die Stars von Wimbledon der Afrika-Hungerhilfe zur Verfügung stellen. Von den Teilnehmern haben bisher 70 Spieler eine freiwillige Verpflichtung unterschrieben. (S. 6)

Fußball: Die Berufungsanträge von Juventus Turin und dem FC Liverpool gegen die Sanktionen des Europäischen Fußball-Verbandes (UEFA) wegen der Krawalle beim Cupfinale in Brüssel werden heute in Bern behandelt.

AUS ALLER WELT

Absturz: Alle 15 Passagiere und beide Besatzungsmitglieder sind beim Absturz eines brasilianischen Flugzeugs in Diamantina ums Leben gekommen. Das Unglück ereignete sich, als der Pilot aus bisher ungeklärten Gründen auf einem privaten Flugplatz notlanden wollte.

Parkuhr: Mehr als die Hälfte der 55 600 Parkuhren in Paris werden im Ferienmonat August stillgelegt, da das Verkehrsaufkommen in dieser Zeit erfahrungsgemäß um etwa 30 Prozent zurückgeht.

Wetter: Heiter bis wolkig, zeitweise Regen. 15 bis 20 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Sicherheitslücken? Strengere Kontrollen auf den Flughäfen

Passagiere müssen Gepäckstücke identifizieren / Auch Objektschutz verstärkt

DW/rb. Bonn

Die sich gestern fast bis zur Gewißheit verdichtenden Vermutungen, daß die Flugzeug-Katastrophe vor Irland durch eine Bombenexplosion an Bord des Jumbo-Jet der Air India ausgelöst wurde, hat in Bonn zu Überlegungen für eine Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen geführt. Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann hatte bereits am Tage des Anschlags von Frankfurt die Länder aufgefordert, die Kontrollen und den Objektschutz an den Flughäfen zu verstärken. In Zusammenarbeit mit den Ländern, mit der Lufthansa und den Flughafendirektoren wird geprüft, ob schon im Vorfeld der Flughäfen mehr für die Sicherheit getan werden kann. Diese Bemühungen konzentrieren sich, wie Regierungssprecher Friedhelm Ost gestern sagte, auf eine Verbesserung der Gepäckkontrollen. Ost's Bemerkung, die Sicherheit der Menschen habe „Vorrang vor allen anderen Dingen", deutet darauf hin, daß auch für die Reisenden unpopuläre Maßnahmen in die Überlegungen einbezogen werden.

Vermutungen über eine Verbindung zwischen dem Absturz des Air India-Jumbos über dem Atlantik und der Explosion auf dem Tokioter Flughafen Narita haben Kanada – von wo aus die betreffenden Maschinen gestartet waren – bereits zu einer drastischen Verstärkung der Sicherheitsmaßnahmen veranlaßt. So sollen den Fluglinien verschärfte Kontrollen auch des bereits aufgegebenen Gepäcks verordnet werden. Alles Frachtgepäck soll nach Angaben von Transportminister Don Mazankowski mindestens 24 Stunden am Boden bleiben, bevor es an Bord kommt.

In Deutschland wird einstweilen mit der Bekanntgabe derartiger Maßnahmen gezögert. Die Informationspolitik der zuständigen Stellen ist äußerst restriktiv. Der Sprecher des hessischen Ministeriums für Wirtschaft und Technik in Wiesbaden – zuständig für den Rhein-Main-Flughafen – brachte diese Taktik auf die Formel: „Wir können eher mit dem Vorwurf leben, das Informationsbedürfnis der Öffentlichkeit zu mißachten, als die Sicherheit zu gefährden." Enthüllungen über die Sicherheitsmaßnahmen hätten unweigerlich zur Folge, daß Terroristen und Kriminelle sich auf dieses Sicherheitssystem einstellen und darauf reagieren könnten. Eine 100prozentige Sicherheit könne es nicht geben. „Doch unser Sicherheitssystem ist nicht starr."

Der Eindruck, in der Mehrheit der Fälle gingen die aufgegebenen Gepäckstücke auf das Förderband und von dort ungeöffnet und unkontrolliert in das Flugzeug, ließ der Sprecher nicht gelten. „Den weitaus größten Teil unserer Sicherheitsvorkehrungen nimmt der Flugpassagier überhaupt nicht wahr. Er wird abgetastet, mit einem Detektor abgesucht, sein Handgepäck kontrolliert. Was mit dem Koffer alles geschieht, nimmt er größtenteils gar nicht wahr." In München-Riem wurden nach Angaben der Flughafen-Pressestelle die Polizeipatrouillen sowie die Stichproben zur Gepäckidentifizierung verstärkt: Kann ein Passagier sein Gepäck nicht eindeutig ausweisen, wird er nicht befördert. Auch aufgegebenes Gepäck wird verstärkt kontrolliert: Bei „gefährdeten Flugrouten" etwa nach Israel und in den arabischen Raum werden generell alle Gepäckstücke untersucht.

Verschärfte Gepäckkontrollen gibt es seit einiger Zeit auch in Düsseldorf: Die Passagiere müssen auf dem Rollfeld aus dem in die Maschine einzuladenden Gepäck ihre eigenen Koffer benennen. Auf dem Hamburger Flughafen wurden nach dem Anschlag in Tokio die Metall-Papierkörbe entfernt. Menschen und Gepäck würden „sorgfältig wie immer" kontrolliert, hieß es.

Peter Haupt, der Leiter der Flughafensicherheitsdienste in Frankfurt zur WELT: „Der Standard der deutschen Sicherheitsmaßnahmen ist so hoch, daß die Passagiere ihre Flugzeuge ohne Angst vor Terroranschlägen betreten können." Offen blieb allerdings auch gestern, ob die Bombe von Frankfurt in einem anderen größeren Zusammenhang gesehen werden muß. War die Explosion auf Rhein-Main möglicherweise nur eine Panne beim Transport einer Bombe zu einem anderen Ziel, zu einem Flugzeug?

Seite 20: „Die Maschine explodierte"

DER KOMMENTAR

Assassinen heute

ENNO v. LOEWENSTERN

Terror ist keine Erfindung der Neuzeit. Das Altertum zwar billigte nur den offenen Kampf in streng eingegrenzten Formen, schon aus Angst vor dem Ermordeten (zum Unterschied vor dem im offenen Kampf Gefallenen); das Mord-Opfer konnte wiederkehren, oder Rachegottheiten wie die Erinnyen traten an seine Stelle: „Doch wehe, wehe, wer verstohlen / des Mordes schwere Tat vollbracht! / Wir heften uns an seine Sohlen, / das furchtbare Geschlecht der Nacht."

Aber das Mittelalter führte mit dem religiösen Fanatismus auch den Kampf aus dem Dunkel ein. Hassan-i Sabah sandte seit 1090 von seiner unzugänglichen westpersischen Bergfestung Alamut Mörder aus (von den Arabern wegen angeblichen Drogengebrauchs „Haschaschun", von den Kreuzfahrern „Assassinen" genannt), um Andersdenkende einzuschüchtern. Die jeweiligen „Alten vom Berge" verfolgten Christen wie Konrad von Montferrat oder mohammedanische „Ketzer" wie Saladin, der zwei Anschlägen entkam. Das waren immerhin noch große Herren – erst das zivilisierte Gemeinwesen, das sich auch des geringsten seiner Bürger annimmt und Medien-Appellen von der Art „lieber ein hilfloser Staat als ein herzloser Staat" ausgesetzt ist, wird durch den wahllosen Anschlag auf Frauen und Kinder erpreßbar. Geiselnahme im Flugzeug war scheußlich genug; das Sprengen von Flugzeugen ohne Warnung ist eine Steigerung der Bestialität.

Ähnlichkeiten zwischen den Vorgängen von Frankfurt und Tokio sowie dem Absturz vor Irland sind unübersehbar; offenbar hat nur das Versagen von Zeitzündern zwei Flugzeuge vor dem Unheil bewahrt. Das bloße Boykottieren arabischer Flughäfen hilft wenig – die Maschinen von Tokio bzw. der irischen Küste waren von Toronto aus gestartet.

Man kann strengere Kontrollen fordern, aber werden die nicht seit Jahren gefordert? Der Terror der „Alten vom Berge" endete erst, als der Mongole Hulagu und der ägyptische Mameluken-Sultan Baibars zwischen 1256 und 1273 ihre Burgen ausräumten. Die heutigen Assassinen verbergen sich nicht in abgelegenen Burgen, sondern in Städten und Flüchtlingslagern; die Frauen und Kinder, die sie zu Geiseln nehmen, sind zuallererst ihre eigenen. Aber auch ihr Terror wird erst enden, wenn man ihre Nervenzentren trifft. Präsident Reagan hat lange Zeit nur Unverständnis gefunden mit seiner Warnung, daß wir in einem weltweiten Terror-Krieg leben und danach handeln müssen. Vielleicht bringen die Mörder aus dem Dunkel es fertig, auch die trägen Beschwichtiger in Europa zu wecken.

Die „Weisen" stärken Kohl den Rücken

Sondergutachten lehnt Beschäftigungsprogramme ab / Aber andere Meinung zu Steuerreform

PETER JENTSCH, Bonn

Die Bundesregierung kann sich bei ihrem Nein zu staatlich finanzierten Beschäftigungsprogrammen, wie sie von der SPD gefordert werden, auf die Unterstützung durch die Wirtschafts-Sachverständigen berufen. In dem Sondergutachten der „Fünf Weisen", das heute veröffentlicht werden soll, wird allerdings für die Steuerreform in einem Zug zum 1. Januar 1986 plädiert. Das Parlament hatte sich für die von der Regierung geforderte Reform in zwei Schritten entschieden.

In dem 18seitigen Gutachten, das gestern mit Kurier dem Bundeskanzleramt sowie dem Finanz- und Wirtschaftsministerium zugestellt wurde und das heute veröffentlicht werden soll, empfehlen die „Fünf Weisen" der Bundesregierung, ihren finanzpolitischen Spielraum voll zu nutzen, ihren wirtschafts- und finanzpolitischen Kurs sparsamer Ausgabengestaltung „unbeirrt" fortzusetzen und auf „Ad-hoc-Maßnahmen" zugunsten einzelner Wirtschaftszweige und Regionen zu verzichten. Nur so lasse sich die Leistungs- und Investitionsbereitschaft von Bürgern und Unternehmen wieder motivieren, die Wirtschaft beleben und damit die Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Unter dem Titel „Wirtschaftspolitische Entscheidungen im Sommer 1985" halten die Gutachter eine „rasche und großzügige Steuerentlastung" auch deshalb für notwendig, weil sonst die öffentlichen Ausgaben wieder aus dem Ruder laufen könnten. Zwar werde eine Steuerreform in einer Stufe statt wie geplant in zwei Zügen (1986 und 1988) Bund, Länder und Gemeinden in den beiden kommenden Jahren zusätzliche Steuerausfälle von jeweils sechs Milliarden Mark bescheren. Diese Einnahmeausfälle könnten aber durch eine Erhöhung einiger Verbrauchssteuern, wie etwa der Tabak-, Branntwein- und der Versicherungssteuer, abgefedert werden. Diesem Ziel diene auch ein Abbau steuerlicher Subventionen.

Nachdrücklich wenden sich die Sachverständigen gegen staatliche Aktivitäten etwa zugunsten der Bauwirtschaft, da sich damit die Strukturprobleme dieser Branche ohnehin nicht lösen ließen. So lasse sich eine Verkürzung der steuerlichen Abschreibungsfristen für gewerbliche Bauten nur unter der Prämisse vertreten, daß sie nicht pauschal, sondern nach dem Kriterium der jeweiligen Nutzungsdauer erfolge. Finanzhilfen für Städte und Gemeinden sollten nur befristet unter der Voraussetzung angeboten werden, daß das Gemeindefinanzsystem alsbald reformiert wird.

Zu ihrer Initiative sahen sich die „Fünf Weisen" veranlaßt, um angesichts der enttäuschenden Entwicklung am Arbeitsmarkt der Unsicherheit über die wirksamste Wirtschafts- und Finanzpolitik entgegenzuwirken. Die nachteiligen Folgen übereilter Entscheidungen seien nicht abzusehen. Dabei seien die wirtschaftlichen Auftriebskräfte trotz des Konjunktureinbruchs im Januar nicht schwächer geworden.

Auch die KPI unterstützt Wahl Cossigas

F. M. Rom

Als haushoher Favorit ging der Christdemokrat Francesco Cossiga gestern nachmittag in die italienische Staatspräsidentenwahl. Nachdem ihn am Abend zuvor die Parlamentarier und Regionalvertreter seiner eigenen Partei mit überwältigender Mehrheit offiziell zum Nachfolger des fast 89jährigen Sozialisten Sandro Pertini designiert und die anderen vier Regierungsparteien (Sozialisten, Sozialdemokraten, Republikaner, Liberale) ihre volle Unterstützung zugesagt hatten, beschloß kurz vor der Wahl auch die oppositionelle KP auf einer Fraktionssitzung einstimmig, für den 57jährigen Senatspräsideten aus Sardinien zu stimmen.

Auf dem Papier verfügte Cossiga damit über mehr als 900 der insgesamt 1010 Wahlmännerstimmen, weit mehr als für die Wahl in den ersten drei Wahlgängen notwendigen Zweidrittelmehrheit von 674 Stimmen.

Die Stellung des italienischen Staatspräsidenten, die Cossiga nach vollzogener Wahl am 9. Juli übernehmen wird, ist konstitutionell weit stärker als diejenige des deutschen Bundespräsidenten. Er ernennt den Regierungschef, wobei er an keinerlei Vorschläge der Parteien oder des Parlaments gebunden ist. Er kann beide Parlamentshäuser „nach Anhören ihrer Präsidenten" – aber auch gegen deren Rat – auflösen und Neuwahlen ausschreiben lassen. Die Vorlage von Gesetzesdekreten der Regierung an das Parlament muß von ihm autorisiert werden.

Außerdem ist der Präsident Oberkommandierender der Streitkräfte.

Seite 3: Maßstab Pertini

Berri sieht in Freilassung kein Entgegenkommen

hav/DW. Jerusalem/Beirut

Der Chef der schiitischen Amal-Miliz, Nabih Berri, hat im amerikanischen Fernsehen betont, die Haftentlassung von 31 schiitischen Gefangenen durch Israel sei kein Anlaß, die Flugzeuggeiseln freizulassen. Er wolle, daß alle 764 libanesischen Gefangenen freikommen. Berri gab zugleich bekannt, er habe nur „30 oder 31" der 40 Geiseln in seiner Gewalt. Er könne sie nicht freilassen, ohne das Leben der übrigen zu gefährden, die in den Händen der schiitisch-fundamentalistischen „Hisbollah" (Partei Gottes) seien.

Israel hatte gestern 31 Gefangene in zwei Lastkraftwagen über die libanesische Grenze gebracht und dort dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz übergeben. Von israelischen Regierungsmitgliedern wurde dabei versichert, daß dieser Schritt nicht im Zusammenhang mit dem anhaltenden Geiseldrama in Libanon stehe.

Israels Verteidigungsminister Rabin hatte am Sonntag diese „Geste des guten Willens" angekündigt. In einer Bekanntmachung der israelischen Streitkräfte hieß es: „Bei einem Teil der Gefangenen war die Untersuchung vollendet und ihre weitere Haft daher unnötig. Bei einem anderen Teil erfolgte die Freilassung aufgrund von Eingaben an das militärische Berufungsgericht. Weitere Freilassungen werden folgen."

Damit will Israel den Eindruck aufrechterhalten, daß es sich nicht um einen Gefangenenaustausch handelt. Von der öffentlichen Meinung in Israel wurde dieser Schritt gebilligt.

Brandt bereitet „DDR"-Reise vor

Die erste seit 1970 / Dämpfende Bemerkungen zur Staatsbürgerschafts-Diskussion

STEFAN HEYDECK, Bonn

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt will noch in diesem Jahr die „DDR" besuchen. Die Visite erhält dadurch eine besondere Bedeutung, daß es die erste Reise seit 15 Jahren ist, die Brandt in die „DDR" unternimmt. Im März 1970 hatte er sich als erster Bundeskanzler offiziell in der „DDR" aufgehalten. Damals war er im Vorfeld des Grundlagenvertrags mit „DDR"-Ministerpräsident Willi Stoph in Erfurt zusammengetroffen, der anschließend zu einem Gegenbesuch nach Kassel gekommen war. Vier Jahre später, 1974, hatte Brandt zurücktreten müssen, nachdem sein persönlicher Referent, Günter Guillaume, als Spion Ost-Berlins entlarvt worden war.

Im Erich-Ollenhauer-Haus wurde gestern gegenüber der WELT erklärt, daß Brandt eine Einladung erhalten hat. Der SPD-Chef werde in Ost-Berlin politische Gespräche führen. Allerdings wurde unter Hinweis auf die noch laufenden Vorbereitungen, in die auch die Ständige Vertretung Ost-Berlins in Bonn eingeschaltet ist, Einzelheiten nicht mitgeteilt. Die Planungen sollen innerhalb der nächsten zwei Wochen abgeschlossen sein.

In Bonn wird davon ausgegangen, daß das Politibüro-Mitglied Hermann Axen als Leiter einer SED-Delegation in der letzten Woche am Rande des zusammen mit SPD-Abrüstungsexperten in Bonn vorgestellten „Rahmenabkommens" über eine chemiewaffenfreie Zone in Mitteleuropa über die Fahrt gesprochen hat. Dahinter steht offensichtlich, daß Ost-Berlin für eine Fortsetzung des Dialogs mit Politikern aus der Bundesrepublik Deutschland ist. Nachdem Brandt erst im Mai in Moskau mit dem KPdSU-Generalsekretär Michail Gorbatschow zu einer aussergewöhnlich langen Unterredung zusammengetroffen war, dürfte auch „DDR"-Staats- und Parteichef Erich Honekkcker großes Interesse an einem Meinungsaustausch haben.

Der SPD-Vorsitzende hatte zu seinen Reiseplänen erklärt, er halte die Frage der von Ost-Berlin wiederholt geforderten Anerkennung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft „nicht für ein wirkiches Problem". Im „Weser-Kurier" meinte er, eine vernüftige Politik werde nicht in Frage stellen, daß es eine eigene „DDR"-Staatsangehörigkeit gebe. Es sei aber ebenso klar, daß ein Deutscher, „ob er nun aus der DDR kommt oder ich weiß niocht wo sonst her", die Möglichkeit der deutschen Staatsangehörigkeit im Sinne des Grundgesetzes in Anspruch nehmen könne.

Allerdings scheint Ost-Berlin nach wie vor nicht bereit zu sein, den „DDR"-Bewohnern mehr Freizügigkeit einzuräumen.

FDP-Präsidium steht zu Genscher

DW. Bonn

Das FDP-Präsidium hat sich gestern ausdrücklich zu dem Kurs von Außenminister Genscher bekannt und ihn gegen die Kritik aus den Unionsparteien verteidigt. FDP-Generalsekretär Haussmann erklärte, Genscher mache keine „Privat-Außenpolitik", sondern führe das aus, was in der Regierungserklärung 1983 vereinbart worden sei. Die Rolle der FDP in der Koalition werde immer wichtiger, um in der Außenpolitik eine „neue Phase realistischer Entspannungspolitik" einzuleiten. Haussmann kritisierte, daß es in der Außenpolitik, ebenso wie bei der SPD, auch „auf dem rechten Ufer" der Union „große Illusionisten" gebe.

Seite 8: Gegen eine Wende

„Weltweites Verbot für Chemiewaffen"

DW. Bonn

NATO-Generalsekretär Lord Carrington hat sich skeptisch über den Gedanken einer von chemischen Waffen befreiten Zone in Europa ausgesprochen. Chemische Waffen müßten auf weltweiter Basis verboten werden, sagte Carrington in einem Gespräch mit der WELT. Ein Abkommen über eine eingegrenzte Zone sei kaum zu überprüfen, da chemische Waffen schnell von einem zum anderen Ort gebracht werden könnten.

Carrington verteidigte die Nuklearstrategie des Bündnisses, der es gelungen sei, den Frieden in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs zu bewahren. Eine andere Strategie sei nicht in Sicht.

Seite 8: WELT-Gespräch

Wien erwartet eine Erklärung Belgrads

cgs. Wien

Der österreichische Außenminister Leopold Gratz hat die Erschießung eines 41jährigen tschechoslowakischen Staatsbürgers am Sonntag durch einen jugoslawischen Grenzposten an der Grenze bei Spielfeld als einen ernsten Zwischenfall bezeichnet. Wien erwartet von Belgrad eine Entschuldigung, zumal die Schüsse eindeutig in Richtung österreichisches Staatsgebiet abgefeuert worden waren. Es handelt sich um den dritten schweren Zwischenfall an diesem Grenzabschnitt in jüngster Zeit. Erst vor wenigen Wochen hatten jugoslawische Grenzposten zwei Türken erschossen, die über Jugoslawien nach Österreich flüchten wollten.

Seite 2: Blockfreie Schüsse

F

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Flankenschutz à la FDP

Von Peter Gillies

Nicht alles, was der Koalition schadet, nützt der FDP. Unter den Freidemokraten hat sich das jedoch noch nicht ausreichend verbreitet. Viele von ihnen überschätzen ihren Bewegungsspielraum, andere vergessen, daß die Liberalen nur gemeinsam mit der Union Erfolg haben können.

Nun mag man zu SDI, zu Kiechles Getreidepreis-Veto, zur Steuerreform, zur Außenpolitik oder der Rentenstruktur abweichende Gedanken pflegen. Aber sperrige Ideen allein sind kein Erfolgsrezept; der Niedergang der Grünen belegt es. Dagegen wäre die FDP prädestiniert, der Union ordnungspolitischen Flankenschutz in der Wirtschaftspolitik zu geben. Gestern gab der Bundesfinanzminister eine Pressekonferenz, die erkennbar dem Ziel diente, ein Sommertheater mit aus der Ökonomie entlehnten Versatzstücken zu vermeiden.

Martin Bangemann, der FDP-Bundesvorsitzende, bekräftigte dagegen wiederum seine Idee von der staatlichen Grundrente. Nach heftiger Kritik – auch aus den eigenen Reihen – hatte er einen solchen Vorstoß vor den Wahlen in Nordrhein-Westfalen zurückgezogen. Seither galt die Sache als Ausrutscher, den die Koalition vergeben, wenn auch nicht vergessen hatte, reihte er sich doch in eine Pannen-Kette ein.

Schon der Zeitpunkt, eine staatliche Volks-, Grund- oder Irgendwie-Rente zu fordern, war nicht glücklich gewählt. Die Koalition hatte just im Bundestag unter erheblichen Bauchschmerzen die Reform der Hinterbliebenenversorgung verabschiedet. Diese Reform stellt einen tiefen Eingriff in das Versorgungsgefüge dar. Selbst wer ihn in dieser Form für nötig hält, hat das wichtigste Kapital des Rentensystems zu bedenken: Vertrauen der Beitrags- und Steuerzahler sowie Rentner in den Generationenvertrag.

Derzeit geht es nicht darum, das Rentensystem immer mehr von der Leistung im Arbeitsleben abzukoppeln und es der steuerlichen und letztlich der tagespolitischen Beliebigkeit auszuliefern, sondern um das Gegenteil: strengere Beitragsorientierung. Der FDP-Chef fordert mit seinem Vorstoß Klarheit der Koalition zur langfristigen Rentenstruktur heraus. Nur insoweit kann seiner Idee ein Nutzen abgewonnen werden.

Blockfreie Schüsse

Von Carl Gustaf Ströhm

Der jüngste Zwischenfall an der österreichisch-jugoslawischen Grenze, bei dem ein Staatsbürger der Tschechoslowakei von jugoslawischen Grenzpolizisten auf der Flucht erschossen wurde (er wollte nach Österreich fliehen und wurde in den Rücken getroffen), wirft unangenehme Fragen auf. Erstens: Seit wann fühlen sich die jugoslawischen Grenzorgane als verlängerter Arm der tschechoslowakischen Staatspolizei? Es ist klar, daß nach Auffassung des Warschauer Pakts Flucht in den Westen ein Verbrechen ist, das nötigenfalls mit dem qualvollen Tod an der Grenze zu ahnden ist. Unklar ist allerdings, weshalb die Interessen des blockfreien Jugoslawiens berührt werden, wenn der Bürger eines anderen Staates in einen dritten Staat flüchten möchte.

Zweitens: Wenn es sich um den ersten Vorfall dieser Art handeln würde, könnte man noch von einer Verkettung unglücklicher Umstände oder vom eigenmächtigen Vorgehen eines Soldaten sprechen. Leider aber sind nach österreichischen Angaben am gleichen Grenzabschnitt vor wenigen Wochen auch zwei Türken, die „schwarz" nach Österreich wollten, von der jugoslawischen Grenzpolizei erschossen worden.

Eine dritte Frage ergibt sich aus den beiden vorausgegangenen: Wenn Jugoslawien immer wieder betont, ein Land mit „offenen Grenzen" zu sein – warum dann diese Brutalität gegen Flüchtlinge, die seinem System nichts zuleide getan haben? Niemand bestreitet das Recht, sich gegen illegale Eindringlinge zu schützen. Aber in den drei hier genannten Fällen wollten die Grenzverletzer aus dem Lande heraus. Belgrad muß sich darüber klar sein, daß diese Schüsse erhebliche Emotionen mobilisieren können.

Den österreichischen Nachbarn fällt auf, daß die schießfreudigen Grenzsoldaten meist aus dem Landesinneren – aus Mazedonien, Montenegro oder Bosnien – stammen. Sie sind fern der Grenze zu Hause, die sie bewachen sollen. Nach dem Zwischenfall erscheinen dann Vertreter der grenznahen Republik Slowenien und betonen den Wunsch nach guter Nachbarschaft und Zusammenarbeit. Beides paßt nicht zusammen.

Doch nicht in die NATO?

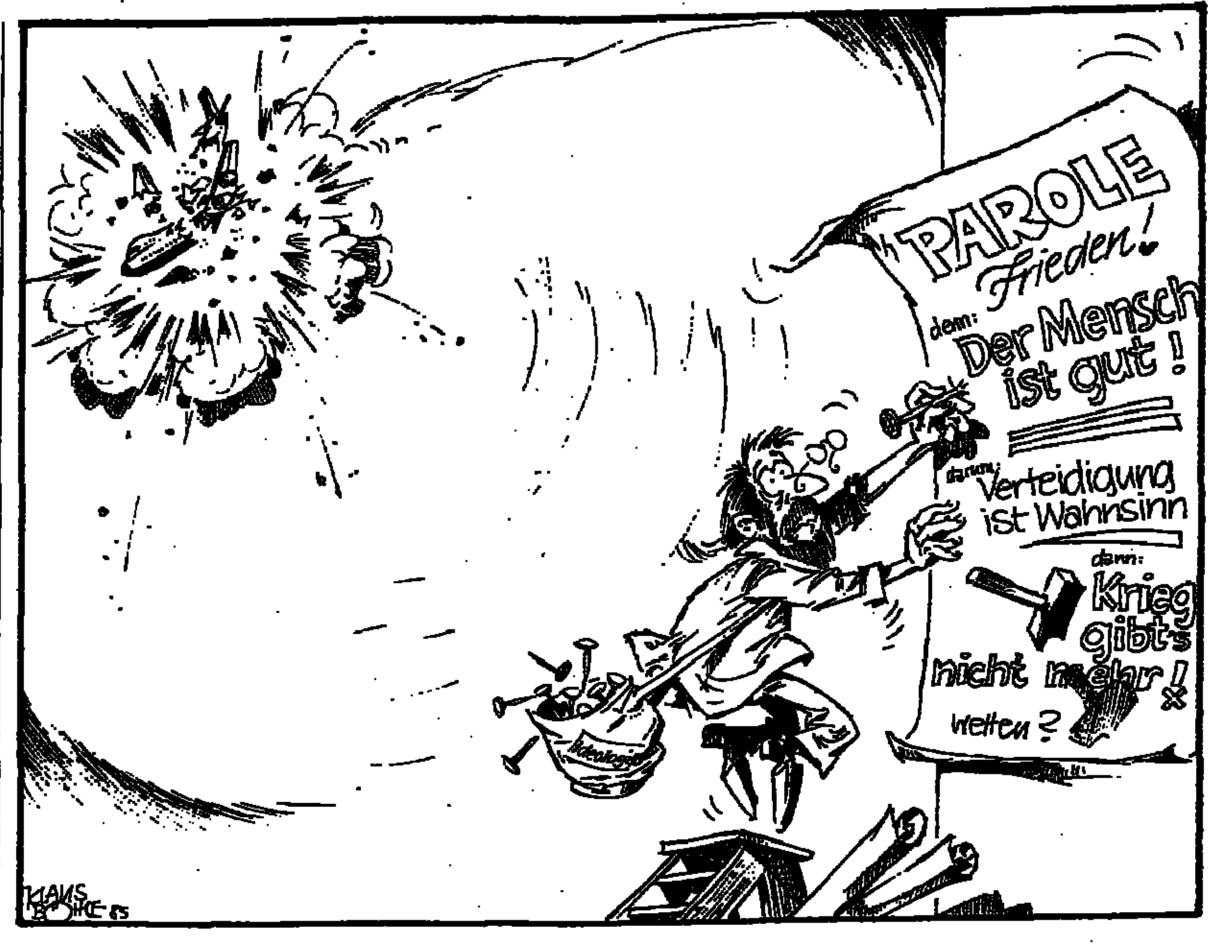
Von Rolf Görtz

Bei seinem Besuch in Holland sprach der spanische Ministerpräsident Felipe González zum ersten Mal – sehr vorsichtig – von einer Eingliederung der spanischen Streitkräfte in die militärische Struktur der NATO. Voraussetzung dafür ist natürlich, daß Spanien überhaupt in der atlantischen Gemeinschaft bleibt. Das aber erscheint angesichts der überwiegend ablehnenden Berichte in Fernsehen und Rundfunk von Tag zu Tag fraglicher – es fehlt entschieden an „Ausgewogenheit". Dabei soll über den Verbleib im Frühjahr '86 eine Volksabstimmung entscheiden.

Nun sind Fernsehen und nationaler Rundfunk staatlich. Das Fernsehen steht unter der Kontrolle des stellvertretenden Regierungschefs Alfonso Guerra. So muß man annehmen, daß nicht einmal die Regierungsmannschaft hinter des Ministerpräsidenten Ja zur NATO steht. Jeder weiß – und billigt –, daß die Regierung ihre NATO-Entscheidung als Trumpfkarte für den EG-Beitritt zurückhielt. Nun wurde aber vor einigen Tagen der EG-Beitritt in Madrid unterzeichnet.

Wenn jetzt die Regierung González auch noch eine Reduzierung der US-Präsenz in Spanien verlangt, und zwar vor der Volksabstimmung, dann ist dies keine rein bilaterale Angelegenheit: Solange die spanischen Streitkräfte nicht in die militärische Struktur der NATO eingegliedert sind, bedeutet eine Verminderung der US-Präsenz auf der Halbinsel eine Schwächung der Sicherheit Westeuropas. Das Hauptaugenmerk ist dabei auf den Stützpunkt Rota bei Cadiz zu richten. Hier wird ein großer Teil des transatlantischen Militärverkehrs abgewikkelt. Auch für die Sicherheit des Dreiecks vor dem Eingang zum Mittelmeer mit den Azoren und den Kanaren ist Rota wichtiger noch als Gibraltar.

Neben Rota stehen den USA Luftstützpunkte bei Sevilla und Madrid und ein Schießplatz bei Saragossa mit 12 000 Soldaten zur Verfügung. Für den Ausbau gaben die Amerikaner im vergangenen Jahr 160 Millionen Dollar aus. Der vor zwei Jahren erneuerte Nutzungsvertrag läuft zwar erst 1988 aus. Aber schon jetzt soll er reduziert werden, nur um der Linken den NATO-Verbleib schmackhaft zu machen. Was aber, wenn der Volksentscheid gegen die NATO ausfällt?



KLAUS BÖHLE

Kontinuität – wohin?

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Seit 1976 hatte der damalige Oppositionsführer Kohl darauf gewartet, daß Genscher mit seiner FDP in Bonn den Koalitionswechsel vollziehe. Er hat sich bis 1982 gedulden müssen. Daran wird aus aktuellem Grund erinnert. Mit bestimmten Einlassungen zur Außenpolitik, bei denen das Wort „Kontinuität" eine schillernde Rolle spielt, holt sich Genscher den Beifall der Sozialdemokraten.

Kohl wird sich aus seiner Erfahrung als Oppositionsführer und aus seiner heutigen Sicht als Bundeskanzler sagen: Im traditionellen Dreiparteien-System des Bundestags ist die FDP mehr oder weniger zwangsläufig der Wende-Partner – Wende mal zur SPD, mal zur Union und so fort. Folglich wird die FDP stets das beziehungsreich andeutungsvolle Gespräch mit der jeweiligen Opposition suchen; denn diese wird ihr Partner der nächsten Wende sein, nicht heute und auch nicht morgen, aber eines Tages bestimmt.

Die Erfahrung verrät es Kohl auch, welchen Charakter die Wendemanöver der FDP jeweils haben. Wende zur SPD heißt: Schwerpunkt aller Koalitionsgemeinsamkeiten in der Deutschlandpolitik und – von dort ausstrahlend – in der Entspannungspolitik. Wende zur Union bedeutet: Schwerpunkt der Koalitionsgemeinsamkeiten in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, aber – oder ändert sich da unter dem Rubrum SDI gerade etwas? – auch in der Sicherheitspolitik. Nur mit gemischten Gefühlen kann es Kohl zur Kenntnis nehmen, wie Genscher mitsamt seinem unvermeidlichen Möllemann ihn und die gemeinsame Regierungserklärung zur Legitimierung einer FDP-Außenpolitik in Anspruch nimmt, deren kaum noch klammheimliches Charakteristikum eine innenpolitische Doppelbödigkeit ist. Und Parteichef Bangemann ist mit von der Partie.

Die gemischten Gefühle teilt Dregger mit dem Bundeskanzler. Er entzaubert das pathetische Wort von der Wende zur „politischen Erneuerung", die sich auch auf die Außenpolitik zu erstrecken habe. Folglich dürfe Genschers Lieblingsbegriff der Kontinuität „nicht der Wegweiser sein". Effet bekommt diese Erklärung aus dem Munde des Chefs der CDU/CSU-Fraktion durch den Hinweis, die Fraktion sei das stabilisierende Element der Koalition. Ordnungsruf an Genscher?

Dregger hat genug Phantasie, um sich die Frage zu beantworten, wohin eines Tages die Reise gehen könnte, wenn die FDP ihre eigene Deutschland- und Entspannungspolitik offenhält für künftige Koalitionsgemeinsamkeiten mit der SPD. Wie sich Brandt, Bahr und die Jusos die ständig angemahnte „zweite Ostpolitik" vorstellen, läßt sich an aktuellen Initiativen studieren.

Da ist jenes Musterabkommen zwischen SPD und SED zur Einrichtung einer chemiewaffenfreien Zone rechts und links der Elbe. Jedermann ist gegen chemische Waffen; aber jedermann ist auch gegen Atomwaffen, und wir wissen, daß es bislang unmöglich war, sie „wegzuverhandeln" (Brandt). Da hat es die SPD leicht, mit der Unverbindlichkeit ihres Oppositionsdaseins der SED eine von C-Waffen-freie Handtuchzone vom Alpenrand zum Ostseestrand anzutragen, die von der SED nie angenommen würde, läge sie nicht auf der Propagandalinie Moskaus. Rein zufällig fügt es sich so, daß dieses weltbewegende Musterabkommen genau zu der Zeit vorgelegt wird, da in den USA über eine Modernisierung der C-Waffen abgestimmt wird.

Der Wert des Rahmenabkommens ermißt sich daran, mit welcher Aussicht auf Erfolg Honecker die Sowjets dazu veranlassen kann, ihre sechs C-Waffen-Lager auf dem Boden der „DDR" zu räumen. Doch dieser Einwand hindert weder die Jusos noch die SED daran, den Begriff einer „angewandten Sicherheitspartnerschaft" zu verwenden, die ausgebaut werden soll. Warum denn nicht auch ein solches niemand zu nichts verpflichtendes Papier über eine atomwaffenfreie Zone? Schließlich muß die „Friedensbewegung" gefüttert werden.



Angewandte Sicherheitspartnerschaft: Brandt, Guillaume
FOTO: SVEN SIMON

Dies ist die „Abrüstungspolitik" der SPD, und wie der geistige Überbau aussieht, hat Bahr jüngst in Tutzing, der Stätte seiner Nachdenklichkeiten, dargelegt. Seine These: Solange es die NATO gibt, sei die deutsche Frage nicht akut. Natürlich sagt er nicht rundheraus: also müsse die NATO weg. Aber er sprach von den Bündnissen als „Krücken" dessen, was er Sicherheitspartnerschaft nennt, und er bedauerte, es werde noch eine ganze Weile dauern, bis es so viele „Bündnis-überwölbende" Verträge gebe, daß die Bündnisse – NATO und Warschauer Pakt – entbehrlich würden. Ein verräterisches „leider" kam ihm von den Lippen, als er meinte, eine Neutralität ganz Deutschlands sei nicht möglich.

Aber Bahr hatte auch Trost parat. Er empfahl, die Deutschen hüben und drüben sollten sich so verhalten, als seien sie in Fragen der Nation souverän. Gegenüber den vier Mächten und deren Rechten sollten sich „die beiden deutschen Staaten emanzipiert verhalten". Wie macht man das gegenüber der Sowjetunion?

Bölling wußte Rat: Was im Warschauer Vertrag mit „Bindungswirkung" über die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Grenze gesagt sei, gelte laut Grundlagen-Vertrag sinngemäß für die Grenze zwischen der Bundesrepublik und der „DDR". Da kann der CDU-Mann und Tabubrecher Rühe sehen, was er mit seinem Wortungetüm „Bindungswirkung" angerichtet hat.

Zurück zu Genscher und der FDP. Soll – dereinst, dereinst! – in einer Koalition mit der SPD die „Kontinuität" schnurstracks darauf hinauslaufen, Arm in Arm mit Schmude das Grundgesetz zu ändern – so wie es die SED schon provokativ verlangt hat? Die FDP Arm in Arm auch mit den Jusos, die im Ruckzuck-Verfahren abstimmten, Honeckers Staatsbürgerschafts-Forderung zu erfüllen? Nicht wenige in der SPD leben geistig bereits außerhalb des Grundgesetzes. Vielleicht spricht der Kanzler darüber mal mit seinem Außenminister.

IM GESPRÄCH Oscar Arias Sanchez

Zu teurer Wohlfahrtsstaat

Von Günter Friedländer

Oscar Arias Sanchez (43), Anwalt und Wirtschaftler, ist ein Mann, von dem Mittelamerika spricht, seitdem er seine Hand nach dem obersten Amt Costa Ricas ausstreckte, um 1986 die Nachfolge des Präsidenten Luis Alberto Monge anzutreten.



Greift nach der Präsidentschaft in Costa Rica: Sanchez FOTO: AP

Die kleinen Republiken der Landbrücke zwischen Nord- und Südamerika tragen immer noch schwer an ihrem Ruf als „Bananenrepubliken", obwohl die großen nordamerikanischen Konzerne, die Autoren wie der Nobelpreisträger Gabriel Garcia Marquez zu Recht für viele Fehlentwicklungen verantwortlich gemacht haben, längst nicht mehr Herren dieses Raumes und seines politischen Geschehens sind (die einzelnen Republiken haben eigene Kenntnisse der Bewirtschaftung landwirtschaftlicher Großbetriebe und der Verteilung ihrer Produkte auf dem Weltmarkt erworben). Trotz der Krisis der letzten Jahre haben sich überall Parteien mit eigener Tradition entwickelt, in denen eine neue Generation Führungsansprüche erhebt.

Das gilt besonders für Costa Ricas „Partido Liberacion Nacional (Partei der Nationalen Befreiung)", kurz „Liberacion" genannt. Diese costaricanische Version einer sozialdemokratischen Partei hat dem Land seit 1949 in der Regierung und in der Opposition ihren Stempel aufgedrückt. Ihre Gründer und Vaterfiguren, Costa Ricas Expräsidenten Jose „Pepe" Figueres und Daniel Oduber, hatten für den kommenden Wahlgang bereits ihren Kandidaten ausgesucht, den 56 Jahre alten Wirtschaftler Carlos Manuel Castillo.

Sie machten aber ihre Rechnung ohne Arias, der dann die Vorwahlen der Partei mit dem Schlachtruf gewann, daß die Fackel der Führerschaft der „Liberacion" in die Hände der neuen Generation gehöre. Er versprach, die Ideale der Partei – Freiheit, Ehrsamkeit und soziale Gerechtigkeit – durch die Zeiten eines allgemeinen „verantwortungsvollen Wechsels" zu tragen, der auch Costa Rica nicht erspart bleiben könne. Vor Arias liegen enorme Aufgaben.

Er muß die Quoten aushandeln, die Castillos Gefolgsleute (immerhin vierzig Prozent der Partei) für ihre Unterstützung im künftigen Parlament und einer eventuellen Regierung beanspruchen, und damit die Einheit der Partei erhalten, ohne die die Wahlmaschine der „Liberacion" nicht funktioniert. Er muß im Wahlkampf seinen Landsleuten klarmachen, daß der Wohlfahrtsstaat, für den „Liberacion" stets eintrat und den sie errichtete, zu teuer geworden ist, und dabei das Modell erklären, das er für Costa Ricas Zukunft erdacht hat, in dem der Staat seine Rolle als großer Unternehmer einschränken muß. Und vor allem muß er die Wahl gegen den ebenfalls jungen Kandidaten der starken „Partei der christlich-sozialen Einheit" gewinnen.

Manche glauben, es habe Arias geholfen, daß viele Wähler der „Liberacion" von der Mittelamerika-Politik der Sozialistischen Internationale abgestoßen wurden, für die Oduber als einer ihrer Vizepräsidenten als verantwortlich gilt. Das sollte auch denen in Europa zu denken geben, die Costa Rica so oft zu loben pflegen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Münchner Merkur

Er überlegt, was Marx denken würde, müßte er die Jusos erleben:

Die Juso-Lehre vom folgerichtigen Denken sieht u.a. so aus: generelles Verbot des nationalen Flugverkehrs, Nachtfahrverbot für Lkw, allgemeine Geschwindigkeitsbegrenzungen, Erhöhung des Spitzensteuersatzes, kurzfristiges 30-Milliarden-DM-Beschäftigungsprogramm und ein auf zehn Jahre angelegtes Zukunftsinvestitionsprogramm von 200 Milliarden Mark. „Karl Marx läßt grüßen", kommentierte ein Unionssprecher – unpassenderweise. Der Theoretiker Marx wollte die Unvermeidlichkeit eines Zusammenbruches der kapitalistischen Gesellschaft und die Notwendigkeit ihrer Ablösung durch eine sozialistische Ordnung ernsthaft beweisen. Die „Logik" seiner Ururenkel anno '85 ist geradezu ein Gegenbeweis.

Wiesbadener Tagblatt

Es schreibt über die Tagung der Grünen:

Der von Otto Schily geforderten „Reform an Haupt und Gliedern" verweigerten die Grünen in Hagen trotz der Wahlpleiten an Saar und Ruhr die Zustimmung. Wie sollte die Flügelpartei derzeit auch ohne Selbstverstümmelung diese Radikalkur überleben können? Schließlich trat sie vor fünf Jahren als Sammelbecken zahlreicher linker Strömungen an, die von der SPD nicht mehr integriert werden konnten. Zweifelsfrei ist es das gesamtgesellschaftliche Verdienst der Partei, der zersplitterten Linken einen Fixpunkt im Zeichen der Sonnenblume geboten zu haben, um im Vorhof der Fünf-Prozent-Hürde politisch nicht heimatlos zu bleiben. Bei aller Existenzangst hat Hagen gestern jedoch erneut dokumentiert, daß die Sammlung dieser Versprengten allein noch kein geschlossenes Konzept für eine radikale Partei ermöglichte.

NEUE OZ OSNABRÜCKER ZEITUNG

Sie geht auf den Greifswalder Kirchentag ein:

Die Kirche in der DDR erfüllen ihre Aufgabe, Anwalt der Menschen, ihrer Sorgen und Nöte zu sein, in beeindruckender Weise ... Sie übt damit Funktionen aus, die weit über das pastorale Wirken hinausgehen – auch eine Ventilfunktion in einem System, das sonst das freie Wort nicht zuläßt. Wo anders als auf Kirchentagen und in Gottesdiensten kann und wird noch so offen das breite Spektrum unerfüllter Hoffnungen und Wünsche sichtbar? Nur wäre es falsch, diese Rufe nach einem Abbau der „noch vorhandenen Defizite an individuellen Rechten" und nach mehr Reisemöglichkeiten für die Jugend mit Illoyalität gegenüber der DDR gleichzusetzen.

RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

Die Heidelberger Zeitung kommentiert zum Flugzeugabsturz vor der irischen Küste:

Galt bei der Geiselnahme durch die Schiiten im Libanon noch die Herausforderung gegen die USA gerichtet ..., muß nach der Serie terroristischer Anschläge gegen Flughäfen und Passagiere von einem Großangriff auf breiter Front gesprochen werden. Nun sind die Herren, die als Regierende ihr Bestes zu geben haben, gefordert, mehr zu tun als ihre nationale Pflicht – sich zusammenzutun, um den Verstand zu multiplizieren und weiterem Unheil zuvorzukommen.

Heribert Hellenbroich: Ein Mann, der in die Kälte geht

BND und Verfassungsschutz ähneln sich wie Bahn und Lufthansa / Von Cay Graf Brockdorff

Bundeskanzler Kohl hat eine vernünftige Wahl getroffen. Heribert Hellenbroich, den Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, will er zum Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes (BND) ernennen. Hellenbroich tritt an die Stelle Eberhard Blums, der am 28. Juli sechsundsechzig Jahre alt wird.

Hellenbroich (48) geht ein guter Ruf voraus. Schon 1966 trat er dem Verfassungsschutz bei; hat also von der Pike auf im geheimdienstlichen Bereich gearbeitet. Was mehr zählt: Hellenbroich gilt als sensibel, abwägend, umsichtig und – wenn nötig – als hart. Das sind Attribute, die bei der Menschenführung von Nutzen sind. Die Schlagkraft eines Dienstes wie des BND hängt nicht zuletzt von der Motivierung seiner Mitarbeiter ab, die erst voll entwickelt wird, wenn ein Präsident zu führen versteht.

Dies sind die positiven Aspekte der auf Hellenbroich gefallenen Wahl, mit der ein längeres Ringen beendet wurde. Kohl hat die zur Zeit bestmögliche Lösung getroffen. Es ist dennoch nötig, einige Überlegungen anzuknüpfen, die mit der Person Hellenbroichs unmittelbar nichts zu tun haben.

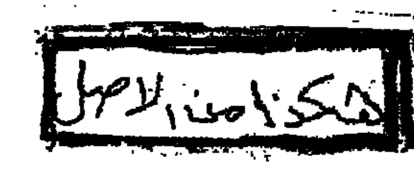
BND und Verfassungsschutz haben miteinander nur gemeinsam, daß es sich bei ihnen um geheime Nachrichtendienste handelt. Sonst ist ihre Arbeit so grundverschieden wie die von Bundesbahn und Lufthansa. An Hellenbroich werden Forderungen gestellt, für die er als Jurist mit kriminologischer Ausbildung nicht aufgebaut worden ist.

Der BND ist ein im Geheimen arbeitender Auslandsnachrichtendienst. Mit Agentenabwehr hat er nur insoweit zu tun, als er für die Sicherheit im eigenen Haus Sorge tragen muß. Der BND ist Auge und Ohr der Bundesregierung bei der Beurteilung der Weltlage. Ihm fällt eine Schlüsselrolle zu, denn seine Nachrichtengebung stellt die Grundlage bei wichtigen Entscheidungen dar. Insbesondere in einer Krise. Das setzt Erfahrung des Präsidenten im Umgang mit dem Stoff voraus. Er selbst muß die Lage beurteilen können. Dazu gehört die Einordnung politischer, wirtschaftlicher und militärischer Indikatoren. Man mag einwenden, daß der Präsident dafür seine Mitarbeiter hat. Aber wie soll er deren Arbeit beurteilen können, wenn ihm die Erfahrung fehlt? Anforderungen wie diese entsprechen eher dem Wissenshintergrund und Werdegang eines Generalstabsoffiziers.

Das macht deutlich, in welcher Lage sich der Kanzler befand: Unser Land tut sich schwer in jeder Hinsicht, qualifizierte Chefs des Bundesnachrichtendienstes zu finden. Hellenbroich ist jung – und im Laufe der Jahre mag er den Erfahrungsschatz erwerben, über den viele seiner zukünftigen Untergebenen verfügen. Das Gesagte ist keine Kritik an Hellenbroich. Es erhellt jedoch, daß ein scheinbar eleganter Stellentausch zwischen Verfassungsschutz und BND nicht so problemfrei ist, wie er scheinen mag. Beide Dienste sind von Grund auf verschieden; der eine hat im Kern polizeidienstliche Aufgaben, der andere arbeitet auf dem Feld, das Liddell Hart als die „höhere Strategie" bezeichnet hat.

Ob das Kanzleramt selbst die Zusammenhänge sieht, wäre zu wünschen. Als Instrument ist ihm der BND direkt unterstellt. Vergangene Regierungen haben viel an ihm gesündigt. Ludwig Erhard, der Wirtschaftler, verstand überhaupt nicht, worum es beim BND ging; Kanzleramtsminister Horst Ehmke hat zur Einleitung der Entspannungspolitik der sozialliberalen Koalition Maßnahmen im BND zu verantworten, die auf die Zerschlagung weiter Teile der konspirativen Auslandsaufklärung hinausliefen. Das war wohl politisch beabsichtigt als Unterwerfungsgebärde gegenüber dem Osten, der in denselben Jahren seine nachrichtendienstlichen Anstrengungen verstärkte.

Hellenbroichs Sinn für Umgang mit Menschen mag dazu beitragen, daß er den seinerzeit geschwächten Elementen des BND besondere Aufmerksamkeit schenkt. Darin aber erschöpft sich seine Aufgabe nicht. Er muß visionäre Vorstellungen über den zukünftigen Kurs des Dienstes entwickeln, muß Schwerpunkte erkennen und sie auf Möglichkeiten projizieren können, die die technische Entwicklung bietet. Sein gutes Englisch wird ihm dabei helfen, Beziehungen zu den wichtigsten befreundeten Diensten zu knüpfen. Das Feld der Nachrichtendienste ist eiskalt. Dort gilt nur, wer Wissen zu bieten hat. Wer nichts weiß, erfährt auch nichts. Wer viel weiß, erfährt noch mehr. Viel zu wissen liegt im Interesse der Bundesrepublik Deutschland.



Jeder Präsident wird an Pertini gemessen werden

Ihn unterstützen seine Parteifreunde die Christdemokraten, deren Koalitionspartner und auch die Kommunisten. Wenn auch die Wahl von Francesco Cossiga leicht erscheint, so wird es ein Präsident Cossiga dennoch schwer haben: Die Maßstäbe, die Sandro Pertini gesetzt hat, sind hoch.

Von F. MEICHSNER

Italiens designierter neuer Staatspräsident Francesco Cossiga steht vor einer doppelten Aufgabe: Er soll in den nächsten sieben Jahren das politische Kräftespiel in einer der konstitutionell krisenanfälligsten Demokratien der Welt dirigieren, und er muß der Nachfolger Sandro Pertinis sein. Die zweite Aufgabe ist sicherlich die bei weitem schwierigere.

Denn Pertini hat wie kein anderer seiner sechs Vorgänger im römischen Quirinalspalast außergewöhnliche Maßstäbe gesetzt. Er gehört, wie Indro Montanelli in seinem Abschiedsartikel im „Giornale Nuovo" treffend schrieb, zu den wenigen Menschen, die, wenn sie einen Platz räumen, eine größere Leere hinterlassen als nur den freigemachten Sessel.

Pertini war der erste Präsident der Republik – und vielleicht das erste Staatsoberhaupt in der ganzen italienischen Geschichte –, der eine Brükke schlug zwischen dem, was man hierzulande das „paese legale" und das „paese reale" nennt: zwischen dem politisch-administrativen Establishment und dem Volk. Kein Präsident und auch kein König war so beliebt, keiner war gleichzeitig auch politisch so einflußreich wie er.

Ein politischer Spitzenpolitiker im landläufigen Sinn war er dabei gewiß nie, wenn er auch sein Leben von Jugend an der Politik verschrieben hatte. Sein politisches Erfolgsgeheimnis war sein Image als Nicht-Politiker. Obwohl in der Politik und durch die Politik groß geworden, zählte er in den Augen des Volkes nicht zu „denen da oben", die nach jedermanns Meinung nur intrigieren und sich gegenseitig korrumpieren und deren politisches Kauderwelsch kein normaler Mensch mehr versteht.

Pertini redete und handelte so, daß sich der Mann auf der Straße mit ihm identifizieren konnte. Sein feines Gespür für die Volksstimmung gab ihm stets ein, zum richtigen Augenblick das allgemein Überzeugende zu tun, auch wenn es nach Überzeugung des politischen Establishments nicht immer das richtige war. Trotz der Macht, die ihm daraus erwuchs und die er sehr wohl kannte, wurde er nicht zum Demagogen, blieb er stets ein glaubwürdiger Demokrat.

Als Präsident hat er Maßstäbe gesetzt – dieser pfeiferauchende „Alte", der im Laufe der Jahre 600 000 Schulkinder im Quirinal empfing und sich von jedem vertraulich mit „Sandro" anreden ließ, sich aber weigerte, in Straßburg gemeinsam mit Reagan als dessen „Diakon" aufzutreten – dieser immer wieder das Protokoll sprengende „Großvater" des italienischen Sozialismus, der seinen jungen Parteifreund Craxi kurzerhand zum Umziehen nach Hause schickte, als dieser zur Beauftragung mit der Regierungsneubildung in Jeans im Quirinal erschien – dieser Atheist, der den Papst seinen Freund nennt und mit ihm zum Skilaufen in die Alpen flog – dieser in der „Resistenza" gehärtete Republikaner, der vom spanischen König wie von einem lieben Patenkind spricht.

Pertini nachahmen zu wollen, hieße für jeden Nachfolger, das Unmögliche zu versuchen. Francesco Cossiga wird und kann kein „zweiter Pertini" sein, aber er wird an dem jetzt fast 89jährigen gemessen werden. Es ist zweifellos ein drückendes Erbe, das dem 57jährigen Christdemokraten aus Sassari in Sardinien mit der Wahl zum achten italienischen Staatspräsidenten aufgebürdet wird.

In den noblen Worten, mit denen der Alt-Präsident wenige Tage vor der Wahl in einem Interview von seinem designierten Nachfolger sprach, klang fast Mitleid an: „Cossiga ist ein ehrenhafter Mann. Er hat viel Bitteres durchgemacht. Das hat ihn gebeugt und sein Haar weiß werden lassen. Aber er ist ein ehrenhafter Mann."

Zum ersten Mal war dieser „ehrenhafte Mann" im Frühjahr 1978 unter tragischen Begleiterscheinungen ins Licht der breiten Öffentlichkeit getreten. Er war der Innenminister während der Moro-Krise. Mit dem ehemaligen Präsidenten der Democrazia



Francesco Cossiga: Ein „ehrenhafter Mann" mit großem Stehvermögen FOTO: WOLFGANG STECHE

Cristiana in politischer Überzeugung und durch persönliche Freundschaft eng verbunden, sagte er kurz nach dessen Entführung durch die Roten Brigaden zu seinen Mitarbeitern: „Von diesem Augenblick an müßt ihr mich als politisch tot betrachten. Wie auch immer das alles ausgehen mag, ich werde am Ende den Sessel des Innenministers räumen."

Vor die Wahl gestellt, das Leben seines Freundes durch Kapitulation vor den Forderungen der linken Terror-Organisation zu retten, oder die demokratischen Institutionen bedingungslos zu verteidigen, entschied er sich schweren Herzens für das Gemeinwohl – und trat am Tage nach der Ermordung Moros zurück.

Seither ist er physisch gezeichnet. Politisch aber war er nur kurze Zeit scheintot – bis ihn Pertini 1979 durch Ernennung zum Ministerpräsidenten zu neuem Leben erweckte. Als er ein Jahr später von den linken parlamentarischen „Heckenschützen" seiner eigenen Partei aus den Reihen der Sozialisten zu Fall gebracht wurde, galt er fälschlicherweise zum zweiten Mal als „politisch tot". Drei Jahre später war er der fast einstimmig gewählte neue Senatspräsident.

Das zeugt immerhin von Stehvermögen. Es zeigt, daß dieser leicht verletzbar wirkende Jurist, der schon mit 25 Jahren den Lehrstuhl für Verfassungsrecht an der Universität Sassari innehatte, härter ist, als er auf den ersten Blick erscheint.

Im persönlichen Gespräch ist Cossiga von gewinnender Liebenswürdigkeit. Außerdem ist er spritzig und läßt viel Sinn für Humor erkennen. Wer ihn noch zu Lebzeiten Enrico Berlinguers auf sein verwandtschaftliches Verhältnis zum ehemaligen KPI-Sekretär ansprach (die Großväter der beiden Politiker waren Brüder), dem sagte er: „Ich weiß nicht, wem diese Verwandtschaft mehr nutzt – ihm oder mir." Wobei „nutzen" wohl eher eine Umschreibung für „peinlich sein" ausdrücken sollte. Und er fügte dann hinzu: „Vielleicht trägt er schwerer daran."

Vergangenen Donnerstag tauchte „Vetter" Cossiga ganz unerwartet in der Wohnung der Berlinguers auf, um Berlinguers Tochter Bianca zur Hochzeit zu gratulieren. Enricos Bruder Giovanni, seinerseits ein führender KP-Funktionär, begrüßte ihn freudig mit dem Ausruf: „Presidente!" und schloß ihn in die Arme.

Daß familiäre Begebenheiten dieser Art publizistisch vermarktet werden, liebt Franceso Cossiga freilich gar nicht. Sein Familienleben hält er nach Möglichkeit abgeschirmt von der Öffentlichkeit. Von seiner Frau Guiseppina sagt man nur, daß sie „ganz Kirche und Haushalt" sei und seine Leidenschaft für das Reisen nicht teile. Und von seiner Tochter Anna Maria (23) und seinem Sohn Peppino (21) heißt es, daß sie den politischen Aufstieg des Vaters mit distanzierter Ironie verfolgten.

In seiner christdemokratischen Partei ließ sich Cossiga nie fest in eine Strömung einordnen. Wenn er zeitweise zur „gemäßigten" Mitte gehörte, galt er dort als der verwegenste unter den Maßvollen, und als „Linker" genoß er den Ruf des vorsichtigsten unter den Neuerern. Jede Form von Engstirnigkeit widerstrebt der Natur dieses kultivierten katholischen Intellektuellen, der drei Fremdsprachen (Deutsch, Englisch und Französisch) spricht und die Elektronik als sein Hobby pflegt – wenn er nicht zur Entspannung Kriminalromane verschlingt.



Sandro Pertini: Kein anderer Präsident und auch kein König war so beliebt wie er FOTO: DPA

Nur noch die Farbe bindet Realos und Fundamentalos

Die Grünen auf einem Parteitag, das bedeutet immer eine Mischung aus Gegeneinander, Miteinander oder Sowohl-Als-auch. Spektakuläre Parteiaustritte und Unsicherheit über den zukünftigen Kurs zeichneten das Treffen in Hagen.

Von STEFAN HEYDECK

Der Parteitag der Grünen war noch nicht 30 Minuten zu Ende, als schon deutlich Unmut laut wurde. Dabei ging es aber nicht nur um die spärlichen Ergebnisse der zweitägigen Beratungen von Hagen. Im Foyer des teuersten Hotels der Stadt, direkt neben der Stadthalle, richtete sich die Kritik – wieder einmal – vor allem gegen die „Selbstdarstellung" führender Grüner: Noch während die außerordentliche Bundesversammlung lief, hatten sich „Promis" (Prominente) der Flügel in einem Nebenraum der Halle nacheinander vor handverlesenen Journalisten, wenn auch hinter moderaten Tönen versteckt, wegen des Bündnisbeschlusses mit anderen Parteien attackiert und so eine für gestern in Bonn geplante Pressekonferenz platzen lassen.

Der den Fundamentalisten („Fundamentalos") zugerechnete Vorstandssprecher Rainer Trampert, der Bochumer Ex-Bundestagsabgeordnete Eckhard Stratmann (der mit für die NRW-Wahlniederlage verantwortlich gemacht wird), Bernd Köppl von der Alternativen Liste Berlin (AL) auf der einen Seite sowie die Realpolitiker, die Bundestagsabgeordneten Eberhard Bueb, Hubert Kleinert, Jo Müller und Heinz Suhr versuchten, aus taktischen Gründen die Annahme des „Antrags EX2" durch die 683 Delegierten als Sieg oder Niederlage zu verkaufen.

Der Streit über die Interpretation und Umsetzung der in diesem Absatz festgeschriebenen Feststellungen: „Für die Grünen gehört die gesamte Bandbreite parlamentarischer Möglichkeiten von der Opposition bis zur Alleinregierung zu den selbstverständlichen Handlungsmöglichkeiten unserer parlamentarischen Arbeit" und: „Eine freiwillige Selbstbeschränkung auf Opposition lehnen wir ab" ist damit vorprogrammiert.

Da meinte Trampert zufrieden, daß die „weitreichenden Wünsche" der Real-Politiker nach Bündnissen „klar abgelehnt" worden seien. Das Wort „Regierung" hätte er aber lieber „nicht so offen drin gehabt". Köppl gab zwar zu, daß „der Streit nicht beendet" sei. Es sei aber ein Erfolg, daß nun „die Möglichkeit zu inhaltlichen Auseinandersetzungen" eröffnet sei.

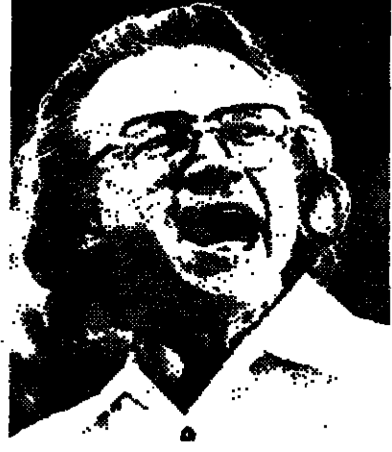
Dabei hatten die Delegierten eigentlich die Zielvorgabe gehabt, bereits in Hagen angesichts der Verunsicherung der Basis nach den Wahlpleiten klare Festlegungen über den künftigen Kurs und die Perspektiven zu treffen. Dies aber entsprach nicht den Vorstellungen der Fundamentalisten. Nach ihrer Meinung braucht die Partei eine „Atempause von der Machtbeteiligungsfrage". Trampert begründete es mit einer „gewissen Notlage" und mangelnden „Ressourcen", daß der Vorstand trotz des Hamburger Parteitagsauftrags in der Koalitionsfrage den damaligen Beschluß nicht fortentwickelt hat.

Trampert, der in der Eröffnungsrede vor einer „Wiederholung" der Dezember-Versammlung gewarnt hatte, meinte später, in Hagen sei „dasselbe beschlossen worden" wie vor sechs Monaten.

Die Delegierten hatten dies offenbar zumindest zu Teilen nicht bemerkt. War doch der AL-Antrag in der symbolträchtig grün-bestuhlten Halle verspätet verteilt worden. Auch die Grünen scheinen sich wie die „etablierten" Parteitagsstrategen aufs Tricksen zu verstehen. Überhaupt passen sich die Delegierten zunehmend an. Krawatten sind auf dem Vormarsch, Bio-Brötchen blieben liegen.

Die Hagener Ergebnisse brachten die Real-Politiker so auf die Palme, daß Kleinert verärgert das Nachdenken über „Konsequenzen" in Aussicht stellte. Es gehe „nicht mehr lange, daß wir mit dem Gefühl nach Hause kommen, daß alles offen ist".

Noch deutlicher wurde Otto Schily, der die Abstimmungen mit Kopfschütteln und fast verbittertem Lachen verfolgte. In einer Serie von Interviews nannte er die Ergebnisse „schlicht und einfach enttäuschend". Die Delegierten hätten das „gemacht, was sie gerade bei der SPD immer beklagen, nämlich ein ‚Jein' als Kompromiß gewählt". Seine Verärgerung macht er darüber hinaus in der als Warnung an die Grünen zu verstehenden Erklärung deutlich, er sei „noch" Mitglied der Grünen, werde aber „Überlegungen" anstellen, „was meine zukünftige Mitarbeit betrifft".



Rudolf Bahro: Ich verlasse die Partei. FOTO: WEREK



Otto Schily: Ich denke über meine Mitarbeit nach. FOTO: WEREK

Als gewiefter Taktiker umschiffte Schily die Frage, ob er noch bis 1987 im Bundestag bleiben wolle: Unter Hinweis auf den „Spiegel"-Bericht über eine mögliche neue Spendenaffäre hielt er sich ein Hintertürchen offen.

Dabei weiß die ums politische Überleben ringende Partei, daß sie keinen weiteren Bundestagsabgeordneten verlieren darf, wenn sie ihren Fraktionsstatus und damit den Zustrom öffentlicher Mittel nicht gefährden will.

Wie krampfhaft die Suche nach Harmonie und Geschlossenheit ist, hatte auch der neue parlamentarische Geschäftsführer Eberhard Bueb, der die Fraktion steuern muß, deutlich zu machen versucht: Der Hagener Beschluß sei „keine Niederlage der Realos oder ein Sieg der Fundamentalisten". Er ermögliche vielmehr eine „realistische Programmatik".

Bejubelt hat allerdings der Koalitionsbefürworter Jo Müller das Parteitagsergebnis. Es habe noch keinen Beschluß gegeben, „der so viele Möglichkeiten läßt", freute er sich. Es ärgert ihn aber, daß der Vorstoß von der gerade in Hagen in die Partei aufgenommenen Berliner AL stammt. Doch, so der Nachrücker: „Die Realos hätten sich nie getraut, so weit zu gehen."

Vor welchen Risiken die Grünen weiter stehen, wenn die vom Parteitag eingesetzten Programm-, Struktur- und Wahlkampfkommissionen in den nächsten Monaten ihre Vorstellungen über den künftigen Weg entwickelt haben sollten, wurde am Rande des Kongresses deutlich. Da hieß es kritisch, daß – trotz der Abstimmungsniederlage – es eine zunehmende Annäherung der übrigen Flügel an die Realpolitiker gebe. Dabei wird aber die Gefahr gesehen, daß ihnen deshalb die außerparlamentarische Gruppierung weglaufen könnte. Deshalb wurde vorsorglich gefordert, bei der Integration zwischen APO und parlamentarischen Initiativen einen neuen Anlauf zu machen. So will Stratmann in „drei bis vier" bundesweiten Kampagnen Kernkraft- und Nachrüstungsgegner oder Tierschützer wieder auf die Straßen und damit zu den Grünen locken.

Wie dünn das Eis für die Grünen gegenwärtig ist, zeigte sich am Verhalten der Delegierten. Die Debatten verliefen bis auf Ausnahmen in einem sachlichen Stil, wie er bei den Parteitagen der anderen Parteien üblich ist. Mehr noch: Mustergültig wie in einer Schulklasse wurden Beginn und Ende der Beratungen exakt eingehalten. „Die einen haben Kreide gefressen, die anderen machen die Faust in der Tasche", meinte ein Delegierter.

Zwei Delegierte allerdings machten sich in Hagen lauthals Luft: Der ehemalige „DDR"-Regimegegner Rudolf Bahro und die als dessen Lebensgefährtin bezeichnete Christine Schröter verkündeten ihren Austritt. Der Utopist Bahro, der 1983 auf dem Hannoveraner Parteitag sogar „irgendwann einmal" für eine Koalition mit der CDU eingetreten war und rot-grüne Bündnisse abgelehnt hatte, sieht keinen Unterschied mehr zu anderen Parteien. Sein Schritt wurde mit Gelassenheit hingenommen: Er hätte ihn schon in Hamburg machen können, hieß es. Damals hatte Bahro unter einem Proteststurm gleich zweimal einen Vergleich zwischen Nationalsozialisten und Grünen gezogen. Ähnlich wie in der „DDR" fühle er sich „im Widerstand".

Über seine Entscheidung gab es sogar zwischen Trampert und Schily keine Differenzen. Der eine äußerte ironisch sein Bedauern. Der andere meinte, wenn „Exzentriker die Partei verlassen, kann ihr das eher nutzen". Habe doch Hagen gezeigt, daß die Partei „mit beiden Flügeln leben kann". Offen wurde dabei allerdings gelassen, wie lange.

Brandts Taktik: Erst nach der Wahl steht Godesberg auf dem Prüfstand

Von GÜNTHER BADING

Gerade dort, wo der einst als Vorbild für sozialdemokratische Jung-Politiker gepriesene Hans Koschnick vor wenigen Tagen seine Amtsverzagtheit öffentlich bekundet hatte, trat der Parteivorsitzende Willy Brandt am Wochenende vor die Mikrophone, um die außerhalb Bremens in der SPD zu verspürende Aufbruchstimmung in bestimmte Kanäle zu lenken. Hochstimmung, teilweise an Euphorie grenzend, macht sich unter den erst vor zweieinhalb Jahren von der Regierungsmacht abgelösten Sozialdemokraten nach den Wahlsiegen an der Saar sowie an Rhein und Ruhr allenthalben breit. SPD-Bundesgeschäftsführer Peter Glotz stilisiert schon jetzt, zur Mitte der Legislaturperiode, den Wahlkampf 1987 zur „Entscheidungsschlacht" hoch.

Was bei Glotz als Stimmungsmache für die nächsten Landtagswahlkämpfe in Niedersachsen und in seiner bayerischen Heimat 1986 abgetan werden mag, hat bei den Betrachtungen Brandts über die Zukunft der SPD weiterreichenden Charakter. Der Parteivorsitzende versucht sich in Doppelstrategie. Er beschwört die Tradition der Arbeiterpartei in der Volkspartei SPD, zu der sie mit dem Godesberger Programm 1959 geworden war. Und er sichert zu, daß die prinzipiellen Godesberger Werte nicht zur Disposition stünden. Der SPD-Gewerkschaftsrat mag dies mit zustimmenden Nicken registrieren können.

Aber der den linken Theoretikern in der eigenen Partei und den Befürwortern der Integration alternativer, grüner öko-marxistischer Randgruppen niemals abhold gewesene Parteichef verspricht gleichzeitig die „Fortschreibung" des Godesberger Programms.

Wohl bewußt, daß die ersten Diskussionspapiere zur Veränderung des 26 Jahre alten Parteiprogramms noch in diesem Herbst aus den zuständigen Parteikommissionen vorgelegt werden sollen, bemüht sich Brandt zugleich, einer selbstzerfleischenden Programmdiskussion vorzubeugen, die dem in Landtagswahlsiegen entstandenen neuen Wir-Gefühl abträglich sein würde. Brandt gibt die Devise aus: Programmveränderung erst 1988, bis dahin alle Kraft für den Wahlkampf 1987.

Brandts Einlassung, das Regierungsprogramm für den nächsten Bundestagswahlkampf müsse sich wohl von der Neuauflage des Parteiprogramms unterscheiden, vor allem müsse man die Mehrheitsmeinung der Bevölkerung berücksichtigen, mag auf den ersten Blick an Herbert Wehners Bemühen von 1959 erinnern, die Partei der Arbeiter zur Volkspartei zu öffnen, den ideologischen „Ausschließlichkeitsanspruch" aufzugeben und ihr damit

DIE ANALYSE

erst die „Regierungswürdigkeit" (Wehner) zu verschaffen. Wehner hatte nur Hohn für die Parteigenossen übrig, die sich an programmatischen Diskussionen und Aussagen berauschten und die Regierungsverantwortung nur als notwendiges Übel zur Errichtung einer „neuen Gesellschaft" betrachteten. Nicht so Willy Brandt. Er will die Programmdiskussion, will dabei ungeachtet der noch heute gültigen Warnung Professor Richard Löwenthals vor einem Zerfasern der SPD am linken Rand durch Integration der alternativen Aussteigergruppen, den rot-grünen Kurs fortsetzen, den er wohl für dem Zeitgeist entsprechend hält. Aber er will sie erst nach der Wahl 1987. Brandt ist erfahrener Taktiker genug, um zu wissen, daß das derzeitige Hochgefühl, das sich 1986 bei gutem Abschneiden in den Landtagswahlen noch verstärken würde, das alleinige Pfund ist, mit dem seine Partei im Bundestagswahlkampf wuchern kann. Programmgezänk, in solcher Diskussion unvermeidbare Flügelkämpfe, müßten die optimistische Grundstimmung zerstören. Da mag der Berufs-Intellektuelle Peter von Oertzen vor den Jusos die Programmdiskussion noch vor der Wahlschlacht 1987 fordern. Solange Brandt Parteichef ist, wird er dies zu verhindern wissen.

Brandt beschwört die Traditionen der einstigen Arbeiterpartei, spricht vom Schulterschluß mit den Gewerkschaften und mit der Jugend. Er reklamiert die Integration der „Friedensbewegung" für die Sozialdemokratie und bietet allen mit Detailfragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik Unzufriedenen – hie die Gewerkschaften mit ihrem Bekenntnis zur arbeitsteiligen Industriegesellschaft, da die Jusos mit ihrer Anbiederung an die Grünen und ihrem Ausstieg aus eben dieser Wirklichkeit – als gemeinsamen emotionalen Nenner die Vision einer neuen, Amerika-unabhängigen europäischen Entspannungspolitik.

Anders als Wehner, der der SPD die Regierungsfähigkeit durch die Öffnung zur wahren Volkspartei brachte, verzichtet Brandt auf dessen Bekenntnis zur Gemeinsamkeit der Demokraten in einem geteilten Land, zum „miteinander Wirken im Rahmen des demokratischen Ganzen, wenn auch in sachlich innenpolitischer Gegnerschaft." In seiner berühmten Bundestagsrede im Juni 1960 hatte Wehner gesagt: „Das geteilte Deutschland ... kann nicht unheilbar verfeindete Christliche Demokraten und Sozialdemokraten ertragen". Willy Brandt frohlockt stattdessen in Bremen, daß die Zeiten der Konservativen nun wohl vorüber seien, weltweit versteht sich. Was das Bemühen des Strategen Wehner um die Regierungsfähigkeit seiner Partei letztlich erfolgreich gemacht hatte, die für die Wähler spürbare Bereitschaft zu demokratischer Gemeinsamkeit, bleibt bei Brandt derzeit in wahltaktischer Stimmungsmache hängen.

Das Dreier-Boot in Bonn hört auf Kapitän Ost

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Bei seiner Amtseinführung hatte sich der neue Regierungssprecher Friedhelm Ost noch als Fußballer präsentiert, der nur die guten Vorlagen braucht, um erfolgreich operieren zu können. Bei seinem ersten Auftreten gestern vor der Bundespressekonferenz ernannte er sich in der neuen Dreier-Mannschaft der Sprecher zum Kapitän auf einem Schiff, das „zwei gute Leute zur Unterstützung gut gebrauchen kann".

Damit war das Bildhafte dieser Premiere vor dem wohl kritischsten Publikum im Regierungsviertel schon beendet. Ost ging ohne Übergang auf „volle Kraft voraus" und gab getreulich seinem Auftrag die drei Punkte zur Tagesordnung wider: Stellungnahme des Bundeskanzlers zu den jüngsten Terroranschlägen, Besuch des EG-Kommissions-Präsidenten Jacques Delors in Bonn, bevorstehender Besuch des US-Vizepräsidenten George Bush in Bonn. Nicht gerade Themen, die heitere Einlagen vertragen, für die sich Ost auch partout nichts ausgedacht hatte.

Der alte Brauch, die neuen Leute auf diesem Stuhl sofort gehörig in die Zange zu nehmen und ihnen Fragen zu stellen, auf die sie selbstverständlich keine Antworten wissen können, wurde vor erwartungsfreudigem Publikum praktiziert. Schließlich glaubte der amtierende Pressekonferenz-Vorstand Rudolf Strauch bei der Erörterung der Feinheiten des amerikanischen SDI-Programms, dazwischentreten zu müssen: „Wir sollten wohl im Interesse der Fairneß abbrechen – es ist ja der erste Tag!"

Ost machte nicht den Eindruck, daß er einen großen Bruder zur Verteidigung braucht. Er sei kein Spezialist für alle Fragen, meinte er nur, es seien ja auch noch die Sprecher der Ministerien da. Das einzige Zitat, an das man sich später noch aus dieser vom Stoff her etwas glanzlosen Veranstaltung erinnern wird, ist sein Satz: „Wenn der Bundeskanzler etwas sagt, ist das immer politisch."

Während draußen ein Gewitter mit Blitz und Donner niederging, beschwor drinnen im Saal der Bundespressekonferenz zu Beginn der kurzen Sitzung Rudolf Strauch die Sonne der Gemeinsamkeit: „Wir sichern Ihnen fairen Umgang zu. Die einen von uns wünschen Ihnen Erfolg, die anderen nicht." Und an das Bild vom Triumvirat anknüpfend, das Ost bei der Amtseinführung im Zusammenhang mit dem stellvertretenden Sprecher Jürgen Sudhoff und dem neuen dritten Mann Norbert Schäfer gebraucht hatte, zitierte er Theodor Mommsen, bei dem die Triumvirn, übrigens für den berühmten Historiker zunächst nur „ein Bündnis ohne gesetzliche Grundlagen", zuständig waren für Landansiedlung, Koloniegründung und Strafvollzug.

Immerhin erhielt das 43 v. Chr. eingesetzte Triumvirat Antonius, Octavian und Lepidus durch Volksbeschluß auf fünf Jahre unumschränkte Gewalt „zur Neuordnung des Staates".

Texte so gut wie fertig, doch Ost-Berlin verzögert die Unterzeichnung

Bonn beharrt auf voller Einbeziehung Berlins in das Kulturabkommen

H.-R. KARUTZ, Berlin/Bonn

Der Text des geplanten Kulturabkommens zwischen der „DDR" und der Bundesrepublik Deutschland ist so gut wie fertig. Die Unterzeichnung scheitert bisher an zwei Punkten: Ost-Berlin tritt auf Verlangen Moskaus in allen deutsch-deutschen Dingen betont kurz. Außerdem weigert sich die „DDR" weiterhin, die praktische Einbeziehung West-Berlins und vor allem der dort beheimateten „Stiftung Preußischer Kulturbesitz" formell zu verankern.

Die von der anderen Seite inzwischen akzeptierte „Frank-Falin-Formel" zur allgemeinen Gültigkeit des Vertrags auch für Berlin reicht wiederum der Bundesregierung nicht aus. Deshalb ist vermutlich selbst 1985 nicht mehr mit einer Unterzeichnung zu rechnen. Der Vertrag war ursprüglich schon 1984 als „Geschenk" Erich Honeckers bei seiner geplanten West-Reise vorgesehen gewesen.

In Kreisen der Bundesregierung heißt es: „Die Frank-Falin-Formel reicht uns nicht aus. Wir wollen ganz sichergehen, daß der West-Berliner ebenso wie jeder Hamburger in den Genuß von Gastspielen und Ausstellungen kommen." Die zitierte Formel war 1973 zwischen dem damaligen Außen-Staatssekretär Paul Frank und Sowjet-Botschafter Valentin Falin beim Besuch Breschnews und der vorgesehenen Unterzeichnung des deutsch-sojwetischen Wirtschaftsabkommens als Kompromiß zustandegekommen. Sie lautet: „Entsprechend dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. Dezember 1971 wird dieses Übereinkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt."

Dies allein sichert jedoch nach Bonner Einschätzung keineswegs die faktische Einbeziehung West-Berlins in die gegenseitigen Austauschprogramme. Gewitzt durch die schlechten Erfahrungen mit einem ähnlichen deutsch-sowjetischen Abkommen, dringt Bonn in Ost-Berlin auf eine förmliche Absicherung Berlins.

Noch nach dem Gespräch zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Erich Honecker am 12. März 1985 am Rande der Moskauer Trauerfeierlichkeiten für Konstantin Tschernenko war in Bonn fast Unterschrifts-Euphorie zu spüren gewesen. Inzwischen hat sich die Moskauer Sicht aller innerdeutschen Dinge wesentlich verengt. Da Andrej Gromyko weiterhin die außenpolitischen Zügel des Kremls hält, tendieren die Unterschrifts-Chancen zur Zeit gegen Null.

Inzwischen bedeutete Ost-Berlin Bonn und dem Senat unmißverständlich, daß der „DDR" deshalb an „so wenig Aufsehen wie möglich" gelegen sei. Der Wink aus dem Ostberliner Außenministerium am Lustgarten zeigte unmittelbare Wirkung: Eine für gestern auf Bitten der CDU anberaumte Anhörung zum Thema „Kulturabkommen" vor dem Parlamentarischen Kulturausschuß des Abgeordnetenhauses wurde kurzfristig abgesagt.

Dabei soll Diepgen selbst im Sinne der Ostberliner Bedenken gegen öffentliche Erörterungen tätig geworden sein. Gast der Anhörung sollte unter anderen mit Günter Grass der Präsident der „Akademie der Künste" in Berlin sein. Er und viele andere Künstler im Westteil der Stadt fürchten, das Abkommen werde – erst einmal unter Dach und Fach – mehr Formalismus als etwa Liberalismus im Austausch mit sich bringen. Neben solchen, aus politischer Rücksichtnahme prompt befolgten Bitten betreibt die „DDR" aber auch eine Politik der Lockspeise und Belohnung: So sorgte beispielsweise jetzt das ausnehmend gute Verhältnis zwischen Honecker und dem Krupp-Aufsichtsratsvorsitzenden Berthold Beitz dafür, daß auf Honeckers persönliche Weisung eine exquisite Ausstellung in die Villa Hügel gelangt. Unter dem Titel „Barock in Dresden – Eine europäische Metropole des 18. Jahrhunderts" zeigen die Staatlichen Kunstsammlungen Dresden im Sommer 1986 die Schätze des deutschen Florenz. Noch vor Jahren wäre eine derartige Schau in Essen gänzlich unmöglich gewesen.



Diese oder ähnliche Stücke aus dem Dresdener Bestand werden auch in Essen zu sehen sein: Eine Vase aus Kelheimer Stein von J. M. Dinglinger (um 1722) und eine Büste des sächsischen Kronprinzen Friedrich August von F. Coudray (1755). FOTOS: DIE WELT

Raffaels „Sixtinische Madonna" oder Jan van Eycks Flügelaltar, Hauptstücke der Gemäldegalerie Alte Meister, werden gewiß nicht mit auf die Reise zur Villa Hügel gehen, aber eine der Dresden-Veduten von Bellotto wird sicherlich unter den Gemälden sein. Dazu dann einige der Pretiosen aus dem Grünen Gewölbe, die Goldschmiedearbeiten von Dinglinger oder aus der Lücke-Werkstatt. Meißner Porzellan wird nicht fehlen, die frühen Arbeiten aus braunem Böttger-Steinzeug wie die Figuren von Kaendler und andere berühmte Stücke der Manufaktur. Und vermutlich wird man auch einiges aus dem Münzkabinett mit nach Essen schicken.

Mit welchem politisch-propagandistischen Erfolg die „DDR" die klassische deutsche Kunst für ihre Zwecke einsetzt, lehrte der überwältigende Erfolg der Ausstellung vom Sommer 1984 in der Schallaburg bei Wien. Hunderttausende von Besuchern erfreuten sich damals an „Barock und Klassik – Kunstzentren des 18. Jahrhunderts in der DDR; Dresden, Weimar, Potsdam".

Zwischen Ost-Berlin und Wien geht unterdessen alles seinen Gang: Man unterschrieb jüngst ein Kulturabkommen, das bis 1988 gilt.

Ein neuer Mann und alte Probleme

Die schwierige Aufgabe, in Hamburg Wirtschaftsförderung zu betreiben

UWE BAHNSEN, Hamburg

Die sozialdemokratischen Rathausregenten um Hamburgs Bürgermeister Klaus von Dohnanyi geben sich zuversichtlich und hoffen mit Wirtschaftssenator Volker Lange, daß sich „das Warten gelohnt hat" – das Warten auf den Mann, der den lädierten Ruf der Hansestadt als Wirtschaftsmetropole und Industrie-Standort endlich energisch aufpolieren soll: Claus Müller (47), promovierter Diplom-Ingenieur und vormaliges Vorstandsmitglied der AEG-Telefunken Anlagentechnik AG, tritt am 1. Juli sein neues Amt als Geschäftsführer der Hamburger Wirtschaftsförderungsgesellschaft an. Sie wird getragen von der Stadt, den Kammern und regional tätigen Geldinstituten.

Ellenbogen notwendig

Wie dringlich Müllers Aufgabe mittlerweile geworden ist, ließ sich vor kurzem zwei Bürgerschaftsdrucksachen entnehmen: Der Senat mußte dem CDU-Abgeordneten Paul Haarmeyer bestätigen, daß es der Wirtschaftsbehörde nicht gelungen ist, die Abwanderung von zwei mittelständischen Unternehmen zu verhindern, obwohl den Geschäftsleitungen allerlei städtische Offerten unterbreitet worden waren. Die eine der beiden Firmen, eine Fleischwarenfabrik mit rund 120 Beschäftigten, will sich zum 1. August in Kaltenkirchen niederlassen, die andere, ein Maschinenbauunternehmen mit 136 Arbeitsplätzen, in Norderstedt – beides im Nachbarland Schleswig-Holstein.

Symptomatisch sind diese beiden Fälle deshalb, weil sie zeigen, daß Hamburg die Erosion seines industriellen und gewerblichen Potentials selbst dann nicht aufzuhalten vermag, wenn der Senat handfeste Konzessionen zu machen bereit ist. Diese besorgniserregende Entwicklung mag jeweils unterschiedliche Ursachen haben, aber gewiß ist: Die Zonenrandförderung und das in der Hansestadt – trotz persönlicher Bemühungen der beiden Bürgermeister Dohnanyi und Pawelczyk und des Wirtschaftssenators Lange – keineswegs unternehmerfreundliche Klima sind zwei grundlegende Faktoren, die immer wieder zu Lasten Hamburgs zu Buche schlagen.

Das sind die Rahmenbedingungen, in denen Claus Müller sich bewegen und bewähren muß. Sie werden geprägt durch einen in der sozialdemokratischen Regierungspartei angelegten Dauerkonflikt zwischen dem Mitte-Rechts-Lager um Pawelczyk und Lange, die Hamburgs Wirtschaftsstruktur modernisieren wollen, und dem linken Flügel um den Landesvorsitzenden Ortwin Runde und den Arbeits- und Sozialsenator Jan Ehlers. Für diese beiden Spitzengenossen ist die Wirtschaft vor allem eine Kuh, die es kräftig zu melken gilt.

Während Müller ab 1. Juli „die Betreuung und Förderung, Aquisition und Projektbegleitung ansiedlungswilliger nationaler und internationaler Unternehmen in Hamburg voranbringen" will, werden in der von Ehlers geleiteten Behörde Projekte entwickelt, die zweierlei gemeinsam haben: Sie kosten Geld, und sie werden Müllers Arbeit nicht fördern, sondern eher konterkarieren. Zu diesen Vorhaben gehört ein Gesetzentwurf zum „Schutz der Arbeitnehmer vor den negativen Auswirkungen der neuen Technologien", der im wesentlichen den Beschäftigten und Betriebsräten Rechte, den Arbeitgebern hingegen Pflichten verheißt.

Claus Müller wird ein robustes Nervenkostüm, Standfestigkeit und Ellenbogen benötigen, um nicht zu scheitern. Der in der hanseatischen Wirtschaft wohlrenommierte Manager sah sich von Lange, der einer Findungskommission vorgesessen hatte, bei Bekanntgabe der Berufung als „hochkarätig" apostrophiert – mit „praktischen Erfahrungen in der Leitung eines größeren Unternehmens und Kenntnissen in der Hamburger Wirtschaftsszene". Müller war 1963 bei AEG-Telefunken in Hamburg in den Fachbereichen AEG-Schiffbau eingetreten war und konnte seither in diesem Konzernbereich 20 Jahre Industrieerfahrung sammeln.

Job verleidet

Einen Geschäftsführer für die reichlich spät gegründete Wirtschaftsförderungsgesellschaft hatte Lange im vergangenen Herbst schon einmal präsentiert. Doch der Industrie-Manager Gerhard Holtmeier zog es im Dezember letzten Jahres vor, den mit 300 000 Mark dotierten Posten gar nicht erst anzutreten: „Öffentliche Indiskretionen" und „Belästigungen bis in die Familie" hatten ihm den Job verleidet.

Erste Erfahrungen mit Indiskretionen, und zwar ebenfalls vor Amtsantritt, hat mittlerweile auch Müller machen müssen: Einer Pressemeldung über ihren „Wunschkandidaten" (Lange) entnahmen die Wirtschaftsförderungsgesellschafter der neue Mann habe „kurzfristig einspringen" können: AEG-Chef Heinz Dürr habe ihn im Februar dieses Jahres gefeuert, weil ihm eine 180-Millionen-Schlappe beim Bau der neuen Saudi-Universität in Riad anzulasten sei. Es stellte sich heraus, daß die Findungskommission diesen Fall vor Müllers Berufung gekannt und mit dem Ergebnis geprüft hatte, der Flop in Riad sei ihm nicht persönlich zuzurechnen: unglückliche Umstände, dazu Folgen der AEG-Krise.

Brieflut nach Rede von Weizsäckers

dpa, Bonn

Das Echo auf die Rede, in der sich Bundespräsident Richard von Weizsäcker am 8. Mai mit dem 40. Jahrestag des Kriegsendes beschäftigte, hat alle Erwartungen übertroffen. Im Bundespräsidialamt sind bislang insgesamt 35 000 Briefe und Karten eingegangen, in denen von Weizsäcker auch international gratuliert wird. Zu den prominenten Absendern gehören der italienische Präsident Sandro Pertini und der frühere US-Außenminister Henry Kissinger.

Selbstkritische Landtagsabgeordnete

AP, Stuttgart

Nur 38 Prozent der baden-württembergischen Landtagsabgeordneten glauben ihren Verfassungsauftrag, als gewählte Vertreter des ganzen Volkes die vollziehende Gewalt zu überwachen und lediglich dem eigenen Gewissen unterworfen zu sein, ausreichend wahrnehmen zu können. Dies geht aus einer Umfrage hervor, die eine „Überfraktionelle Initiativgruppe Parlamentsreform" im Stuttgarter Landtag vorgenommen hat.

Wie der SPD-Abgeordnete Günther Schrempp in Stuttgart mitteilte, haben sich an der Erhebung rund 40 Prozent der Parlamentarier beteiligt. Sieben der 126 verschickten Fragebögen seien anonym eingegangen, vier von CDU-, 27 von SPD-, sechs von FDP-Abgeordneten und sechs von den Grünen ausgefüllt worden. Die Umfrage zeigte, daß rund 90 Prozent der Befragten eine Debatte über das Selbstverständnis des Landtags befürworteten. 92 Prozent fanden die jetzige Form von Plenardebatten nicht gut.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

Sohn von Strauß auf Vaters Spuren

PETER SCHMALZ, München

Der Vater feiert am 6. September seinen 70. Geburtstag und deutete schon einmal an, er werde womöglich 1990 einem Nachfolger den Stuhl des bayerischen Ministerpräsidenten überlassen. Doch bevor Franz Josef Strauß seinen Abschied aus der bayerischen Landespolitik nimmt, könnte im Handbuch des bayerischen Landtages sein Familienname zweimal vermerkt sein: Max Strauß, mit 26 Jahren der älteste Sohn des Regierungschefs, erwägt den Einstieg in die Politik als Landtagsabgeordneter. Der erste Schritt ist schon getan: Die Delegierten des Münchner Kreisverbandes 5 der Jungen Union, den der Junior acht Jahre als Vorsitzender leitete, forderten ihn auf, zur Landtagswahl im Oktober 1986 zu kandidieren.

Doch der Jurastudent Strauß will sich noch nicht festlegen. Wohl verhehlt er sein Interesse an der aktiven politischen Arbeit nicht, hält sich aber mit Absichtserklärungen noch zurück: „Über die Aufforderung habe ich mich sehr gefreut. Bevor ich mich entscheide, will ich erst einmal sehen, wer noch kandidiert." In dieser Frage aber steckt politische Brisanz, denn der Stimmkreis, in dem er kandidieren soll, wird von dem 58jährigen Regierungsdirektor Richard Hundhammer gehalten, seinerseits Sohn des legendären Alois Hundhammer, der in den 50er Jahren CSU-Gegenspieler von Franz Josef Strauß war.

Auch im Kampf der Söhne sind die größeren Chancen bei Strauß. Im Gegensatz zu seinem Vater mangelt es Richard Hundhammer an Ausstrahlungskraft, zudem hat er sich mit den Strauß-Söhnen und deren Anhängern im Kreisverband ebenso überworfen wie mit dem Bundestagsabgeordneten Erich Riedl. Außerdem soll Hundhammer die Nominierung für diese Legislaturperiode nur durch die Zusicherung erhalten haben, künftig nicht nochmals anzutreten.

Inzwischen aber zeigt sich der Abgeordnete keineswegs amtsmüde und rät dem möglichen Konkurrenten: „Der sollte mit seinen 26 Jahren doch erst einmal politische und berufliche Erfahrung sammeln." Doch für den Fall des Falles gibt sich Max Strauß siegesgewiß: „Wenn ich gegen Hundhammer antreten sollte, hat er keine Chance." Vater Strauß beobachtet die politischen Ambitionen seines Filius mit gebremster Begeisterung und schildert ihm die Zukunftsaussichten wenig rosig: „Da trägst die Drucksache 6075 mit dir rum, und dein Studium versandet."

Franz Georg Strauß, der um zwei Jahre jüngere Bruder, sucht sein Berufsglück derzeit abseits der Politik. Mit einer florierenden Werbeagentur als Grundstock wagt er seine Fortüne auf Bayerns neuen Kanälen: Gemeinsam mit dem CSU-Bundestagsabgeordneten Josef Linsmeier und einigen anderen Gesellschaftern gründete er die „tv weiß-blau Fernsehprogramm-Anbieter GmbH", mit der ab Oktober das jüngste bayerische private Fernsehprogramm starten will. Auf keinen Fall solle daraus ein elektronischer „Bayernkurier" werden, betont Franz Georg Strauß: „Politik wird bei uns die geringste Rolle spielen."

Haltung zu SDI im Vordergrund

Deutsch-französisches ‚Vierertreffen' in Bonn zur Harmonisierung der Sicherheitspolitik

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die vier für Außenpolitik und Verteidigung verantwortlichen Minister Frankreichs und der Bundesrepublik Deutschland werden sich am Mittwochabend in Bonn zu einem längeren Gespräch treffen. Die Unterredung von Roland Dumas, Charles Hernu aus Paris mit ihren Amtskollegen Hans-Dietrich Genscher und Manfred Wörner im Gästehaus der Bundesregierung auf dem Venusberg ist Teil der deutsch-französischen Gespräche über Möglichkeiten zur Angleichung und Harmonisierung der Außen- und Sicherheitspolitik beider Länder. Das Treffen ist außer der Reihe angesetzt und dient dem Vernehmen nach auch, aber nicht nur der Vorbereitung des Europäischen Rates Ende der Woche in Mailand.

Entscheidungen, die dem EG-Gipfel sicherheitspolitisch die Richtung weisen, sind von dem Vierertreffen nicht zu erwarten. Es soll in erster Linie dem Gedankenaustausch der führenden Politiker dienen und der Vertiefung des Verständnisses zwischen beiden Hauptstädten, das sich im Verlaufe der deutsch-französischen Konsultationen dieser Art seit Oktober 1982 entwickelte. Dennoch dürfte sich nach Bonner Vermutungen im Verlaufe der abendlichen Gespräche der Vier das Thema „Strategische Verteidigungsinitiative" in den Vordergrund schieben und die Minister veranlassen, die in Bonn und Paris zu SDI sich allmählich abzeichnenden Positionen miteinander zu vergleichen und abzustimmen.

Schon vorher aber ist klar, daß die öffentliche Wahrnehmung eines angeblichen Gegensatzes in dieser Frage der tatsächlichen Entwicklung im Verhältnis zwischen Bonn und Paris nicht gerecht wird. Frankreich ist wie die Bundesrepublik bemüht, die mögliche politische und militärische Bedeutung einer sich abzeichnenden strategischen Verteidigung gegen das ballistische nukleare Drohpotential der Sowjetunion intensiv zu analysieren und denkbare Konsequenzen zu formulieren. Dies ist, wie es von zuständiger Seite weiter hieß, ein langwieriger Prozeß. Öffentliche Äußerungen von Politikern dazu entsprächen weder in Paris noch in Bonn manchmal dem substantiellen Stand von Analyse und Bewertung.

Als wichtige Erkenntnis dieses Prozesses wurde in Bonn Folgendes herausgestellt: Da SDI auf die eine oder andere Weise seinen Weg nehmen wird, wäre es aus der Sicht europäischer Regierungen unklug, sich dagegen zu stellen. Deshalb sind Bonn und Paris auf Kooperation mit den USA eingestellt. Die Form dafür ist noch offen. Es gibt für beide Hauptstädte keinen Entscheidungszwang entweder nur für SDI oder nur für das europäische Technologie-Projekt Eureka. In beiden Regierungen wird von den zuständigen Fachleuten ein Weg gesucht, wie man SDI und Eureka sogar miteinander verbinden kann. Dabei ist eine Kooperation mit den USA in der Weise möglich, in der von Amerika die Realisierbarkeit des Schutzes gegen interkontinentale Waffensysteme untersucht wird und in Europa die gegen kontinentale.

Deutscher Direktor für SIPRI-Institut

dpa, München

Das Stockholmer Internationale Friedensforschungs-Institut SIPRI, vom schwedischen Parlament 1966 gegründet, erhält einen deutschen Direktor. Der Informationsdienst „Mediatus" des Starnberger Forschungsinstituts für Friedenspolitik berichtet in seiner Juni-Ausgabe weiter, Walter Stützle solle Nachfolger von Frank Blackaby aus Großbritannien werden. Stützle war von 1976 bis 1982 Leiter des Planungsstabes im Bundesverteidigungsministerium und ist derzeit Militärkorrespondent der „Stuttgarter Zeitung". Auf Vorschlag des SIPRI-Kuratoriumsmitglieds Egon Bahr werde Stützle voraussichtlich noch im Juni berufen. Bekannt wurde der Militärexperte, der wesentlich für den Inhalt der Weißbücher der sozial-liberalen Koalition verantwortlich war, durch das Buch „Politik und Kräfteverhältnis – Die Bundesrepublik im Wechselspiel der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kräfte von Ost und West".

Kritik der Kirche an Möllemann

idea, Stuttgart

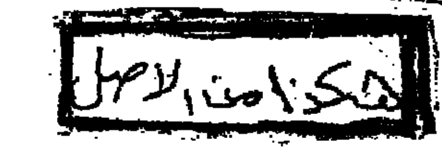
Scharfe Kritik an Äußerungen des Staatsministers im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann, zur Situation in Äthiopien hat der evangelische Oberlandeskirchenrat Johannes Hasselhorn geübt. Möllemann hatte in einer Antwort auf eine Parlamentarische Anfrage erklärt, nach Kenntnis der deutschen Botschaft in Addis Abeba habe sich das Verhältnis der Kirche zur äthiopischen Regierung in den vergangenen Jahren „zunehmend entspannt". Nach Informationen der Bundesregierung träfen Meldungen über systematische Kirchenverfolgungen nicht zu. Bestehende Schwierigkeiten erklärte Möllemann mit der Zugehörigkeit der meisten Mitglieder der lutherischen Mekane-Yesus-Kirche zum Oromo-Volk, das für Autonomie kämpft. Hasselhorn erklärte, die Bundesregierung habe mit diesem „Persilschein" für die marxistische äthiopische Regierung die Christen den „Säuberungsmaßnahmen" der Behörden ausgeliefert.

Universitätsplätze nicht eingeschränkt

dpa, Bonn

Im Hinblick auf die geburtenstarken Jahrgänge sollen die Hochschulen für alle Jungakademiker, trotz ungewisser Berufschancen, weiterhin offen bleiben. Darauf verständigte sich die Bund/Länder-Kommission für Bildungsplanung (BLK) in ihrem Bericht „Über die Perspektiven für Akademiker im Beschäftigungssystem".

Nach dem Bericht werden bis zum Jahr 2000 fast drei Millionen Jungakademiker die Hochschulen verlassen. Für sie stehen nur knapp eine Million Arbeitsplätze von ausscheidenden Angestellten mit Hochschulbildung zur Verfügung. Bundesbildungsminister Dorothee Wilms machte deutlich, daß die Schwierigkeiten der Beschäftigung von Hochschulabsolventen ein Teil der Beschäftigungsprobleme insgesamt seien. Zu ihrer Lösung beizutragen, sei vornehmlich eine Aufgabe der Wirtschafts-, Finanz- und Arbeitsmarktpolitik.



Bezuidenhout: Wir streben für Namibia eine international anerkannte Unabhängigkeit an

UNO-Resolution 435 muß angepaßt werden / WELT-Gespräch mit dem Vorsitzenden der Übergangsregierung

DW. **Windhuk**

Der Vorsitzende der neuen Übergangsregierung von Namibia, David Bezuidenhout, hat in einem WELT-Interview die Überzeugung geäußert, daß sein Land „in einem Zeitraum von zwei bis drei Jahren" die volle Unabhängigkeit erreichen werde. Ziel seiner Regierung sei eine international anerkannte Lösung ohne nachfolgendes Blutvergießen. Zu diesem Zweck müsse die UNO-Resolution 435 der in den letzten Jahren veränderten Lage angepaßt werden, sagte der farbige Politiker in dem ersten Interview seit seiner Amtseinführung vor einer Woche. „Wirklich sehr enttäuscht", äußerte er sich über die negative Reaktion der Bundesregierung. Das Gespräch führte Bernt Conrad.

WELT: Hatte die neue Übergangsregierung in Windhuk einen guten Start?

Bezuidenhout: Ja, die Inaugurationsfeier hat gezeigt, daß wir die Unterstützung der Mehrheit im Lande besitzen.

WELT: Sind Sie enttäuscht darüber, daß alle Staaten außer Südafrika, sogar die westlichen Staaten einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, sagen: Die Übergangsregierung ist null und nichtig und nur ein Instrument Südafrikas?

Bezuidenhout: Ja, wir sind wirklich sehr enttäuscht. Wir hatten erwartet, daß zumindest die fünf westlichen Kontaktgruppen-Staaten (USA, Frankreich, Großbritannien, Kanada, Bundesrepublik Deutschland, d. Red.) mehr Objektivität beweisen würden.

WELT: Legen Sie Wert darauf, wenigstens im Westen als legale Regierung von Namibia/Südwestafrika anerkannt zu werden?

Bezuidenhout: Ja, wir wollen das erreichen. Aber wenn das nicht möglich sein sollte, werden wir auch so weitermachen – ob Anerkennung oder nicht. Eines sollte jedem klar sein: Wir sind keine Werkzeuge Südafrikas oder von irgendjemand anderem. Wir sind nur die Werkzeuge der Bevölkerung unseres Landes. Was immer wir tun, es wird im Interesse des Landes und seiner Menschen sein, und nicht etwa, um Südafrika einen Gefallen zu tun.

WELT: Das führt zu der nächsten Frage: Ihr Ziel ist die Unabhängigkeit Namibias. Soll das eine international anerkannte Unabhängigkeit sein oder kümmern Sie sich darum überhaupt nicht?

Bezuidenhout: Unser Ziel ist es, internationale Anerkennung zu finden. Doch wir wollen keine Unabhängigkeit mit anschließendem Streit und Blutvergießen. Die Hauptsache ist, daß die Lebensbedingungen der Mehrheit unseres Volkes verbessert werden und die eine oder andere noch bestehende Diskriminierung beseitigt wird. Was wir erreichen wollen, sind nationale Aussöhnung, Frieden und Stabilität. Wenn wir das haben, wird die Frage der Unabhängigkeit an Bedeutung verlieren.

Es ist erstaunlich, daß uns die Welt zur Unabhängigkeit drängt. Wenn es aber als Konsequenz der Unabhängigkeit Blutvergießen und Bürgerkrieg geben sollte, dann werden wir damit leben müssen. Wir wollen alles tun, um eine friedliche Unabhängigkeit mit internationaler Anerkennung zu erreichen.

WELT: Betrachtet die Übergangsregierung die UNO-Resolution 435 als eine Basis oder sogar als die Basis der namibischen Unabhängigkeit?

Bezuidenhout: Ja, wir haben das nicht zurückgewiesen. Es ist eine Basis. Aber wir wollen in der Lage sein, die Resolution zu ergänzen, um der gegenwärtigen Lage gerecht zu werden. Denn die Situation hat sich in den sieben Jahren, seit die Resolution angenommen wurde, verändert. Wir selbst wollen ein Teil des Prozesses sein. Die Vereinten Nationen müssen uns anhören, damit wir unseren Fall klarmachen und sagen können, was an dieser Resolution nicht akzeptabel ist. Aber das will man uns nicht zugestehen.

WELT: Auf welche Weise wollen Sie denn die Unabhängigkeit herbeiführen? Durch direkte Verhandlungen der Beteiligten?

Bezuidenhout: Wir sind bereit, mit allen interessierten Parteien zu verhandeln, um Frieden und Versöhnung zu erreichen.

WELT: Die Bundesregierung lehnt jeden Kontakt mit Ihnen ab. Auf der anderen Seite waren Abgeordnete der Bonner Regierungsparteien bei Ihrer Amtseinführung hier in Windhuk anwesend und haben Ihnen Unterstützung zugesagt. Was erwarten oder erhoffen Sie von Deutschland?

Bezuidenhout: Es ist widersprüchsvoll, wenn die Bundesregierung sagt, sie wolle nichts mit uns zu tun haben. Wir fühlen uns jedoch durch die Teilnahme von Bonner Politikern an unserer Inaugurationsfeier ermutigt. Meine persönliche Meinung ist, daß sie in der Lage sein werden, andere wichtige Politiker der Bundesrepublik zu überzeugen und daß eines Tages die Mehrheit in Deutschland unseren Zielen und Absichten glauben wird.

Wenn die Bundesregierung auf der anderen Seite wirklich über Südwestafrika besorgt ist, dann kann sie das beweisen, indem sie schon vor der Unabhängigkeit Hilfe leistet. Dafür bestehen verschiedene Möglichkeiten über Organisationen und Institutionen, beispielsweise für Schulen und Ausbildungsstätten, in denen unsere Bevölkerung vorbereitet werden kann, damit sie nach der Unabhängigkeit in der Lage ist, wichtige Posten auszufüllen.

WELT: Nun zu Ihren inneren Problemen: Glauben Sie, daß der Grundsatz der Rotation für den Vorsitz im Ministerrat, wie Sie ihn eingeführt haben, sinnvoll ist, besonders wenn die Rotation alle drei Monate stattfinden soll?

Bezuidenhout: Das ist eine sehr schwierige Frage. Andererseits aber haben die Parteien, die sich zunächst in der Vielparteienkonferenz und jetzt in der Übergangsregierung zusammengefunden haben, Vertrauen zueinander gewonnen. Deshalb meine ich, daß es nichts ausmacht, wenn eine Rotation stattfindet. Wir wollten auch nicht den Eindruck erwecken, daß die Übergangsregierung so etwas wie einen permanenten Status anstrebt. Hätten wir einen Ministerpräsidenten mit mehr Macht als der Rest des Kabinetts, dann hätte ein solcher Eindruck entstehen können.

WELT: Sie sprechen selbst von einer „Regierung der nationalen Einheit". Ist es nicht ein großes Problem für Sie, daß ein wichtiger Führer der Ovambos, Peter Kalangula, eine Zusammenarbeit mit Ihnen ablehnt? Stellen nicht die Ovambos mehr als 50 Prozent der namibischen Bevölkerung und bilden damit einen der bedeutendsten Faktoren Ihres Landes?

Bezuidenhout: Ja, wir hätten Peter Kalangula gern dabei gehabt. Wir haben alle Parteien außerhalb der Vielparteienkonferenz mehrfach eingeladen. Aber sie haben nicht reagiert. Wir halten auch jetzt noch die Tür offen. Andererseits bin ich nicht überzeugt, daß Kalangula von der Mehrheit der Ovambos unterstützt wird. Wir haben die Swapo-Democrats, eine Partei, deren meiste Mitglieder Ovambos sind. Wir haben auch in der DTA Ovambos, die in der Regierung vertreten sind.

WELT: Sind es genug?

Bezuidenhout: Nein, das stimmt. Doch wir haben die Tür nicht zugeschlagen. Wir wollen wirklich nationale Einheit und Versöhnung.

WELT: Existiert immer noch eine Einladung an die Swapo, sich an der Regierung und der Nationalversammlung zu beteiligen?

Bezuidenhout: Wir würden Swapo nicht zurückweisen. Aber sie müßte natürlich bereit sein, die Waffen niederzulegen.

WELT: Das heißt, eine Teilnahme der Swapo kann realistischerweise erst nach Beendigung des Krieges erwartet werden?

Bezuidenhout: Ja.

WELT: Wird das in absehbarer Zeit möglich sein?

Bezuidenhout: Das ist nicht unmöglich. Es gab Gespräche auf den Kapverden mit Südafrika. Doch Swapo hat darauf nicht positiv reagiert. Im Licht dieser Erfahrung haben wir am letzten Donnerstag eine Entschließung angenommen, in der die UNO und die interessierten Parteien aufgefordert werden, die Swapo davon zu überzeugen, daß die Kriegshandlungen eingestellt werden sollten. Das gilt auch für Südafrika. Alle sollten sich an einen Tisch setzen und über Frieden für Namibia verhandeln.

WELT: Hat es schon Reaktionen darauf gegeben?

Bezuidenhout: Nein, noch nicht.

WELT: In welcher Zeit glauben Sie die volle Unabhängigkeit Namibias verwirklichen zu können?

Bezuidenhout: Um offen zu sein: Ich glaube, das könnte in einem Zeitraum von zwei oder drei Jahren der Fall sein.

WELT: Ist das nicht überoptimistisch?

Bezuidenhout: Vielleicht. Doch im Prinzip bin ich überzeugt: Wir werden den Erfolg haben.

Denktasch: Wahl hat Nordzypern konsolidiert

E. ANTONAROS, **Athen**

Bei den Parlamentswahlen im türkisch besetzten Nordteil der Insel Zypern hat keine der sieben angetretenen Parteien die absolute Mehrheit im türkisch-zyprischen Parlament erlangen können. Nach Auszählung von mehr als 95 Prozent aller Stimmen am Montag nachmittag stand fest, daß die rechtskonservative Nationale Einheitspartei, die Volksgruppenführer Rauf Denktasch nahesteht, mit 36,7 Prozent der Stimmen und 24 von insgesamt 50 Mandaten die stärkste Fraktion stellen wird.

Zwölf Sitze entfielen auf die linksgerichtete Republikanisch-Türkische Partei und zehn auf die ebenfalls links von der Mitte angesiedelte Kommunale Befreiungspartei.

In Nikosia wird allgemein damit gerechnet, daß demnächst eine Koalitionsregierung der Einheitspartei und der fast ausschließlich von Siedlern aus der Festlandtürkei unterstützten „Wiedergeburt-Partei" gebildet werden soll. Wider Erwarten nahm sie knapp die in der Verfassung vorgesehene Acht-Prozent-Hürde und wird mit vier Sitzen vertreten sein.

Im griechischen Teil Nikosias wurde dieser dritte türkische Urnengang innerhalb von zwei Monaten als ein „weiterer Beweis für die sezessionistischen Absichten der Inseltürken" verurteilt. Gleichzeitig wurde die Völkergemeinschaft, die die „türkische Republik von Nordzypern" nicht anerkannt hat, dazu aufgerufen, die Schaffung von vollendeten Tatsachen zu verurteilen.

Denktasch hingegen, der erst vor zwei Wochen mit 70 Prozent aller Stimmen zum „Präsidenten" seines Teilstaates gewählt worden war, bezeichnete die Parlamentswahl vom Sonntag als den „letzten Schritt zur Konsolidierung unserer Republik". Vor Denktaschs Wahl zum Staatsoberhaupt hatten die Insel-Türken bereits am 5. Mai eine Landesverfassung verabschiedet.

Offen ließ Denktasch allerdings die Frage, ob er einen bereits vor knapp zwei Wochen von UN-Generalsekretär Pérez de Cuéllar eingereichten Friedensplan als Grundlage für neue Verhandlungen mit den Insel-Griechen akzeptieren will. Inselpräsident Kyprianou hat sich mit den neuen UN-Vorschlägen einverstanden erklärt. Über die Rolle der Türkei als Garantiemacht und die Tatsache, daß Griechen und Türken auf Zypern nunmehr als „gleichwertige Partner" miteinander sprechen sollen, will er mit Pérez aber nicht sprechen. (SAD)

Die Landreform fordert Kabinett Sarney heraus

Ein vage formuliertes Gesetz / 50 Tote bei Zwischenfällen

WERNER THOMAS, **São Paulo**

In Brasilien vergeht im Kampf um den Boden kaum ein Tag ohne Zwischenfälle. Im nördlichen Bundesstaat Para kamen bisher mehr als 50 Menschen ums Leben: Seit die Regierung Sarney Ende Mai Pläne für eine Landreform verkündet hat, lebte eine alte Konfrontation wieder auf. Besitzlose Landarbeiter besetzen Grundstücke. Grundbesitzer horten Waffen und lassen ihre Plantagen durch private Sicherheitskräfte bewachen. Es kam bisher zu Hunderten blutigen Zusammenstößen.

Drei Monate nach der Rückkehr des Landes zur Demokratie dominieren diese Probleme die politische Diskussion und stellen die Regierung vor die erste Belastungsprobe. Selbst innerhalb des Kabinetts herrschen Meinungsverschiedenheiten.

Das Thema Landreform ist nicht neu. In der größten Nation Lateinamerikas, die mit 8,5 Millionen Quadratkilometer fast die Ausmaße Europas erreicht, leben zehn Millionen Bauernfamilien ohne Land. 409 Millionen Hektar der landwirtschaftlichen Anbaufläche von 567 Millionen Hektar sind private Latifundien, viele umfassen mehr als 1000 Hektar. Die einseitige Verteilung des Bodens schafft sozialen Zündstoff. Jahr für Jahr starben etwa 200 Personen bei bewaffneten Auseinandersetzungen. Die Strukturveränderungen auf dem Land zählten zu den wichtigsten Versprechungen der neuen Regierung, die gerechtere gesellschaftliche Verhältnisse herbeiführen will.

Die Regierung griff auf ein von den Militärs in den sechziger Jahren entworfenes Programm zurück, das nicht nur nach Ansicht der Grundbesitzer vage Formulierungen enthält. So geht nicht klar daraus hervor, ob lediglich staatliches und unbewirtschaftetes Land verteilt werden soll. So wird kein Unterschied gemacht zwischen Spekulationsboden und Reserveboden, beide sind unbewirtschaftet.

Das Nachrichtenmagazin „Veja" erwähnte den Fall des „Latifundario" Olacyr Moraes aus dem Bundesstaat Mato Grosso do Sul, dem größten Sojabohnen-Produzenten der Welt. Er besitzt noch eine doppelt so große Anbaufläche (100 000 Hektar) im gleichen Staat, die er allerdings erst in den nächsten Jahren nützen möchte. Seine Pläne kamen durcheinander. „Die Regierung muß deutlich erklären, was sie beabsichtigt", so fordert er.

Das Reform-Projekt war von Anfang an auf Widerstand gestoßen, weil es Landwirtschaftsminister Nelson Ribeiro vor der Jahresversammlung des Landarbeiter-Verbandes verkündet hatte. Ribeiro, 53, der aus Para stammt, vertritt den linken Flügel der „Demokratischen Bewegung Brasiliens" (PMDB). Selbst als Präsident Sarney die Grundbesitzer zu beruhigen versuchte, sorgte Ribeiro für neue Kontroversen: „Mittelfristig oder langfristig" würden die Reformen auch produktive Latifundien erfassen.

Nicht nur linke PMDB-Leute forcieren die ländlichen Strukturveränderungen. Der sogenannte progressive Sektor der katholischen Kirche übt ebenfalls Druck aus. Bischof Ivo Lorscheiter, der die nationale Bischofskonferenz präsidiert, sprach enttäuscht von einem „vorsichtigen" Plan. Er hätte nichts dagegen, wenn die Regierung bewirtschafteten Boden enteignen würde. In allen Teilen der Nation operieren kirchliche Kommissionen (Pastoral da Terra), die Landarbeiter organisieren. In vielen Fällen animierten Priester zu Besetzungen.

Die Grundbesitzer-Verbände versichern, sie hätten nichts gegen eine gerechtere Verteilung des Landes einzuwenden. Land sei genug vorhanden. Sie verurteilen jedoch anarchistische Zustände. „Die Grundbesitzer haben ein Recht, sich gegen eine Besetzung ihres Bodens zu verteidigen", erklärte Flavio Telles de Menezes, der Präsident des brasilianischen Bauernverbandes. „Sie verteidigen sich gegen illegale Aktionen." Oft mahnen diese Kreise die Regierung, die Anarchie könne verheerende wirtschaftliche Folgen haben. Selbst Leonel Brizola, der sozialistische Gouverneur des Bundesstaates Rio de Janeiro, empfahl dem Präsidenten ein behutsameres Vorgehen in Sachen Landreform.

José Sarney machte in dieser ersten Krise seiner kurzen Amtszeit keine gute Figur. „Er reagierte viel zu spät und zu zaghaft", meinte ein diplomatischer Beobachter. Er habe den forschen Landwirtschaftsminister nicht rechtzeitig gebremst. „Während Sarney den Feuerwehrmann spielte, goß Ribeiro Öl auf das Feuer", schrieb „Veja". Letzte Woche warnten jedoch der Präsident und der Minister gemeinsam, die Regierung werde keine illegalen Landbesetzungen tolerieren.

Unter dem Motto „Frieden auf dem Land" ließ Sarney eine Werbekampagne starten. Seine Regierung verbreitet im Fernsehen, im Rundfunk und in den Zeitungen die Friedensbotschaft. (SAD)

Vatikan betont Gemeinsamkeiten mit Judentum

KNA, **Vatikanstadt**

Ein besseres Verständnis der jüdischen Religion und Geschichte fordert ein neues vatikanisches Dokument. Es ist von der Kommission für die religiösen Beziehungen zum Judentum, die zum Sekretariat für die Einheit der Christen gehört, ausgearbeitet worden. Religiöse Unterweisung, Katechese und Predigt müßten nicht nur zu Objektivität, Gerechtigkeit und Toleranz, sondern auch zum Verständnis und zum Dialog erziehen, heißt es in den „Hinweisen für eine richtige Darstellung von Juden und Judentum in der Predigt und in der Katechese der katholischen Kirche", die gestern im Vatikan vorgestellt wurden.

„Insbesondere muß man peinliche Unkenntnis der Geschichte und der Tradition des Judentums feststellen; nur die negativen und oft verzerrenden Aspekte desselben scheinen zum allgemeinen Schulsack vieler Christen zu gehören", heißt es in dem Dokument der Kommission. Das Papier unterstreicht die „einzigartige Beziehung" zwischen Christentum und Judentum. Deshalb sollten Juden und Judentum nicht einen gelegentlichen Platz am Rande bekommen, sondern ihre „unverzichtbare Gegenwart" müsse organisch in die religiöse Unterweisung eingearbeitet werden. Erziehung und Katechese müßten sich dabei auch mit dem Problem des Rassismus befassen, der in den verschiedenen Formen des Antisemitismus immer mitwirke.

„Daß es dringend und wichtig ist, unsere Gläubigen genau, objektiv und in strengem Streben nach Richtigkeit über das Judentum zu unterrichten, ergibt sich auch aus der Gefahr eines Antisemitismus, der stets daran ist, unter verschiedenen Gesichtern wieder zu erscheinen", heißt es weiter. „Die geistlichen Bande und historischen Beziehungen, die die christliche Kirche mit dem Judentum verknüpfen, verurteilen jede Form des Antisemitismus und der Diskriminierung als dem Geist des Christentums widerstreitend."

Das Dokument betont die „jüdischen Wurzeln" des Christentums und weist hin auf die Einheit der biblischen Offenbarung im Alten und Neuen Testament. Bestimmte judenfeindliche Darstellungen im Neuen Testament werden zugegeben; diese müßten daher im historischen Kontext der Entwicklung der Kirche erläutert werden. So sei es unzulässig, die Verantwortlichkeit für den Tod Christi „allen damals lebenden Juden" oder gar auch den heute lebenden Juden in die Schuhe zu schieben.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Ohne Entschädigung?

„Die Frontlinie"; WELT vom 18. Juni

Sehr geehrte Redaktion,

als heimatvertriebener Schlesier und WELT-Leser stimme ich Herrn Hertz-Eichenrode in dessen Feststellung zu, daß „wer den Auftritt Helmut Kohls vor den Schlesiern gerecht würdigen will, sich vergegenwärtigen muß, daß der letzte Bundeskanzler, der vor Kohl zu den Schlesiern gesprochen hat, Ludwig Erhardt war. Und das war vor genau 20 Jahren.

Unter der damaligen „Großen Koalition", der CDU/CSU-SPD-Bundesregierung, ist die sogenannte „Neue Ostpolitik" vorbereitet worden mit der Verabschiedung des „Reparationsschädengesetzes" vom 12. Februar 1969, in welchem mit § 2 Abs. 3 bestimmt wurde: „Ein Schaden ... ist auch dann ein Reparationsschaden, wenn er zugleich ein Vertreibungsschaden im Sinne des § 12 oder ein Ostschaden im Sinne des § 14 des Lastenausgleichsgesetzes ist."

Niemand hat die Absicht – das kam beim Schlesiertreffen zum Ausdruck – die polnischen Siedler im Deutschen Eigentum zwangsweise zu vertreiben. Aber es muß klargestellt werden, daß die vertriebenen Ostdeutschen Eigentümer ihres zwangsweise zurückgelassenen Vermögens und damit der Ostdeutschen Lande bleiben, bis entweder die „Reparationsgläubiger" (UdSSR, Polen usw.) oder der deutsche Staat die deutschen Heimatvertriebenen angemessen entschädigt haben. Das ist bisher nicht geschehen. Der in der Bundesrepublik durchgeführte „Lastenausgleich" war noch nicht einmal ein Trostpflaster für die Vertriebenen.

Wenn trotzdem der Bundeskanzler kategorisch erklärt, daß die Bundesrepublik Deutschland keinerlei Gebietsansprüche gegenüber der VR Polen erhebe, jetzt und auch in Zukunft nicht, dann muß er zwangsläufig die Frage beantworten, wann endlich die heimatvertriebenen Bauern und Hauseigentümer ihre angemessene Entschädigung erhalten. Dabei genügt es nicht, sich – wie das Bundesfinanzministerium es tut – hinter der faulen Ausrede zu verstecken, daß nicht die Bundesrepublik oder das Deutsche Reich, sondern die Vertreiberstaaten das Vermögen der vertriebenen Deutschen konfisziert haben, wobei gleichzeitig der Bundesaußenminister sich beharrlich weigert, für die Heimatvertriebenen eine Nutzungsentschädigung bei den Nutzern des deutschen Privateigentums geltend zu machen.

Hier, so ist festzustellen, macht die Bundesregierung sich die Sache etwas zu einfach, und die Dummen dabei sind die altgewordenen Heimatvertriebenen und deren Erben, welche vielfach in Armut ihren Lebensabend beschließen müssen, an der Nase herumgeführt von allen Bundesregierungen.

Das ist der Grund für das Aufbegehren der Heimatvertriebenen; sicherlich nur einer „Minderheit". Aber eben diese Minderheit, das waren die Vermögeneigentümer und die sind ja auch in der Bundesrepublik „nur eine Minderheit".

Mit freundlichen Grüßen
A. Bude,
Römerberg 2

Vorschläge statt Phrasen

„Rau trumpft auf gegenüber Bonn"; WELT vom 11. Juni

Sehr geehrte Redaktion,

ich meine, daß Ministerpräsident Rau nicht soviel mit Fremdwörtern als Schlagworten herumwerfen, sondern vernünftige, erfolgversprechende Vorschläge machen sollte, ohne dem Bund neue Schulden aufbürden zu müssen. Bedrohte Umwelt gab es schon immer, auch zur Zeit der SPD-Regierung.

Bewußt übersieht Rau übrigens mit seinen Genossen, daß die hohe Arbeitslosenzahl doch erst durch die SPD-Regierung mit den Gewerkschaften durch die in jedem Jahr höheren Löhne sowie die damit verbundenen hohen Arbeits- und Lohnnebenkosten, die zudem die Schwarzarbeit fördern, heraufbeschworen worden ist. Dabei hat die SPD mit den jetzt wieder vorgeschlagenen sogenannten Beschäftigungsprogrammen in Milliardenhöhe schon damals keinen Erfolg gehabt.

Die Zahl der echten Arbeitslosen kann – wie Experten sagen – in der Hauptsache nur durch verstärkte Investitionen bei den Unternehmern und für wirklich notwendige Arbeiten bei den staatlichen Behörden allmählich verringert werden. Präsident Esser von den Arbeitgeberverbänden hat sich hierzu übrigens einmal wie folgt geäußert: „Aufgabe der Tarifpartner ist es, die zu hohen Personal- und Sozialkosten zu mindern, um damit zur Stärkung der Ertrags- und Investitionskraft der Wirtschaft beizutragen."

Vielleicht darf bei dieser Gelegenheit auch schon kurz darauf eingegangen werden, wenn Herr Rau und andere SPD-Funktionäre als nächstes, aber bereits zu oft widerlegtes Schlagwort trotzdem wieder den Begriff Sozialabbau irreführend bringen werden. Auf sozialem Gebiet betreibt doch die Regierung unter Dr. Kohl endlich nur wieder richtig verstandene Sozialpolitik, d. h. echte soziale Gerechtigkeit, und muß dazu den ausgeuferten sozialistischen Wohlfahrtsstaat – unter möglichster Vermeidung von Härtefällen – auf Maßnahmen und Gesetze zurückführen, die vertretbar und in ihrer Auswirkung auch tatsächlich bezahlbar sind.

Jedoch logisch denkende Bundesbürger sollten eigentlich einsehen, daß die von der SPD-Regierung unter Brandt und Schmidt nach rund dreizehn Jahren hinterlassene Schuldenlast von rund 308 Milliarden plus Zinsen usw. erst durch die jetzige Regierung verkraftet werden muß.

Mit freundlichen Grüßen
H. Spindler,
Lübeck

Für Blinde?

„Wenn der Ehevertrag nur noch das Papier wert ist"; WELT vom 15. Juni

Sehr geehrte Damen und Herren,

meine schwerwiegenden Zweifel an unserem Rechtsstaat haben sich nun noch weiter vertieft. Ich hatte mich zwar schon damit abgefunden, daß 1977 das Scheidungsrecht durch ein neues Unrecht ersetzt wurde, weil unsere Juristen und Politiker nicht mehr in der Lage zu sein scheinen, ein wohldurchdachtes Gesetz zu kreieren.

Und nun wird uns, die wir willens sind, die erkannten Unzulänglichkeiten auf privater Ebene auszugleichen, die Vertragsfreiheit genommen! Die Väter des BGB ließen diese ausdrücklich zu. Aber jetzt wird von den Gerichten dem Teil des BGB, der das Familienrecht regelt, der gleiche Rechtsgehalt gegeben, den das Strafgesetzbuch vorgibt. Wehe dem, der sich auf dem Gebiet der Ehe ohne Erfolg übt!

Das familienpolitische Instrument der Ehe ist wirklich nur noch für die Dummen und Verliebten – besser gesagt: für die Blinden – da.

Mit freundlichen Grüßen
J. Banneitz,
Meinersen

Zweierlei Maß

Sehr geehrte Herren,

vor wenigen Wochen hat Herr Professor Bourmer, Vorsitzender des Hartmann-Bundes, aus Anlaß der sich verschlechternden Ertragslage ärztlicher Praxen darauf hingewiesen, daß nun auch mit einem Abbau des ärztlichen Hilfspersonals gerechnet werden müsse. Er hat damit eine Entwicklung angedeutet, die in weiten Bereichen der Wirtschaft, ja sogar bei dem Staatsbetrieb Deutsche Bundesbahn bereits Realität ist. Das ist die Pflicht eines Verbandsvorsitzenden.

Herr Minister Blüm hat diese Äußerungen als Ausdruck von „Gruppenegoismus" und als „Verwilderung der politischen Sitten" gebrandmarkt.

Vor wenigen Tagen hat Herr Hans Preiss, Vorstandsmitglied der IG Metall, aus Anlaß der geplanten Novellierung des Mitbestimmungsgesetzes die Gewerkschaften an ihr „Widerstandsrecht" erinnert. Er bezieht sich auf Art. 20, Abs. 4 GG, der jedem Deutschen das Recht auf Widerstand gegen den Versuch der Beseitigung der verfassungsmäßigen Ordnung einräumt. Und er wendet dieses Recht gegen eine demokratisch legitimierte und parlamentarisch kontrollierte Regierung!

Der Sprecher der Bundesregierung „zeigte sich darüber entsetzt". Aus dem Hause des Ministers für Arbeit und Soziale Ordnung jedoch ist bisher eine Stellungnahme nicht bekannt geworden, obwohl man hier ja nun wirklich von einer Verwilderung der politischen Sitten sprechen könnte.

Herr Minister Blüm mißt offenbar mit zweierlei Maß. Oder ist er den Gewerkschaften mehr verpflichtet, als dem „ganzen Deutschen Volk", wie er es in seinem Amtseid geschworen hat?!

Mit freundlichen Grüßen
Dr. G. Gittermann,
Hamburg 90

Wort des Tages

„Wie selten wird es uns im geschäftigen Leben bewußt, daß die Menschen an unserer Seite, die Nächsten, die nahen und die fernen Freunde, Kräfte in unserem Dasein sind und Boten eines verborgenen Willens."

Alfred Delp; dt. Theologe und Widerstandskämpfer (1907–1945)

Personalien

GEBURTSTAG

Der Regisseur **Arthur-Maria Rabenalt** wird heute achtzig Jahre alt. Er wirkte als Regisseur in Gera, Würzburg und bis 1934 am Stadttheater Darmstadt. Danach arbeitete er auch an der Berliner Kroll-Oper, hatte aber unter Hitler mehrere Jahre Regieverbot. Als Filmregisseur ist Rabenalt ab 1939 hervorgetreten. Nach Kriegsende arbeitete er zunächst im Ostsektor Berlins, wo er von 1947–1949 Intendant des Berliner Metropoltheaters war. 1949 ging er für dauernd in die Bundesrepublik. Er entdeckte in den ersten Nachkriegsjahren **Cornell Borschers**, **Petra Peters**, **Jeanette Schultze** u. a. m. Rabenalt, einer der am meisten beschäftigten Filmregisseure der Kriegszeit (u. a. „... reiter für Deutschland") und der Nachkriegszeit, hat auch für das Fernsehen gearbeitet.

EHRUNGEN

Horst-Dieter Wagner, (56), Landesvorsitzender der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG) in Bayern, wurde von Ministerpräsident **Franz Josef Strauß** mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnet.

*

Der Stuttgarter Kunstmaler und frühere Akademielehrer für Landschafts- und Portraitmalereien Professor **Manfred Henninger** ist vom Bundespräsidenten in Würdigung seines künstlerischen Schaffens mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland ausgezeichnet worden. Der baden-württembergische Minister für Wissenschaft und Kunst Professor Dr. **Helmut Engler** hat dem hochbetagten Künstler in seiner Wohnung in Stuttgart-Münster am 19. Juni 1985 die Auszeichnung persönlich überreicht. Manfred Henninger wurde am 2. Dezember 1894 in Backnang geboren. 1933 emigrierte er in die Schweiz und später nach Spanien. 1949 kehrte er nach Stuttgart zurück und wurde als Lehrer an die Akademie für Bildende Künste berufen, wo er bis zu seiner Zurruhesetzung im Jahre 1961 wirkte. Bei der Übergabe der hohen Auszeichnung bezeichnete Minister Engler Professor Henninger als einen der bedeutendsten Maler des Landes Baden-Württemberg. Das hohe künstlerische Ansehen, das Manfred Henninger genießt, hat ihm zahlreiche Auszeichnungen eingebracht. 1975 erhielt er die Verdienstmedaille des Landes Baden-Württemberg. Er ist auch Träger der Bürgermedaille der Landeshauptstadt Stuttgart.

*

Diplom-Ingenieur **Hans Mezger**, Konstrukteur der Firma Porsche, erhielt den Porsche-Preis 1985 der Technischen Universität Wien. Der mit rund 21 000 Mark dotierte Preis wurde Mezger für seine besonderen Leistungen auf dem Gebiet der Motorenkonstruktion verliehen. Mezger ist unter anderem der Konstrukteur des Tag-Turbo-Formel-1-Motors, mit dem **Niki Lauda** im Jahre 1984 Weltmeister wurde. Vor Hans Mezger hatten in den Jahren zuvor Ingenieure von Volkswagen (für negativen Lenkrollradius), Bosch, Daimler-Benz und von Audi (für permanenten Allradantrieb) den Porsche-Preis erhalten, der weltweit als eine der höchsten Auszeichnungen für Ingenieure gilt.

*

Den erstmals ausgeschriebenen internationalen Kompositionswettbewerb „Hambacher Preis 1985" hat der Japaner **Yeruaki Suzuki** aus Tokio zugesprochen bekommen. Die mit 15 000 Mark dotierte Auszeichnung erhielt Suzuki für sein Orchesterwerk „Symphonique Methamorphose". Rund 500 Partituren aus 32 Ländern waren eingesandt worden. Der Kompositionswettbewerb, der künftig alle zwei Jahre vergeben werden soll, war für Orchestermusik und für Streicher-Kammermusik ausgeschrieben.

*

Professor **Gerd Meyer-Schwickerath**, Direktor der Essener Universitätsaugenklinik, erhielt für die Erfindung und Entwicklung der Photokoagulation die Ehrendoktorwürde der Universität Lissabon. Für seine Methode, die bei vielen Erkrankungen der Retina eine drohende Erblindung verhindert, wurde er vor wenigen Wochen auch von der Jefferson-Universität in Philadelphia in gleicher Weise geehrt.

Die „JOIDES Resolution" – hier am Kai in Bremerhaven – läuft heute zu einer Fahrt in die Norwegische See aus FOTO: REINKE-KUNZE

Großlabor auf hoher See

Neues Bohrschiff untersucht die Geologie der Ozeanböden

Von CH. REINKE-KUNZE

Der Ozean bildet eine nahezu perfekte Barriere zwischen dem Geologen und seiner Geologie." Das konstatierte 1978 der amerikanische Ozeanograph William A. Nierenberg in einem Bericht, mit dem er das seinerzeit erfolgreichste Instrument würdigte, das von Wissenschaftlern zur Überwindung dieser Barriere ersonnen worden war: das Bohrschiff „Glomar Challenger".

15 Jahre lang war das Forschungsschiff im Rahmen des internationalen „Deep Sea Drilling Projekts" im Einsatz. Als am 10. November 1983 das Bohrprogramm beendet war, hatte es 325 000 Seemeilen zurückgelegt. Auf 96 Expeditionen zu insgesamt 624 Bohrplätzen wurden Bohrkerne (zylindrische Gesteins- und Sedimentproben) von rund 130 Kilometern Gesamtlänge aus 1024 Bohrlöchern gewonnen.

Seit Januar dieses Jahres hat das Schiff eine Nachfolgerin, die „JOIDES Resolution". Im vergangenen Jahr wurde das 1978 in Dienst gestellte, 144 Meter lange und 21,5 Meter breite Schiff für seine Forschungsaufgaben umgebaut. Mit 16 596 Tonnen Wasserverdrängung ist es etwa 6000 Tonnen größer als die berühmte Vorgängerin.

Die „JOIDES Resolution" hat zudem eine besondere Eisverstärkung. Mit diesem Schiff können in entfernteren Meeresgebieten, wie beispielsweise den schwer zugänglichen Polargebieten, sowie in größeren Wassertiefen Bohrungen niedergebracht werden, als es mit der „Glomar Challenger" möglich war.

Rund neun Kilometer Bohrgestänge können vom Bohrturm, der 61 Meter über die Wasseroberfläche ragt, eingesetzt werden. Es besteht zudem die Möglichkeit, mit Hilfe von Spezialreflektoren ein Bohrloch auf dem Meeresgrund zu einem späteren Zeitpunkt wiederzufinden und erneut zu nutzen.

Das Herz des „schwimmenden Forschungsinstituts" sind die Laboratorien, die sich über sieben Etagen verteilen und eine Grundfläche von mehr als 1100 Quadratmetern haben. Sie beherbergen vom Elektronenmikroskop bis zum äußerst empfindlichen Magnetometer zahlreiche analytische Geräte und Meßinstrumente. Das Schiff ist auf die verschiedenen Disziplinen der Erdwissenschaften eingestellt, wie etwa die Petrologie, Sedimentologie, Geochemie, Paläontologie und Geophysik.

Das internationale „Ocean Drilling Program" (ODP), für das die „JOIDES Resolution" eingesetzt wird, ist das unmittelbare Folgeunternehmen für das „Deep Sea Drilling Projekt" der „Glomar Challenger". Es soll weitere Aufschlüsse über die Entstehung und Entwicklung des Meeresbodens und der Kontinentalränder sowie der Klimaentwicklung unseres Planeten gewinnen.

Das auf neun Jahre angelegte Programm mit einem jährlichen Kostenaufwand von z. Zt. 32,5 Millionen US-Dollar wird von den USA, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Kanada und Japan gemeinsam getragen. Die Koordinierung des Projektes liegt bei der „Joint Oceanographic Institutions for Deep Earth Sampling" (JOIDES), einer Vereinigung von Großforschungsinstituten.

Für die „JOIDES Resolution" begann der Einsatz für das Bohrprogramm im Gebiet der Bahamas. 19 neue Bohrungen haben Anfang 1985 ergeben, daß sich im Laufe der letzten 100 Millionen Jahre der Rand der Bahama-Bank pulsierend um mehrere Kilometer hin- und herbewegt hat und daß die Gliederung der Bank in einzelne Inseln auf ein weltweites ozeanographisches Ereignis und vermutlich auf eine globale Klimaveränderung zurückzuführen ist.

Für 1985 und 1986 sieht das Forschungsprogramm Bohrungen im Nordatlantik, im Mittelmeer und östlichen Pazifik vor, für 1987 sind Fahrten in die antarktischen Gewässer, in den Indischen Ozean, den südostasiatischen Raum und den Westpazifik geplant.

Heute verläßt die „JOIDES Resolution", die als erstes Tiefseebohrschiff am vergangenen Donnerstag einen deutschen Hafen angelaufen hatte, Bremerhaven mit Kurs auf die Norwegische See. Die Fahrt soll nähere Daten über die Entstehungsgeschichte dieses mit 55 Millionen Jahren noch „relativ jungen" Ozeanbeckens bringen.

AUS LABORS UND INSTITUTEN

Meniskus verpflanzt

München (dpa) – Eine Meniskus-Transplantation ist jetzt im Münchner Klinikum Großhadern erstmals gelungen. Dabei wurde einem Sportler der geschädigte Knorpel entnommen und durch den Meniskus eines Toten ersetzt. Das Verfahren wurde vom Sportorthopäden K. A. Milachowski im Tierversuch entwickelt. Die Operation, die Prof. Carl-Joachim Wirth vornahm, sei problemlos, da es keine Abstoßreaktion zwischen Körper- und Fremdgewebe gebe, wie in der letzten Woche auf dem 3. Kongreß für sportartspezifische Verletzungen mitgeteilt wurde.

Technologietransfer

Berlin (DW.) – Der Wissens- und Technologietransfer aus Hochschulen ist Thema eines deutsch-englischen Seminars, das vom 26. bis 28. Juni in Berlin stattfindet. 40 Teilnehmer aus beiden Ländern beraten auf Initiative des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft, des British Council und der Technischen Universität über die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Hochschule und Wirtschaft, über Angebote zur Weiterbildung und Modelle zur Gründung forschungsorientierter Unternehmen durch die Universitäten.

Energie-Verbrauch

Bonn (DW.) – Die 25 Millionen Haushalte in der Bundesrepublik beanspruchten 1983 nahezu unverändert 40 Prozent des gesamten Energieverbrauchs. Dies meldet die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke. Rund 52 Prozent davon entfielen auf das Heizen, weitere 33 Prozent auf Autos. Die Erzeugung von warmem Wasser beanspruchte acht Prozent, während sechs Prozent für elektrische Geräte verbraucht wurden. Das Schlußlicht bildet die Lichterzeugung mit einem Prozent.

Biotechnologie-Studium

Aachen (DW.) – Die Fachhochschule Aachen wird als erste in der Bundesrepublik einen Studienschwerpunkt Biotechnologie anbieten. Er soll in der Abteilung Jülich eingerichtet werden, da die Nähe zum Kernforschungszentrum und zum künftigen Biotechnikum eine intensive Kooperation zwischen der Hochschule und den Biotechnologen der Großforschungsanlage gewährleistet.

MOTORSPORT / Nach langer Zeit: Ein Williams-Honda siegte beim Grand Prix in Detroit – Bellof mit 300 PS weniger Vierter

Verwegene Aufholjagd

DW. Detroit

Es sah schlimm aus, und gefährlich war es auch: Der vordere Teil der Verkleidung war nicht mehr vorhanden, die Beine des Fahrers ragten ungeschützt aus dem Cockpit heraus. Stefan Bellof aus Gießen, der 27 Jahre alte deutsche Grand-Prix-Pilot, scherte sich darum wenig. Obwohl die Aerodynamik an seinem Tyrrell-Ford keineswegs mehr stimmte, obwohl er Angst haben mußte, sich allzu schnell zu verletzen, gehörte er beim Grand Prix der USA in Detroit zu den Stars des Rennens. Obwohl mit rund 300 PS weniger ausgerüstet als seine Konkurrenten, lag er schon zur Halbzeit auf dem fünften Rang. Sein englischer Teamkollege Martin Brundle kam sogar bis auf den vierten Rang vor. Doch dann kollidierte er bei einem Überholungsmanöver mit dem Franzosen Philippe Alliot (RAM-Hart). Aus.

Bellof war nun Vierter, und diesen Platz hielt er bis ins Ziel. Das war zugleich eine Bestätigung des ersten WM-Punktegewinns vor zwei Monaten in Portugal. Was für Bellof spricht: In Detroit blieben eine ganze Reihe von Fahrern mit hervorragenden Turbo-Aggregaten hinter ihm. Beim Großen Preis von Deutschland, Anfang August auf dem Nürburgring, wird Bellof auch mit einem PS-stärkeren Motor ausgerüstet sein – von Renault.



Der „Geist von Detroit" mag es nicht glauben: Ein Finne hat gesiegt. FOTO: AP

Rosberg: Der unaufhaltsame Aufstieg aus der zweiten Klasse

sid, Detroit

Schon vor einer Woche in Montreal galt er als heimlicher Sieger, am Sonntag in Detroit wurde er seinen Gegnern fast unheimlich: Keke Rosberg gewann den Großen Preis der USA auf dem Stadtkurs der Automobilmetropole mit fast einer Minute Vorsprung. Sein Williams-Honda spulte die 63-Runden-Distanz (253,449 km) dieses sechsten Laufes zur Formel-1-Weltmeisterschaft 1985 als einziger Rennwagen ohne alle Probleme ab, ließ den Ferraris mit Stefan Johansson (Schweden) und Michele Alboreto (Italien) auf den Plätzen zwei und drei keine Chance. Zuvor in Montreal hatte Rosberg mit 27 Sekunden Rückstand Platz vier belegt – nach einem 50 Sekunden dauernden Boxenstopp.

Der 36jährige Finne, auf Ibiza ein Nachbar des auch wieder in Detroit glücklosen Titelverteidigers Niki Lauda (Österreich), zählt damit auf einmal zu den WM-Favoriten. Auch dann, wenn er selbst jetzt noch sagt: „An den Titel denke ich noch nicht. Der Vorsprung von Alboreto ist so groß, den kann ich sicher nicht mehr einholen." Zur Erklärung: Der Italiener führt in der Gesamtwertung mit 31 Punkten, Rosberg, Weltmeister 1982 als letzter Fahrer mit einem herkömmlichen Saugmotor von Ford-Cosworth, schob sich mit nur zwei Rennen auf den fünften WM-Rang (12 Punkte).

Doch Rosberg sagt auch: „Wir haben einen geänderten Motor, den wir erstmals in Montreal eingesetzt haben. Er ist jetzt schnell und zuverlässig, und wir werden noch mehr Fortschritte machen." Den ersten Sieg mit dem japanischen Sechszylinder-Turboaggregat verbuchte Rosberg vor genau 50 Wochen, beim Grand Prix in Dallas. Doch im letzten Jahr war der Finne mit dem Fahrverhalten des Williams unzufrieden, erst in dieser Saison gelang Konstrukteur Patrick Head mit dem Typ „FW 10" wieder ein großer Wurf.

Mit Rosberg fährt auch das Team von Frank Williams wieder aus der Talsohle. Nach dem Titelgewinn 1982, dem zweiten nach 1980 mit Alan Jones (Australien), trat der Rennstall 1983 in der „zweiten Klasse" an und mußte weiterhin den unterlegenen Saugmotor einsetzen. Und 1984 schließlich mußte als Übergangs- und Lehrjahr abgeschrieben werden.

Dazu kamen auch wirtschaftliche Veränderungen. Die arabische Firma Technique d'Avantgarde (TAG), die von Williams einst in die Formel 1 geholt wurde, wechselte nicht nur zum Konkurrenten McLaren-Porsche, sondern engagierte sich auch selbst. TAG ließ bei Porsche den Formel-1-Turbomotor für McLaren entwickeln.

Doch Frank Williams, der von 1975 bis 1977 zum Armenhaus der Formel 1 gehörte, konnte trotz der Phase der Erfolglosigkeit neue Partner gewinnen. Er wird heute neben Honda von einem Kamerahersteller (Canon), einem Chemiekonzern (ICI) und einer Mineralölfirma (Mobil) finanziell unterstützt.

Rosberg ist seßhaft geworden. Nach Wanderjahren mit Wohnsitzen fast überall auf der Welt lebt er jetzt mit seiner deutschen Frau Sina auf Ibiza. Nachwuchs soll sich in diesen Tagen einstellen. Vielleicht denkt der Finne momentan deshalb auch nicht an den Formel-1-Titel.

Wimbledon: Die Stars spenden für die Hungerhilfe

CLAUS GEISSMAR, London

Unter den Wimbledon-Spielern hat eine Welle der Hilfsbereitschaft eingesetzt. Am Vormittag des ersten Spieltages hatten schon 70 von den 128 Spielern des Einzel-Wettbewerbs eine freiwillige Verpflichtung unterzeichnet. Die Spieler haben versprochen, fünf Prozent ihres Preisgeldes für die Afrika-Hungerhilfe zur Verfügung zu stellen. Insgesamt wird in diesem Jahr ein Preis von 7,7 Millionen Mark ausgezahlt.

Die Tennis-Stars von Wimbledon sind durch das Vorbild ihrer meist gleichaltrigen Freunde aus der Pop-Welt angesteckt worden. Am 13. Juli findet im Londoner Wembley-Stadion das „größte Pop- und Rock-Festival aller Zeiten" statt. Sämtliche Pop-Stars, von Ex-Beatle Paul McCartney bis zu Elton John und Boy George, treten in einer zehnstündigen Veranstaltung umsonst auf. Das Pop-Festival aus dem Wembley-Stadion wird weltweit im Fernsehen übertragen (in der Bundesrepublik Deutschland von den dritten Programmen). Sogar die Volksrepublik China wird sich einschalten.

Wimbledon-Vorstand „Buzzer" Hadingham hat sich wegen der menschlichen Geste der Spieler bereit erklärt, auch unter dem Publikum vier Sammler mit Büchsen zuzulassen. Hadingham: „Nur klappern dürfen sie mit ihren Büchsen nicht." Jimmy Connors, der sonst mit der ATP-Spielergewerkschaft eine Privatfehde führt, will sich der Aktion diesmal ebenfalls anschließen. Connors leistet schon seit sieben Jahren einer amerikanischen Organisation für behinderte Kinder aktive Hilfe. Inzwischen ist er der Schatzmeister dieser Organisation.

Auch der Damen-Verband WTA (Women's Tennis Association) berief eine Vorstandssitzung ein, um sich der Spendenaktion der Herren anzuschließen. Der WTA-Vorstand hatte in den letzten Jahren vor allem dafür gekämpft, die Damen-Preisgelder auf dasselbe Niveau wie bei den Herren anzuheben. Aber selbst Streikdrohungen halfen nicht. Auch in diesem Jahr kassiert der Endspielsieger mit 520 000 Mark wieder mehr als die Siegerin, der 468 000 Mark ausgezahlt werden. Wichtigste Begründung ist immer wieder: Die Herren-Spiele sind mit fünf Sätzen zeitlich oft doppelt so lang wie die Spiele der Damen.

Außerdem wird der WTA-Vorstand offiziell dagegen protestieren, daß Chris Evert-Lloyd und Martina Navratilova gleichzeitig als Nummer eins gesetzt wurden.

Galopp: Trainer Jentzsch und die falsche Distanz

KLAUS GÖNTZSCHE, Dortmund

Der 24malige Championtrainer Heinz Jentzsch (65) aus Köln gilt im deutschen Galopprennsport zu Recht als der Experte im Management seiner Pferde. Niemand kann ihm das Wasser reichen, wenn es darum geht, das richtige Rennen für leistungsschwächere Pferde zu finden. Offenkundige Fehler von Heinz Jentzsch waren in den letzten Jahren eine absolute Rarität. Jentzsch ist auch der Trainer des fünfjährigen Hengstes Abary, dem derzeit besten deutschen Grand-Prix-Pferd. Er sattelte ihn am Sonntag im Großen Preis von Dortmund, einem international unbedeutenden Rennen der Europa-Gruppe III. Auf der für Abary ungewohnt kurzen 1800-m-Distanz trat das ein, was nicht wenige Experten ahnten und schon vorher dem Championtrainer ankündigten. Abary wurde nur Fünfter, blieb ohne Geld. Solarstern gewann als Distanz-Spezialist knapp vor Bismarck, New Moon und Gilmore. Der Engländer Trucidator wurde Letzter, der Röttgener Hengst Der Wind beendete das Rennen schon nach wenigen Metern. Er schlug einen Haken und mußte angehalten werden.

Abary sollte den Dortmunder Grand-Prix als Aufgalopp für ein Rennen am 14. Juli in Saint Cloud bei Paris absolvieren. Deutschlands Grand-Prix-Galopper Nummer eins darf hierzulande nicht decken, weil einer der beiden Hoden in der Bauchhöhle sitzt, in Frankreich sieht man das nicht so eng, deshalb sollte er die französischen Züchter auf sich aufmerksam machen. Bei einem Blick in die Rennleistung des Pferdes, das immerhin 791 430 Mark gewonnen hat, taucht nun ein fünfter Platz in einem banalen Gruppe-III-Rennen auf einer Bahn auf, die in Frankreich kaum jemand kennen wird. Jentzsch hatte dann nach der Blamage in Dortmund auch gleich einen Grund parat, den von ihm ohnehin nicht sonderlich gemochten Frankreich-Start zu verhindern: „Jetzt brauchen wir da gar nicht erst anzutreten." Immerhin hatte Jockey Bocskai festgestellt, daß Abary wohl kein Pferd für die 1800-m-Distanz zu sein scheint. Abary hätte problemlos statt in Dortmund am ersten Sonntag der Derby-Woche in Hamburg den Hansa-Preis bestreiten können, der über 2200 m führt. Bis zum Rennen in Saint Cloud wären dann immer noch 14 Tage Zeit zur Erholung gewesen. Daß Abary ein eisenharter Raufer ist, hat er in zahlreichen Kämpfen gegen Spitzenpferde immer wieder bewiesen. Nur nicht über 1800 m . . .

SPORT-NACHRICHTEN

Brasilien zur WM

Rio de Janeiro/Lima (dpa) – Mit einem 1:1 (1:1) gegen Paraguay sicherte sich Brasilien schon vor dem letzten Spiel der Südamerika-Gruppe 3 gegen Bolivien die Teilnahme an der Fußball-WM 1986 in Mexiko. Der Weltmeister von 1958, 1962 und 1970 ist damit nach dem WM-Ausrichter, Titelverteidiger Italien, Ungarn und Uruguay die fünfte Mannschaft, die sich für das 24er-Feld qualifizieren konnte.

Langers Aufholjagd

Dublin (dpa/UPI) – Erst im Stechen hat Bernhard Langer seinen Titel bei den internationalen Golfmeisterschaften von Irland nicht verteidigen können. Der 27jährige unterlag nach schwachem Start dem Spanier Ballesteros am zweiten Loch.

Blau-Weiß muß warten

Berlin (sid) – Der Fußball-Zweitligaklub Blau-Weiß Berlin ist vom Lizenzierungsverfahren des DFB, das morgen abgeschlossen wird, ausgenommen. Der DFB setzte das Verfahren bis zur Entscheidung eines neutralen Schiedsgerichtes aus.

Bilbao gegen Madrid

Madrid (sid) – Atletico Bilbao und Atletico Madrid bestreiten am Sonntag in Madrid das Finale um den spanischen Fußball-Pokal. Cup-Verteidiger Bilbao verlor nach dem 2:0-Sieg im Hinspiel nun bei Betis Sevilla mit 0:1. Madrid erlitt nach dem 3:0-Sieg eine 1:3-Niederlage bei Real Saragossa.

Timman führt

Taxco (dpa) – Der holländische Großmeister Jan Timman hat beim Interzonen-Schachturnier in Taxco (Mexiko) mit 7,5 Punkten die Führung übernommen. Auf Platz zwei liegen der Kubaner Nogueriras und der Kanadier Spragget mit je sechs Punkten.

SEGELN / Die Amateure bei der Kieler Woche

Ein Architekt aus Wuppertal, die Familie und die Ausreden

R. v. HOLST, Kiel

Hans Heitmann erzählt gerne von vergangenen Zeiten. „Als ich 1967 zum erstenmal bei der Kieler Woche gestartet bin", sagt er und streicht sich übers lichte Haar, „da waren wir alle noch Amateure. Heute haben im Segeln die Profis das Wort." Dann, nach einer Pause: „Wer kann das auch schon: 200 Tage im Jahr im Boot sitzen und Schnelligkeit klopfen? Einer wie ich bestimmt nicht."

18 Jahre lang hatte der 58jährige Architekt aus Wuppertal an der Kieler Woche teilgenommen. Ein paar Mal wurde er sogar Tagessieger. In diesem Jahr setzt er aus und findet die Ausrede, daß sein Sohn Martin, ein 24jähriger Architekturstudent und ansonsten Vorschoter in Vaters Soling, wichtige Prüfungsarbeiten machen muß.

„Aber ich bin ja nicht umsonst da", stellt der stolze Vater fest. Denn Sohn Mathias segelt bei Karl Haist im Soling als Vorschoter, und Tochter Bärbel hält in der 470er Frauenklasse die Pinne in der Hand. Beide Heitmann-Kinder sind trotz der Profis erfolgreich: Mathias liegt im Soling mit seiner Crew als bester Deutscher auf Platz vier, und Bärbel ist Zweite und damit ebenfalls beste Deutsche.

„Bei so einem Vater", sagt Mathias stolz, und der Vater bekommt leuchtende Augen, „da habe ich viel gelernt." Und Bärbel, immerhin 1982 im Korsar mit Ehemann Dirk Europameisterin, fügt hinzu: „Er hat uns Kindern auch gezeigt, was Segeln wirklich bedeutet. Wenn man im Boot sitzt und segelt, ist alles andere auf dieser Welt Nebensache."

Eine Erfahrung, die Hans Heitmann 1971 bei den Schweizer Meisterschaften im Tempest erlebte. Mit Tochter Jutta hatte er da gewonnen: „In diesem Moment", erinnert er sich, „kam uns erst richtig zu Bewußtsein, daß wir nicht nur gesegelt hatten, sondern auch gewonnen. Das Segeln war uns wichtiger als der Sieg." Das also ist der Sport, der für ihn der Gleichklang der Besatzung und des Bootes mit dem Element ist. „Verbissenheit hilft da nicht weiter." Profitum auch nicht? „Nein, auch nicht."

Mathias und Bärbel, die nach dieser Devise segeln und siegen lernten, sehen es wie ihr Vater. Nur manchmal, sagt Bärbel, vergesse der Vater seine seglerische Lebenserfahrung: Wenn er, wie jetzt in Kiel, im Begleitboot mitfährt und sieht, daß seine Kinder Fehler machen. „Dann möchte ich am liebsten rüberschwimmen und es besser machen", sagt der Vater.

ZAHLEN

FUSSBALL

WM-Qualifikation, Gruppe 1, Südamerika: Peru – Argentinien 1:0, Venezuela – Kolumbien 2:2. – Tabelle: 1. Argentinien 8:2, 2. Peru 7:3, 3. Kolumbien 4:6, 4. Venezuela 1:9. – Gruppe 3: Brasilien – Paraguay 1:1. – Tabelle: 1. Brasilien 5:1, 2. Paraguay 4:4, 3. Bolivien 1:5, damit Brasilien für die WM-Runde 1986 in Mexiko qualifiziert. – Italien, Pokal-Halbfinale, Hinspiele: Inter Mailand – AC Mailand 1:2, Florenz – Genua 0:0.

MOTOR

Großer Preis der USA in Detroit, sechster von 16 Läufen zur Formel-1-WM 1985: 63 Runden (253,449 km): 1. Rosberg (Finnland) Williams-Honda 1:55:39,851 Std., 2. Johansson (Schweden) Ferrari 57,549 Sek. zur., 3. Alboreto (Italien) Ferrari 1:01,170 zur., 4. Bellof (Deutschland) Tyrrell-Ford 1:06,225 zur., 5. de Angelis (Italien) Lotus-Renault 1:26,966 zur., eine Runde zur.: 6. Piquet (Brasilien) Brabham-BMW, 7. Boutsen (Belgien) Arrows-BMW, 8. Surer (Schweiz) Brabham-BMW. – Stand der Formel-1-WM nach sechs von 16 Läufen: 1. Alboreto 31 Punkte, 2. de Angelis 24, 3. Prost (Frankreich) McLaren-Porsche 22, 4. Johansson 13, 5. Rosberg 12, 6. Tambay (Frankreich) Renault 10, 7. Senna (Brasilien) Lotus-Renault 9, . . . 10. Bellof 4

RAD

Deutsche Frauen-Straßenmeisterschaft in Losheim/Saar über 90 km: 1. Schumacher (Stuttgart) 2:40 Std., 2. Enzenauer (Ludwigshafen), 3. Riebel (Freiburg) beide 55 Sek. zur.

VOLLEYBALL

Länderspiel, Damen in Lobhof: Deutschland – Ungarn 1:3 (6:15, 15:8, 16:18, 14:16).

SEGELN

Kieler Woche 1985, olympische Klassen, erste Wettfahrt 470er Damen: 1. Porta/Barabino (Italien), 2. Hartung/Bergmann (Deutschland), 3. Hue/Bigi (Frankreich). – Finn: 1. Macleod (USA), 2. Peet (Holland), 3. Ortolano (Griechenland), 4. Gaebler (Deutschland). – Starboot: 1. Kuhweide, Giesbrecht (Deutschland/Schweiz), 2. Merkelbach/Schmid (Deutschland), 3. Cayard/Cozzens (USA). – Tornado: 1. Maström, Söderberg (Schweden), 2. Neuhann, Stadler (Deutschland), 3. Paul und Trine Elvström (Dänemark).

LEICHTATHLETIK

Länderkampf „DDR" – UdSSR in Erfurt, zweiter Tag, Männer: 200 m: 1. Jewgeniew (UdSSR) 20,52 Sek. – 400 m Hürden: 1. Wassiliew (UdSSR) 48,68 Sek. – Stabhoch: 1. Tscherjajew (UdSSR) 5,70 m. – Dreisprung: 1. Mai 17,50 (Junioren-Weltrekord und „DDR"-Rekord), 2. Prozenko (UdSSR) 17,28. – Hammer: 1. Sedych 82,52 m (Jahres-Weltbestleistung), 2. Tamm (beide UdSSR) 81,96. – 4x400 m: 1. „DDR": 2:59,86 Min. („DDR"-Rekord). – Frauen: 200 m: 1. Koch 22,03 Sek. – 3000 m: 1. Bruns 8:48,90. – 400 m Hürden: 1. Busch 53,93 Sek. – Kugel: 1. Lissowskaja (UdSSR) 21,73 m (Jahres-Weltbestleistung). – Diskus: 1. Sawinkowa (UdSSR) 72,96 m (Jahres-Weltbestleistung). – Endstand: 1. „DDR" 189, 2. UdSSR 178. – Männer: 1. UdSSR 111, 2. „DDR" 101. – Frauen: 1. „DDR" 88, 2. UdSSR 67.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 5, 18, 24, 34, 36, 43, Zusatzzahl: 30. (Ohne Gewähr).

STAND●PUNKT / *Statistiken, Retorten und das Hoffen auf etwas Talent*

Der erste Großauftritt der Leichtathleten ist vorüber, es darf hochgerechnet werden. Aber nicht gleich so, wie es einige Beobachter des Vergleiches zwischen der „DDR" und der Sowjetunion in Erfurt getan haben. Das Team der Bundesrepublik Deutschland habe demnach beim Europacup-Finale Mitte August in Moskau reelle Chancen, den zweiten Platz zu belegen und damit die Qualifikation für den Weltcup in Canberra zu schaffen. So rosarot sind die Zeiten noch nicht. Und die in der Tat eklatanten Schwächen in der Männer-Mannschaft der „DDR" sind keineswegs strukturell bedingt, sie sind auf noch nicht abgeschlossenen Saisonaufbau oder auf Verletzungen zurückzuführen. Die Leichtathletik ist ein viel zu diffiziles Geschäft, als daß allgemeingültige Generalaussagen aus dem Kaffeesatz von Überkreuzvergleichen gezogen werden könnten.

Nach den Tagen in Erfurt steht zum Beispiel aufgrund von Statistiken fest, daß die amerikanischen Athleten nicht von einer Leistungswoge hinweggespült wurden. In zwölf von 37 olympischen Disziplinen stellen die USA, am Wochenende in Bremen Länderkampf-Gegner der deutschen Mannschaft, den Spitzenreiter in der Welt, die „DDR" ist nach dem 189:178-Gesamtsieg über die Sowjetunion elfmal vorn, die UdSSR siebenmal.

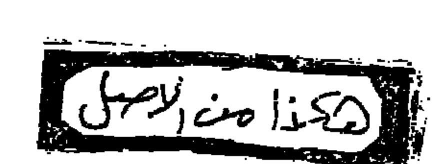
Aber Statistiken sind nur ein Teil des Gesamtbildes, und deshalb können sie in die Irre führen. Hauptbestandteile sind die Ergebnisse im direkten Vergleich Mann gegen Mann, Frau gegen Frau. Um es am Beispiel Hochsprung festzumachen: Olympiasieger Dietmar Mögenburg aus Köln und seine beiden deutschen Mitkämpfer Carlo Thränhardt und Gerd Nagel überquerten in diesem Jahr 2,30 m: Damit gehören sie von der Statistik her nicht zu den 16 Besten der Saison. Doch Mögenburg, wenn auch jetzt verletzt, hat einen ganz anderen Stellenwert, Thränhardt auch. Für Nagel wiederum stimmt in etwa, was derzeit in den Büchern steht.

Das ist das eine Faktum. Das andere: Die ehemalige Speerwurf-Weltrekordlerin Ruth Fuchs, jetzt Vize-Präsidentin des Leichtathletik-Verbandes der „DDR", hat festgestellt, man könne auch in der „DDR" Muster-Athleten nicht aus der Retorte hervorzaubern. Gott sei Dank. Das Warten auf ein Talent bleibt also nicht nur dem Westen vorbehalten. Jahrelang hat man sich im „DDR"-Verband die Köpfe darüber zerbrochen, wie man die stagnierenden Leistungen im Dreisprung beheben könne. Nun löschte der 19jährige Neubrandenburger Mai den 13 Jahre alten „DDR"-Rekord von Jörg Drehmel (17,31 m) aus und stellte mit 17,50 m einen neuen Junioren-Weltrekord auf. 13 Jahre lang hat man warten und hoffen müssen . . .

Am Wochenende nun kommen die Amerikaner nach Europa. Und in ihrem Aufgebot stehen einige der besten von ihnen: Der Langstreckenläufer Padilla, der Hürden-Olympiasieger Roger Kingdom, der Hindernisstar Henry Marsh, der Stabhochspringer Joe Dial, Dreisprung-Weltrekordler Willie Banks.

Dennoch, es wird nicht die stärkste amerikanische Mannschaft sein, die zum Vergleich mit dem deutschen Team antritt. Aber einige von den in Europa noch gar nicht so bekannten amerikanischen Athleten werden dennoch Furore machen. Das ist das Bild der internationalen Leichtathletik, facettenreich wie ihre 37 olympischen Disziplinen.

KLAUS BLUME



FDP gegen eine Wende in der Außenpolitik

Schwierigkeiten bei Großer Anfrage zu Menschenrechten

DW. Bonn

Der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Jürgen Möllemann (FDP), hat auf die CDU/CSU-Forderung nach einer politischen Erneuerung in der Außenpolitik mit der Bemerkung reagiert, solche Äußerungen weckten bei den Nachbarn in Ost und West Zweifel an Kontinuität und Berechenbarkeit der Bundesrepublik. In der „Neuen Osnabrücker Zeitung" differenzierte der FDP-Politiker, der als Sprachrohr Bundesaußenminister Genschers gilt, beim Gebrauch des Wortes „Wende": Die Wähler der Koalition hätten die Wende zwar in der Haushalts- und Finanzpolitik gewollt, nicht aber in der Außenpolitik. Der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Alfred Dregger, hatte am Sonntag klargemacht, daß der von Genscher herangezogene Begriff der „Kontinuität" allein nicht Wegweiser sein dürfe (WELT vom 24.6.).

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Eine „Große Anfrage zur Menschenrechtspolitik der Bundesregierung", die von der CDU/CSU- und der FDP-Fraktion des Bundestages gemeinsam eingebracht wurde, brauchte rund 17 Monate Vorarbeit, weil die Freien Demokraten Umfang und Formulierungen von Fragen nach Menschenrechtsverletzungen in der „DDR" beanstandeten. Die FDP hat dem Fragenkatalog, der immer neu beraten und geändert wurde, schließlich am 11. Juni zugestimmt.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete Claus Jäger (Wangen), der am Zustandekommen der Anfrage maßgeblich beteiligt war, erklärte der WELT: „Beim deutschlandpolitischen und beim DDR-Teil mußte am meisten gestrichen werden, das war eben der Kompromiß. Es gab nur die Alternative ändern oder rauslassen."

Durch die Verzögerungen, die bereits im Dezember 1984 offenbar wurden, als der CDU-Bundestagsabgeordnete Gerhard Reddemann die interfraktionelle Zusammenarbeit mit der FDP in dieser Angelegenheit als „derzeit nicht besonders glücklich" bezeichnete, gelang es der SPD, die Koalition mit einer eigenen Großen Anfrage zum gleichen Thema zu überholen. Sie wurde am 28. März dieses Jahres gestellt.

Die „DDR" wird dabei nicht ausdrücklich erwähnt, jedoch werden in einem Länderkatalog Afghanistan, Chile, Guatemala, Indonesien, Irak, Iran, Paraguay, die Sowjetunion, Südafrika, die Türkei, Vietnam und Zaire angeführt. In der Präambel heißt es: „Die Öffentlichkeit muß über die ständigen Verletzungen der Menschenrechte in aller Welt informiert werden (...) Hilfe im Stillen, auf persönlichem, vertraulichem und diplomatischem Wege muß ergänzt werden durch Aufklärung und das Engagement der Bevölkerung."

In der Großen Anfrage der Koalitionsparteien wird dagegen betont, daß für die Bundesregierung „an erster Stelle ihrer Bemühungen naturgemäß" die Sorge stehen müsse, Menschenrechte für Deutsche, die nicht unter dem Schutz des Grundgesetzes leben, durchzusetzen. In der Sektion unter der Überschrift „Menschenrechte weltweit" wird die Bundesregierung einzeln nach der Bedeutung des „deutschen Beitrags" für die Regionen Osteuropa, Naher Osten und Afrika nördlich der Sahara, Mittlerer Osten, Südostasien, Ferner Osten, Schwarzafrika und Südafrika, Südamerika, Mittelamerika und Karibik befragt. Dann heißt es fünf Fragen weiter: „Wie wurde die menschenrechtliche Lage in der DDR behandelt?" Die Bundesregierung soll sich unter anderem auch darüber äußern, wie sie sich bemüht hat, möglichst viele der Menschenrechte verletzenden Staaten auf die Tagesordnung der Menschenrechts-Kommission der Vereinten Nationen zu bekommen. Dazu heißt es: „Warum kam ein Großteil dieser Staaten nicht auf die Tagesordnung?"

In der Sektion „Ausblick" der Großen Anfrage wollen die Koalitionsparteien wissen, ob die Bundesregierung die Auffassung teilt, daß die Sicherung der Menschenrechte „gerade auch in Mittel- und Osteuropa" zu einer Beseitigung der Spannungsursachen und dadurch zu einer ausgewogenen und kontrollierten Abrüstung führe.

Mit dem Problem der sogenannten „quiet diplomacy" (stille Diplomatie) im Zusammenhang mit Menschenrechtsfragen der „DDR", wie sie von Teilen der FDP befürwortet wird, hatte sich Generalbundesanwalt a.D. Ludwig Martin anläßlich einer Anhörung über die Verhältnisse im anderen Deutschland im Dezember 1984 vor der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte, Deutsche Sektion e. V. in Bonn, geäußert. Er betonte, im Einzelfall könne dies die richtige Methode sein, „aber nicht die Regel".

Bush spricht mit Kohl über Kampf gegen den Terror

wth./DW. Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl wird mit dem amerikanischen Vize-Präsidenten George Bush heute über gemeinsame Anstrengungen zur Bekämpfung des Terrorismus sprechen. Bush, der auf seiner europäischen Rundreise gestern in Bonn eintraf und heute abend bereits nach Den Haag weiterfliegt, wird auch mit Strauß, Genscher und den Spitzenpolitikern der SPD zusammentreffen.

Die Reise des Vize-Präsidenten, deren ursprünglicher Zweck es war, mit den Verbündeten eine Diskussion über das amerikanische SDI-Forschungsprojekt zu führen, ist inzwischen durch die jüngsten Ereignisse zu einer amerikanischen Mission gegen den Terrorismus geworden. US-Präsident Ronald Reagan hatte Bush in der vergangenen Woche zum Koordinator für die Terrorbekämpfung ernannt und ihn beauftragt, die Möglichkeiten einer gemeinsamen internationalen Vorgehensweise zu prüfen.

Am Wochenende war zuvor in Westpoint eine gemeinsame Anti-Terrorismus-Konferenz der zuständigen Minister der USA und der EG-Staaten von der 25. Konferenz der Delegationen des amerikanischen Repräsentantenhauses und des Europäischen Parlaments gefordert worden. Der Antrag wurde von den deutschen Europa-Abgeordneten Erik Blumenfeld und Elmar Brok eingebracht. Sie erklärten, die Geiselnahme von Beirut und der Anschlag auf den Frankfurter Flughafen hätten gezeigt, daß alle Nationen gleichermaßen vom Terrorismus bedroht seien.

Bayerns SPD gegen Zeitungsverkäufe

AP, München

Der Landesvorstand der bayerischen SPD hat die Pläne von Bundesschatzmeister Wischnewski als „wirtschaftlich unvernünftig und medienpolitisch verfehlt" verurteilt, Anteile an den der SPD zu 100 Prozent gehörenden oberfränkischen Zeitungen „Neue Presse" in Coburg und „Frankenpost" in Hof sowie den zu 50 Prozent SPD-eigenen „Nordbayerischen Kurier" in Bayreuth zu verkaufen. Der Landesvorstand erklärte, er könne „keinerlei Sinn" darin erkennen, wirtschaftlich gesunde Unternehmen zu veräußern und „wertvolles Parteivermögen in fremde Hände" zu geben.

Carrington: Chemische Waffen lassen sich nur weltweit verbieten

„Befreite Zone Europa" bringe keine Sicherheit / WELT-Gespräch mit dem NATO-Generalsekretär

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

NATO-Generalsekretär Lord Carrington hat den Gedanken an eine von chemischen Waffen befreite Zone in Europa als „oberflächlich und nicht sehr praktikabel" verworfen. In einem Gespräch, das er mit der WELT anläßlich des ersten Jahrestages seiner Amtsübernahme am 25. Juni 1984 führte, verteidigte Carrington die Nuklearstrategie des Bündnisses, die es vermocht habe, den Frieden in Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges zu bewahren. Eine andere Strategie sei nicht in Sicht.

Chemische Waffen müßten auf weltweiter Basis wirksam verboten werden, sagte Carrington. Das Verbot müsse kontrolliert werden, damit es nicht umgangen werden könne. „Nicht für einen einzigen Augenblick möchte ich den Eindruck erwecken, daß wir – die NATO – chemische Waffen besitzen möchten. Was ich sage ist, daß wir sie alle zusammen loswerden müssen."

Der Vorschlag für eine Chemiewaffen-freie Zone übersehe, daß chemische Waffen schnell von einem zum anderen Ort gebracht werden könnten. Wegen der enormen Schwierigkeiten bei der Verifikation eines Abkommens über eine derartige Zone stellten sich Probleme ein. Carrington faßte seine Meinung über eine von chemischen Waffen freie Zone in den Worten zusammen: „Es klingt, als ob uns das mehr Sicherheit bringen würde. Das Problem der chemischen Waffen ist jedoch, daß es dabei nicht mehr Sicherheit geben würde."

Auf die Frage, ob Carrington meine, daß durch die Einrichtung einer Chemiewaffen-freien Zone ein Zustand eintreten würde, der den Menschen eine Sicherheitsillusion vermittele, antwortete er: „So ist es."

Den Zustand der Allianz ein Jahr nach seinem Amtsantritt beschrieb Carrington als gut. Die NATO habe durch die Durchsetzung des Stationierungsbeschlusses für die Pershing-2-Raketen und Cruise Missiles ihre Einheit unter Beweis gestellt. Vor ihr stehe die Aufgabe, an einem besseren Verhältnis zwischen Ost und West zu arbeiten. In diesem Zusammenhang betonte Carrington wie bei vielen anderen Gelegenheiten, die NATO sei eine politische Organisation und nicht nur eine militärische Allianz.

Politisch gesehen sei die NATO in mancher Hinsicht das Opfer ihres eigenen Erfolgs. Ihre Strategie, gestützt auf die Abschreckung mit nuklearen und konventionellen Waffen, habe Europa eine ungewöhnlich lange Friedensperiode gebracht. Inzwischen sei eine neue Generation herangewachsen. Sie sehe den Frieden als Normalzustand an und stelle deshalb Fragen nach der Rüstung und warum es die NATO überhaupt gebe, ohne sich darüber klar zu sein, daß Abschreckung und Bündnis die Ursache des Friedens seien. „Wenn es sie nicht gäbe, wäre die Situation sehr viel schwieriger."

Carrington erinnerte an eine Karikatur, die während des Ersten Weltkrieges in einer britischen Zeitung erschien. Sie zeigte zwei Soldaten, die im Artilleriefeuer Deckung in einem Granattrichter nehmen. Ein Soldat sagt: „Wenn Du einen besseren Trichter weißt, dann spring hinein." So sei es mit der Atomstrategie. „Wir wissen keinen sichereren Trichter. Besser, wir bleiben in diesem sitzen, der uns bisher geschützt hat."

Auf die Genfer Verhandlungen angesprochen, reagierte der Generalsekretär mit einer Warnung. „Wir müssen nicht gleich alle auseinanderfallen, wenn es nicht rasch zu einer Übereinkunft kommt." Die USA verhandelten in Genf mit voller Unterstützung der Regierungen der NATO-Staaten. Daran knüpfte Carrington gleich eine zweite Warnung an die Adresse Europas: „Vor allem aber darf Europa sich nicht die Rolle eines Schiedsrichters zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten anmaßen. Wir, die Europäer, sind Teil der atlantischen Allianz."

Carrington verteidigte die amerikanische SDI-Forschung zur Raketenabwehr. Es sei weise, daß die Amerikaner das täten. Wenn die Europäer in zehn oder 15 Jahren feststellten, daß die Sowjetunion ein SDI-entsprechendes System aufgebaut hätte und die Amerikaner keine Forschung betrieben hätten, würden die härtesten Vorwürfe aus Europa kommen. Präsident Reagan habe erklärt, bevor SDI-Forschungsergebnisse in die Tat umgesetzt würden, werde es Verhandlungen mit der Sowjetunion geben. Er, Carrington, glaube, daß die europäischen NATO-Staaten das amerikanische SDI-Forschungsprojekt allgemein unterstützten. (SAD)

Agca identifiziert zweiten Komplizen

AFP, Rom

Der Papst-Attentäter Ali Agca hat gestern erklärt, bei dem Anschlag auf Papst Johannes Paul II. am 13. Mai 1981 sei ein zweiter türkischer Komplize auf dem Petersplatz gewesen. Agca identifizierte den Mann, dessen Namen er bisher mit Akif angegeben hatte, als Omer Ay und gab an, dieser befinde sich in der Türkei in Haft. Der Rechtsextremist war bereits wenige Wochen nach dem Anschlag von den türkischen Behörden der Komplizenschaft bei dem Attentat verdächtigt worden. Agca gestand, daß er Omer Ay 1978 in der Türkei kennengelernt hatte.

FDP gegen Kiechles Veto

AP, Köln

Die FDP trage das von Bundesernährungsminister Kiechle mit Billigung von Bundeskanzler Kohl in Brüssel eingelegte Getreidepreis-Veto „nicht mit". Dies erklärte ihr wirtschaftspolitischer Sprecher Otto Graf Lambsdorff gestern im Deutschlandfunk. Diese „traurige Veranstaltung" sei weder von der Sache her noch wegen der europapolitischen Konsequenzen gerechtfertigt. Es werde für die Bundesregierung schwierig werden, sich bei der bevorstehenden Mailänder Gipfelkonferenz weiterhin für Mehrheitsentscheidungen einzusetzen.

Staatsanwalt prüft Pharma-Spenden

dpa, Bonn

Die Bonner Staatsanwaltschaft prüft die in einem Bericht des „Spiegel" aufgestellte Behauptung, die Pharma-Branche in der Bundesrepublik habe über Jahre hinweg Politiker und Beamte geschmiert, um eine industriefreundliche Arzneimittelgesetzgebung zu erreichen. Die Tatsachen seien der Staaatsanwaltschaft bekannt, erklärte Oberstaatsanwalt Johannes Wilhelm gestern in Bonn. Es werde geprüft, „ob zu Maßnahmen Anlaß besteht". Ein Sprecher des Verbandes der pharmazeutischen Industrie hatte am Sonntag einen Bestechungsverdacht zurückgewiesen.

In Polen neue antisemitische Strömungen

JOACHIM G. GÖRLICH, Köln

In Polen unter General Jaruzelski machen sich jetzt wieder antisemitische Tendenzen breit. Die Weltöffentlichkeit wurde auf solche Vorgänge aufmerksam, als der im Danziger Prozeß verurteilte Regimekritiker Adam Michnik als polnischer Staatsbürger „hebräischer Nationalität" vorgestellt wurde. Bereits früher hatte die Presse in ähnlicher Art gegen den Historiker und Walesa-Berater, Professor Bronislaw Geremek, und den bekannten Literaturkritiker Jan Jozef Lipski polemisiert.

Jetzt hält man sich zwar auf offizieller Seite bedeckter, läßt aber „Leser" in den Medien zu Wort kommen. Im Organ der als neostalinistisch eingestuften parteitreuen „Patriotischen Bewegung Grunwald" („Rzeczywistosc") durfte ein Leser sich über die „antipolnische Natur" der Juden beklagen. Eine weitere Nuance sind zahlreiche antisemitische mysteriöse Broschüren, die jetzt in den Kirchen ausgelegt werden. Wieder sind es die berüchtigten „unerkannten Täter", die das tun, jedermann aber weiß, daß hier der Sicherheitsdienst grüßen läßt. Da ist die Rede von einer gut organisierten jüdischen Freimaurerloge, die sich in Redaktionsstuben polnischer katholischer Zeitungen wie der Krakauer „Tygodnik Powszechny" etabliert habe, deren prominente nichtjüdische Mitarbeiter namentlich denn auch gleich als Juden abgestempelt werden.

Auffallend jedoch ist, daß in den Verlagen gleichzeitig Bücher über Polens Judentum erscheinen und daß die Synagogen und Friedhöfe, die überdauerten, von den Bezirkskonservatoren katalogisiert und unter Denkmalschutz gestellt werden. Dezent weiß die Regierungspropaganda auf eine Art Vorzeige-Juden hinzuweisen. Ihre Riege wird vom Regierungssprecher Jerzy Urban angeführt, mit namhaften Mitarbeitern der sich als „liberal" gebenden Parteiwochenzeitung „Polityka" (Warschau). Und den Lesern der Bundesrepublik flatterten kürzlich die polnischen „Perspektiven" ins Haus, die die Warschauer Außen- und Innenpolitik dem Westen „transparent" machen sollen. Als Chefredakteur fungiert dort der fast schon vergessene ehemalige Chef der Agitations- und Propagandaabteilung Agit-Prop-Abteilung beim ZK zu Gomulkas Zeiten, Artur Starewicz. Als „Aushängeschild" im Westen ist er anscheinend den Machthabern an der Weichsel noch vonnöten.

Computer-Geschichte

Was Zuse aus dem Abakus machte

Der Beginn eines computergerechten „Es war einmal..." läßt sich auf das Jahr 1941 datieren, als der in diesen Tagen gefeierte „Vater des Computers", Konrad Zuse, in Deutschland die erste programmgesteuerte Rechenmaschine der Welt vorstellte.

Doch bereits um 400 v. Chr. verwendeten Perser und Griechen ein Rechenbrett, das von römischen Kaufleuten um 100 v. Chr. zum nur etwa postkartengroßen Abakus weiterentwickelt wurde.

Erst 1614 erfolgte der nächste Schritt zur Verbesserung der technischen Rechenhilfen, als Lord John Napier of Morchiston ein Rechenstäbchen erfand, das durch einfache Verschiebung die Lösung des Einmaleins brachte. Neun Jahre später konstruierte Wilhelm Schickhardt, ein Universalgenie aus Tübingen, eine Rechenmaschine für sechsstellige Operationen mit den Grundrechenarten. Auf sein Konto geht auch das

Zeugen des Jahrhunderts – ZDF, 23.30 Uhr

Konstruktionsprinzip, Ziffernräder mit automatischem Zehnerübertrag zu verwenden.

Verbesserungen der Rechenhilfen kamen nun in immer kürzeren Zeitabständen: Rechenskalen und Rechenschieber enstanden, 1642 die erste Rechenmaschine, die „machine arithmétique" vom 19jährigen Blaise Pascal mit achtstelligen Additionen und Subtraktionen. Angeregt durch Pascals Maschinen stellte Gottfried Wilhelm Freiherr von Leibniz am 1. Februar 1673 in London ein Holzmodell seiner „Replica" vor, den Prototyp einer Rechenmaschine, die alle vier Grundoperationen mit einem zwölfstelligen Anzeigewert bewältigen konnte.

Im englischen Cambridge entwarf Charles Babbage 1834 ein Gerät, das erstmals über einen Speicher für 1000 Werte mit 50 Dezimalstellen verfügte: die „analytical machine". 1887 baute Hermann Hollerith Zähl- und Sortiermaschinen zur Verarbeitung von Lochkarten.

1935 entwickelte der Erfinder, Hobbymaler (Psyeudonym: Kuno See), Unternehmer und Wissenschaftler Konrad Zuse Rechnerkonzepte, die nach dem Dualsytem arbeiteten, die ZUSE Z1 und Z2. Die Z3 wurde als erste betriebsfähige, „programmgesteuerte Rechenanlage" der Welt 1941 an die deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt in Berlin ausgeliefert.



Feierte jetzt seinen 75. Geburtstag: Konrad Zuse, der Erfinder des Computers FOTO: DPA

Bei dieser Z3, die Zuse als 31jähriger Tüftler aus 2600 Fernmelderelais zusammenstrickte, war das Programm in einen 35-mm-Kinofilmstreifen gelocht. Der Nachfolger, die Z4, stellte „Probeberechnungen auf dem Gebiet des Flügelflatterns" an und landete nach Kriegsende an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich. Die Z5, der letzte große Relaisrechner Zuses, ging zu Leitz nach Wetzlar.

Wenige Jahre später, 1946, präsentierten John Eckert und John Mauchly ihren ENIAC (Electronic Numerical Integrator and Computer), den ersten Elektronenrechner der Welt, einzig und allein gebaut, um die Flugbahn von Raketen zu berechnen. Jede kleinste Programmänderung nahm mehrere Tage in Anspruch, da erst neue Verdrahtungen hergestellt werden mußten.

Vorsintflutlich muten aus heutiger Sicht einige technische Daten des ENIAC an: Bei einem Gewicht von 30 000 Kilogramm waren bei dem Riesengerät 17 468 Röhren, über 10 000 Kondensatoren und 70 000 Widerstände sowie 7300 Relais und Schalter in Betrieb. Um diese Bauelemente zu verbinden, waren mehr als eine halbe Million Lötstellen notwendig. Betriebsdauer: Nur wenige Stunden.

In den folgenden Jahren überschlug sich die Entwicklung: Die zweite Rechnergeneration entstand mit der Massenfertigung von Transistoren, die dritte, die heutige Generation, begann vor elf Jahren mit der Entwicklung der integrierten Schaltkreise; die vierte, intelligente Generation verläßt schon bald die Entwicklungslaboratorien der Mikroelektroniker. DIETER THIERBACH

KRITIK

Wer tötete den Redakteur?

Eigentlich wäre ja alles da für einen genußreichen Krimi-Cocktail: Mord, Liebe, Rätsel, Verfolgungsjagden – und sogar eine sympathische Kommissarin, an deren kriminalistischer Arbeit wir uns gern beteiligen. Aber wie das gemixt und geschüttelt wird – das macht aus dem Ganzen schon wieder das gewohnte fade Gebräu und ruiniert unsere Hoffnung, die alte „Tatort"-Serie könne doch mal wieder einen echten Krimi gebären.

Der Mord danach (ARD) – spätestens nach einer halben Stunde ist es uns schnurz, wer den lebensfrohen Rundfunkredakteur um die Ecke gebracht hat – und warum. Der Zuschauer merkt's auf Schritt und Tritt: Wie all die falschen Spuren – von der inneren Logik her überflüssig – nur deshalb so konstruiert sind und dann ebenso künstlich ein paarmal umkonstruiert werden, damit er die lange Zeit bis zum Schluß uneingeschlafen übersteht. Das wird von deutschen Fernsehschöpfern gern mit dramatischen Höhepunkten verwechselt. So quält sich die Spurensuche träge durch den Abend, und irgendwann erfahren wir tatsächlich, wer's war. Wer denn? Vielleicht haben wir's schon vergessen. Egal. Egal wie das ganze zweistündige Bemühen.

MARIUS PERMANN

„Laufen bis ans Ende der Welt"

Werner Herzogs Film über Reinhold Messners bergsteigerisches Meisterstück im Karakorum war auch ein filmisches Meisterstück. **Gasherbrum – der leuchtende Berg** (ARD) wurde am späten Sonntag abend zu einer Sternstunde des Fernsehens. Doch weniger die Bilder von der fernen Bergwelt, sondern vor allem die Bekenntnisse des bergsteigenden „Übermenschen" aus Südtirol beeindruckten.

Die grandiose Leistung bei der Besteigung des 8068 Meter hohen Gasherbrum I und der anschließenden Überschreitung des 8035 Meter hohen Gasherbrum II war in gewisser Weise nur das Gerüst des Films über den Menschen und Bergsteiger Reinhold Messner, dessen Leistungen so außergewöhnlich sind, daß selbst Nicht-Bergsteiger seinen Namen kennen.

Ein oder zweimal ließ Messner sich nackt beim Baden filmen; psychisch machte er in Herzogs Film fast unentwegt Striptease. Ja, er halte sich in gewisser Weise für geistesgestört, gestand er im Verlaufe erregender Konfessionen ein. Doch nicht Todessehnsucht treibe ihn unentwegt in die Grenzbereiche menschlichen Lebens, stellte er richtig, sondern ein unerklärlicher Zwang.

Ergreifend waren die behutsamen Fragen von Herzog, aufwühlend die Reaktionen des Superbergsteigers. Nach wie vor sehe und erlebe er seinen toten Bruder beim Bergsteigen neben sich, und ausgerechnet seine Mutter habe für ihn das größte Verständnis gezeigt, als er ihr eingestehen mußte, daß er von einer Tour zum Nanga Parbat allein zurückgekehrt sei. Die Erinnerung an jenen Tag übermannte den harten Mann: Messner schluchzte – doch war es mit Sicherheit keine Show.

Messner blickte schließlich auch nach vorn: „Am liebsten möchte ich gehen, gehen, immer weiter – bis ans Ende der Welt", sagte er. „Und nicht zurückblicken, und auch nicht wiederkehren..." WALTER H. RUEB

Erst bekriegen, dann kriegen

Wenn ein Stück seinen komödiantischen Saft aus dem Zufall bezieht, daß irrtümlich ein junger Mann und eine junge Frau in die gleiche Wohnung einziehen, so besagt die Statistik, daß sich die beiden zuerst bekriegen, aber zum Schluß kriegen. Auch in der Story mit dem umwerfenden Titel **Feuerwanzen küß ich nicht** (ZDF) behält die statistische Wahrheit recht: Kaum sind die beiden unter heftigen Protesten in das Haus eingezogen, da weiß es schon der letzte und schläfrigste Zuschauer, wie es endet.

Bleibt also nur noch, über das Wie nachzudenken. Nun, es ist nicht so platt wie der Einfall. Da haben wir die muntere Gaby Dohm, die Augenweide des ganzen Abends, da haben wir den Christian Quadflieg, auch Augenweide, da haben wir prächtige Chargenspieler wie den Axel Bauer, zum Beispiel, vor allem aber gibt es den langen Abend hindurch kleine, köstliche Lichter, die nicht gerade zum Prusten reizen, aber doch immerhin schmunzeln lassen.

Eine andere Sache ist die Überschätzung des Streckvermögens eines solchen schlichten Vorfalls. Länger als ein veritabler Kinofilm zieht sich die Story hin, zieht sich und zieht sich wie ausgeleierter Hosenbund. Das Ärgerliche bleibt dabei, daß die Geschichte erst eine gute Stunde nach dem frühen Ende Schluß macht.

Schade um die hübschen Szenen und um die lieben Menschen, die sie bevölkern. VALENTIN POLCUCH

ARD

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Giuseppe Verdi
2. Teil: Erste Erfolge
11.25 Mein Augsburg!
12.00 Umschau
12.10 Reportage am Montag
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

14.40 Fury
5. Folge: Joe und die Zigeuner
15.05 Dr. Snuggles
5. Folge: Die abenteuerliche Ballonfahrt
15.30 Tagesschau
15.40 Frauengeschichten
Marianne Mendt, Sängerin
Film von Walter und Danuta Harrich
16.25 Die Spielbude
17.20 ARD-Sport extra
Deutsche Meisterschaften im Schwimmen
Reporter: Klaus Stürzenberger
Aufzeichnung vom selben Tag aus Remscheid
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Was bin ich?
21.00 Panorama
Berichte – Analysen – Meinungen
Themen: Die Grünen und die SPD / Industrieansiedlung in Brunsbüttel / Leihmütter / Kindesentzug
Moderation Peter Gatter
21.45 Magnum
Der letzte der echten Schnüffler
Magnum sucht die verschwundene Nancy Perkins, die angeblich mit dem Dealer Gary zusammen auf Hawaii lebt. Er landet jedoch zuerst einmal im Gefängnis.
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Horizonte '85
Die Sendung berichtet heute vom 3. Festival der Weltkulturen aus Berlin. Drei Autoren wollen einen Einblick in die vielen Veranstaltungen gewähren, darunter Opern- und Tanzabende, Musik- und Straßentheater aus den verschiedensten Kulturkreisen.
23.45 Tagesschau

14.55 Programmvorschau
15.00 heute
15.03 Fenn – Hong Kong Pfeil
Die Autowegbande
15.30 Ferienkalender
16.05 Anna und der König von Siam
1. Folge: Die Ankunft
16.30 Der Wunschfilm für Kinder
Captain Future
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Das Haus am Eaton Place
Eheglück
Dazw. heute-Schlagzeilen
19.00 heute
19.30 Ihr 106. Geburtstag
Komödie von Jean Sarment
Mit Inge Meysel, Ernst Schröder, Dietmar Schönherr u. a.
Regie: Thomas Engel
21.00 Programm-Service
mit Vorstellung der Spielfilme
21.15 WISO
Themen: Umweltfreundliches Auto – Warum unsere EG-Partner bremsen? / Ausbildungsplätze – keine Angst vor Tests / Umweltschutz – Jetzt steigen die Strompreise / Tip: Reisekasse – Wo tauscht man günstig Auslandswährung?
Moderation: Ulrich Spree
21.45 heute-journal
22.05 Filme von Frauen
Girlfriends
Amerikanischer Spielfilm (1978)
Mit Melanie Mayron, Eli Wallach, Viveca Lindfors u. a.
Regie: Claudia Weill
Die Fotografin Susan und ihre Freundin Anne leben zusammen in einem Appartement in Manhatten. Als Anne heiratet, fühlt Susan sich alleingelassen.
23.30 Zeugen des Jahrhunderts
Mit Professor Konrad Zuse spricht Dieter Balkhausen
0.30 heute

SAT 1

13.30 Solid Gold
Amerikanische Hitparade
14.00 Tarzan
Ein Elefant vor Gericht
15.00 Die Bären sind los
Party mit Hindernissen
15.30 Musicbox
Musik, die unter die Netzhaut geht
16.30 Scooby und Scrappy Doo
Bandit, Baron und ein Phantom
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Auch Millionäre müssen lernen
18.00 Alle meine Lieben
Was ein Mann so braucht
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Der Manöverzwilling
Österreichischer Spielfilm (1956)
Mit Gunther Philipp, Doris Kirchner, Rudolph Carl u. a.
Regie: Hans Quest
20.30 Kulturmagazin
Die Stunde der Filmemacher – Filmgeschichte(n)
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Jagd auf Jeff
Französischer Spielfilm (1958)
Mit Alain Delon, Mireille Darc u. a.
Regie: Jean Herman
23.45 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 OKAY
Jugend-TV-Illustrierte
19.00 heute
19.30 Vier Gründerväter:
3. Thomas Jefferson
Die demokratische Mission
Film von Klaus Harpprecht
20.15 Hallo – Hotel Sacher ... Portier!
Das Lämmchen
Fernsehfilm von Fritz Eckhardt
Kommerzienrat Wernicke bittet Huber um eine kleine Gefälligkeit.
21.15 Zeit im Bild 2
21.45 Club 2
Anschl. 3SAT-Nachrichten

III.

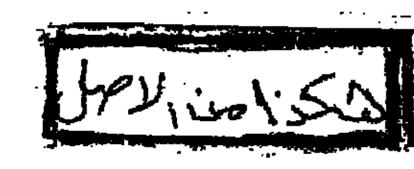
WEST
18.00 Telekolleg II
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Manfred Bainczyk aus den Niederlanden: Die Fischer von Urk
20.45 Rückblende
Vor 45 Jahren gestorben: Der Maler Paul Klee
21.00 Formel Eins
21.45 Landesspiegel
Nachtreporter: Die Halle
22.15 Wie uns die Nachbarn sehen
23.00 Deutschlandbilder
23.40 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Gitarrenwerkstatt mit Sigi Schwab (5)
19.15 Rockpalast
Mit der Gruppe „The alarm"
20.00 Tagesschau
20.15 Berliner Platz
21.15 Die wirklich Reichen (5)
22.10 20 Jahre III.
Nachrede auf Klara Heydebreck
23.10 20 Jahre III.
Mauricio Kagel: „Antithese"
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Bilder
„Hiroshima"
18.45 Strom von der hohen Kante
19.05 Formel Eins
20.00 Das Messer im Wasser
Polnischer Spielfilm (1961)
Regie: Roman Polanski
21.30 Drei aktuell
21.45 Kultur – aktuell in Hessen
22.30 Italienische Literatur der Gegenwart (2)
23.15 Vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg:
20.15 Heute in ...
Abitur heute – wieder mehr Leistung und Allgemeinbildung?
Nur für Rheinland-Pfalz:
20.15 Einladung
Nur für das Saarland:
20.15 Kulturspiegel
21.00 Autos, die Geschichte machten
Gemeinschaftsprogramm:
21.15 Buck Rogers
Amerikanischer Spielfilm (1979)
22.40 Avec plaisir (11)
23.10 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Kaiserwalzer
Amerikanischer Spielfilm (1947)
Regie: Billy Wilder
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Spiegelbilder
Rosemarie Kern präsentiert Helmut Qualtinger und sein Lieblingsbuch
22.30 Z. E. N.
22.35 Im Gespräch
Treffpunkt Freimann
23.20 Rundschau



Böse Drohung

rtj. – Bundesarbeitsminister Norbert Blüm will die Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung krisensicher machen. Er hat ein Zehn-Punkte-Programm vorgelegt und eine Strukturreform angekündigt. Daß diese Ziele von den Leistungserbringern, insbesondere von den Ärzten und Zahnärzten, nicht bejubelt werden, leuchtet ein. Was sich aber zwei Verbände der Ärzte und Zahnärzte zur Abwehr dieses Bemühens geleistet haben, das bezeichnete Blüm zu recht als „schamlos". So forderte der Hartmannbund, ein freier Ärzteverband, seine Mitglieder auf, mitzuteilen, wieviele Praxismitarbeiter sie entlassen wollen, wenn die Kostendämpfung realisiert werde. Der Freie Verband Deutscher Zahnärzte drohte den Patienten, sie „schneller, mit weniger Sorgfalt" und „billiger, dafür aber auch schmerzhafter" behandeln zu müssen, wenn es zur Kostendämpfung auf dem Rücken der Zahnärzte komme.

Hinter beiden Aktionen stehen nicht die Ärzte schlechthin, sondern Funktionäre, denen anscheinend ihr ärztliches Ethos abhanden gekommen ist. Wer mit der Angst um Arbeitsplätze Interessenpolitik betreibt, macht den Staat zur Beute des Gruppenegoismus. Angesichts von 2,2 Millionen Arbeitslosen kann auch von Ärzten und Zahnärzten Solidarität gefordert werden, um Beitragslasten der Versicherten und Lohnnebenkosten der Betriebe zumindest konstant zu halten. Und man sollte erwarten, daß auch Ärzte und Zahnärzte in den Kategorien des Staates und der Gemeinschaft denken und nicht nur in der ihres Geldbeutels.

Irrtumsfrei?

Wb. – Darauf haben Generationen von Unternehmern gewartet: „Ein elektronisches Entscheidungsmodell, das die Chancen von Neuprodukten irrtumsfrei beurteilt", wurde jetzt von Schweizer Wissenschaftlern der staunenden Öffentlichkeit angekündigt. Besonders erfreulich, daß für den Ersatz des feuchten Zeigefingers im Wind nicht mehr als ein Mikrocomputer erforderlich ist. Und so funktioniert der Entscheidungshelfer: „Die Vielzahl von Einflußfaktoren und Daten aus dem Markt und dem Unternehmen selbst werden in den Personalcomputer eingegeben und dann systematisch gegeneinander gerechnet, analysiert und bewertet." Diese Aussage erleichtert geradezu, umso mehr, als auch intuitive Einschätzungen (in quantifizierter Form) einbezogen werden können. Die muß nämlich immer noch der Unternehmer/Manager selbst liefern, abgesehen davon, daß die „objektiven" Markt- und Betriebseinflüsse auch der Bewertung bedürfen. Irrtumsfrei ist die Maschine zur Beseitigung des Unternehmerrisikos nur, wenn die Eingaben stimmen. Der sensible Finger bleibt gefragt.

EG / Kommission erwartet in Mailand Bekenntnis zur Technologiegemeinschaft

Haushaltsmittel für Forschung und Entwicklung sollen erhöht werden

WILHELM HADLER, Brüssel

Ein „feierliches politisches Engagement" der EG-Regierungschefs für die geplante Europäische Technologiegemeinschaft erhofft sich die Brüsseler Kommission vom Mailänder Gipfel am Wochenende. Nach Ansicht des für die Forschungspolitik zuständigen deutschen Vizepräsidenten Karlheinz Narjes haben „die Umstände der letzten Monate" es notwendig gemacht, die Entwicklung der europäischen Zusammenarbeit durch schnelle und überzeugende Aktionen „signifikant voranzutreiben".

Narjes spielte dabei vor allem auf die Diskussion über die Beteiligung am amerikanischen SDI-Programm und am französischen Gegenprojekt „Eureka" an. Ein unter seiner Federführung ausgearbeitetes Memorandum, das den Beratungen der Regierungschefs zu Grunde liegen soll, versucht im wesentlichen, die französischen Vorstellungen in den Rahmen der EG einzufügen und auf zusätzliche Bereiche der Zusammenarbeit auszudehnen.

Für eine gemeinschaftliche Lösung spricht nach Meinung von Narjes ein ganzes Bündel von Argumenten: so sei der erforderliche „qualitative Sprung" im Bereich von Forschung und Entwicklung am besten deshalb unter dem Dach der Gemeinschaft anzustreben, weil nur ein genügend großer Markt auch die Sicherheit eines ausreichenden Auftragsvolumens schaffe und weil eine EG-weite Lösung die Aussichten verbessere, schnell zu gemeinschaftsweiten Normen und Standards zu kommen.

Die EG biete (anders als intergouvernementale Vereinbarungen) auch die Chance, von vornherein mit einer Stimme nach außen aufzutreten und zu verhandeln. Hinzu komme, daß die Gemeinschaft „aus dem Stand" die Zusammenarbeit einleiten könne, ohne daß langwierige Konferenzen und Ratifizierungsprozesse abgewartet werden müßten. Die EG besitze bereits die Zusage der Regierungschefs, daß sich ihre Haushaltsmittel für Forschung und Entwicklung mittelfristig beträchtlich erhöhen würden.

Allerdings nimmt die Kommission nach den Worten von Narjes auch den Vorwurf ernst, daß sich die mangelhaften Entscheidungsstrukturen innerhalb der Gemeinschaft und der Versuch der Mitgliedsländer, jeweils mindestens ebensoviel aus der EG herauszuholen wie sie hineinzahlen, durchaus ernst. Immerhin habe die Gemeinschaft – wie zum Beispiel beim Forschungsprogramm für Informationstechnologien, „Esprit", oder beim Fusionsprojekt „Jet" – bereits den Beweis für Effizienz und Flexibilität geliefert, meinte Narjes.

Die EG-Behörde strebt in einem (bisher noch nicht vorliegenden) Vorschlag zu den institutionellen Problemen der Forschungs- und Entwicklungszusammenarbeit an, daß der Ministerrat jeweils nur über die Rahmenprogramme für die einzelnen Forschungsbereiche einstimmig entscheidet, die Einzelbeschlüsse hingegen mit qualifizierter Mehrheit faßt. Dabei sieht die Kommission ihre Rolle je nach Art der Programme als „Katalysator, Motor oder Hebamme". Auch Rechtsform, Beteiligung, Haushaltsmittel und Dauer der Programme können durchaus flexibel gestaltet werden, wobei Narjes besonders die Möglichkeit gewahrt wissen will, daß auch Interessen aus den Nachbarländern und anderen Drittstaaten von Fall zu Fall beteiligt werden.

Der EG-Vizepräsident hält für realistisch, 1990 mit einer Aufstockung der Gemeinschaftsmittel für Forschung und Technologie von bisher 3 auf 6 bis 8 Prozent des gesamten Brüsseler Etats zu rechnen. Dies würde nach seiner Meinung „keine Revolution" bedeuten, da die EG sich bereits jetzt darauf festgelegt habe, die Agrarausgaben künftig weniger stark ansteigen zu lassen als die Einnahmen der Gemeinschaft.

Offen bleibt, ob ein besonderer Vertrag oder die Gründung einer Technologiegemeinschaft ausgearbeitet werden soll. Brüssel will offensichtlich abwarten, wie die Diskussion über die geplante Regierungskonferenz zur Schaffung einer europäischen Union verläuft. Die Römischen Verträge bieten nach Meinung von Narjes jedenfalls eine Grundlage, schon jetzt mit der Vorbereitung konkreter Projekte zu beginnen.

WELT-GAS-KONGRESS

Ruhrgas-Chef Liesen: Bedarf ist langfristig gesichert

H. BAUMANN/DW. München

Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) rechnet nicht mit einem nennenswerten Zuwachs des Primärenergieverbrauchs in der Bundesrepublik bis zum Jahr 2000. Zur Eröffnung der 16. Weltgaskonferenz sagte Bangemann vor rund 3000 Teilnehmern aus über 50 Staaten am Montag in München, selbst wenn aufgrund der weltweiten konjunkturellen Erholung der Energieverbrauch wieder angestiegen sei, so könne auch bei einer Fortdauer des wirtschaftlichen Aufschwungs nicht von einer starken Zunahme des Energieverbrauchs ausgegangen werden.

Die Gaswirtschaft der meisten Länder verfügt über keine starke politische Lobby. In einem enger gewordenen Markt und unter härterem Wettbewerb rufe sie nicht nach staatlicher Intervention. Sie stütze sich vielmehr nur auf ihre Leistungsfähigkeit. Das sagte der Vorsitzende des Vorstandes der Ruhrgas AG, Klaus Liesen.

Liesen hob hervor, daß das Erdgas rund ein Fünftel des europäischen Energiebedarfs decke, daß die Versorgung mit Erdgas langfristig gesichert sei, daß Erdgas eine wirtschaftliche Energie sei und bleibe, daß es den Forderungen nach Schutz der Umwelt weitgehend nachkomme.

Der Rückgang des Energiebedarfs habe auch zu einer Korrektur der Bedarfsprognosen geführt, für Westeuropa um 20 Prozent und für die ganze Welt um 30 Prozent.

Eine der stärksten Herausforderungen der Mineralölindustrie und anderer Zweige der Energiewirtschaft sei die Anpassung der Kapazitäten an die geschrumpften Märkte. Liesen wies auf den Unterschied zum Öl hin. Die Kapazitäten des Gases an Pipelines oder Speichern seien trotz des Rückgangs des Energiebedarfs nicht reduziert worden. „Im Gegenteil", sagte er, „stillgelegte Rohölleitungen hat die Gaswirtschaft noch zusätzlich für ihre Zwecke übernehmen können." Dennoch herrsche auf dem Wärmemarkt zwischen Heizöl, Erdgas, Flüssiggas, Fernwärme, Kohle und Strom ein heftiger Wettbewerb, „der noch zunehmen dürfte".

In dieser Situation sei es für die Erdgaswirtschaft von größter Bedeutung, sowohl von den Verbrauchern als auch von der Politik akzeptiert zu werden. Die Verbraucher müßten sich unter den Alternativenergien für Erdgas entscheiden können und die Staaten müßten bereit sein, der Erdgaswirtschaft die erforderliche Bewegungsfreiheit im Markt auch künftig zu gewähren.

Dafür aber habe die Erdgaswirtschaft auch eine Reihe von Bedingungen zu erfüllen. Während für einige Zweige der Energiewirtschaft die Herstellung der Umweltverträglichkeit in den nächsten Jahren die größte finanzielle Herausforderung sei, so gelte dies nicht für die Gaswirtschaft, weil ihr Produkt besonders umweltfreundlich sei.

Zähes Banken-Puzzle

Von WERNER NEITZEL

Mit einem raschen Durchmarsch ist es wohl nichts: Der wegen seiner Ideenfreudigkeit und Entschlußkraft oft gerühmte baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth tut sich bei seinen Plänen für eine Neuordnung der öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Südwesten schwerer, als er wohl zunächst annahm. Eine ursprünglich noch vor der parlamentarischen Sommerpause vorgesehene Regierungserklärung in jener Angelegenheit ist auf einen unbestimmten Zeitpunkt vertagt worden. Zu groß sind offenbar die Widerstände.

Nach wie vor marschieren die Sparkassen-Organisationen im Südwesten landsmannschaftlich fein säuberlich getrennt nach Badenern und Württembergern. Es gibt also zwei Verbände und auch zwei Girozentralen bzw. Landesbanken als regionale Spitzeninstitute der Sparkassen, nämlich die Bakola in Mannheim für den badischen und die Landesbank Stuttgart für den württembergischen Landesteil.

Eine Zusammenführung der badischen und württembergischen Institutionen, wie sie sich übrigens nicht nur im Sparkassensensektor, sondern auch im genossenschaftlichen Kreditsektor präsentieren, ist nicht nur im Hinblick auf größere Effizienz längst überfällig. Im Wege stehen in erster Linie Befürchtungen der auf Dualität und spezifisches Eigengewicht in Wirtschaftsfragen bedachten badischen Seite, man verliere an Einflußnahme und Bedeutung, wenn sich mehr und mehr alles in der Landeshauptstadt Stuttgart, also in Württemberg, konzentriere.

Dagegen steht das Bemühen des Stuttgarter Regierungschefs, die überdurchschnittliche Wirtschaftskraft und Robustheit seines Bundeslandes abzusichern. Seine Zielvorstellung ist dem industriellen Potential, das sich auch in einer hohen Exportintensität und vielfältigen Auslandsengagements ausdrückt, eine entsprechend schlagkräftige und deshalb vereinigte Landesbank an die Seite zu stellen.

Der Stuttgarter Regierungszentrale blieb es nicht verborgen, daß im benachbarten Bayern auf dem Gebiet der Industrialisierung sehr viel über den öffentlichen Bankensektor eingefädelt wird. Ein solches Beispiel reizt. So will denn auch Späth gleich einen großen Schritt tun, in seinem Landesbank-Puzzle strebt er über die Verschmelzung der beiden Kommunalen Landesbanken in Stuttgart und Mannheim hinaus auch die Einbindung der Landeskreditbank in Karlsruhe und der Landesgirokasse Stuttgart, eine der größten Sparkassen in der Bundesrepublik, an.

Eine zeitweise erwogene Alternative in Form einer Fusion der Baden-Württembergischen Bank AG mit der Landesgirokasse Stuttgart, bei der letztere zunächst privatisiert und in eine AG hatte umgewandelt werden müssen, darf wohl zu den Akten gelegt werden. In jedem Falle hat die mögliche Beteiligung der Landesgirokasse in das eine oder andere Fusionsmodell die Sparkassenverbände in anderen Bundesländern auf den Plan gerufen. Man sieht einen gefährlichen Präzedenzfall entstehen, der auch in anderen Regionen Nachahmer finden könnte. Dann aber würde – so wird argumentiert – es zu einem Aufbrechen der öffentlich-rechtlichen Struktur der Sparkassen kommen, was abzulehnen sei.

Würde in der umstrittenen Zweigstellen-Frage kein Kompromiß erzielt, so bedeutete dies ohnehin das Aus für das „Vierermodell". Im Blickpunkt stände dann eine klassische öffentlich-rechtliche „Dreierlösung", nämlich die Zusammenfassung der beiden Kommunalen Landesbanken mit der Landeskreditbank, wenngleich auch bei Einbeziehung letzteren Instituts bereits die genossenschaftliche Seite mit dem Hinweis auf Wettbewerbsneutralität Einspruch angemeldet hat.

Bliebe letzten Endes die Fusion der beiden Landesbanken allein. Eines steht fest: Aussteigen aus dem in Gang gekommenen Banken-Puzzle ist ohne beträchtlichen Prestigeverlust nicht mehr möglich. Es mehren sich Stimmen, daß nicht nur in den Belegschaften der zur Disposition stehenden Institute Unruhe wachse. Darüber hinaus kann man sich ausmalen, daß gerade in Kundengesprächen die offene Frage über den Bestand der jeweiligen Institute nicht gerade geschäftsfördernd wirkt. Wie immer also die neue Landesbank konstruiert sein sollte, Zeit für den Neubau steht nicht mehr in unbegrenztem Maße zur Verfügung.

AUF EIN WORT



„Will die Bundesregierung wirklich etwas gegen die Schwarzarbeit tun, so sollte sie die Steuern senken, und dies sofort."

Günter Jucho, Vorsitzender des Bundesverbandes Junger Unternehmer (BJU), Bonn. FOTO: KOKOTT

CDU-STEUERPOLITIK

Bei Haushaltsdisziplin auch künftig Raum für Entlastung

HEINZ HECK, Mainz

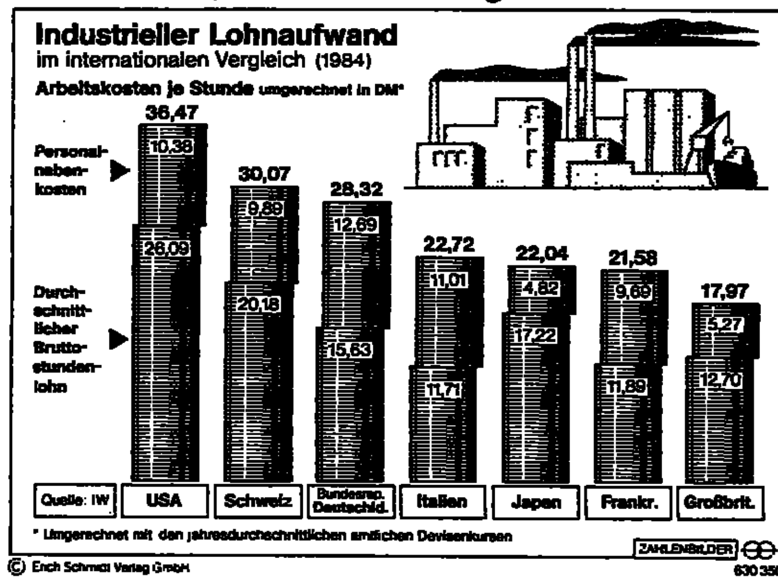
Bei strikter Haushaltsdisziplin ist nach Meinung des rheinland-pfälzischen Finanzministers Carl-Ludwig Wagner (CDU) in der kommenden Legislaturperiode abermals eine Steuersenkung wie in dieser von etwa 20 Milliarden möglich, „ohne damit die Konsolidierung zu gefährden". Auf einem Steuerkongreß der CDU Rheinland-Pfalz in Mainz betonte Wagner mit Nachdruck, „daß wir uns über ein steuerpolitisches Entlastungskonzept diese nächste Legislaturperiode nur Gedanken zu machen brauchen, wenn ein Spielraum dafür geschaffen werden kann . . ."

Als Hypothek der Politik der 70er Jahre bezeichnete er die Steigerung des Staatsanteils von 39 auf 50 Prozent. Der Staat beanspruche, bezogen auf die heutige Höhe des Bruttosozialprodukts, zusätzlich über 170 Milliarden DM jährlich. Wagner würde es als großen Erfolg werten, wenn die Staatsquote bis 1988 auf 45 Prozent gesenkt werden könnte.

Er nannte drei Schwerpunkte für die Steuerpolitik nach 1987: eine weitere Familienentlastung, die Fortführung der Steuertarifreform und eine kräftige Entlastung der Unternehmensbesteuerung.

Zurückhaltung ließ Walter zur Senkung des Spitzensatzes in der Einkommens- und Körperschaftssteuer erkennen. Eine Senkung würde an den Strukturproblemen der Unternehmensbesteuerung nichts ändern, „weil die unterschiedliche Besteuerung der Unternehmensgewinne einerseits und der anderen Einkommen andererseits damit nicht beseitigt würde". Der Minister plädierte für eine Senkung und schließlich Abschaffung der Gewerbesteuer.

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Im Arbeitskostenvergleich mit den übrigen Industrieländern hat die Bundesrepublik ihre Position verbessert. Neben den mäßigen Lohnerhöhungen der letzten Jahre war dafür die Entwicklung der Wechselkurse ausschlaggebend. Vor allem gegenüber den USA verfügt die deutsche Industrie wieder über Kostenvorteile. QUELLE: Zahlenbilder

Frist bis Jahresende

Bonn (VWD) – Bis Ende dieses Jahres müssen Stammkapital und Mindesteinlagen von Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH) den neuen gesetzlichen Mindestanforderungen angepaßt werden. Darauf hat gestern das Bundesjustizministerium hingewiesen. Mit der GmbH-Novelle vom 4. 7. 1980 ist das gesetzliche Mindeststammkapital von 20 000 DM auf 50 000 DM heraufgesetzt worden. Den vor dem 1. Januar 1981 gegründeten Altgesellschaften hat der Gesetzgeber bis zum 31. Dezember 1985 eine Anpassungsfrist eingeräumt. Gesellschaften mit einem Stammkapital von bisher weniger als 50 000 DM müssen ihr Stammkapital auf mindestens 50 000 DM erhöhen oder sich in eine andere Rechtsform umwandeln.

Krupp-Hilfe für Voest

Düsseldorf (J.G.) – Als einer der weltweit größten Produzenten von kaltgewalzten Rostfrei-Flachprodukten verhandelt die Krupp Stahl AG, Bochum, mit der VEW-Edelstahltochter des Voest-Alpine-Konzerns darüber, ihr Know how für Bau und Betrieb eines noch „in ersten Überlegungen" steckenden Kaltwalzwerkes in Ternitz (Österreich) einzubringen. Einen Zusammenhang mit der „in Aussicht genommenen" Krupp/Klöckner-Stahlfusion gebe es dabei nicht, wird in Bochum betont.

BHF-Optionsanleihe

Frankfurt (cd.) – Die BHF-Bank Fianance (Jersey) Ltd. begibt eine siebenprozentige Optionsanleihe über 150 Mill. DM zum Kurs von 115 Prozent, die nach zehn Jahren zu pari zurückgezahlt wird. Zu 1000 DM Optionsschuldverschreibungen gehören drei Optionsscheine, die zusammen zum Kauf von drei BHF-Bank-Aktien zum Kurs von 323 DM je 50-DM-Aktie berechtigen. Die Optionsscheine können vom 10. Juli an separat gehandelt werden. Das Optionsrecht läuft vom 15. Oktober dieses Jahres bis zum 31. Juli 1995; es kann vom 1. Dezember 1991 an aufgehoben werden, wenn der Börsenkurs für eine gewisse Zeit 150 Prozent des dann geltenden Optionspreises überschreitet.

Kraftwerkskooperation

Peking (VWD) – Ein neues Gemeinschaftsunternehmen im Kraftwerksbereich hat die VR China gegründet. An der „Huaweng International Power Development Corp." sind drei chinesische Organisationen und zwei Gesellschaften aus Hongkong beteiligt. Das Grundkapital beträgt 100 Mill. Dollar. Die Gesellschaft wird nach Angaben der Nachrichtenagentur Xinhua gegenüber ausländischen Unternehmen als Verhandlungspartner und Auftraggeber für die Einfuhr von Ausrüstungen und für die Förderung von ausländischen Investitionen auftreten. Geplant ist der Bau von Kraftwerken mit einer Kapazität von zusammen 5 Mill. KW von 1986 bis 1990.

Preisanhebung in Israel

Jerusalem (AFP) – Die israelischen Sozialpartner haben ihre Zustimmung gegeben, daß trotz des sogenannten „Sozialpakts", der Löhne, Preise und Steuern einfriert, die Preise für 90 Erzeugnisse um zwei bis 16 Prozent angehoben werden. Diese Preissteigerungen werden sich im Lebenshaltungsindex vom Juni mit 1,5 Prozent auswirken.

Null-Kupon-Anleihen

München/Stuttgart (VWD) – Die bayerische Landesbank Girozentrale legt zwei Null-Kupon-Anleihen über einen Nennbetrag von jeweils 200 Mill. DM auf. Die Laufzeit beträgt zehn bzw. 15 Jahre, so daß die Emissionen am 1. Juni 1995 bzw. 15. Juni 2000 zu 100 Prozent eingelöst werden. Die Rendite stellt sich auf 6,9 und 7,03 Prozent. Eine Null-Kupon-Anleihe mit einer Laufzeit von zehn Jahren zum Ausgabekurs von 51,10 Prozent begibt die Landesbank Stuttgart. Die Rendite beträgt hier 6,89 Prozent. Die Rückzahlung erfolgt am 1. August 1995 zum Kurs von 100 Prozent.

Anklage erhoben

New Orleans (VWD) – Anklage gegen 14 Unternehmen und 13 Einzelpersonen wegen krimineller Handlungen im Zusammenhang mit illegalen Zuckerimporten in die USA ist von US-Behörden erhoben worden. Nach Angaben der US-Zollbehörde handelt es sich um den bisher weitreichendsten Fall der Verabredung zum Wirtschaftsbetrug, der jemals von ihr untersucht wurde. US-Beamte schätzen, daß durch die Betrugsmanöver dem Staat mindestens 50 Mill. Dollar an Einnahmen entgangen seien und er letztlich aus dem Fall in Strafen und beschlagnahmter Ware rund eine Mrd. Dollar erhalten könnte.

Zollerhöhungen befürwortet

AFP, Brüssel

Die EG-Kommission in Brüssel hat gestern den Regierungen der Mitgliedsländer Zollerhöhungen als Vergeltungsmaßnahme im „Nudelkrieg" mit den Vereinigten Staaten vorgeschlagen. Als Antwort auf eine erhebliche Anhebung der Importsteuern auf Teigwaren aus der Europäischen Gemeinschaft befürwortet die Brüsseler Kommission die Erhöhung der Einfuhrzölle auf amerikanische Nüsse von bisher acht auf 30 Prozent und auf Zitronen von bisher acht auf 20 Prozent. Die Exporte dieser Produkte in die Europäische Gemeinschaft erreichen mit rund 36 Millionen Doller ungefähr den gleichen Wert wie die Ausfuhren von Teigwaren aus der Europäischen Gemeinschaft, vor allem aus Italien, in die Vereinigen Staaten.

AUSFUHRGARANTIEN

Sieben Prozent der deutschen Exporte sind abgesichert

rtr, Bonn

Die neu gedeckten Auftragswerte bei den Exportgewährleistungen des Bundes haben sich 1984 um 3,6 Prozent oder 1,2 Mrd. Mark auf insgesamt 32,1 Mrd. Mark weiter verringert. Wie aus dem Abschlußbericht des Bundeswirtschaftsministeriums hervorgeht, ist der Rückgang vor allem auf die Abnahme der neu gedeckten Ausfuhren in Opec-Länder um 2,6 auf 7,6 Mrd. Mark zurückzuführen.

Dem Bericht zufolge nahmen die Deckungen für Ausfuhren in die gesamte Gruppe der Entwicklungsländer nur um 0,4 Mrd. auf 21,4 Mrd. Mark ab. Bei den Staatshandelsländern sanken 1984 die neu in Deckung genommenen Auftragswerte um 1,4 auf 5,5 Mrd. Mark, bei den westlichen Industrieländern stiegen sie um 600 Mill. auf 5,2 Mrd. Mark. Wegen erneut hoher Aufwendungen für Schäden und Umschuldungen erhöhte sich 1984 das vom Bundeshaushalt zu deckende Defizit auf 1,2 (0,73) Mrd. Mark. Im Haushalt 1985 sei der Ermächtigungsrahmen für die Übernahme von Exportgarantien und -bürgschaften sowie für gebundene Finanzkredite an ausländische Schuldner nicht erhöht worden, weil der Rahmen des Jahres 1984 von 195 Mrd. Mark nur zu 80 Prozent ausgenutzt worden sei.

In dem Bericht wird darauf hingewiesen, daß viele Länder 1984 zur Stornierung und Streckung ihrer Entwicklungsprojekte im Anlagen-, Bau- und Infrastrukturbereich gezwungen waren. Insgesamt sei der Anteil der durch Bundesdeckungen abgesicherten Ausfuhr an dem deutschen Gesamtexport um 1,1 Prozentpunkte auf 6,6 Prozent zurückgegangen. Nach wie vor werde jedoch etwa ein Drittel des Exports in Entwicklungsländer gedeckt.

GROSSBRITANNIEN

Industrieverband erwartet vier Prozent Wachstum

WILHELM FURLER, London

Die Wachstumsaussichten für die britische Wirtschaft sind so gut wie seit vielen Jahren nicht mehr. Der britische Industrieverband CBI geht von einem Wirtschaftswachstum für dieses Jahr von vier Prozent aus. Er begründet diese Aussage damit, daß die Auftragsbücher in der verarbeitenden Industrie auch im Juni so voll waren wie seit acht Jahren nicht mehr. Zwar sind die Export-Auftragseingänge gegenüber den drei „exzellenten" Monaten zuvor leicht zurückgegangen. Aber sie liegen immer noch deutlich über denen von Januar und Februar dieses Jahres.

Der jüngsten Befragung des CBI bei rund 1700 Mitgliedsfirmen zufolge lagen die Produktionserwartungen im Juni über denen im Mai, allerdings leicht unter denen im März und April. So rechnen 31 Prozent der Befragten mit einer Zunahme des Produktionsvolumens während der nächsten vier Monate; 60 Prozent glauben, daß keine Veränderung eintritt.

Auf die Frage nach der gegenwärtigen Auftragslage gaben 58 Prozent der Befragten an, normal gefüllte Auftragsbücher zu haben. 21 Prozent bezeichneten die Auftragslage als besser als erwartet, und ebenfalls 21 Prozent waren der Meinung, ihre Auftragsbücher seien weniger als normal gefüllt. Befragt nach der Lage bei Aufträgen aus dem Ausland, antworteten 57 Prozent mit normal, 20 Prozent mit besser als normal; 21 Prozent bezeichneten die Export-Auftragslage als schlechter als normal.

Die CBI-Führung glaubt, daß das Produktionswachstum in der verarbeitenden Industrie über die Sommermonate hinaus anhalten wird.

FINANZPOLITIK / Stoltenberg: Regierung hält an Konsolidierungkurs fest

Zinsspanne der Banken ist überhöht

PETER GILLIES, Bonn

Mit ihrer Finanzpolitik fördert die Bundesregierung vor allem stabile Preise und niedrige Zinsen, weil sie darin die entscheidenden Voraussetzungen für den Abbau der Arbeitslosigkeit sieht. Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) nutzte gestern vor der Presse in Bonn eine Darstellung der jüngsten Konjunkturbelebungsmaßnahmen, um die deutschen Banken anzugreifen. Ihre Zinsspanne sei „überhöht", kritisierte er, und forderte die Kreditinstitute zu Zinssenkungen „im Interesse der Bürger und Investoren" auf.

Stoltenberg bekräftigte, daß die Regierung vom Pfad der Konsolidierung nicht abweichen wollte. Im Haushalt 1986 sollten die Ausgaben nur um 2,4 Prozent wachsen, die Neuverschuldung sei – wie in diesem Jahr – auf 24,9 Milliarden Mark festgezurrt, obgleich die Steuereinnahmen um zehn Milliarden geringer und die Überweisungen an die EG um 4,5 Mrd. DM höher ausfielen. Eine sommerliche Debatte über die Wirtschafts- und Finanzpolitik, wie sie auch im Regierungslager befürchtet wird, erübrige sich deshalb.

Ohne den Kurs ihrer Sparpolitik zu ändern, stimuliere die Bundesregierung mit ihren Maßnahmen eine zusätzliche private Nachfrage von 14 bis 15 Milliarden Mark, sagte der Bundesfinanzminister. Dazu gehörten die verbesserten steuerlichen Abschreibungen für Betriebsgebäude. Vorgesehen sei, den Abschreibungszeitraum von derzeit 50 auf 25 Jahre zu halbieren und die linearen sowie die degressiven Sätze – wie bereits berichtet – zu erhöhen. Wieviel Steuern dem Staat daraus entgingen, hänge von den Investoren ab. Stoltenberg bezifferte den Ausfall auf bis zu vier Milliarden Mark.

Über den Stichtag sei noch nicht endgültig entschieden, sicher wäre jedoch, daß ein zurückliegender Termin gewählt würde (Einreichung des Bauantrags), um keine Investoren abzuschrecken. Neben die bereits bekannte kräftige Aufstockung der Fördermittel für die Stadterneuerung und die zinsverbilligten Kredite trete eine erweiterte Steuersparmaßnahme für Eigenheimer.

Im Rahmen der steuerlichen Neuregelung des Wohneigentums (Geltung von 1987 an) würde die Koalition eine bessere Abschreibung für Heizungs- und Warmwasseranlagen beschließen, kündigte Stoltenberg an. Die Vergünstigung nach Paragraph 82 a EStDVO – es dürfen zehn Jahre lang jeweils zehn Prozent steuermindernd abgeschrieben werden – betreffe vor allem selbstnutzende Eigentümer. Der Stichtag für diese Regelung liege „im Sommer", es werde jedoch sichergestellt, daß schon jetzt jeder modernisierungswillige Bauherr fest damit rechnen könne.

PFEIFER & LANGEN / Neue Produkte werden forciert

Mit Rüben in die Biotechnik

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Der Zuckerverbrauch stagniere, der Preis desgleichen, die (immer noch zuviel) Rüben anbauenden Landwirte würden durch die Diskussion um die EG-Marktordnungspolitik mehr und mehr verunsichert, der Konzentrationsprozeß im Handel führe zu „existenzbedrohender" Abhängigkeit mittelständischer Produzenten. Aus der Flut solcher Plagen in der Rübenindustrie sieht die Kölner Pfeifer & Langen KG eine Hoffnung für die Branche auftauchen:

Am Ende der jetzt laufenden Fusionswelle bäuerlicher Veredelungsbetriebe könnten leistungsfähigere Unternehmen mit der Kraft stehen, durch vor allem biotechnische Produktinnovation „andersartige Verwendungsmöglichkeiten für landwirtschaftliche Produkte zu finden, um der Überschußsituation gerecht zu werden".

Groß und kräftig genug für solches allmähliches Abstreifen der Zuckerfessel fühlt sich die 115 Jahre alte Familienfirma allemal. Sie ist Nummer zwei unter den von Südzucker, Mannheim, angeführten größten deutschen Zuckerproduzenten und hier der einzige ohne Kapitalbeteiligung der Rübenbauern. Selbstbewußt heißt es nun im 1984er Geschäftsbericht, man habe sich „von der Einflußnahme einseitig ausgerichteter Interessengruppen frei halten" können und verfüge sowohl mit der aufgebauten Glukose/Maltose-Produktion als auch im Beteiligungskreis über das Potential, mit biotechnologischen Neuentwicklungen neue Marktchancen zu gewinnen.

Diesseits solcher Vision zeigt sich die Firma auch mit ihrem 1984er Abschluß kerngesund: Aus 268 000 (259 000) Tonnen Rübenzuckerproduktion nebst Nebenproduktenverkauf ein Umsatz 880 (877) Mill. DM, bei 92,3 (91,7) Mill. DM Personalaufwand für 1440 (1419) Beschäftigte ein Jahresüberschuß von 15,6 (16,5) Mill. DM. Der wurde mit abermals 7,8 Mill. DM ausgeschüttet und stärkte mit dem Rest das Eigenkapital auf 206 (198) Mill. DM. Nebst der Hälfte von 42,6 (41,9) Mill. DM Rücklagen-Sonderposten (fast nur Preissteigerungsrücklage) überdecken die Eigenmittel reichlich das Anlagevermögen und stellen nun 41 (34) Prozent des Bilanzvolumens. Die 35,5 (26,9) Mill. DM Sachinvestitionen wurden komplett aus Abschreibungen finanziert.

Ähnlich blieben auch die 8,8 (8,3) Mill. DM Erträge des Beteiligungskontos von weiterhin rund 35 Mill. DM. Größte Beteiligung ist das in Paritäts-Partnerschaft mit dem Münchner Pfanni-Werk betriebene Knabbergebäck-Geschäft, das allerdings aus nun 196 (172) Mill. DM Umsatz wegen starken Rohstoffkostenanstiegs einen Gewinnrückgang erlitt. Ertragsstabil und weiterhin stark expansiv zeigte sich das von der Beteiligung Krüger in Bergisch-Gladbach betriebene Instant-Granulate-Geschäft mit nun 103 (89) Mill. DM Umsatz.

KAUTSCHUK-INDUSTRIE / Neue Einsatzbereiche

Investitionen steigen deutlich

WERNER NEITZEL, Stuttgart

Weitere neue Einsatzbereiche sowie die allgemeine Konjunkturbelebung verheißen der Kautschuk-Industrie gute Aussichten. Nach Angaben von Sprechern der Deutschen Kautschuk-Gesellschaft anläßlich der Internationalen Kautschuk-Tagung in Stuttgart sei weltweit der Absatz der Branche, der in den Jahren von 1980 bis 1982 stagniert hatte, inzwischen in ein durchschnittliches jährliches Wachstum von sechs Prozent übergegangen. Auch bei den Investitionsplanungen der Branche gehe man für dieses Jahr von einer deutlichen Steigerung aus.

Daß dieser Wirtschaftszweig mit dem Geschäft des Jahres 1984 nicht ganz zufrieden sein konnte, dafür sorgte der Arbeitskampf in der Automobilindustrie, des Hauptabnehmers der Kautschuk-Industrie. Der inländische Mengenabsatz blieb 1984 um 3,5 Prozent hinter dem Vorjahr zurück.

Ein florierendes Exportgeschäft (plus 6,3 Prozent) trug dazu bei, daß der Mengenabsatz insgesamt lediglich um 0,8 Prozent auf 1,13 Mill. Tonnen Gummierzeugnisse zurückging. Der Trend zu höherwertigen Gummiartikeln ließ den Wertumsatz der deutschen Kautschuk-Industrie im vergangenen Jahr um 2,5 Prozent auf 11,4 Mrd. DM steigen. Dabei erhöhte sich der Umsatz in der Sparte der Bereifungen um 2,2 Prozent auf 6,03 Mrd. DM. Rund ein Viertel des Umsatzes entfällt auf den Export.

Auf der Ertragsseite machten sich bei den Unternehmen Verteuerungen bei wichtigen Rohstoffen bemerkbar. Beispielsweise wurde Ruß, ein wichtiger Füllstoff für die meisten Gummierzeugnisse um 40 Prozent teurer. Auch bei Chemikalien, Geweben und Metallprodukten gab es zweistellige Preiserhöhungen. Die Branche zählt rund 80 000 Beschäftigte und wertet es als positiv, daß der Personalabbau vergangener Jahre zum Stillstand gekommen ist. Für das laufende Jahr und für 1986 wird eine Absatzsteigerung im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vorausgesagt. Die Internationale Kautschuk-Tagung in Stuttgart wird von einer Fachausstellung begleitet, an der sich 109 Firmen beteiligen.

EDEKA / Kostenproblem in der Großhandelsstufe – „Schmerzhafte personelle Entscheidungen" angekündigt

Der Markt zwingt zu strategischer Neuordnung

JAN BRECH, Hamburg

Der messerscharfe Wettbewerb im Lebensmittel-Einzelhandel, der von Jahr zu Jahr an Härte zunimmt, hat innerhalb der größten europäischen Handelsgruppe Edeka strategisches Umdenken ausgelöst. In Hamburg kündigten Hans-Jürgen Klußmann, Vorstandssprecher der Edeka Zentrale AG, und Helmut Stubbe, Vorstandssprecher des Edeka-Verbandes, neue Orientierungen im Warengeschäft, forciertes Kostenmanagement und konsequentes Vertriebsmarketing an. Aus der genossenschaftlichen Gruppe, die ihrer Herkunft nach eine Beschaffungsorganisation sei, müsse eine Vertriebsorganisation werden, erklärt Stubbe.

Die warenwirtschaftliche Neuorientierung und sich daraus ergebende organisatorische Veränderungen betreffen die Edeka Zentrale. Zielsetzung ist es nach den Worten von Klußmann, die „Aktionitis" zu reduzieren und statt dessen in den Grundsortimenten zu dauerhaft wettbewerbsgerechten Regalpreisen zu kommen, die auch zwischen Sonderangeboten ein attraktives Angebot ermöglichen. Der Konsument könne einfach nicht nachvollziehen, daß die gleiche Schokolade im Sonderangebot für 99 Pfennig und im Regal für 1,39 DM angeboten werde.

In den Ergänzungssortimenten, so erklärt Klußmann weiter, müsse für den Verbraucher die „Mehrleistung" der Edeka in Form von Vielfalt, Frische, Qualität und Service verdeutlicht werden. Mit einer Vertriebsstrategie nur über den Preis komme jeder Discounter besser zurecht. Über die Wege zu einer neuen Profilierung der Edeka im Sinne permanenter „Preiswürdigkeit" gibt es unter den Genossen aber offenbar noch Unstimmigkeiten.

Unbestritten ist dagegen die Notwendigkeit einer Umstrukturierung der Zentrale AG, um Doppelfunktionen abzubauen. Vor allem soll im Warengeschäft eine klare organisatorische Trennung vom aktiven Warengeschäft mit nationalen, vornehmlich Markenartikel-Lieferanten und dem Eigengeschäft der Edeka (Importe, Fruchtkontore, Verarbeitung) vorgenommen werden. Außerdem wird die zentrale Absatzförderung stärker auf die Bedürfnisse der verschiedenen Vertriebsschienen in der Gruppe zugeschnitten. Im Prinzip dürften die Ankündigungen von Klußmann bedeuten, daß die Dreistufigkeit der Edeka durch die Praxis aufgelöst werden soll, indem es nur noch eine Großhandelsstufe gibt, auf der die Zentrale nationale, die Großhandelsbetriebe regionale Aufgaben übernehmen.

Bei den zur Zeit noch 32 regionalen Großhandelsbetrieben, deren Gesellschafter rund 6000 Edeka-Einzelhändler sind, stehen Maßnahmen zur Kosteneinsparung im Mittelpunkt. Die Struktur dieser Betriebe, deren Zahl mittelfristig auf 27 reduziert werden soll, sei, gemessen an einer durchschnittlichen Umsatzgröße von fast 500 Mill. DM, „einmalig gut", betont Stubbe. Aber, so räumt er ein, „Edeka ist zu teuer". Mit rund 1 Mrd. DM Kosten auf dieser Stufe könne man auf Dauer dem Wettbewerb nicht standhalten.

Die Durchforstung aller Bereiche, vor allem aber der „überbesetzten" Verwaltung, soll in den kommenden Monaten eine Kostenreduzierung von 100 bis 200 Mill. DM bringen. Dabei werde es auch schmerzhafte personelle Entscheidungen geben, erklärt Stubbe. Von den rund 100 000 Beschäftigten in der Edeka-Organisation sind einschließlich Regiebetriebe etwa 27 400 im Großhandel beschäftigt.

Neben dem Kostenproblem, so Stubbe, gebe es auf dieser Stufe zudem ein traditionelles „Vertriebsdefizit". Der Großhandel als Warenbeschaffer und Warenzusteller ohne Berücksichtigung einer einzelhandelsbezogenen Sortiments- und Vertriebspolitik für die mit ihm verbundenen selbständigen Einzelhändler sei endgültig passé. Im Zuge der deutlicheren Profilierung sollen gleichzeitig die drei Vertriebsschienen Edeka (Nahversorgungsgeschäft), Edeka aktiv markt (Supermärkte) und Edeka neukauf (Verbrauchermärkte und SB-Warenhäuser) eine straffere Kennzeichnung erfahren. Zentrale Aufgabe auf der Einzelhandelsstufe bleibe es außerdem, die Verkaufsfläche strukturell zu verbessern und neue Standorte zu sichern. Die innere Stärkung der Gruppe werde man schrittweise zu erreichen versuchen.

Zur Geschäftsentwicklung der Edeka-Gruppe im Berichtsjahr 1984 erklären Stubbe und Klußmann, daß man sich im hart umkämpften Markt stabil gehalten habe. Die Entwicklung in den ersten fünf Monaten dieses Jahres ist auf den einzelnen Stufen unterschiedlich. Die Zentrale erreichte ein kräftiges Plus von 9,1 Prozent und die Großhandelsbetriebe von 1,1 Prozent; auf der Einzelhandelsstufe gab es dagegen kein Wachstum.

Zu den 56 von Horten in deren Warenhäusern gemieteten Supermärkten erklärt Stubbe, daß der Umsatztrend analog zur Branche negativ geblieben sei. Bei einem durchschnittlichen Umsatz von 650 Mill. DM pro Jahr seien der Edeka-Gruppe durch zusätzliches Beschaffungsvolumen aber Vorteile erwachsen. In ihrer Gesamtheit schreiben die Horten-Supermärkte nach Angaben von Stubbe „rosarote" Zahlen. Die aufgelaufenen Verluste sind aber offenbar nicht „kriegsentscheidend". Sie liegen vermutlich zwischen 6 und 7 Mill. DM.

Edeka	1984	±%
Umsatz (Mill. DM)		
Zentrale AG	10 870	+ 5,9
Großhandel	14 350	- 0,6
Einzelhandel	21 200	± 0
Zahl der Kaufl.	15 700	- 4,9
Zahl der Gesch.	18 000	- 3,7
Verkaufsfläche (Mill. qm)	2,86	+ 0,7

SWF / Weiteres Wachstum in der Autoelektrik

Verlust durch Eingliederung

WERNER NEITZEL, Bietigheim

Die deutschen Teilehersteller auf dem Gebiet der Autoelektrik gewinnen in Europa auf relativ breiter Front Marktanteile vor allem zu Lasten der französischen und britischen Produzenten. Dementsprechend erwartet Klaus Peter Bleyer, Vorsitzender der Geschäftsführung der SWF Auto-Elektric GmbH, Bietigheim-Bissingen, für dieses zum ITT-Konzern gehörende Unternehmen für das laufende Geschäftsjahr einen Umsatzzuwachs von etwa 10 Prozent und für die ganze Firmengruppe sogar von etwa 12 Prozent. Dabei geht er davon aus, daß die Pkw-Produktion in diesem Jahr in der Bundesrepublik trotz Katalysator-Diskussion um 5 Prozent steigen wird, wozu der Export maßgeblich beitragen werde. Für die Abnehmergruppe der Nutzfahrzeug-Hersteller rechnet er mit keiner weiteren Verschlechterung der Produktionszahlen.

In 1984 hat die SWF-Gruppe den Umsatz trotz geschrumpfter Produktion in der deutschen Autoindustrie um 6,4 Prozent auf 547 Mill. DM vergrößert. Beim Stammhaus, das vom Metallarbeitskampf direkt betroffen war, stieg er sogar um 6,9 Prozent auf 496 Mill. DM. Die Exportquote erhöhte sich auf 25 (22) Prozent.

Beim Hauptumsatzträger der SWF, der Kfz-Erstausrüstung, verbesserte sich der Umsatz um 5 Prozent. Ein überdurchschnittliches Wachstum erzielte die SWF im Industriebereich mit plus 27,2 Prozent. In dieser außerhalb der Autoindustrie befindlichen Abnehmergruppe, zu der beispielsweise der Sektor der Bürokommunikation zählt, für die man Verstellmotoren liefert, sieht Bleyer ein stark wachsendes Marktpotential.

Von den vier Erzeugnisbereichen der SWF sind die beiden umsatzstärksten die Sparten Wischer und Motoren. Mit der Entwicklung und Serieneinführung des hubgesteuerten Einarm-Wischsystems bei den neuen Mercedes-Pkw-Modellreihen habe die SWF „einen bedeutenden Schritt in Richtung technische Marktführerschaft getan".

Das Berichtsjahr 1984 schloß für die SWF mit einem Jahresfehlbetrag von 11,1 Mill. DM nach 13,8 Mill. DM Jahresüberschuß im Vorjahr. Das Ergebnis wurde wesentlich beeinflußt durch einen „technischen Verschmelzungsverlust von 18,3 Mill. DM, der durch die Eingliederung der 70prozentigen Beteiligung an der Wemdinger Industriewerke GmbH zum Verkehrswert entstanden ist.

Nach 18,3 Mill. DM Entnahmen aus den freien Rücklagen wird ein Bilanzgewinn von 9,9 (17,9) Mill. DM ausgewiesen, der „steueroptimal" ausgeschüttet wird. Die ITT wird das SWF-Stammkapital 1985 auf 35 (20) Mill. DM aufstocken. Investiert werden in diesem Jahr 45 Mill. DM nach 41 (36) Mill. DM im Berichtsjahr. In Kronach wird ein neues Werk gebaut, um dort die Wischerproduktion zu konzentrieren. Die Gruppe beschäftigte am Jahresende 6000 Mitarbeiter (plus 5,9 Prozent). Die Beschäftigtenzahl tendiert weiter nach oben.

ETIENNE AIGNER

„Jeder weiß, wie es weitergeht"

dpa/VWD, München

Ein „gerüttelt Maß an Unruhe" hätte die kurzfristige Entlassung des Vorstandsvorsitzenden Hans Dieter Steinke sowohl im Hause Etienne Aigner als auch bei den Kunden gebracht. Nach den Worten von Vorstandsmitglied Volker Zipfel-Hülsen sind diese Unsicherheiten jedoch überwunden: „Jeder weiß, wie es weitergeht." Als Nachfolger stellte Aufsichtsratsvorsitzender Reinhard Rauball Wilhelm R. Müller vor, der bei der Bleyle KG für den Bereich Marketing und Vertrieb verantwortlich war. Künftig werde die Ertragsstärke des Unternehmens und nicht die Expansion, wie Steinke sie verfolgte, in den Vordergrund gestellt, erklärte Rauball, der über die Vermögensholding Iona Industries (Deutschland) GmbH, Düsseldorf, zwischen 55 und 60 Prozent des Aktienkapitals hält.

Die Gruppe konnte 1984 ihren Zielumsatz von 185 Mill. DM nicht ganz erreichen. Die Etienne Aigner AG setzte mit ihren zehn Tochtergesellschaften 182,6 (169) Mill. DM um, davon 103,3 Mill. im Inland und 79,3 Mill. DM im Ausland. Ziel sei es, das Geschäft im Ausland wesentlich mehr zu steigern als im Inland.

Zum Jahresende waren bei der Gruppe 366 (382) Mitarbeiter beschäftigt. Der Konzern weist für 1984 einen fast verdoppelten Jahresüberschuß von 3,4 (1,8) Mill. DM aus. Bei einem Umsatz von 139,4 (128,5) Mill. DM beträgt der Jahresüberschuß der AG unverändert 2,6 Mill. DM und der Bilanzgewinn 500 000 (900 000) DM. Ob die Dividende von 9 DM, die der Hauptversammlung am 3. Juli vorgeschlagen wird, auch 1985 gezahlt werden kann, sei im Moment noch nicht abzusehen.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Neue Kapitalgeber

Köln (VWD) – Die Gründung einer Kapitalbeteiligungsgesellschaft für die mittelständische Wirtschaft im Kölner Raum haben die Stadtsparkasse Köln, die Kreissparkasse Köln und die Westdeutsche Landesbank beschlossen. Die „Mittelständische Unternehmensbeteiligungsgesellschaft Köln mbH (MUK)" soll mit einem Stammkapital von 30 Mill. DM ausgestattet werden, das von den drei Beteiligten zu gleichen Teilen aufgebracht wird. MUK, die Unternehmen mit nachhaltigen Marktchancen zu einer soliden Kapitalausstattung verhelfen will, wird ihre Tätigkeit aufnehmen, sobald die Sparkassen die Genehmigung der Aufsichtsbehörden erhalten haben.

BMW erweitert 3er-Reihe

München (sz.) – Im Herbst wird die Münchener BMW AG ihre 3er-Reihe um drei Modelle erweitern. Vorgestellt werden sollen auf der IAA in Frankfurt eine Diesel-Version (324d) und ein 325i bzw. ein 325i-Allrad. Der 324d soll über eine Motorleistung von 86 PS verfügen und der 325i über jeweils 171 PS. Die Preise liegen noch nicht fest, werden sich aber in einer Größenordnung von etwa 27 500 DM für den Diesel bis 42 500 DM für das Allradfahrzeug bewegen.

Stiftung aufgestockt

München (DW.) – Zum Gedächtnis an den 1982 verstorbenen Herbert Quandt, der am 22. Juni 75 Jahre alt geworden wäre, hat die BMW AG, München, das Grundstockvermögen der 1970 gegründeten Herbert Quandt-Stiftung von 1 Mill. auf 10 Mill. DM aufgestockt. Die Stiftung, die bislang Hochschulstipendiaten sowie die Einrichtung neuer Ausbildungsplätze in mittelständischen Unternehmen förderte, wird sich künftig auch Projekten widmen, die zu einer Verstärkung des Verständnisses zwischen Schule, Hochschule, Wirtschaft und Gesellschaft beitragen.

Solarwerk-Ausbau

Frankfurt (dpa/VWD) – Die AEG-Telefunken AG, Frankfurt, will ihr Solarenergieversuchswerk in Wedel bei Hamburg mit einem Aufwand von 50 Mill. DM ausbauen. Wie AEG erklärte, soll die Zahl der in diesem Bereich in Wedel Beschäftigten von 400 auf rund 600 erhöht werden. In Wedel wird eine automatisierte Versuchsfertigung für Solarmodule entstehen und die Herstellung von Silizium-Solarzellen aufgenommen.

Bergen Bank beteiligt sich

Frankfurt (cd.) – Die norwegische Bergen Bank A/S, Bergen, hat sich im Zuge einer Kapitalerhöhung der Deutsch-Skandinavischen Bank AG, Frankfurt, um 16,25 auf 81,25 Mill. DM mit 20 Prozent an dieser bisher hundertprozentigen Tochter der Skandinaviska Enskilda Banken, Stockholm, beteiligt. Zugleich wurde Øivin Fjeldstad, Vorstandsmitglied der Bergen Bank, in den Aufsichtsrat der Deutsch-Skandinavischen Bank gewählt, die über eine zwölfprozentige Ausweitung des Geschäftsvolumens in den ersten fünf Monaten dieses Jahres berichtet.

NAMEN

Dr. Karl-Heinz Tillmann, Leiter des Unternehmensbereichs Düngemittel der BASF AG und Vorsitzender des Fachverbandes Stickstoffindustrie e. V., Frankfurt, vollendete gestern sein 60. Lebensjahr.

Willibald Vogel, Geschäftsführer der Maschinenfabrik A. Heinen GmbH, Varel, und Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer, feierte am 24. Juni seinen 65. Geburtstag.

Herbert Bittlinger, Vorstandsmitglied des Großversandhauses Quelle, Fürth, wurde am 23. Juni 60 Jahre alt.

Erich Kopschitz, Gründer und Senior der Kerzenfabrik Erich Kopschitz GmbH, Rotthalmünster, begeht heute seinen 80. Geburtstag.

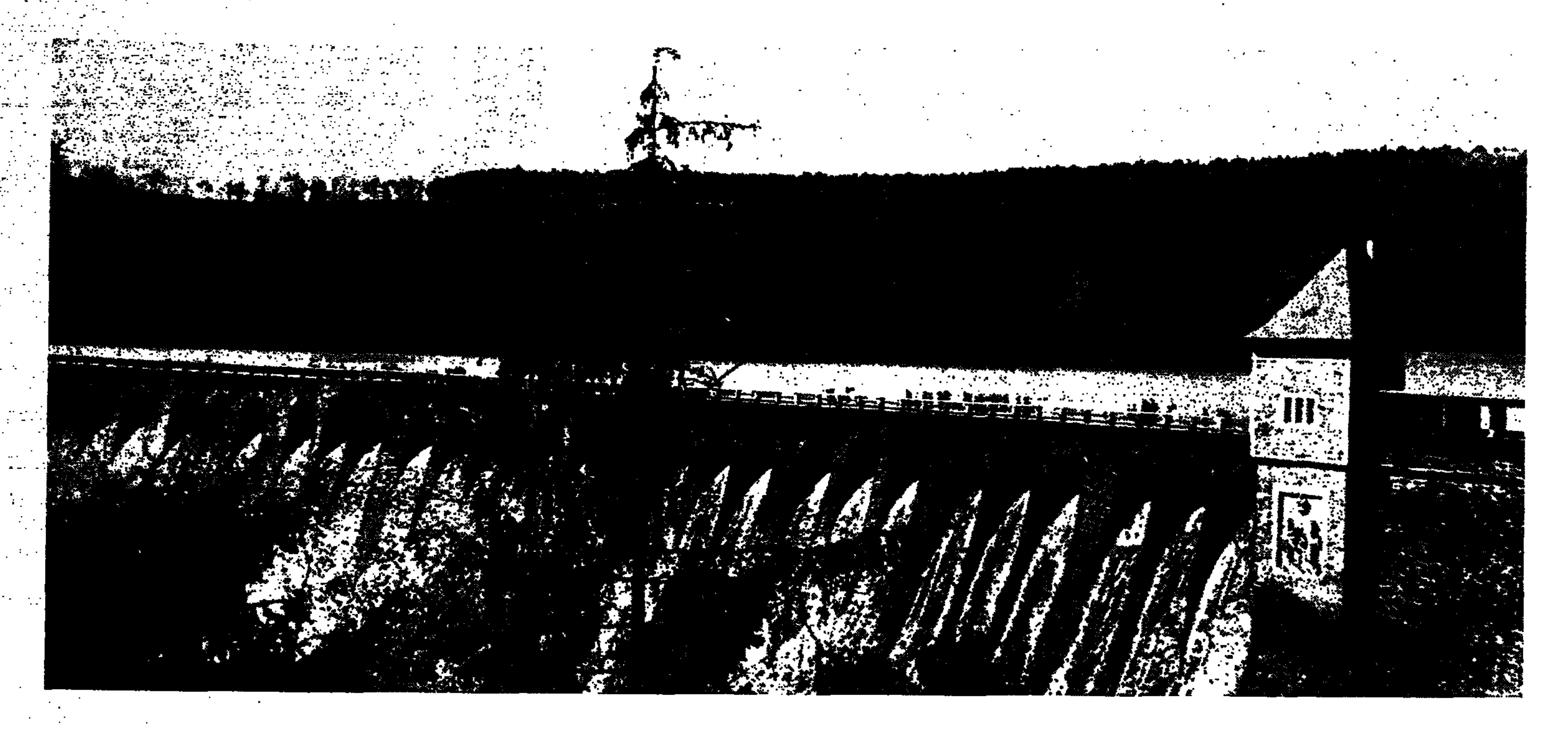
Ekkehard Schulz ist mit Wirkung vom 1. Juli zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bei der Thyssen Stahl AG, Duisburg, bestellt worden.

Wolfgang Grüger, Vorstandsmitglied des Bundesverbandes der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken, wurde zum Aufsichtsratsvorsitzenden der GZS Gesellschaft für Zahlungssysteme mbH gewählt. Stellvertretende Vorsitzende sind Dr. **Eckhart van Hooven**, Vorstandsmitglied der Deutschen Bank, und **Wolfgang Starke**, Geschäftsführer des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes.

VEBA. Faszinierende Kapitel deutscher Wirtschaftsgeschichte.

Die treibende Kraft.

Über Elektrizitätsversorgung.



Im Rahmen der Industrialisierung Deutschlands spielte Wasserkraft eine wichtige Rolle bei der Erzeugung von elektrischem Strom.

Stauseen und Staustufen – vom preußischen Staat hauptsächlich zur Regulierung des Wasserstandes auf Flüssen und Kanälen angelegt – waren bedeutende Lieferanten der neuen Energie „Strom". Die Edertalsperre, vor dem 1. Weltkrieg das größte und modernste Bauwerk seiner Art, ist heute noch ein gewaltiges Zeugnis jener Pionierzeit. Aus diesen frühen Quellen der Elektrizitätswirtschaft entstand 1927 die PREUSSENELEKTRA als Dachgesellschaft der preußischen Stromversorgungsunternehmen.

Heute versorgen die Tochtergesellschaften der VEBA weite Teile der Bundesrepublik – von Schleswig-Holstein bis Hessen – mit Strom.

Der Unternehmensbereich „Elektrizitätswirtschaft", zu dem auch VKR (VEBA KRAFTWERKE RUHR AG) gehört, bildet die Basis des VEBA-Konzerns. Elektrizität ist und bleibt das zentrale Beschäftigungsfeld unseres Unternehmens. Mehr als die Hälfte aller Anlageninvestitionen fließen in diesen Sektor, der rund 30 % der Bundesrepublik mit Strom beliefert.

Als besonders positiv erweist sich dabei immer mehr das frühzeitige Engagement für Kernenergie. Im Versorgungsgebiet der VEBA-Unternehmen werden heute über 60 % des Strombedarfs von Kernkraftwerken gedeckt – optimale Voraussetzung für preisstabile und umweltfreundliche Versorgung. An jedem Ort, zu jeder Zeit und ohne Unterbrechung. Hier werden wir auch weiterhin treibende Kraft bleiben. Denn es kommt auf die richtige Mischung an: Kernenergie für den Grundlastbetrieb und Steinkohle für die Mittellast.

VEBA heute.

ELEKTRIZITÄT	CHEMIE	HANDEL & VERKEHR	MINERALÖL
Veba Kraftwerke Ruhr AG Gelsenkirchen	Chemische Werke Hüls AG Marl	Stinnes AG Mülheim/Ruhr	Veba Oel AG Gelsenkirchen
	Bunawerke Hüls GmbH Marl	Brenntag AG & Co. Mülheim/Ruhr	Ruhr Oel GmbH Gelsenkirchen
Preussische Elektrizitäts-AG Hannover	Deutsche Hefewerke GmbH Hamburg	Rhenus AG Dortmund	Raab Karcher AG Essen
Nordwestdeutsche Kraftwerke AG Hamburg	Röhm GmbH Chemische Fabrik Darmstadt	Midgard Dt. Seeverkehrs-AG Nordenham	Aral AG Bochum
Hann.-Braunschw. Stromversorgungs-AG Hannover		Stinnes-Trefz AG & Co. Stuttgart	Deminex-Dt. Erdölversorgungsges. mbH Essen
Schleswag Aktiengesellschaft Rendsburg		Deutsche SB-Kauf AG & Co. oHG Bochum	Mark Producing
Thüringer Gas Aktiengesellschaft München		SONSTIGE	
Braunschweigische Kohlen-Bergwerke Helmstedt	Veba Wohnungswirtschaft	Veba-Glas AG Essen	Ruhrkohle AG Essen

Die VEBA hat mit ihren 76.800 Mitarbeitern im Jahre 1984 einen Konzernumsatz von 49,9 Mrd. DM erzielt.
Neben der Bundesrepublik Deutschland (30 %) sind rund 600.000 Aktionäre am Kapital der Gesellschaft beteiligt. Durch ihre Größe und die gesamtwirtschaftliche Bedeutung ihrer Aktivitäten ist die VEBA ein Kernstück deutscher Volkswirtschaft.

Wenn Sie mehr über Elektrizitätsversorgung und andere Leistungen der VEBA wissen möchten, schreiben Sie uns bitte: VEBA AG, Karl-Arnold-Platz 3, 4000 Düsseldorf 30.

VEBA

Die Serie wird fortgesetzt.

ARGENTINIEN

Banken sagen neuen Kredit zu

dpa/VWD, **Buenos Aires**

Argentinien hat seine Verhandlungen mit dem Komitee der 320 internationalen Geschäftsbanken in New York über einen neuen Kredit von 4,2 Milliarden Dollar abgeschlossen. Das erklärte Marcelo da Corte, einer der Direktoren der argentinischen Zentralbank, nach seiner Rückkehr aus New York in Buenos Aires. Argentinien könne nun davon ausgehen, daß drei Milliarden des Neukredits zwischen Mitte August und Mitte September ausgezahlt werden.

Die Gläubigerbanken hatten Argentinien den Kredit bereits im Dezember 1984 zugesagt, aber nicht ausgezahlt, weil das Land seine Verpflichtungen gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF) nicht eingehalten hatte. Inzwischen haben sich Argentinien und der IWF am 11. Juni in Washington auf neue wirtschafts- und finanzpolitische Auflagen geeinigt. Vom IWF hat Argentinien nach Billigung der Auflagen durch das IWF-Direktorium jetzt einen Überbrückungskredit von 1,4 Milliarden Dollar zu erwarten.

RUHRKOHLE / Hüttenvertrag vor dem Abschluß – Jahrhundertvertrag wird von der Stromwirtschaft eingehalten

Kostenbegrenzung bleibt vorrangiges Ziel

HANS BAUMANN, **Essen**

Die Konzern- und Beteiligungsgesellschaften sind für die Ruhrkohle AG, Essen, aus zwei Gründen von besonderer Bedeutung, sagte der *neue Vorsitzende des Vorstandes* der Einheitsgesellschaft, Heinz Horn, in Essen: 1. Sie leisten in ihrem Verbund mit der Kohle unverzichtbare Beiträge für deren Weiterverarbeitung und Vermarktung. 2. Sie liefern einen „erfreulichen" Beitrag zum Ergebnis der AG. Damit hat der neue Vorstandsvorsitzende deutlich gemacht, daß er die Diversifizierungspolitik seines Vorgängers, Karlheinz Bund, nicht zu ändern gedenkt.

Horn verwies darauf, daß die Erhöhung des Konzern-Außenumsatzes im Geschäftsjahr 1984 um 20 Prozent auf 22,4 (18,4) Mrd. DM allein zu drei Vierteln auf die erstmalige Konsolidierung der Rütgerswerke zurückzuführen sei. Der übrige Umsatzanstieg stammt aus dem Mehrabsatz von festen Brennstoffen, von Strom und Fernwärme.

Zu den „Schlüsselfragen" für den deutschen Steinkohlenbergbau sagte Horn, daß der Jahrhundertvertrag von der Elektrizitätswirtschaft eingehalten werde. Die Behauptung aus „südlichen Gefilden" unseres Landes, daß beim Abschluß des Jahrhundertvertrages zwischen der *Elektrizitätswirtschaft und dem Steinkohlenbergbau* ein jährlicher Stromzuwachs von 5 Prozent unterstellt worden sei, „ist eindeutig unzutreffend". Ein Revisionsgrund des Vertrages könne daraus nicht konstruiert werden. Vielmehr sehe die Regelung Zuwächse über 5 und auch unter 3 Prozent vor.

Die zweite Schlüsselfrage liege im Hüttenvertrag, über dessen Abschluß man sich aber mit der Stahlindustrie „praktisch einig" sei. Die Fortsetzung des Hüttenvertrages soll danach eine Laufzeit von 12 Jahren haben, also bis Ende 2000 reichen. Das Prinzip wird nach Horn heißen: Vollversorgung der Hütten aus einheimischer Förderung zu Wettbewerbspreisen. Damit wird für die Hütten künftig der Selbstbehalt entfallen. Die Sinterbrennstoffe sind in die vorgesehene Regelung einbezogen. Auch die Frage der Verkokungskosten steht vor einer Beantwortung. Man verhandelt nach Horn nur noch über eine geringe Differenz. Unter dem Vorbehalt der „öffentlichen Flankierung", also einer Beibehaltung der Kokskohlenbeihilfe Bonns, hofft Horn noch in diesem Monat auf die Unterzeichnung eines Vorvertrages mit der Stahlindustrie.

Die dritte Schlüsselfrage ist nach Horn die künftige Entwicklung der Produktion und die Kostenbegrenzung durch Rationalisierung. Im Berichtsjahr wurde die Zahl der Mitarbeiter von 122 250 auf 116 500, ohne Entlassungen vornehmen zu müssen, verringert. Für 1985 schätzt die Verwaltung einen weiteren Rückgang um 3300 Mitarbeiter auf 113 200.

Neben den Sachinvestitionen von 640 (630) Mill. DM, darunter 410 (450) Mill. DM für die Grubenbetriebe, wurden unter Tage für die Ausrichtung und für den Aufschluß von neuen Grubenfeldern weitere 1,25 Mrd. DM aufgewendet. Die Bemühungen um Rationalisierung werden in einer Zahl deutlich: Die Schichtleistung unter Tage erhöhte sich um 6 Prozent auf über 4,25 Tonnen je Mann. Der im Herbst 1985 beschlossene Abbau der Bergwerkskapazität von 63 auf 55 Mill. Tonnen im Jahr wurde im Berichtsjahr in Angriff genommen.

Abgesetzt hat nach Horn die Ruhrkohle 1984 insgesamt fast 63 (58) Mill. Tonnen Steinkohle, Koks und Briketts. Die Stahlindustrie nahm fast 46 Prozent ab, die Stromerzeuger fast 44 Prozent. Gefördert wurden 1984 knapp über 56 Mill. Tonnen, das sind 3 Prozent weniger als 1983. Der höhere Absatz und die gedrosselte Produktion führten zu einem Abbau der Halden um 6,7 Mill. Tonnen auf 8,5 Mill. Tonnen. Seit dem Höchststand der Halden im September 1983 haben sich die Bestände damit um mehr als die Hälfte verringert.

Das Berichtsjahr schließt wieder mit einem ausgeglichenen Ergebnis, wozu die gestiegene Schichtleistung und eine konsequente Sparpolitik beigetragen haben, sagte Horn. In der Bilanz wird unverändert ein Verlust von 10 Mill. DM vorgetragen. Über die erwartete Ertragslage konnte Horn sich noch nicht äußern, da die Kokskohlenförderbeihilfe erst nachträglich festgelegt wird.

FALKE-GRUPPE / Balanceakt auf den Textilmärkten

Unverläßliche Prognosen

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

„Das Verläßlichste an der Textilindustrie ist die Unverläßlichkeit der Prognosen. Damit müssen wir leben." An Überraschungen reich, so resümieren die sauerländischen Familienunternehmer *Falke*, *verlief* auch 1984 für ihre „Falke-Gruppe", Schmallenberg, auf den von ihr beakkerten vier Textil-Teilmärkten.

Bei der (Strickwaren-) Oberbekleidung habe es einen „geradezu dramatischen" Nachfrageanstieg aus der Männerwelt und auch noch ein schönes Plus aus der Damenwelt gegeben. Der Absatz an Herrenstrümpfen, jahrzehntelang einer der (wenigen) verläßlichen Wachstumsmärkte, sackte plötzlich ab. Die „Damenbeinkleidung" hingegen lieferte nach zehnjährigem Nachfragerückgang eine spürbare Erholung. Im Heimtextilienmarkt schließlich, von Falke mit (Teppich-) Garnproduktion bedient, ging das Massengeschäft mit Tufting-Auslegeware weiter zurück, was aber durch eine „internationale Konjunktur" hochwertiger Teppiche und Auslegeware aus Naturfasern überreichlich kompensiert wurde.

Falkes Resultat aus alledem: Die durch Verkauf der Ewers Strumpffabrik, Medebach (knapp 30 Mill. DM Umsatz mit gut 100 Leuten), verkleinerte Gruppe mit 1950 Inlands-Beschäftigten habe mit (vergleichbarem) Umsatz von 285 (280) Mill. DM, davon 28 (23) Prozent aus Export, im auf und ab der Textilmärkte „die Balance gehalten". Zur Frage nach dem Ertrag bringen die zum Markt und ihren Produkten so beredeten Sauerländer die Zähne immer noch nicht auseinander, deuten ihn nur „etwas schwächer" als im „recht guten" Vorjahr an. Zur kompletten Innenfinanzierung der 8 (7) Mill. DM Investitionen habe es allemal gereicht.

Die stark auf passiver Lohnveredelung aus dem Ausland (darunter seit 1981 mit eigenem Betrieb in Portugal mit 180 Leuten) basierende Falke-Produktbereiche Strümpfe und Strickwaren stellten 1984 noch 48 (52) und 14 (15) Prozent des Gruppenumsatzes, die heimische Garnproduktion den Rest mit hier sogar 53 (50) Prozent Exportanteil. Für 1985 rechnet die Gruppe in praktisch allen Bereichen mit Wachstum.

RGW-Länder wollen Effizienz steigern

dpa/VWD, **Moskau**

Die sowjetische Parteizeitung „Prawda" sieht die wichtigste Aufgabe der Mitgliedstaaten des östlichen Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) darin, gemeinsam ihre Volkswirtschaften auf die „Gleise einer intensiven Entwicklung" zu lenken. In einem Kommentar zu der heute in Warschau beginnenden Tagung der *RGW-Ministerpräsidenten sprach das* Blatt ferner von der „*objektiven* Notwendigkeit" einer umfassenden Steigerung der wirtschaftlichen Effizienz.

Nach Angaben des Parteiblattes wird gegenwärtig ein „Komplex-Programm für den wissenschaftlich-technischen Fortschritt" für die nächsten drei oder vier Fünfjahresperioden vorbereitet. Dieses Programm dürfte ein besonderer Schwerpunkt der Warschauer RGW-Beratungen sein. Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hatte kürzlich auf einer Parteikonferenz in Moskau nachdrücklich gefordert, die UdSSR-Wirtschaft durch die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu modernisieren.

EFFEM / Umsatzmilliarde überschritten – Höchster Bilanzgewinn in der Geschichte

„Den Pioniergeist lebendig erhalten"

HANNA GIESKES, **Bonn**

„Wir bleiben auf Expansionskurs." Karl H. Wiese, Geschäftsführer der Effem GmbH, Verden, erwartet auch in diesem Jahr zweistellige Zuwachsraten für die dynamische Tochter des US-Nahrungsmittelkonzerns Mars, die vor 25 Jahren angetreten war, hierzulande einen Markt für Tierfertignahrung zu aufzubauen auf dem sie heute mit einem Anteil von 80 Prozent führend ist. Wieses Rezept: „Wir wollen diesen Pioniergeist lebendig halten."

Im vergangenen Jahr gelang den Verdenern ein Umsatzplus von 13 Prozent auf 1,009 Mrd. DM; real waren es zwölf Prozent. Die Inlandsumsätze *lagen bei 804 Mill. DM*, der Export trug 205 Mill. DM bei. Besonders bei den Katzen sei Effem gut angekommen, sagte Wiese weiter: Kitekat, Brekkies und Whiskas hätten Steigerungsraten von jeweils 18 Prozent erreicht.

„Schöne Zuwachsraten" habe es auch für Chappi, Pal und Frolic gegeben, und die unter dem Namen „Thomas" angebotenen Zusatzartikel für Heimtiere sowie die Katzenstreu Catsan entwickelten sich ebenfalls erfolgreich. Da Wiese auf diesen Erfolgen nicht ausruhen will, wurde im Februar Cesar „für den edlen kleinen Hund" auf den Markt gebracht und vor vier Wochen Sheba für die distinguierte Katze, „die bisher vorwiegend Frischfleisch bekam".

Lohn der ständigen Mühe um Innovationen auf hohem Qualitätsniveau war im vergangenen Jahr der höchste Bilanzgewinn in der Effem-Geschichte: 44 Mill. DM nach 33 Mill. DM im Vorjahr, der die Umsatzrendite nach Steuern von 3,7 auf 4,4 Prozent anhob. „An der Qualität werden wir weiterhin festhalten", betont Wiese, und Verkaufsdirektor Heinz Koch hält dies für das Geheimnis des Erfolgs, den der Handel mit Effem-Produkten vorweisen kann. Etwa 92 Prozent der Effem-Produkte werden über den Lebensmittel-Handel verkauft.

Preisschleuderei mit den Effem-Marken, die das Image ruinieren könnten, fürchtet Heinz Koch nicht. Wenn es „Aktionen" gebe, „dann geschieht das im Einvernehmen mit uns". Ebensowenig fürchtet er sich vor Konkurrenz durch „weiße" Billigmarken. Die Welle scheine vorbei zu sein, und im übrigen gingen die Verbraucher *nur ungern das Risiko ein, „daß ihre Tiere das Zeug dann nicht wollen"*.

Im vergangenen Jahr gab es hierzulande ungefähr 3.5 Mill. Hunde und 3,8 Mill. Katzen. Für deren Ernährung wurden 4,4 Mrd. DM ausgegeben, drei Prozent mehr als 1983. Das Effem-Management erklärt diesen geringen Zuwachs damit, „daß der preiswerte Bereich Fertignahrung stärker gewachsen ist als die tradierten, teureren Fütterungsalternativen", deren Anteil auf nunmehr 63 Prozent gesunken ist. Intensive Forschung und Entwicklung, die man sich 1984 rund 15 Mill. DM kosten ließ, soll ihn weiter reduzieren.

Schwank-Gruppe auf Wachstumskurs

J. G. **Düsseldorf**

Weiteres Umsatzwachstum auf 17,3 (16) Mill. DM beim Stammhaus und 58 (50) Mill. DM in der zumeist aus Auslandstöchtern rekrutierten Gruppe meldet das Kölner Familienunternehmen Schwank GmbH für 1984, dazu die Erwartung eines wiederum ansehnlichen Gruppenumsatz-Anstiegs auf 64 Mill. DM in 1985. Unternehmer Bernd Schwank, der mit seiner Produktidee der Gas-Infrarot-Strahler zur Großraumbeheizung in den vergangenen drei Jahrzehnten zum größten deutschen Produzenten aufgestiegen ist (Heimatmarkt-Anteil etwa 50 Prozent), zeigt sich auch mit der Rendite seines „besonders umweltschonenden" Heizsystems unverändert sehr zufrieden.

Die Nettorendite nennt er für 1984 mit einem bei Mittelständlern nicht alltäglichen Freimut mit 8,1 (8,5) Prozent des GmbH-Umsatzes. Das Eigenkapital von 5,6 (5) Mill. DM stelle weiterhin 41 Prozent des GmbH-Bilanzvolumens. Das sei eine gesunde Basis für die weitere Expansion der Gruppe, die 325 Beschäftigte zählt.

CONRAD SCHOLTZ / Hohe Verluste bei Umstrukturierung

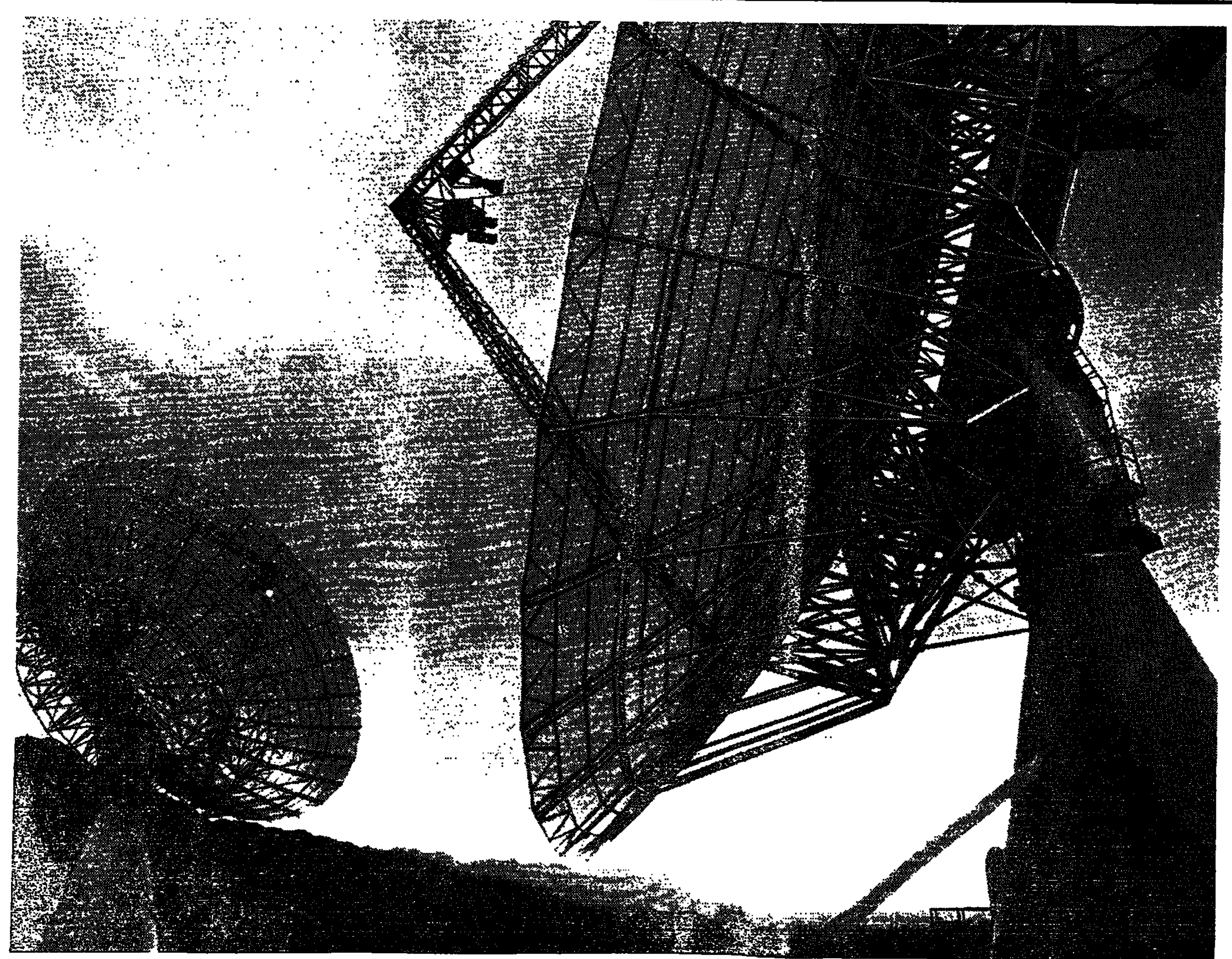
Wende für 1985 erwartet

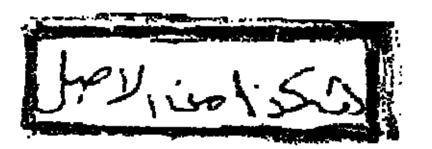
JAN BRECH, **Hamburg**

Nach der zweiten Erhöhung innerhalb von sechs Monaten beträgt das Grundkapital der Conrad Scholtz AG, Hamburg, jetzt 15 Mill. DM. Die Hauptversammlung hat diesem Vorschlag der Verwaltung einstimmig zugestimmt. Neben der Zufuhr von nominal 3,75 Mill. DM will der finnische Großaktionär Nokia, der im Frühjahr 1985 die von der Vereins- und Westbank AG gehaltene 50-Prozent-Beteiligung an der Conrad Scholtz AG übernommen hatte, dem Unternehmen zusätzlich ein Gesellschafterdarlehen von 7 Mill. DM zur Verfügung stellen.

Die finanziellen Stützen für Conrad Scholtz stehen in Zusammenhang mit den umfangreichen Umstrukturierungsmaßnahmen, die 1983 eingeleitet worden sind und zu hohen Verlusten geführt haben. Nachdem 1983 ein Fehlbetrag von 9,9 Mill. DM entstanden war, schließt auch das Berichtsjahr mit einem Verlust von 3,9 Mill. DM. Der durch Produktionsbereinigung und Preisdurchsetzungsbemühungen um 24 Prozent auf 95,6 Mill. DM bedingte Umsatzrückgang habe nicht durch eine entsprechende Kostenreduzierung aufgefangen werden können, heißt es. Zudem sei das Ergebnis noch durch Zahlungen aus dem Sozialplan belastet gewesen. Conrad Scholtz hat in den beiden letzten Jahren die Belegschaft um fast 35 Prozent auf knapp 400 Mitarbeiter abgebaut.

In diesem Jahr erwartet das Unternehmen für die in- und ausländischen Gesellschaften ein insgesamt positives Ergebnis. Der konsequent betriebene Fixkostenabbau und der gegenüber 1984 wesentlich bessere Auftragsbestand schaffe eine günstigere Ausgangsbasis. Unter Berücksichtigung der Straffung der Sparten textile Gurte und Stahlseilgurte und der angestrebten Expansion in den Bereichen Flexowell-Technik und Stückgut-Fördergurte konzentriere sich das Unternehmen künftig auf vier etwa gleich starke Sparten, die sich je nach Entwicklung in Einzelsegmenten gegenseitig stützen könnten.





Leben heißt Investitionen im Sechs-Jahre-Rhythmus

Von HEINER KLINGE

In genau zwölf Jahren, am 1. Juli 1997, fällt die britische Kronkolonie Hongkong an China zurück. Dieser Termin steht nach der Ende Mai erfolgten Ratifizierung der zwischen Peking und London ausgehandelten „Gemeinsamen Deklaration zur Hongkong-Frage" nun endgültig fest. So kurz diese Frist bis zum Wechsel der Souveränität auch sein mag, so versetzt dies aber kaum einen Bewohner des „Hafens der Düfte" in Torschlußpanik. Am wenigsten die Unternehmer, die so denken wie Daniel Lawrence von der Entwicklungsbehörde des Territoriums: „Hongkong hat eine eigene Zeitrechnung. Wir rechnen hier nicht nach Generationen, sondern nach Investitionen. Hier zählt allein der Zeitraum, in dem aus einer Investition Gewinn wird. Die Faustregel Hongkongs sagt, daß dieser Zeitraum sechs Jahre beträgt."

An diesem grundlegenden Optimismus konnte auch die Tatsache nichts ändern, daß in der ersten Juni-Hälfte Hongkongs viertgrößte Privatbank, die Overseas Trust Bank, überraschend Pleite machte, was zu einem vorübergehenden Kurssturz an der Börse führte. Um eine ernste Krise für den drittwichtigsten Finanzplatz der Welt abzuwenden, übernahm Hongkongs Regierung dieses Bankinstitut und garantierte die Sicherheit der 100 000 Kundenkonten. Im Herbst 1983 war bereits die Hang Lung Bank in einer ähnlichen Krisensituation an den Staat übergegangen.

Für Gelassenheit unter den 5,6 Millionen Einwohnern Hongkongs sorgte nicht nur das Versprechen Pekings, nach dem Motto „Ein Land, zwei Systeme" in diesem Territorium über das Jahr 1997 hinaus das System der freien Marktwirtschaft noch ein halbes Jahrhundert lang nicht anzutasten. Viel stärker wirken die günstigen Perspektiven der neuen Rolle Hongkongs als Drehscheibe zwischen der Welt der Industrieländer und dem ganz und gar auf Modernisierung orientierten chinesischen Subkontinent. Hongkong als Entwicklungstor nach Südchina und als Chinas Vordertür zur asiatisch-pazifischen Welt, das ist keine Vision mehr, sondern beginnende Wirklichkeit.

Hinzu kommt, daß Peking durchaus nicht die Gans schlachten will, die goldene Eier legt. Erwirtschaftet die Volksrepublik China doch rund 40 Prozent ihrer gesamten Deviseneinnahmen auf dem Wege über Hongkong. Pekings Bank of China kontrolliert etwa 40 Prozent des Geldmarktes der Kronkolonie. Die Wirtschaft des Territoriums wuchs 1984 um 9,6 Prozent, und für dieses Jahr sehen die meisten Fachleute ein zweistelliges Wachstum von zehn Prozent voraus. Lediglich das bekannte Börsenunternehmen Vickers da Costa schätzt das zu erwartende Wachstum auf höchstens sieben Prozent.

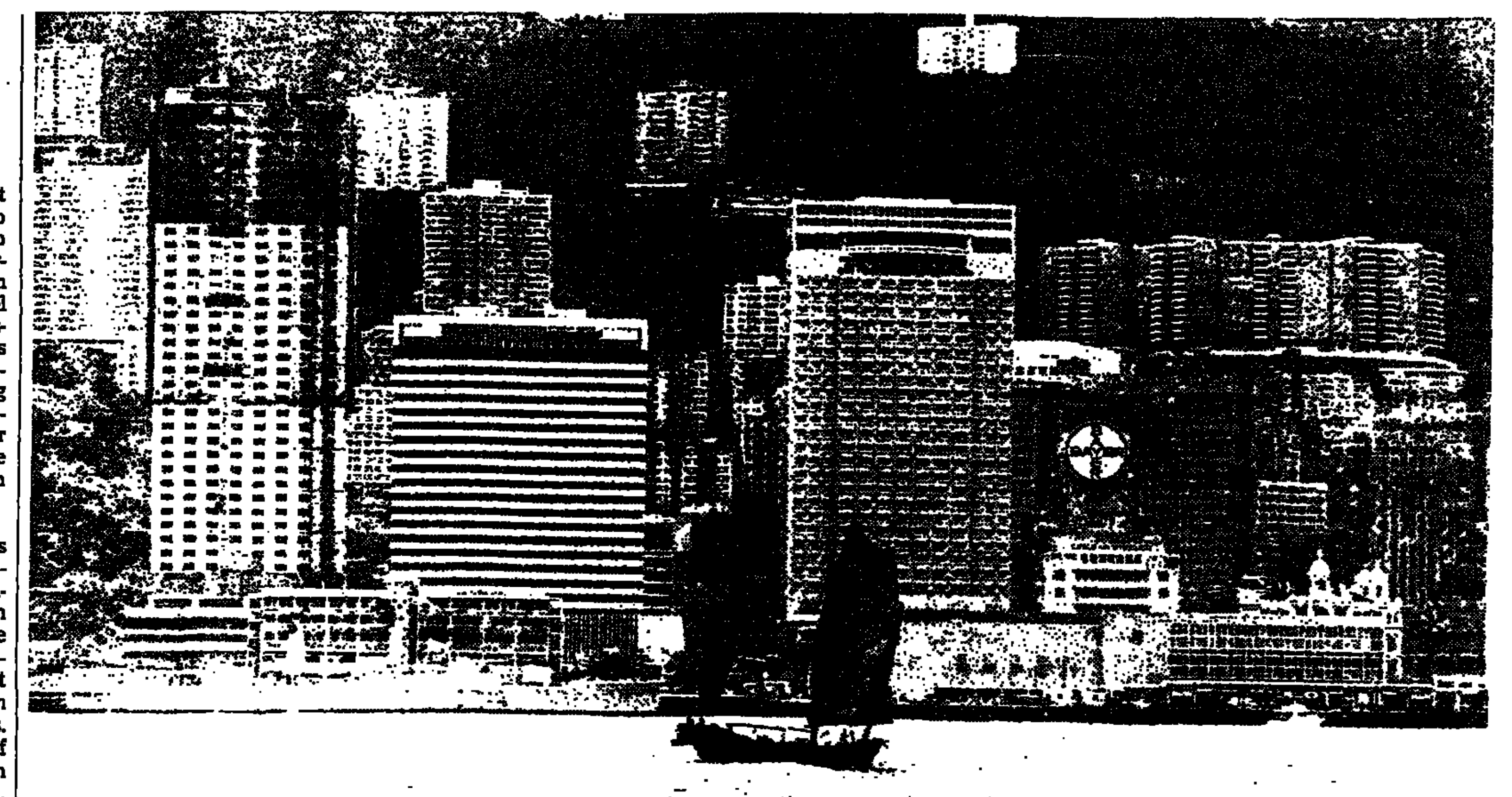
Sowohl die Börse als auch der Immobilienmarkt vermitteln den Eindruck, daß es konjunkturell glänzend geht. Vor allem die Bauwirtschaft kann im Rahmen des Immobilienbooms mit rasch weiter steigenden Aufträgen rechnen. Der spektakulärste Ausdruck dieses Baubooms ist die jüngste markante Veränderung der Skyline auf der Insel Hongkong. Blickt man von der 1860 in britischen Besitz übergegangenen Halbinsel Kowloon (Neun Drachen) hinüber zu der schon 1842 „auf ewig" dem Kaiser von China entrissenen Insel Hongkong (Dufthafen), so kann man das bis zu den Wolken aufragende „Tor zum 21. Jahrhundert" zwischen den anderen Büro- und Hoteltürmen dieser an Manhattan erinnernden City gar nicht übersehen. „Exchange Square" (Börsenplatz) lautet der eigentliche Name dieses Riesenbauwerks, in dessen unteren Etagen noch in diesem Jahr die vier einheimischen Wertpapierbörsen unter einem Dach vereinigt werden.

Dieser Wolkenkratzer erinnert mit seinen beiden 52 Stockwerke umfassenden Hochhäusern an den Turmbau zu Babel. Ein drittes Hochhaus mit 32 Stockwerken kommt in einer zweiten Bauphase noch hinzu. Der American Club hat im Exchange Square zwei Penthouse-Etagen gekauft. Die übrigen Räumlichkeiten sollen vermietet werden – fast 150 000 Quadratmeter Nutzfläche, außer den von der Börse beanspruchten 2500 Quadratmetern.

Für solides Wohlergehen spricht die Tatsache, daß in Hongkong pro Kopf der Bevölkerung immer noch so viel französischer Cognac wie nirgendwo sonst in der Welt getrunken wird. Zwar lebt dort rund ein Fünftel der Bevölkerung nahe dem Existenzminimum oder darunter, doch gibt es in Hongkong auch rund 3000 Multimillionäre. Auf dem nicht übermäßig langen Straßennetz der Kolonie fahren zahlreiche Mercedes-Benz der höchsten Klasse und prozentual die meisten Luxuskarossen der Marken Bentley und Rolls-Royce.

Madame Brenda Chau, Gattin des Milliardärs Kai-bong Chau, kann sogar je nach Gemütslage zwischen einem rosaroten und einem goldenen Rolls-Royce auswählen. Leute wie sie sind natürlich für alle Unwägbarkeiten gewappnet, die das Jahr 1997 mit sich bringen könnte. Sie verfügen nicht nur über den Paß eines Landes. Ihr Vermögen ist nicht allein auf Hongkong konzentriert, sondern über die USA, Japan, Westeuropa, Singapur oder Australien verstreut. Das Beispiel gab Jardine-Matheson, der Clan und die Firma, die Hongkong 150 Jahre lang beherrschten: Schon vor einem Jahr verlegte dieser Konzern den Sitz seiner Holding von Hongkong auf die Bermudas. Ein Schritt, den der „Hongkong Standard" voller Entrüstung mit der Bemerkung quittierte, es sei, als ob die Queen nach Australien emigriere.

Sogar ein Mitglied des Legislativen Rates von Hongkong gründete ein Auswanderungsbüro. Seinen Versuch, die Furcht mancher Hongkonger vor dem Aufgesaugtwerden durch Rotchina geschäftlich auszunutzen, begründete Herr Lo mit dem Bestreben, die Stabilität und den Wohlstand Hongkongs ausgerechnet durch die Exilierung aller unzufriedener Mitbürger aufrechtzuerhalten. Aufrichtiges Bemühen um einen möglichst reibungslosen Übergang des Territoriums von der britischen zur chinesischen Souveränität ist eher von der zehnköpfigen gemeinsamen Kontaktgruppe beider Länder zu erwarten, die zwischen dem 22. und 25. Juli erstmals in London zusammentritt.



Unbeeindruckt von politischen Zeitläufen setzt die Hafenstadt Hongkong auf den Handel FOTO: DIE WELT

Kwai Chung prunkt mit seinen Containern

Hongkong besitzt wie San Francisco und Rio de Janeiro einen der vollkommensten Naturhäfen der Welt. Er ist auch einer der lebhaftesten und leistungsfähigsten: Jedes Jahr machen rund 12 000 Schiffe an den Kais fest. Rund 44 Millionen Tonnen Güter jeder Art werden umgeschlagen. Nach Rotterdam und New York ist Hongkong der größte Containerhafen der Welt.

Prunkstück ist der Hafen Kwai Chung. Hongkongs Containerhafen soll 1990 das doppelte Umschlagsvolumen von 1984 verkraften können. Dafür wird der Hafen seit 1983 ausgebaut. Das Programm sieht eine Vergrößerung um 25 Hektar in einer ersten Ausbaustufe vor. Weitere Liegeplätze zu den bisher vorhandenen sechs entstehen. Der Clou der Erweiterungsvorhaben ist ein sechsstöckiges Lagerhaus: Container bis zu 40 Fuß Länge können per Lastwagen in jedes Stockwerk transportiert werden. Zwei auf- und eine absteigende Fahrbahn, von der aus alle Etagen bis zum Dach von diesen Zügen angefahren werden können, machen dieses Gebäude einmalig. Das Dach bietet einen zusätzlichen Parkraum für 400 Lastkraftwagen und Container; 2500 Container können in einem unterirdischen 20 Meter hohen Lager gestapelt werden.

Weil die Häfen in der Volksrepublik China nur sehr langsam dem Containerverkehr erschlossen werden, wird ein Großteil der Waren für die Volksrepublik über Hongkong umgeschlagen. So war eine Begründung für die rasante Erweiterung des Containerterminals Kwai Chung die Erwartung, daß sich diese Investition auch nach 1997 auszahlen wird. Dann nämlich, wenn die Ladungsströme ungehindert über Hongkong ins Reich der Mitte fließen werden.

Mit der gleichen Begründung investieren die Werften auch in ihre Reparaturbetriebe. Erst Anfang April 1985 waren Manager der Hongkong United Dockyard, der größten Reparaturwerft in der Kronkolonie, in Peking. Als Ergebnis ihrer Gespräche brachten sie die Zusage der Regierung in Peking mit, ihre großen Ölbohrplattformen in der Südchinesischen See in Hongkong reparieren zu lassen. So ist auch dieser Bereich schon ganz auf das kommende Geschäft mit der Volksrepublik China ausgerichtet.

Auch im Schiffahrtsbereich sind die Tendenzen unübersehbar, die Transportaufgaben nach 1997 „nationwide" zu übernehmen. Schon jetzt sind zwölf Prozent der Welt-Handelsflotte, das sind 60 Millionen Tonnen Laderaum, in Hongkong registriert.

„Obwohl die Schiffe unter 20 verschiedenen Flaggen in aller Welt registriert sind, kontrollieren die Reeder in Hongkong die zweitgrößte Flotte der Welt", erklärte Michael Thomas, Justizminister der Kronkolonie, im Februar 1985 gegenüber dem Institute of Chartered Shipbrokers. Thomas: „Auch nach 1997 wird Hongkong diese Stellung behalten. Nach den Abmachungen mit Peking bleibt das System der freien Schiffahrt erhalten. Aber Hongkong wird ein eigenes Schiffahrtsregister mit dem Namen ‚Hongkong, China' haben."

Gerade dieses Register hat andere Schiffahrtsnationen aufhorchen lassen. So erklärte Philip Bowen, Schiffahrtskommissar von Liberia, Anfang April 1985 in Monrovia: „Das geplante offene Schiffahrtsregister Hongkongs stellt ohne Zweifel eine Bedrohung für Liberia dar, denn eine Vielzahl von Reedern wird sich nach Asien wenden." J. T.

„Alle Chinesen blicken heute auf diese Stadt"

Wer in Hongkong mit „einheimischer" Währung zahlt, begleicht seine Rechnung mit Geldnoten der Hongkong and Shanghai Bank. Nichts dokumentiert deutlicher die Rolle, die dieses Geldinstitut in der Kronkolonie und in Asien einnimmt. In früheren Jahren besorgte die Bank die Notenausgabe in einigen asiatischen Ländern. Das gehört zwar der Vergangenheit an, doch ohne die Hongkong Bank laufen auch heute nur wenige Geschäfte in dieser Region.

Die Hongkong and Shanghai Bank wurde 1864 gegründet. Schon ein Jahr später war sie in China und London mit Zweigstellen vertreten. Sofort darauf folgte Japan, und 1887 war sie die erste Filiale einer britischen Bank in New York. 1889 eröffnete das Institut auch seine erste Deutschland-Repräsentanz in Hamburg. Seit 1974 unterhält die Bank auch eine Niederlassung in Frankfurt. In China spielte die Hongkong Bank vor der Revolution eine führende Rolle bei der Finanzierung des Eisenbahnsystems und der Häfen.

Während der japanischen Besetzung Hongkongs wurde der Hauptsitz nach London verlegt. Nach 1945 kehrte das Management zurück. Infolge der Machtübernahme durch Mao Tsetung in Peking wurden alle Büros in der Volksrepublik geschlossen, mit einer Ausnahme: Shanghai blieb geöffnet. Heute hat diese Filiale einen entscheidenden Anteil an den China-Aktivitäten. Inzwischen wurden Repräsentanzen auch in Peking, Shenzhen, Xiamen, Kanton und vor kurzem auch in Wuhan eröffnet. 1959 erwarb die Bank die Mercantile Bank Ltd., um sie 1984 wieder an die Citibank zu verkaufen.

Die Hongkong and Shanghai Bank verfügt heute über eine Vielzahl von weitgefächerten Beteiligungen in Banken, Versicherungsgesellschaften, Leasing-Unternehmen und anderen Unternehmen, darunter auch der Airline Cathay Pacific. Mit einem konsolidierten Bilanzvolumen von 61,6 Milliarden US-Dollar und haftenden Mitteln von 2,7 Milliarden US-Dollar (31. 12. 1984) zählt das Institut heute zu den 20 größten Banken der Welt. Die Gruppe verfügt weltweit über 1100 Niederlassungen in 55 Ländern und beschäftigt 45 000 Mitarbeiter. Das Aktienkapital von umgerechnet 914 Millionen US-Dollar wird von 166 000 Aktionären gehalten.

Zum Erfolg der Bank trug ein Engländer wesentlich bei: Michael Sandberg. Der heute 57jährige leitet die Bank seit 1977.

Der ehemalige britische Indien-Offizier besuchte im April '85 seine Niederlassungen in Hamburg und Frankfurt. In Hamburg sprach für die WELT Ursula Schmeling mit Michael Sandberg und dem Leiter der Hamburger Hongkong und Shanghai Bank, Christian Lemmerich.

WELT: Welche Bedeutung hat Ihre Bank für den Außenhandel?

Sandberg: Wir sind die älteste ausländische Bank in der Bundesrepublik Deutschland. Wir operieren seit über 100 Jahren hier, unser Hauptgeschäft ist die Finanzierung von Außenhandelsgeschäften mit China und den Ländern im südostasiatischen Raum.

WELT: Wie sehen Sie Ihre Rolle im zukünftigen deutsch-chinesischen Handel?

Sandberg: Der Boom in den deutsch-chinesischen Handelsbeziehungen wird unser Geschäft ohne Zweifel intensivieren. Wir sind die erste Bankadresse in Fernost; ich sehe optimistisch in die Zukunft.

WELT: Vielleicht zu euphorisch?

Sandberg: Die Erwartungen sind sicherlich bei einigen zu hoch. Für den Handel mit China braucht man Geduld, Geduld, Geduld. Es muß für eine relativ lange Zeit ziemlich viel Geld investiert werden, bevor ein positives Ergebnis erreicht wird. Vielen Firmen wird die Puste ausgehen.

Lemmerich: Hongkong ist ja nicht nur eine Devisenquelle für die Volksrepublik China. Schon heute spielt die Kronkolonie in zunehmendem Maße eine wichtige Rolle bei dem Transfer von Technologie und Know-how nach China. Hier kann unser Institut fundiert beraten, wir sind erstrangig im Geschäft, und hier sehen wir auch gute Chancen für die deutsche Wirtschaft. Hongkong ist der ideale Platz für die Vermittlung von Dienstleistungen wie Übersetzen, Büroarbeiten, Agenturberatungen und anderes mehr.

WELT: 1997 ziehen die Briten ab, der Vertrag zwischen London und Peking ist in Kraft. Welchen Einfluß wird das auf Ihre Geschäfte haben?

Sandberg: Soweit ich das sehe, keinen. Das, was zwischen Großbritannien und China verhandelt wurde, hat Auswirkungen auf ganz Asien. Mein Eindruck ist, daß die chinesischen Führer jetzt genau beobachten, was in ihren freien Wirtschaftszonen geschieht. Und die schauen auf Singapur, Honkong, Taiwan und auf alle Auslandschinesen und erkennen, daß der Erfolg einzig auf einer Tatsache beruht: Es waren alle sehr gute chinesische Geschäftsleute. Ich habe keine Sorgen, daß sich nach 1997 etwas ändern wird.

Lemmerich: Der sino-britische Vertrag stellt eine eindeutige Anerkennung der freien Marktwirtschaft durch China dar. Diese Marktwirtschaft hat Hongkong ja erst zu dem Handels- und Finanzzentrum gemacht, das es heute ist.

Sandberg: Nach dem Vertrag bleibt alles so, wie es ist für die nächsten 50 Jahre ab 1997.

WELT: Und Sie haben keine Befürchtungen, daß sich Peking anders, als im Vertrag geregelt, verhalten könnte?

Lemmerich: Bevor man sich den Gewohnheitspessimisten anschließt, sollte man einmal fragen, ob irgendeine andere politische Zusicherung in der Welt existiert, von der man sagen kann, daß sie weit in das nächste Jahrhundert hineinreicht, ohne daß ihr das Risiko einer möglichen Änderung innewohnt. Aber die Geschwindigkeit, mit der China die Elemente des freien Handels und der Marktwirtschaft Hongkongs im eigenen Lande einführt, gibt Anlaß zu großem Optimismus für die Zukunft der Politik Chinas unter dem Motto: ein Land – zwei Systeme.

Sandberg: Premierminister Zhao Ziyang hat mir im letzten Oktober persönlich zugesichert, daß sein Land sich wortgetreu an den Vertrag halten wird.

WELT: Sie haben sich auch in den übrigen Ländern Asiens Standbeine geschaffen ...

Sandberg: Wir sind in allen Wachstumsregionen Asiens vertreten.

WELT: Hongkong wird also seinen Platz als Handels- und Finanzmetropole in Asien mit Ihrer Hilfe weiter ausbauen?

Lemmerich: Wir haben ein weitverzweigtes Niederlassungsnetz in ganz Fernost. Wir bieten unseren Kunden daher nicht nur bestmögliche Finanzierungsmodelle, sondern auch aktuelle Marktinformationen, Informationen über die Kreditwürdigkeit ihrer Handelspartner.

Wir stellen Geschäftsbeziehungen her, und wenn es zum Abschluß kommt, können wir alle Register einer guten Finanzierung und Abwicklung ziehen. Der Markt, der sich über Hongkong erschließen lassen kann, bietet ungeheure Chancen.

TOURISMUS / Alle Herrlichkeit

In Stanley an den Strand

Alle Herrlichkeit auf Erden", so die rührselige Hollywood-Verfilmung des gleichnamigen Romans von Han Suyin, breitet sich vor dem Besucher der Insel Hongkong aus, der für ein paar Stunden seinen Geschäften entflieht und auf dem Victoria-Gipfel sich von dem einmaligen Panorama der Kronkolonie gefangennehmen läßt.

Ob am Tage oder bei Nacht – der Rundblick von der Aussichtsplattform ist atemberaubend. Allerdings muß man gutes Wetter haben. Oft hüllen Wolken den höchsten Berg ein, manchmal regnet es auch Bindfäden im Monsun. Man erreicht den Peak mit einer Zahnradbahn, im doppelstöckigen Bus durch enge Serpentinen oder als Frühsport zu Fuß.

Überaus eindrucksvoll ist auch die Skyline von Hongkong und Kowloon von einem Fährschiff im Hafen aus betrachtet. Diese Verbindungen zwischen der Insel und den New Territories bleiben die billigste Touristen-Attraktion. Die kürzeste Route führt zum alten Anleger nahe des neuen Ocean Terminal, eine längere hinüber zum Hung-Hom-Bahnhof.

Wer mehr Zeit erübrigen kann und sich an Bord einer Dschunke bei einer kühlen Brise erfrischen möchte, der kann ein- und mehrstündige Hafen-Rundfahrten unternehmen. Sie beginnen tagsüber in regelmäßigen Abständen und werden abends mit Lampions, Cocktails bis zu oppulenten Dinners fortgeführt. Mit seinen vielen Lichtern wirkt der Hafen nachts besonders geschäftig.

Inmitten der Hektik des geschäftstüchtigen Hongkong wirken die wenigen Rikscha-Fahrer, von denen einige am Terminal der Star Ferry auf der Insel anzutreffen sind, fast schon wie Denkmäler ihrer selbst aus vergangener Zeit. Ihre Dienste werden kaum noch in Anspruch genommen, wie auch die Strecken der letzten, ratternden, museumsreifen Straßenbahnen abgebaut werden.

Mit den Bussen, die zumeist eigene Fahrbahnen im dichtesten Verkehr haben, kommt man oft schneller voran als im Taxi. Es lohnt sich auch, anhand der verschiedenen Linien die eigenen Ausflüge zusammenzustellen. Zum Beispiel nach Stanley. Die Fahrt dorthin führt über Küstenstraßen, die an die Grand Corniche an der Riviera erinnern.

Stanley ist ein kleiner Ort an der Südküste von Hongkong Island. Es gibt dort herrliche Badestrände, vor allem aber einen bunten Markt, wo außer Lebensmitteln viele modische Artikel und Textilien bekannter Marken (vermutlich zweite Wahl) unerwartet preiswert verkauft werden. Einige gute Restaurants lassen dieses Ziel noch lohnender erscheinen.

Ein Gewimmel von Hausbooten findet man bei der kleinen Stadt Aberdeen, wo auch große Restaurantschiffe wohl alle Arten der chinesischen Küche bieten. Größte Attraktion ist dort der Ocean Park. Wem die Achterbahn zu gefährlich erscheint, kann von einer Kabinenbahn aus die dramatische Küste sehen oder sich an den Spielen im Delphinarium ergötzen.

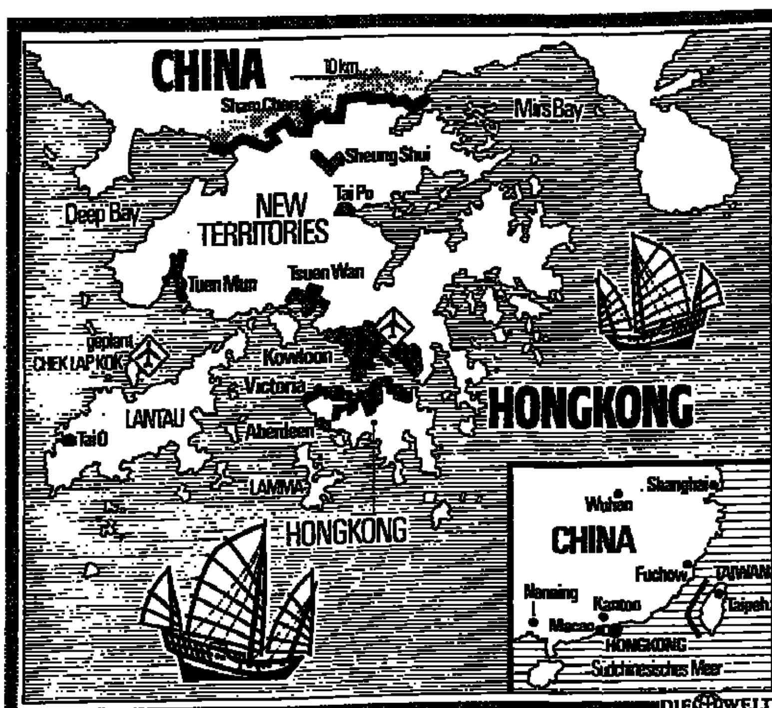
Beliebte Ausflüge werden nach den Inseln Lantau und Cheung Chau unternommen. Die erstere ist größer als Hongkong, hat Spazierwege durch Teegärten und birgt ein buddhistisches Kloster. Auf Cheung Chau gibt es ein lebhaftes Strandleben und hübsche Promenaden-Gaststätten.

Ein Abstecher nach Macao, der Enklave unter portugiesischer Verwaltung an der Mündung des Perlflusses, sollte kein Hongkong-Besucher missen. In weniger als einer Stunde ist man dort. An Wochenenden und Feiertagen empfiehlt sich eine frühzeitige Reservierung. Denn dann suchen viele Chinesen die Spielcasinos in Macao auf. In der Kronkolonie sind nur Pferdewetten erlaubt.

Wer dem Rummel der Spielhöllen und der eindeutig-zweideutigen Etablissements entgehen will, findet in der portugiesischen Besitzung vielerlei lohnende Ziele – Bauten im lusitanischen Barock, alte Parks und prächtige Uferpromenaden: Und die *Küche und die Weine sind dort auch* nicht zu verachten.

Zurück in der Kronkolonie: Wie kaum woanders in der Welt gibt es hier so viele erstklassige Restaurants auf so engem Raum. Man mag sich über die Vorzüge des einen oder anderen streiten – unvergleichlich ist die Tea Time in der großen Halle des legendären Pensinsula-Hotels. Wenn es ausgebucht ist, hält die YMCA-Herberge gleich nebenan preiswerte, ordentliche Zimmer mit Bad parat.

M. G.



DEMOKRATISIERUNG / Sir Edwards Posten

Nurmehr Galionsfigur

Sir Edward Youde, der Gouverneur Ihrer Britannischen Majestät in der Kronkolonie, steht formell auf verlorenem Posten – und dazu mußte er von Amts wegen wesentlich beitragen.

Seit er vor drei Jahren nach Hongkong kam, hatte der Karrierediplomat eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen mit Peking, die zum Abkommen über die Rückgabe dieser Besitzung an die Volksrepublik China im Jahre 1997 führten.

Der Abbau britischer Macht in Hongkong setzt aber schon jetzt ein. Im Zuge der Demokratisierung gehen immer mehr Befugnisse des bisher nahezu autoritären Gouverneurs an den Legislativen Rat und an den Regierungsausschuß über.

Früher tagte der Regierungsausschuß höchstens einmal in der Woche. Neuerdings gibt es drei, manchmal auch vier Sitzungen. Die Stellung des Gouverneurs tritt dabei immer mehr in den Hintergrund, aus dem Statthalter wird eine Galionsfigur.

Mit dem Grünbuch „Die Weiterentwicklung der repräsentativen Regierung in Hongkong" hat Großbritannien die Grundlagen für einen demokratischen Wandel gelegt. Nun kommt es darauf an, die Demokratie für die Zukunft zu sichern.

Peking operiert mit der Formel vom „gangren schigang", was so viel bedeutet wie „Die Leute von Hongkong bestimmen in Hongkong". Auf welche Weise dies geschehen soll, so warnen China-Kenner, ist damit nicht gesagt.

Bisher bestanden der Regierungsausschuß, der einem kleinen Kabinett gleicht und geheim berät, sowie der Legislative Rat, der andeutungsweise einem Parlament entspricht, aus Amtsträgern und vom Gouverneur ernannten Einzelpersonen. Beide Gremien besaßen keine demokratische Legitimation.

Die Änderungen werden nur allmählich eingeleitet. „Politische Stabilität ist das oberste *Gebot*", erklärte der Gouvereur, „besonders in kritischen Zeiten". Die politisch interessierte Bevölkerung möchte jedoch vor 1997 ein sicheres Fundament der Demokratie legen.

Peking hat gelegentlich signalisiert, daß es sich an solche politischen Reformen nicht gebunden fühlt. In Hongkong selbst will man unter allen Umständen vermeiden, daß es in Wahlkämpfen zu Auseinandersetzungen zwischen Kräften kommt, die für die Volksrepublik und für Nationalchina eintreten.

m. n.

WIRTSCHAFTS- UND STEUERSYSTEM

Basis für's Chinageschäft

Das sehr liberale Wirtschaftssystem mit minimalen staatlichen Eingriffen und die arbeitsame Bevölkerung – heute etwa 5,3 Millionen, davon 98 Prozent chinesischer Abstammung – haben Hongkong zu einer idealen Basis für das Chinageschäft gemacht. Dabei spielen folgende Gesichtspunkte eine Rolle:

- die geographische Lage, direkt vor den 1980 gegründeten „Special Economic Zones", den wohlhabendsten Teilen Chinas;
- Hongkong bietet ausgezeichnete Verkehrsverbindungen in alle Welt und ist heute der drittgrößte Container-Umschlagplatz;
- neben zahlreichen international tätigen Handelshäusern und Banken vieler Länder, haben auch eine Reihe chinesischer Unternehmen und Banken eine Vertretung oder Niederlassung in Hongkong;
- Mentalität, Sprache und unbeschränkte Reisemöglichkeiten nach China, machen den Hongkong-Chinesen zum idealen Mitarbeiter.

Hinzu kommen ein einfaches und überschaubares Steuersystem mit niedrigen Sätzen, ein völlig freier Kapital- und Devisenverkehr, der weitgehende Status eines Zollfreigebietes und ein sicheres Rechtssystem, welches eng an die Rechtsprinzipien in Großbritannien angelehnt ist.

Für den Geschäftsmann gibt es wenig Alternativen zu Hongkong, um das Chinageschäft zu bearbeiten. Taiwan und Südkorea scheiden meist aus politischen Gründen aus. Eine Niederlassung in Japan ist vergleichsweise kostspielig und in vieler Hinsicht restriktiv. Singapurs chinesische Bevölkerung spricht zwar Mandarin, die Landessprache Chinas, nachteilig ist jedoch die Entfernung zur Volksrepublik.

Die in China selbst etablierten ausländischen Unternehmen können nur beschränkt agieren. Sie müssen mit hohen Kosten und staatlichen Restriktionen leben. Der Lebensstandard in China ist ein weiteres Problem – IBM beispielsweise läßt seine Mitarbeiter und deren Familien in Tokio leben und in Peking arbeiten.

Der Transithandel von Hongkong nach China stieg 1984 um etwa 130 Prozent auf über 11,2 Milliarden Mark. Um fast den gleichen Betrag, nämlich um 11,3 Milliarden Mark, was einem Anstieg von 43 Prozent entspricht, weitete sich der Transithandel von China nach Hongkong aus.

Mögliche Rechtsformen für eine in Hongkong ansässige Gesellschaft sind:

- die Private Limited Company,
- die Repräsentanz,
- das Zweigbüro.

Die Private Limited Company ist im wesentlichen mit einer GmbH zu vergleichen und unterliegt den Bestimmungen der Companies Ordinances, die den englischen Companies Acts entsprechen. Jede Private Limited Company (Ltd.) muß mindestens zwei Geschäftsführer haben, gleich welcher Nationalität und unabhängig von deren Wohnsitz. Die Gesellschaftsanteile können sowohl von juristischen als auch von natürlichen Personen gehalten werden. Die Haftung der Gesellschafter beschränkt sich auf das eingezahlte Kapital. Ein Mindestkapital ist nicht vorgeschrieben. Das Firmengründungsverfahren ist in der Regel binnen sechs bis acht Wochen abgeschlossen, die jährliche Business Registration Fee beträgt etwa 200 Mark.

Die Repräsentanz beschränkt sich auf eine vermittelnde Rolle zwischen der Muttergesellschaft und dem jeweiligen Geschäftspartner. Sie bezieht außer der Kostenerstattung durch die Muttergesellschaft keinerlei Einkommen. Die Repräsentanz unterliegt einer Meldevorschrift beim Register of Companies, dem Äquivalent des Handelsregisters. Neben den für die Hongkong Limited geltenden Vorschriften, ist die Nennung einer autorisierten Person in Hongkong erforderlich, sowie die jährliche Vorlage der Bilanz der Muttergesellschaft.

Das Zweigbüro tätigt im Namen der Muttergesellschaft Geschäfte.

Das Steuersystem in Hongkong besteht aus drei Gruppen:

- Der Körperschaftssteuer, welche auf in Hongkong erwirtschaftete Gewinne erhoben wird. Der Steuersatz beträgt 18,5 Prozent.
- Der Einkommens-Lohnsteuer, welche auf persönliche Einkommen, die aus in Hongkong geführten Tätigkeiten erzielt werden. Maximaler Steuersatz sind 17 Prozent.
- Der Grundsteuer, welche auf Immobilien in Hongkong erhoben wird. Der Steuersatz schwankt zwischen 15 und 18 Prozent des Schätzwertes.

J. KRACHT

AUF EINEN BLICK

FLÄCHE
Hongkong umfaßt die Inseln Hongkong, Lantao und die Halbinsel Kowloon mit einem Teil des Hinterlandes. Gesamtfläche: 1045 Quadratkilometer.

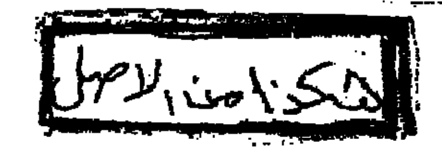
BEVÖLKERUNG
Ca. 5,5 Millionen Einwohner.

STÄDTE
Victoria (Hauptstadt) auf der Insel Hongkong mit Vororten über 1 Million Einwohner, Kowloon ca. 1,6 Millionen Einwohner.

SPRACHE
Amtssprache ist Englisch. Umgangssprache Englisch und Kantonesisch. In Geschäften, Hotels und den meisten Restaurants wird Englisch so weit verstanden, daß man sich ohne Schwierigkeiten verständigen kann.

WICHTIGE ADRESSEN
IN DER BUNDESREPUBLIK
Königlich Britische Botschaft, Friedrich-Ebert-Allee 77, 5300 Bonn 1, Tel.: 0228/23 40 61.
Hongkong Tourist Association, Wiesenau 1, 6000 Frankfurt 1, Tel.: 069/72 28 41.
Hongkong Trade Development Council in:
Ulmenstraße 49, 6000 Frankfurt 1, Tel.:069/72 16 55;
Hansastraße 1, 2000 Hamburg 13, Tel.: 040/41 74 22.
Hongkong Industrial Promotion Office, Königstraße 43 B, 7000 Stuttgart, Tel.: 0711/22 13 25.
IN HONGKONG
Generalkonsulat der Bundesrepublik Deutschland, United Centre, 21th Floor, 95 Queensway, Hongkong, Tel.: 008525/29 88 55.
Hongkong Tourist Association, Connaught Centre, 35th Floor, Connaught Road Central, Hongkong (geöffnet: Montag bis Freitag 8 bis 18 Uhr, Samstag 8 bis 15 Uhr).
German Business Association of Hongkong, 1102 A Shui Hing House, 23–25 Nathan Road, Kowloon, Tel.: 008523/724 08 22.
Lufthansa, Landmark East, 6th Floor, 12 Ice House Street, Hongkong, Tel: 008525/22 51 01.

TIPS FÜR REISENDE
Gültiger Reisepaß bei Aufenthalt bis zu einem Monat.
Noten und Münzen in Landes- und Fremdwährung dürfen bei der Ein- und Ausreise unbeschränkt mitgeführt werden.
MEZ plus sieben Stunden. 12 Uhr Bonn entspricht 19 Uhr in Hongkong.



SWIRE GROUP / Erfolgsstory eines britischen Handelshauses in der Kronkolonie

Die Familie schweigt und wartet ab

Das einstmals imposante „Swire House" auf Hongkong-Island ist heute längst umgeben von neuen und viel höheren Hochhausgiganten, der Blick auf den Hafen durch das 36stöckige Connaught Centre genommen. Doch hier ist das Schaltzentrum für die zahlreichen Unternehmen der über hundertjährigen britischen Swire-Gruppe, deren Erfolgsstory im pazifischen Raum im Jahre 1870 mit der Gründung des Handelshauses Butterfield & Swire in Hongkong begann. Heute ist es die Aktiengesellschaft „Swire Pacific Ltd.", die hier die Mutter der zahlreichen, allesamt profitablen Töchter ist.

Doch Glanz und Glamour, imposante Empfangshallen und schickes Interieur gibt es im Swire House nicht – mit britischem Understatement zeugt allenfalls die holzgetäfelte Gediegenheit der „Private Offices" des Managements von der Solidität des Unternehmens. Das ist ganz in der Tradition des Familienunternehmens, das heute von London aus in der fünften Generation von John und Sir Adrian Swire geleitet wird und das weltweit 70 Firmen mit 70 000 Mitarbeitern umfaßt.

In der Öffentlichkeit allerdings wird nur gesagt und gezeigt, was gesagt und gezeigt werden muß – profilieren um jeden Preis wollten sich die Swires nie, und das hat sich auch im Zeitalter der Imagekampagnen und der Unternehmenskommunikation kaum geändert. Laute Selbstdarstellung überläßt man fein den anderen. David Bell, der Sprecher der Gruppe in Hongkong, bestätigt das: „Unsere Politik ist es, zu schweigen und die Dinge abzuwarten."

Eine Fluggesellschaft auf Milliarden-Kurs

Dennoch – bei so viel, wenn auch unspektakulärem Erfolg bleibt ein solides Image nicht aus. David Bell: „Die Leute sagen – es ist Swire, dann muß es gut sein, auch wenn es ein bißchen teuer ist." Liest man die Geschäftsberichte der Swire Pacific, so bestätigt sich das.

Allen voran auf Erfolgskurs ist das Flaggschiff „Cathay Pacific Airways", übrigens auch das einzige Gruppenmitglied, dem weltweit Publicity zugestanden und verordnet wird. „Hong Kongs Airline" hat sich in den letzten Jahren von einer hochgeschätzten innerasiatischen Fluggesellschaft zu einer Langstreckenlinie entwickelt, die seit einem Jahr auch die Route Hongkong–Frankfurt–Hongkong bedient.

In den 40 Jahren ihres Bestehens hat die Luftfahrtgesellschaft ihren Besitzern (70 Prozent Swire Pacific, 30 Prozent Hongkong & Shanghai Bank) Jahr für Jahr satte Gewinne eingeflogen, die auch im letzten Jahr das konsolidierte Gruppenergebnis zu einem neuerlichen Rekord führten: Einen Gewinn nach Abzug der Steuern in Höhe von 1,46 Milliarden Hongkong Dollar konnte Swire Pacific Ltd. für 1984 vermelden.

Die fünf „Divisions", aus denen „Swire Pacific" heute besteht, sind im Verlauf des letzten Jahrhunderts fast zwangsläufig entstanden. Dem „Handel" folgte „Schiffahrt, Werften und Off-shore-Services". „Industrie" umfaßt unter anderem eine Zuckerraffinerie, die Fabrikation von Farben und Lacken für Schiffe.

„Swire Bottlers" beherrscht den Soft-Drink-Markt Hongkongs mit der Lizenz für alle Coca-Cola-Produkte und hat auch zwei Niederlassungen in den USA; „Swire Cassettes" produziert Audio- und Videokassetten für den Export nach den USA. „Luftfahrt und Hotels" umfaßt nicht nur „Cathay Pacific Airways", sondern auch die außerordentlich erfolgreichen und führenden Dienstleistungsbetriebe „Hongkong Aircraft Engineering", „Hongkong Air Terminal Services" und „Swire Air Caters", die alle am Kai Tak Airport den internationalen Fluggesellschaften ihre Dienste anbieten.

Sogar im Immobilienmarkt, der in der Zeit vor der Unterzeichnung des britisch-chinesischen Abkommens schwierig und instabil war, was spektakuläre Verluste und Bankrotte zur Folge hatte, konnte „Swire Properties" immer noch Gewinne erzielen. Nicht so übrigens der Erzrivale der Swires schon aus Gründungszeiten, das Handelshaus Jardine Matheson, Vorbild für James Clavells Erfolgsroman „Taipan". Das Haus hatte mit seiner Immobiliengesellschaft nicht nur ruinöse Verluste in Hongkong eingefahren, sondern die Öffentlichkeit auch noch im März vergangenen Jahres mit der Verlegung des Firmensitzes auf die Bermudas geschockt.

Daß das Haus Swire, dessen chinesischer Name „Taikoo" (groß und altehrwürdig) ist, schon seit langem mehr als nur Kontakte mit China hat, verwundert nicht. Man darf vermuten, daß auch hier mehr verschwiegen als gesagt wird.

Seit 1979 wurden fünf Produktionsstätten für Kassetten in China eingerichtet, und es gibt Kooperationsverträge wie das Joint-venture SCAT (South China Aero Technology Ltd.) im Luftfahrtbereich oder die „China Swire Company Ltd.", die sich mit internationalen Geschäften befassen wird und ihren Sitz in Hongkong hat.

Optimistische Chancen für das China-Geschäft

Koordiniert werden all diese Aktivitäten von Swires eigenem „China Office", das seit knapp sieben Jahren besteht und auch eine Niederlassung in Peking hat. Christopher D. Pratt, einer der jungen Absolventen von Englands Eliteuniversitäten, von denen die Swires ihren Management-Nachwuchs rekrutieren, leitet dieses Büro und reist ständig zwischen Hongkong und China hin und her. „Das schwierigste an dieser Aufgabe ist", sagt er, „die Bürokratie dort, die man nicht durchschauen kann und die einen zum Wahnsinn treiben kann." Er sieht die Chancen in China dennoch sehr optimistisch – vorausgesetzt, man bringt den Willen zu Investitionen, ernsthaftes Engagement und Geduld für fünf bis zehn Jahre mit: „Dann werden der Markt, die Kaufkraft und das Potential so sein, wie wir es uns wünschen."

Bis es soweit ist, wird er bei seinen Besuchen im Land versuchen, ein „Lau Paynau" zu werden. Das heißt „alter Freund", und nur zu einem solchen werden die Chinesen wirklich vertrauensvolle Beziehungen aufbauen. „Dem, der immer wiederkommt, vertrauen sie."

Daß er ziemlich gut Mandarin spricht – täglich kommt ein Lehrer für eine Stunde in sein Büro –, läßt er seine Gesprächspartner dort allerdings niemals wissen, sondern erscheint immer mit Dolmetscher. Man muß ja auch nicht gleich alle Fähigkeiten an die große Glocke hängen. Ganz im Stil des Hauses Swire.

G. DUISBERG-HASSENKAMP



Hongkong hält auch durchaus ländliche Szenen bereit, hier die Landschaft in den New Territories nahe der chinesischen Grenze

FOTO: DIE WELT

HONGKONG TRADE DEVELOPMENT COUNCIL / Arbeiten am Image

Lydia Dunn auf Goodwill-Tour

Das Zentrum der weltwirtschaftlichen Aktivitäten verlagert sich zusehends vom Atlantik zum Pazifik, nicht zuletzt, weil China sich immer deutlicher anschickt, wieder in die internationale Weltwirtschaftsgemeinschaft zurückzukehren. Hongkong als internationales Handels- und Wirtschaftszentrum bietet daher nach der Unterzeichnung des chinesisch-britischen Abkommens im vergangenen Jahr noch mehr als in den Jahren zuvor nahezu ideale Voraussetzungen für eine weitere erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung. Die Orientierung Hongkongs am Handel läßt sich auch daran erkennen, daß Hongkong sich gegenwärtig in der Rangliste der wichtigsten Handelsnationen unter den ersten 20 befindet.

Eine Organisation, die entscheidend an dem positiven Image mitgewirkt hat, ist das Hongkong Trade Devolopment Council (HKTDC), eine halbstaatliche Körperschaft, die seit nunmehr fast 20 Jahren besteht und sich die Förderung des Außenhandels zum Ziel gemacht hat. Das Hongkong Trade Development Council hat 25 Niederlassungen in aller Welt, darunter zwei in der Bundesrepublik Deutschland, nämlich in Frankfurt und in der Hansestadt Hamburg. Die 700 Mitarbeiter des Councils sind bestrebt, neue Märkte für Produkte „Made in Hongkong" zu erschließen und das Vertrauen für Hongkong als Industrie- und Handelsplatz weiter zu festigen.

Das ist auch das Ziel der zehnköpfigen Handelsdelegation, die sich unter der Leitung der Vorsitzenden des HKTDC, Lydia Dunn, vom 19. bis 28. Juni in der Bundesrepublik Deutschland aufhält. Es stehen unter anderem Gespräche mit dem DIHT, dem BDI und anderen führenden deutschen Wirtschaftsvertretern auf dem Programm. Hongkong und die Bundesrepublik Deutschland unterhalten ausgezeichnete Wirtschaftsbeziehungen. Die Bundesrepublik ist nach den USA, Japan und China Hongkongs viertgrößter Handelspartner.

Die Organisation von Handelsmissionen von und nach Hongkong für Wirtschaftsverbände und Handelsorganisationen ist eine der vorrangigen Aufgaben des HKTDC. Über ein weltweit neu installiertes elektronisches Informations- und Kommunikationssystem, das alle Niederlassungen des Councils verbindet, können Handels- und Geschäftsinformationen direkt abgerufen werden.

Eine Reihe von Magazinen (Auflage insgesamt 1,5 Millionen), die das Council in regelmäßigen Abständen herausgibt, informiert über die verschiedenen Produktsparten. Die Monatszeitschrift Trader befaßt sich mit Nachrichten und Kommentaren über die jüngsten Wirtschafts- und Handelsentwicklungen in Hongkong. Das HKTDC ist auf allen größeren Konsumgütermessen der Welt mit Gemeinschaftsständen vertreten.

STEPHANIE STEPHAN

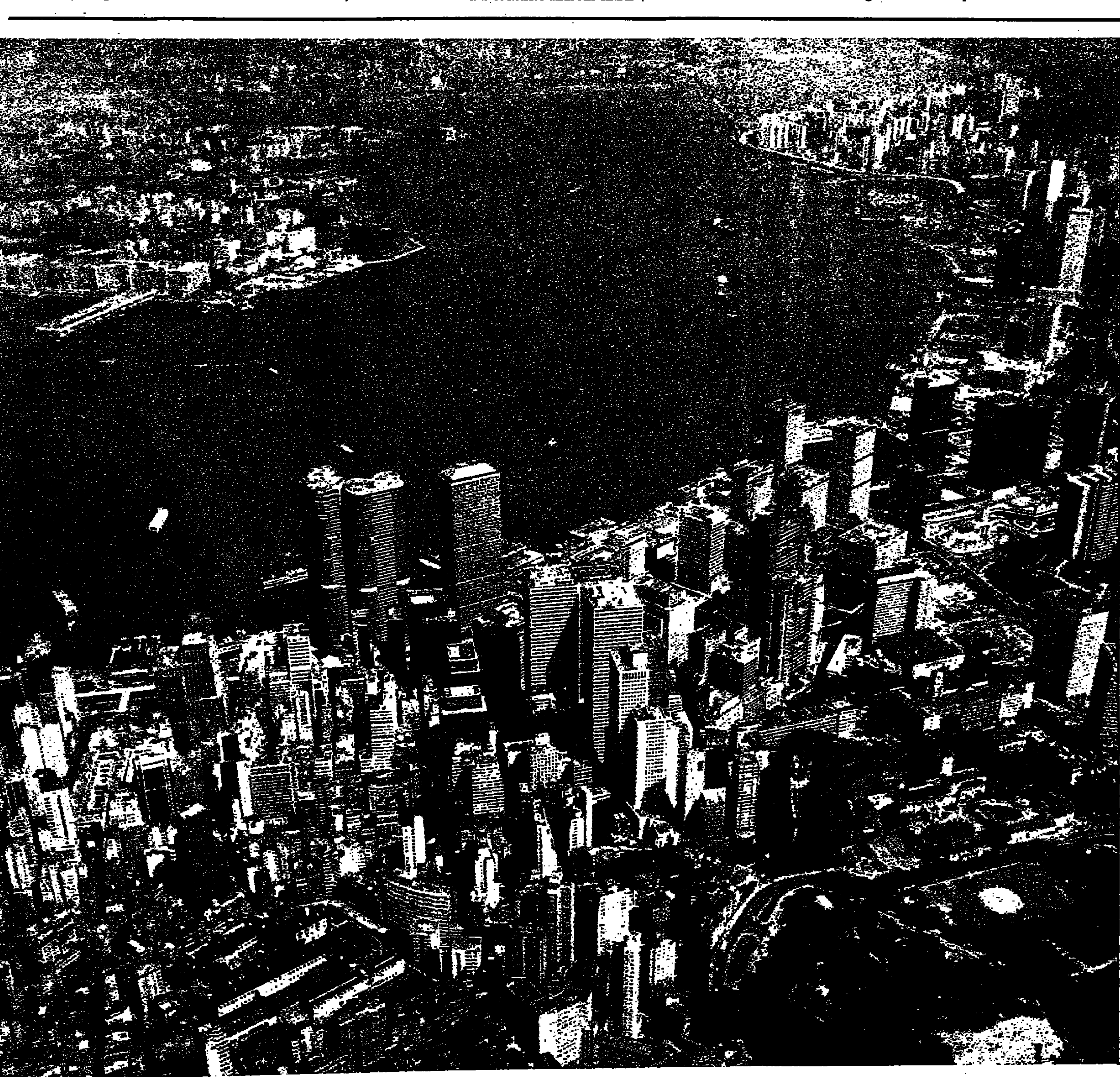
Messezentrum für Asien

Mit dem ersten Spatenstich im Dezember vergangenen Jahres begannen in Hongkong die Bauarbeiten zum größten Messe- und Kongreßzentrum in Asien. „Das ist ein enorm wichtiger Meilenstein für die weitere wirtschaftliche Zukunft Hongkongs", sagte Lydia Dunn, Präsidentin des „Hong Kong Trade Development Council" (HTDC) anläßlich der Feierlichkeiten; das Messe- und Kongreßzentrum liegt in der Nähe des Hafens.

„Dieser Bau unterstreicht die Bedeutung Hongkongs als eine der wichtigsten Handels- und Finanzplätze in der Welt", so Lydia Dunn. 1988 soll der Bau fertig sein. Die (geplanten) Baukosten liegen bei umgerechnet rund 700 Millionen Mark. Das Zentrum entsteht an der Wasserseite im Wanchai Bezirk. Die Konferenzsäle fassen bis zu 3000 Zuhörer. Insgesamt wird der Komplex 41 Stockwerke hoch und Hotels, Gastronomie sowie Tagungsfazilitäten für jeden Zweck haben.

US

HONGKONG
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg





Verkäufe belasteten Aktienmarkt

Abbröckelnde Notierungen nach Indexrekorden der Vorwoche

DW. – Starke Gewinnmitnahmen des teilweise erheblich engagierten Berufshandels, nicht zuletzt aber auch der inländischen Privatkundschaft, sorgten im Verlauf des Montags vorübergehend für fallende Notierungen. Die Gefahr eines kurzfristigen, nahezu ausschließlich technisch bedingten Kursrückschlages wird im Inland nach den neuen Indexrekorden der Vorwoche als relativ hoch eingeschätzt. An den fundamental günstigen Aussichten des Aktienmarktes wird jedoch weiterhin nicht gezweifelt.

Ausnahmen von der abbröckelnden Tendenz waren vor allem bei dem am Freitag etwas vernachlässigten Werten des Versorgungsbereiches zu finden. Hier gewannen Veba etwa fünf DM und RWE-Stämme, bei denen die große Substanz, wie die gute Dividendenrendite sowie Gerüchte um eine Aufgliederung des Industriebeteiligungsbereiches beflügeln, konnten um sieben DM zulegen. Der Börsenfavorit des Freitages, Preussag, konnte seinen Höhenflug mit seinem Tagesgewinn von rund 10 DM fortsetzen. Ebenfalls sehr gut im Markt lagen bei den sonst uneinheitlich notierenden Bankwerten Deutsche Bank, die sich erneut um fast 20 DM befestigten. Der Automobilmarkt tendierte leichter, während Elektrowerte zu uneinheitlichen Kursen gehandelt wurden. Das Nixdorf-Bezugsrecht lag bei 92 DM.

Frankfurt: Dt. Bank konnten einen Tagesgewinn von 22,50 DM verzeichnen, Dresdner notierten um 4,50 DM höher. Porsche zogen um 12 DM an. KHD gewannen 4,80 DM und Linde 7 DM. Holzmann gaben um 10 DM nach. Dyckerhoff Vz. sanken um 6,50 DM.

Düsseldorf: Audi NSU verminderten sich um 15 DM, Conc. Chemie um 5 DM, Gerresheimer Glas um 4,90 DM und Kabel + Metall um 4 DM. Leffers zogen um 4 DM, Rhein. Textil um 10 DM und Stinnes um 15 DM an.

Hamburg: NWK Vz. mußten um 4 DM zurückgenommen werden. HEW wurden mit minus 1 DM gehandelt. Unverändert blieben Beiersdorf. Pheonix Gummi gaben um 1,40 DM nach. Haller Meurer mußten mit plus 6 DM bezahlt werden und Hapag Lloyd mit plus 2 DM.

Berlin: Berliner Elektro zogen um 5,50 DM an. Berthold erholten sich um 3 DM, Detewe um 2 DM und Herlitz St. um 1 DM. Dt. Hypobank Berlin wurden um 12 DM niedriger taxiert. Schering schwächten sich um 7 DM und Rheinmetall um 6 DM ab.

München: Aigner verbesserten sich um 3 DM, Agrob um 2,80 DM, Cassella um 18 DM und Leonische Draht um 2 DM. AKS sanken um 4,20 DM, Erlus um 13 DM und Hutschenreuther um 7 DM.

Stuttgart: SEL stiegen um 7,40 DM. Daimler legten 5 DM und Aesculap ebenfalls 5 DM zu. Hohner blieben bei plus 2,10 DM gefragt. DLW mußten 2,50 DM hergeben und IWKA büßten 2 DM ein.

Nachbörse: im Verlauf erholt

WELT-Aktienindex: 200,9 (200,7)
WELT-Umsatzindex: 5010 (6150)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

Freiverkehr

Ausländische DM-Anleihen

Ausland

New York

Brüssel

Arbed	1770	1770
Brux. Lambert	1925	1930
Cockerill Ougrée	223	224
Ebes	3055	3075
Gevaert	3845	3800
Kreditbank	9040	–
Petrofina	5700	5640
Soc. Gén. d. Belg.	1845	1850
Sofina	7190	7140
Solvay	4405	4405
UCB	5300	5290
Index	2527,45	2532,93

Kopenhagen

Den Danske Bank	319	317
Jyske Bank	670	665
Kopenh. Handelsbk.	302	300
Novo Industri	330	328
Privatbanken	282	281
Ostasiat. Komp.	215	219
Dan. Sukkerfabr.	485	485
For. Bryggerier St.	935	920
Kgl. Porc. Fabr.	225	222

Singapur

Cycle + Car.	3,48	–
Cold Storage	2,49	2,45
Dev. Bk. of Sing.	6	5,95
Fraser + Neave	5,25	–
Kl. Kepong	2,58	2,53
Mal. Banking	5,8	5,7
Nat. Iron	2,75	2,72
OCBC	9	9
Sime Darby	1,99	1,96
Singapur Land	2,71	2,7
Un. Overs. Bank	4,12	4

Optionshandel

Frankfurt: 24. 06. 85
3287 Optionen = 158 000 (198 700) Aktien,
Davon 328 Verkaufsoptionen = 19 400 Aktien

Kaufoptionen: AEG 7-110/37, 7-120/27, 10-150/15, 10-160/7, 1-120/41, BASF 7-150,65/64, 10-260/3, 1-210/34,7, 1-220/26, Bayer 7-181/42, 7-191/32, 1-240/16, 1-250/10, 1-260/9, BBC 10-230/22, BHF 7-369,5/55,25, 10-360/8, Bay. Hypo 7-299/45, 1-350/23, Bekula 10-95/8,1, 1-100/6,1, BMW 7-410/48, 7-420/36, 10-390/70, 1-470/45, 1-480/35, Bay. Vereinsbk. 10-410/10, Commerzbk. 7-161,75/39, 7-167,75/33,25, 1-240/8,6, 1-250/7, Conti 7-130/26,5, 7-140/16,5, 10-170/5, 1-150/20, Daimler 7-710/180, 7-720/150, 1-950/55, 1-960/50, 1-970/40, Dt. Babcock St. 7-160/6,4, 10-170/18,6, 1-170/28, 1-180/17, Dt. Babcock Vz. 7-170/7,6, Deutsche Bk. 7-458/135, 7-480/113, 10-590/40, 1-550/85, Dresdner Bk. 7-192,5/39, 10-260/7, 1-212,5/32, 1-250/15, GHH St. 7-157/9, 7-160/8,2, 10-160/16, 1-160/19, GHH Vz. 10-160/11, Hoechst 7-191/83, 7-201/24, 10-250/5, 1-250/12,6, 1-270/6, Hoesch 7-100/13, 7-110/3, 10-120/6, 1-120/9,8, 1-130/6,6 Karstadt 7-230/6,5, KHD 7-290/5, Klöckner 7-70/2,5, 10-70/7, 1-75/8, 1-80/6, Lufthansa St. 7-200/4,5, 10-220/8, 1-210/25, 1-230/10, Lufthansa Vz. 10-220/7,2, 1-220/10, Metallges. 1-270/35, Mannesmann 7-150/41, 10-210/5, 1-200/25, Nixdorf 10-600/50, 10-650/34, Preussag 7-290/22, 10-290/41, RWE St. 7-170/16, 10-180/20, 1-190/12,5, RWE Vz. 1-160/23, 1-180/12, Schering 10-530/30, Kali u. Salz 7-262/28,5, 7-272/18,6, Siemens 7-560/27,5, 10-640/10, 1-600/41, 1-630/25, Thyssen 7-83,25/3,2, 7-90/24,4, 10-130/5,1, 1-108,25/18,1, 1-110/18, Varta 1-240/16,4, Veba 7-190/27, 7-200/17, 10-230/5, 1-210/20, 1-220/15, VEW 10-140/10, VW 210/120, 7-230/101,25, 10-370/20, 1-240/93, 1-250/83,75, 1-270/73,25, Alcan 10-75/6,6, 1-80/7,5, Chrysler 1-120/4, IBM 7-380/6, 10-380/23, 10-400/11,7, Norsk Hydro 10-35/3,5, Philips 10-50/3,3, 1-45/8,2, 1-60/3,2, Sony 1-65/3,4, Sperry 10-170/7,5, 1-170/8, Xerox 7-150/5. **Verkaufsoptionen:** AEG 7-140/1, 7-150/3, 10-130/1,5, 10-140/4, 1-130/2,3, 1-140/7,1, BASF 7-220/0,90, 10-220/3, 1-220/5,2, Bayer 10-230/3, 1-220/5, BBC -230/9, BHF 10-320/6,15, Bay. Hypo 7-350/6,5, 10-340/6,2, BMW 10-400/4,4, 10-420/8, 10-420/25, 1-440/16, Commerzbk. 10-190/2,3, 10-200/5, 1-200/7,4, Conti 10-140/2,3, 1-140/3,3, 1-150/5,4, Daimler 10-790/5, 10-800/9,6, 1-810/12, 1-820/15, Deutsche Bk. 10-500/3, 10-540/10, 10-550/12, 1-540/14, 1-560/20, Dresdner Bk. 10-220/4,2, 1-220/5,9, Hoechst 10-210/2,1, 10-220/3,6, 1-210/4, 1-220/5,4, Karstadt 10-230/5, 1-230/9,6, KHD 10-270/8, Klöckner 10-70/3,5, 10-75/6,5, Mercedes 10-710/7, Mannesmann 10-180/1,5, 1-180/6, Preussag 1-270/3, Siemens 10-570/3,5, 10-580/6,9, 1-570/16,4, Thyssen 10-110/2, 1-110/3,4, 1-120/6, Veba 10-200/2,05, VW 10-300/4, 10-310/8, 1-320/15, Alcan 10-75/3,4 Chrysler 1-110/7.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 24. 6. 85; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat			geschlossen
3 Monate			geschlossen
6 Monate			geschlossen
12 Monate			geschlossen

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 24. 6. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)

	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1410,00	1789,80
10 US-Dollar (Indian)**)	1235,00	1498,00
5 US-Dollar (Liberty)	500,00	684,00
1 £ Sovereign alt	221,50	274,74
1 £ Sovereign Elizabeth II.	220,25	273,89
20 belgische Franken	171,25	223,73
10 Rubel Tscherwonez	231,75	291,56
2 südafrikanische Rand	216,75	268,76
Krüger Rand, neu	976,00	1152,54
Maple Leaf	980,75	1157,96
Platin Noble Man	842,00	999,78

Außer Kurs gesetzte Münzen*)

	Ankauf	Verkauf
20 Goldmark	230,75	291,56
20 schweiz. Franken „Vreneli"	171,25	223,73
20 franz. Franken „Napoléon"	170,50	222,87
100 österr. Kronen (Neuprägung)	904,50	1094,97
20 österr. Kronen (Neuprägung)	179,75	227,72
10 österr. Kronen (Neuprägung)	93,50	123,69
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	421,00	514,14
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	98,75	135,38

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

24. 6. 85	Frankfurt. Devisen Geld	Brief	Wechs.Frankfurt. Sorten*) Ankfs.-Kurs⁴)	Ankauf	Verkauf
New York²)	3,0690	3,0770	3,0639	3,01	3,11
London¹)	3,943	3,957	3,891	3,88	4,04
Dublin¹)	3,126	3,140	3,087	3,05	3,20
Montreal²)	2,2475	2,555	2,2318	2,19	2,29
Amsterd.	88,805	88,825	88,435	88,00	89,75
Zürich	119,550	119,750	118,665	118,25	121,00
Brüssel	4,953	4,973	4,924	4,85	5,06
Paris	32,735	32,895	32,405	32,00	33,75
Kopenh.	27,800	27,920	27,585	27,00	28,75
Oslo	34,780	34,900	34,290	34,00	35,75
Stockh.**)	34,670	34,830	33,855	34,00	35,75
Mailand³) **)	1,5635	1,5735	1,5340	1,52	1,62
Wien	14,208	14,248	14,182	14,13	14,35
Madrid**)	1,743	1,753	1,707	1,69	1,81
Lissabon**)	1,748	1,768	1,652	1,35	2,15
Tokio	1,2340	1,2370	–	1,195	1,255
Helsinki	48,130	48,330	47,360	47,25	49,25
Buen. Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*) **)	2,225	2,279	–	1,80	2,60
Frankf.	–	–	–	–	–
Sydney*)	2,033	2,025	–	2,00	2,10
Johannesbg.*)	1,5485	1,5675	–	1,20	1,45

Alles in Hundert; ¹) 1 Pfund; ²) 1000 Lire; ³) 1 Dollar; ⁴) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert. **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Im früheren Handel bewilligte man am 24. 6. für den US-Dollar 3,0880, der Kurs lag damit um 2,5 Pfennig über dem Vorwochenschluß in New York. Die Enttäuschung darüber, daß die erhoffte Diskontsenkung sich vorerst nicht einstellte, wirkte offensichtlich auch heute noch stimulierend. Bei mäßigen Umsätzen lag der Schwerpunkt des Handels später zwischen 3,07 und 3,0780. Der amtliche Kurs lautete 3,0730. Eine freundliche Tendenz entwickelte sich für das Englische Pfund, das mit 3,95 einen bisherigen Jahreshöchstkurs erreichte. US-Dollar in: Amsterdam 3,4660; Brüssel 61,97; Paris 9,3685; Mailand 1960,50; Wien 21,6020; Zürich 2,5683; Ir. Pfund/DM 3,133; Pfund/Dollar 1,2854; Pfund/DM 3,950.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 24. Juni: In D-Mark 2,24799 (Parität 2,24184); in Dollar 0,731219 (12. März 1979: 1,35444).

Ostmarkkurs am 24. 6. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 18,75; Verkauf 21,75 DM West.

Devisenterminmarkt

Auch zu Wochenbeginn kam es am Euromarkt zu einer Belebung der Euro-Dollar-Depots. Die Abschläge am Dollar-Termin-Markt notierten deutlich erweitert.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,59/0,49	1,81/1,71	4,00/3,90
Pfund/Dollar	0,52/0,50	1,45/1,42	2,49/2,44
Pfund/DM	2,9/1,5	7,3/5,9	12,9/11,5
FF/DM	21/5	47/31	88/72

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 24. 6.: Tagesgeld 5,35–5,45 Prozent; Monatsgeld 5,40–5,55 Prozent; Dreimonatsgeld 5,50–5,65 Prozent.

Privatdiskontsätze am 24. 6.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,90 B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 24. 6.: 4,5 Prozent; Lombardsatz 6 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. Juli 1985 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1985/7 (Typ A) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,61) – 6,50 (5,89) – 7,00 (6,14) – 7,00 (6,29) – 8,50 (6,66). Ausgabe 1985/8 (Typ B) 5,00 (5,00) – 6,25 (5,63) – 6,50 (5,91) – 7,00 (6,18) – 7,00 (6,35) – 8,50 (6,95) – 8,50 (7,17). Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,25, 2 Jahre 6,00. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 6,75, Kurs 100,00, Rendite 6,75.

Warenpreise – Termine

Mit leichten Gewinnen schlossen am Freitag die Gold-, Silber- und Kupfernotierungen an der New Yorker Comex. Schwächer gingen Kaffee und Kakao aus dem Markt.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	21. 6.	20. 6.
Juli	326,50	329,50
Sept.	327,75	330,75
Dez.	332,50	337,00
Weizen Winnipeg (can. $/t) Wheat Board cif.	21. 6.	20. 6.
St. Lawrence 1 CW	245,94	245,59
Amber Durum	224,99	226,14
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
Juli	122,20	122,20
Okt.	128,00	128,80
Dez.	132,00	132,00
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
Juli	112,50	112,60
Okt.	110,20	109,60
Dez.	109,50	108,80
Hafer Chicago (c/bush)	21. 6.	20. 6.
Juli	151,00	150,50
Sept.	144,00	145,00
Dez.	147,00	146,75
Mais Chicago (c/bush)		
Juli	274,00	274,50
Sept.	258,25	256,50
Dez.	253,00	251,00
Gerste Winnipeg (can. $/t)	21. 6.	20. 6.
Juli	125,20	125,00
Okt.	119,30	118,60
Dez.	118,60	118,10

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	21. 6.	20. 6.
Terminkontr. Juli	141,00	141,50
Sept.	143,10	144,20
Dez.	144,80	145,40
Kakao New York ($/t)	21. 6.	20. 6.
Terminkontr. Juli	1980	2033
Sept.	1972	2018
Dez.	1980	1990
Umsatz	4054	1987
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Juli	2,70	2,70
Sept.	2,78	2,70
Okt.	2,81	2,78
Jan.	3,05	3,00
März	3,49	3,36
Umsatz	12 550	24 800
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	21. 6.	20. 6.
	2,79	2,95
Kaffee London (£/t) Robusta-	21. 6.	20. 6.
Kontrakt Juli	2008–2009	2005–2008
Sept.	2054–2055	2057–2060
Nov.	2102–2104	2097–2100
Umsatz	1691	2351
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Juli	1750–1752	1781–1782
Sept.	1718–1720	1735–1736
Dez.	1687–1688	1705–1707
Umsatz	6619	2713
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Aug.	85,40–85,60	86,80–87,00
Okt.	86,40–86,60	87,80–88,00
Dez.	91,40–92,00	92,80–93,00
Umsatz	1597	1791
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)	21. 6.	19. 6.
schw. Sarawak spez.	geschl.	787,50
weißer Sarawak	geschl.	940,00
weißer Muntok	geschl.	950,00

Orangensaft New York (c/lb)	21. 6.	20. 6.
Juli	141,00	141,25
Sept.	137,25	136,70
Nov.	134,95	134,50
Jan.	133,90	133,25
März	134,05	133,50
Umsatz	500	700

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	21. 6.	20. 6.
Südstaaten fob Werk	37,00	37,00
Maisöl New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk	29,75	30,00
Sojaöl Chicago (c/lb) Juli	29,63	29,45
Aug.	28,70	28,45
Sept.	27,87	27,55
Okt.	26,85	26,60
Dez.	26,12	25,85
Jan.	25,70	25,45
März	25,45	25,10
Baumwollsaatöl New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk	30,00	32,50
Schmalz Chicago (c/lb) loco lose	19,00	18,50
Choice white hog 4% fr. F.	15,50	15,50
Talg New York (c/lb) top white	17,75	17,75
fancy	17,50	17,00
bleichfähig	15,75	15,75
yellow max. 10% fr. F.	14,00	14,00
Schweine Chicago (c/lb) Juni	49,50	49,35
Juli	48,15	50,20
Aug.	45,85	49,05
Schweinebäuche Chicago (c/lb) Juli	66,60	66,75
Aug.	66,00	66,15
Feb.	73,00	73,45
Häute Chicago (c/lb)	21. 6.	20. 6.
Ochsen einh. schwere River Northern	52,50	52,50
Kühe einh. schwere River Northern	48,00	40,00
Sojabohnen Chicago (c/bush) Juli	573,50	573,50
Aug.	570,00	570,00
Sept.	562,50	562,50
Nov.	565,75	565,75
Jan.	576,00	576,00
März	586,00	586,00
Mai	594,00	594,00
Sojaschrot Chicago ($/sht) Juli	122,90	122,90
Aug.	125,80	125,80
Sept.	128,40	128,40
Okt.	130,40	130,40
Dez.	135,00	135,50
Jan.	137,50	137,50
März	142,20	142,20
Leinsaat Winnip. (can. $/t)	21. 6.	20. 6.
Juli	342,60	343,00
Okt.	350,50	351,50
Dez.	355,50	356,50
Kokosöl New York (c/lb)	21. 6.	20. 6.
Westküste fob Werk	30,00	32,50
Erdnußöl Rotterdam ($/t)	24. 6.	21. 6.
jegl. Herk. cif	950,00	950,00
Leinöl Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank	695,00	695,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt) Sumatra cif	560,00	555,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk	217,00	216,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt) Philippinen cif	588,50	570,00
Leinsaat Rotterdam ($/t) Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	282,00	282,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb)	21. 6.	20. 6.
Kontrakt Nr. 2 Juli	60,20	61,85
Okt.	60,80	61,15
Dez.	61,00	61,38
März	62,10	62,25
Mai	62,30	62,53
Juli	62,38	62,61
Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis loco RSS-1:	42,00	42,00
Wolle Lond. (Neus. c/kg) Kreuzz. Nr. 2:	20. 6.	19. 6.
Aug.	528–533	533–535
Okt.	533–534	534–537
Dez.	533–534	534–536
Umsatz	–	–
Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge:	20. 6.	19. 6.
Juli	55,20	55,20
Okt.	55,40	55,40
Dez.	55,40	55,40
März	55,40	55,40
Umsatz	0	0
		Tendenz: –
Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißwolle Standardtype	20. 6.	19. 6.
Juli	645,0–649,0	674,0–650,0
Dez.	627,0–632,0	635,0–635,5
März	628,0–632,0	635,0–638,0
Umsatz	15	26
Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	20. 6.	19. 6.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded	570,00	570,00
Seide Yokoh. (Y/kg) AAA, ab Lager	20. 6.	19. 6.
Juni	12 358	12 249
Juli	12 296	12 227
Kautschuk London (p/kg)	21. 6.	20. 6.
Nr. 1 RSS loco	67,00–70,00	67,00–69,00
Juli	75,00	72,50
Aug	75,00	72,50
Sept.	75,00	72,50
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	21. 6.	20. 6.
Juli	geschl.	geschl.
Aug.	geschl.	geschl.
Nr. 2 RSS Juli	geschl.	geschl.
Nr. 3 RSS Juli	geschl.	geschl.
Nr. 4 RSS Juli	geschl.	geschl.
		Tendenz: –
Jute London (£/lgt)	21. 6.	19. 6.
BWC	905,00	905,00
BWD	885,00	885,00
BTC	905,00	905,00
BTD	885,00	885,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)		
Aluminium: Bas. London	24. 6.	21. 6.
laufend. Monat	308,64–309,04	314,73–315,12
drittfolg. Monat	317,55–317,96	321,62–322,01
Blei: Basis London		
laufend. Monat	122,27–122,67	122,90–123,29
drittfolg. Monat	121,08–122,28	120,93–121,03
Nickel: Basis London		
laufend. Monat	1705,47–1707,40	1715,44–1719,37
drittfolg. Monat	1691,62–1693,00	1699,68–1701,65
Zink: Basis London		
laufend. Monat	224,36–225,15	226,10–226,49
drittfolg. Monat	223,57–223,97	226,10–226,49
Produz.-Preis	270,78	271,78
Reinzinn 99,9%	4077–4118	–

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	24. 6.	21. 6.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	446,54–449,91	448,26–451,61
Blei in Kabeln	130,00–131,00	130,75–131,75
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 13 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	24. 6.	21. 6.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	401–406	403–408
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	448–453	450–455
MS 63	451–457	452–458

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt	20. 6.	19. 6.
(Ring./kg)	–	geschl.

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	24. 6.	21. 6.
Leg. 225	350–360	350–360
Leg. 226	350–362	350–362
Leg. 231	380–395	380–395
Leg. 233	390–405	390–405

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	24. 6.	21. 6.
Platin (DM je g)	29,25	29,25
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	31 530	31 740
Rücknahmepr.	30 780	30 990
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	31 890	31 930
Rücknahmepr.	30 890	31 130
verarbeitet	33 250	33 500
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	31 085	31 345
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	619,50	622,20
Rücknahmepr.	601,30	603,90
verarbeitet	646,70	649,50

Internationale Edelmetalle

Gold (US-$/Feinunze) London	24. 6.	21. 6.
10.30	314,10	315,25
15.00	314,65	313,45
Zürich mittags	314,30–314,80	313,00–313,50
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	94 500	94 550
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	474,85	484,50
3 Monate	488,80	498,30
6 Monate	502,40	512,00
12 Monate	529,70	539,50
Platin (£-Feinunze) London	20. 6.	19. 6.
fr. Markt	270,50	210,70
Palladium (£-Feinunze) London		
1. Händlerpr.	77,50	77,30

New Yorker Preise	21. 6.	20. 6.
Gold H & H Ankauf	313,45	318,10
Silber H & H Ankauf	614,50	620,00
Platin fr. Händlerpr.	273,00–276,00	273,00–276,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	97,00–98,00	98,00–99,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Juni	612,60	611,00
Juli	612,50	611,00
Sept.	620,00	618,50
Dez.	632,00	630,00
Jan.	637,70	635,70
März	645,80	643,60
Mai	654,60	652,10
Umsatz	8000	–

New Yorker Metallbörse

Kupfer (c/lb)	21. 6.	20. 6.
Juni	60,45	60,20
Juli	60,50	60,25
Sept.	61,00	60,75
Dez.	61,40	61,15
Jan.	62,50	62,25
März	62,75	62,50
Mai	63,10	62,95
Umsatz	500	15 200

Londoner Metallbörse

Aluminium (£/t)	24. 6.	21. 6.
Kasse	780,50–781,00	799,00–800,00
3 Monate	820,50–803,50	817,00–817,50
Blei (£/t) Kasse	309,00–310,00	312,00–313,00
3 Monate	306,00–306,50	307,00–307,25
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1108,0–1108,5	1117,0–1118,0
3 Monate	1121,0–1121,5	1130,0–1131,0
abends Kasse	–	–
3 Monate	–	–
(Kupfer-Standard) Kasse	1094,0–1096,0	1099,0–1102,0
3 Monate	1110,0–1112,0	1116,0–1118,0
Zink (£/t) Kasse	567,00–569,00	574,00–575,00
3 Monate	565,00–566,00	574,00–575,00
Zinn (£/t) Kasse	9785–9790	9780–9800
3 Monate	9510–9511	9527–9528
Quecksilber ($/Fl.)	–	–
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	–	–

Am 21. Juni 1985 verstarb im 76. Lebensjahr nach schwerer Krankheit der Präsident des Niedersächsischen Landtages

Bruno Brandes

Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
Inhaber der Niedersächsischen Landesmedaille

Der Verstorbene gehörte dem Landtag seit 1963 an. Von 1963 bis 1978 war er Vorsitzender des Landtagsausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, von 1965 bis 1970 und von 1976 bis 1982 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion und seit 1982 bis zu seinem Tode Präsident des Niedersächsischen Landtages.

Der Niedersächsische Landtag hat in Bruno Brandes einen mit hohen Gaben ausgestatteten Menschen und eine starke Persönlichkeit verloren, die in außergewöhnlichem Maße das politische Leben des Landes geprägt hat. Sein Leben hat er bis zuletzt in den Dienst am Lande Niedersachsen gestellt. Das Land schuldet ihm dafür Dank.

Heinrich Warnecke
Vizepräsident
des Niedersächsischen Landtages

Hannover, den 21. Juni 1985

Trauerfeier am Dienstag, dem 25. Juni 1985, um 12.30 Uhr in der Kapelle des Friedhofes Holzminden-Altendorf. Anschließend Beisetzung.

Die CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag betrauert den Tod von Landtagspräsident

Bruno Brandes

Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern und Schulterband des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
Inhaber der Niedersächsischen Landesmedaille

Seit 1963 gehörte er als Abgeordneter des Niedersächsischen Landtages unserer Fraktion an, davon fast 12 Jahre als deren Vorsitzender.

Die CDU-Fraktion dankt dem Verstorbenen für seine Arbeit und seine unbestreitbaren Leistungen für das Land Niedersachsen.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Dr. Werner Remmers
Fraktionsvorsitzender

Dr. Paul H. Schulitz

Mein geliebter Mann, unser lieber gütiger Vater und Großvater ist nach einem erfüllten Leben und langem Leiden im 82. Lebensjahr am 20. Juni 1985 von uns gegangen.

In tiefer Trauer

Marianne Schulitz geb. Putzenius
Prof. Dr. Klaus-Peter Schulitz
und Gabriele geb. Schuhmacher
Monika Vortmeyer geb. Schulitz
und Prof. Dr. Dieter Vortmeyer
Prof. Helmut C. Schulitz
und Monika geb. Fels
Angelika Schulitz
und Werner Banfeldt
und 12 Enkelkinder

Saselbergweg 97, Hamburg 65

Trauerfeier am Montag, dem 1. Juli 1985, um 12 Uhr auf dem Friedhof Hamburg-Ohlsdorf, Kapelle 10. Anschließend Beisetzung bei Kapelle 1.

Am 21. Juni 1985 starb im Alter von 75 Jahren der Präsident des Niedersächsischen Landtages, Herr

Rechtsanwalt und Notar

Bruno Brandes

Herr Brandes hat sich als stellvertretender Vorsitzender unseres Aufsichtsrates seit vielen Jahren mit allen seinen Kräften um unser Unternehmen verdient gemacht.

Aufsichtsrat, Geschäftsführung und Mitarbeiter werden Bruno Brandes ein ehrendes Andenken bewahren.

Studio Hamburg Atelier GmbH

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates	Der Vorsitzende der Geschäftsführung
Jobst Plog	Dr. Martin Willich

FINANZANZEIGE

DYCKERHOFF ZEMENTWERKE AKTIENGESELLSCHAFT
Wiesbaden
Wertpapier-Kenn-Nr. 559 100, 559 103

Dividendenbekanntmachung

In der ordentlichen Hauptversammlung unserer Gesellschaft vom 24. Juni 1985 wurde für das Geschäftsjahr 1984 eine Dividende von

DM 6,– pro Aktie im Nennwert von DM 50,–

beschlossen. Mit der Dividende ist für anrechnungsberechtigte Aktionäre eine Steuergutschrift von DM 3,38 pro Aktie verbunden.
Die Dividende wird ab sofort unter Abzug von 25% Kapitalertragsteuer gegen Einreichung des **Gewinnanteilscheins Nr. 45** der Stammaktien und Vorzugsaktien bei unserer Gesellschaftskasse sowie bei folgenden Zahlstellen bzw. deren Niederlassungen ausgezahlt:

Dresdner Bank AG,
Bank für Handel und Industrie AG,
Deutsche Bank AG,
Deutsche Bank Berlin AG,
Berliner Handels- und Frankfurter Bank,
Deutsche Genossenschaftsbank,
Bankhaus Gebrüder Bethmann,
Commerzbank AG,
Berliner Commerzbank AG,
Wiesbadener Volksbank eG.

Der Abzug der Kapitalertragsteuer entfällt bei solchen Aktionären, die ihrer Depotbank eine „Nichtveranlagungsbescheinigung" des für sie zuständigen Finanzamtes eingereicht haben. In diesem Fall wird auch das Steuerguthaben durch die auszahlende Bank vergütet.

Wiesbaden, den 25. Juni 1985 DER VORSTAND

Am 31. März 1985 kam es in Istanbul zu einem Vertragsabschluß über einen Lieferumfang in Höhe von 15 Millionen Dollar zwischen dem belgischen Unternehmen CMI Cockerill Mechanical Industries (Seraing, Belgien) und der Türkischen Gesellschaft Enka Insaat Ve Sanayi A. S. Vertragsgegenstand ist die Lieferung von vier Hitze-Rückgewinnungskesseln, die hinter den BBC-Gasturbinen des zur Zeit errichteten 600-MW-Thrace-Kombi-Kraftwerks in Hamitabad (Türkei) eingebaut werden sollen.
Enka Insaat Ve Sanayi A. S., wichtigste im Bausektor aktive Tochtergesellschaft des führenden türkischen Konzerns Enka Holding Investment Company Inc., wurde gemeinsam mit der Brown Boveri C[ie] A. G. (Mannheim, BRD) von der Türkischen Elektrizitätsbehörde (TEK) mit der schlüsselfertigen Erstellung des Hamitabad Kraftwerks betraut.
Der Vertrag sieht vor, daß C. M. I. das gesamte Engineering der Hitzerückgewinnungsdampfgeneratoren, die Lieferung der Ausrüstung, die Überwachung des Einbaus sowie die Inbetriebnahme der vier Kessel übernimmt. Die Herstellung bestimmter Ausrüstungen sowie der komplette Bau des Kraftwerks wird von Cimtas, einer anderen Tochtergesellschaft der Enka Holding Investment Company Inc., durchgeführt.
Die Zentrale in Hamitabad zählt zu den leistungsfähigsten Heizkraftwerken der Welt. Dieser Auftrag ist also eine hervorragende Referenz für diesen Heizkesseltyp, der von A bis Z von CMI entworfen und entwickelt wurde.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns, (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tageschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Heinz-Rudolf Scheika (stellv.), WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje

Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Thomas L. Kielinger (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD. Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Bankschuldverschr.

Bundesbahn

Festverzinsliche kaum beachtet

Zum Wochenbeginn lagen die Notierungen an den Rentenmärkten bei den geringen Umsätzen im wesentlichen unverändert. Weder der Bundesbankbeschluß der Vorwoche noch die aufgrund der positiven Entwicklung von Zinsen und Konjunktur in den Vereinigten Staaten klar festeren Notierungen an den US-amerikanischen Rentenmärkten brachten Anregungen. Die Durchschnittsrendite öffentlicher Anleihen betrug wiederum etwa 6,85 Prozent. Die Notierungen schwankten um 0,15 DM nach beiden Seiten.

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Wandelanleihen

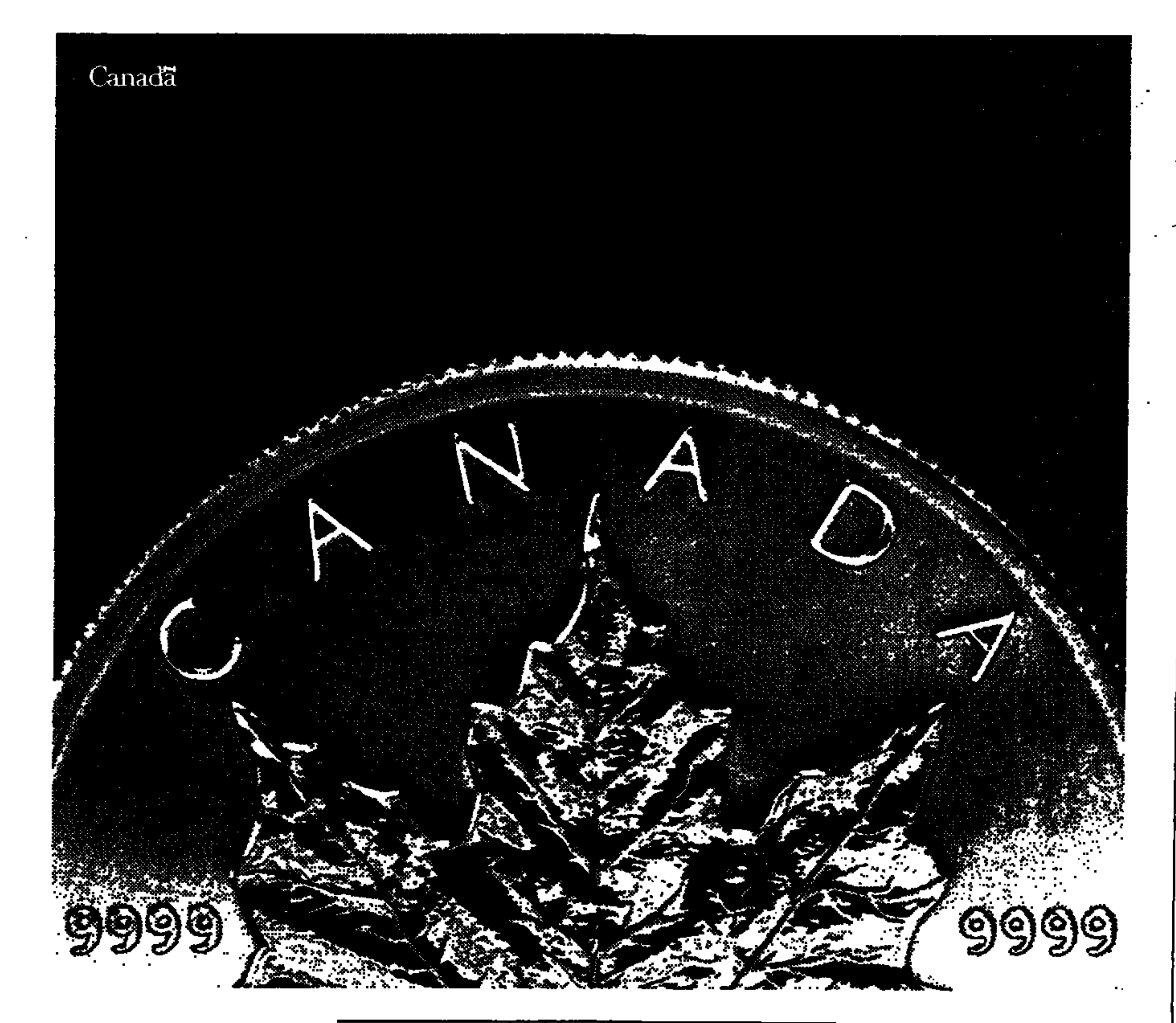
Währungsanleihen

Wandelanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Ausländische Aktien in DM



Es gibt noch Werte, auf die man sich verlassen kann: reines Gold und Kanada.

Den Erwerb von Gold sollte man heute unter dem Aspekt der Sicherheit sehen – als Versicherung, die Ihre persönliche Finanzkraft und Unabhängigkeit in alle Zukunft erhält. Genauso wie hochwertige Goldreserven (995/1000 Gold oder reiner) den Staatsbanken der Welt zur Absicherung des Staatsvermögens dienen.

Eine Versicherung ist natürlich immer nur so gut wie das, was dahintersteht. Deshalb sollten Sie sich von den Vorteilen von Gold-Maple-Leaf-Münzen aus Kanada überzeugen.

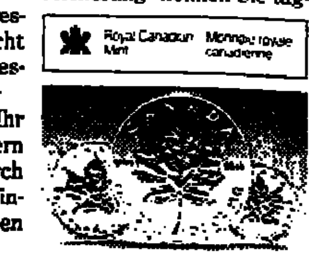
Kanadas Gold-Maple Leaf wird in der ganzen Welt anerkannt, deshalb kann man ihn ohne teure Reinheitsanalysen wieder veräußern. Sie bezahlen zwar bei der Anschaffung einen kleinen Handelsaufschlag, bekommen jedoch beim Wiederverkauf einen Teil davon zurück. Kanadas Gold-Maple Leaf ist die Münze mit dem höchsten Reinheitsgehalt. Er hat einen Feingoldgehalt von 999,9/1000, enthält keinerlei Legierungsmetalle, die ohnehin nur das Gewicht und nicht den Wert steigern, und er garantiert mit jeder Münze eine volle Unze reinsten kanadischen Goldes.

Die kanadische Regierung, die den Gold-Maple Leaf herausgibt, steht voll für diese Garantie ein. Zum einen durch die Einprägung des Staatssymbols, des Ahornblattes – zum anderen durch die Anerkennung des Gold-Maple Leafs als gesetzliches Zahlungsmittel eines stabilen, unabhängigen und freien Landes.

Den Wert Ihrer „Vermögensabsicherung" können Sie täglich dem Wirtschaftsteil der Tagespresse entnehmen: er entspricht pro Gold-Maple Leaf der Tagesnotierung für eine Unze Gold.

Warum also wollen Sie Ihr Vermögen nicht genauso absichern wie die Staatsbanken? Durch Gold, dessen Herkunft und Reinheit garantiert ist – durch den Gold-Maple Leaf aus Kanada.

Royal Canadian Mint · Monnaie royale canadienne



¼ Unze 1 Unze ½ Unze

Gold-Maple Leaf. Für Reinheit gibt es keinen Ersatz.

Den Gold-Maple Leaf bekommen Sie bei den meisten deutschen Banken und Sparkassen.

FINANZANZEIGE



Zusammengefaßte Bilanz zum 31. Dezember 1984

AKTIVSEITE	Mill. DM
Langfristige Ausleihungen	16077,1
Ausgleichs- und Deckungsforderungen	21,3
Wertpapiere	14,1
Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiroguthaben, Schecks	2,8
Kurz- und mittelfristige Forderungen	582,0
Eigene Schuldverschreibungen	109,3
Zinsen für langfristige Ausleihungen	344,0
Durchlaufende Kredite	77,6
Beteiligungen	0,5
Grundstücke und Gebäude	7,2
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1,5
Sonstige Vermögensgegenstände	0,2
Rechnungsabgrenzungsposten	0,1
	17237,7

PASSIVSEITE	Mill. DM
Begebene Schuldverschreibungen (einschl. Lieferverpflichtungen)	15308,8
Aufgenommene langfristige Darlehen	558,5
Kurz- und mittelfristige Verbindlichkeiten	118,0
Zinsen für begebene Schuldverschreibungen und aufgenommene Darlehen	637,2
Durchlaufende Kredite	77,6
Rückstellungen	43,1
Sonstige Verbindlichkeiten	1,1
Rechnungsabgrenzungsposten	110,5
Grundkapital	44,0
Offene Rücklagen	322,4
Bilanzgewinn	16,5
	17237,7

Zusammengefaßte Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr 1984

AUFWENDUNGEN	Mill. DM
Zinsen für Schuldverschreibungen und aufgenommene Darlehen	1194,4
Andere Zinsen	10,7
Einmalige Aufwendungen im Emissions- und Darlehensgeschäft	27,4
Abschreibungen und Wertberichtigungen	27,0
Personalaufwendungen	22,1
Steuern	51,1
Sonstige Aufwendungen	10,7
Einstellung in offene Rücklagen	16,4
Jahresüberschuß nach Rücklagenzuführung	16,5
	1376,3

ERTRÄGE	Mill. DM
Zinsen von Hypotheken- und Kommunaldarlehen	1210,1
Andere Zinsen	113,7
Einmalige Erträge aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	50,1
Sonstige Erträge	2,4
	1376,3

Der vollständige, mit uneingeschränktem Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers versehene Jahresabschluß wurde am 13. Juni 1985 im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Die ordentliche Hauptversammlung am 23. Mai 1985 beschloß für das Geschäftsjahr 1984 die Ausschüttung einer **Dividende von DM 10,– sowie eines Bonus von DM 2,50 je Aktie zu DM 50,–** (Wertpapier-Kenn-Nr. 807 800) und die weitere Dotierung der Rücklagen mit 5,45 Mill. DM.

AUFSICHTSRAT: Dr. Wolfgang Röller (Vorsitzender), Dr. Wolfgang Leeb (stellv. Vorsitzender), Dr. Heinz Gerhardt, Dr. Friedhelm Gieske, Dr. Alfred Hetzel, Peter Hoffmeister, Hans-Joachim Kraus, Werner Rotermund, Dr. Wilhelm Scheider, Waltraud Scherer, Dr. Louis Storck, Prof. Dr. Friedrich Thomée, Dr. Hans-Otto Wieschermann, Dr. Gerd Wollburg, Eberhard Zeiger.

VORSTAND: Paul-Ernst Penndorf, Dr. Claus Bingold, Dr. Rainer Jaeckle, Hermann Schnüll.

Frankfurt am Main – Bremen, im Juni 1985

DER VORSTAND

Krieger der Kokosnüsse

H. B. – Sind Kokosnüsse, auch wenn sie einem nicht auf den Kopf fallen, lebensgefährlich? Hinterhältige Tropenfrüchte, auf den Palmen des fernen Mikronesien wachsend, die fähig sind, ihre Radioaktivität fast ein Menschenalter lang zu bewahren? So muß es wohl sein, wenn wir den Weltverbesserern von Greenpeace glauben dürfen, den allzeit Wachsamen, die jeder Gefahr auf die Spur kommen – selbst der, die den Insulanern von Rongelap im fernen Mikronesien droht. Nein, gedroht hat. Denn das Greenpeace-Schiff mit dem ebenso lieblichen wie bellikosen Namen „Regenbogen-Krieger" (Rainbow Warrior) hat den heiteren Tagen mit braunen Menschen, wie sie Richard Katz einst erlebte, ein jähes Ende gesetzt.

Es hat die braunen Menschen von Rongelap nach Mejato, einem anderen Atoll am entgegengesetzten Extrem der langgestreckten Gruppe der Marshallinseln, ausgelagert. Wohlgetan. Ist doch daran zu erinnern, daß 1954, also vor 31 Jahren, in der Nähe des Atolls ein Versuch mit einer Wasserstoffbombe unternommen wurde. Die nächsten vier Jahre klagten die schönen Insulanerinnen, daß es bei ihnen mit der Fortpflanzung nicht wie sonst klappte. Es gab Fehlgeburten und zurückgebliebene Kinder. Seither keine Klagen mehr. Die Kokosnüsse sollten schuld sein. Doch die Inselbewohner vergaßen 1954 nicht, denn ihr Atoll ist weniger ergiebig als andere Inseln – schließlich ist das Paradies nicht überall gleich paradiesisch.

Die Verwaltung der Marshallinseln wollte von der Zuweisung eines besseren Atolls nichts hören. Sie entschuldigte sich mit Geldmangel und tat das, was alle tun, wenn sie ein Problem haben – sie gab das Problem an die USA weiter. Die aber fanden heraus, daß die Radioaktivität von Rongelap bei weitem nicht reichte, um einen Umzug zu rechtfertigen.

Eine prachtvolle Gelegenheit für Greenpeace, sich der Sache anzunehmen. Mitregieren, um den Regierenden zu beweisen, wie falsch sie alles machen, ist eine der Lieblingsbeschäftigungen der Rechthaber aller Zeiten. Was hilft es, daß die Amerikaner im zuständigen UNO-Ausschuß erklärten, die Braunen seien Opfer fremder Einmischung geworden? Der Umzug, Schweine und Hühner inklusive, hat stattgefunden. Da bleibt nur zu hoffen, daß diese sich auf dem neuen Atoll noch paradiesischer fühlen als in Rongelap.

Werbespot oder Spielfilm en miniature? – Der Videoclip gewinnt Terrain

Exotische Millionen-Thriller

Im Herbst 1981 standen die Plattengeschäfte im texanischen Dallas vor einem Rätsel. In einer Hälfte der Stadt wurde ihnen die erste LP der völlig unbekannten britischen Gruppe „Duran Duran" aus den Händen gerissen, während sie in der anderen auf den Regalen verstaubte. Das Rätsel wurde schnell gelöst. Der eine Stadtteil war verkabelt, der andere nicht. Und über Kabel kam seit kurzem MTV (Music Television) auf die Bildschirme, jener Kanal, der den jugendlichen Musikkonsumenten eine neue, starke Droge verabreichte: Videoclips.

Mit einem Mal wurde die visuelle Phantasie zu der musikalischen gleich mitgeliefert. Vorbei die Zeiten, als der Sänger sich auf der Bühne von der Kamera beobachten ließ oder im Studio zum Playback den Mund öffnete und schloß. Ein Clip arbeitet mit stärkeren Reizen. Für die Dauer eines Titels durchstreift der Interpret Luxusapartments, triste Abbruchviertel oder sonnengebleichte Strände, agiert in einer von 90 auf drei Minuten komprimierten Spielfilmhandlung oder macht Platz für Computer-Animation, bei der Dalis und Magrittes surreale Visionen mit Rockmusik verschmelzen.

Clipbilder haben exzentrisch, exotisch, erotisch zu sein; aufs äußerste stilisiert spiegeln sie versteckte Gewalt und existentielle Verlorenheit wieder und überschreiten nicht selten, mit Frauen als Sexualobjekt, die Grenze zum Softporno.

Stärker als die traditionellen visuellen Kunstformen entziehen sich Rockvideos einer Beschreibung. Sie basieren auf einer kontinuierlichen, rasend schnellen Assoziationsmontage, deren Sinn sich (wenn überhaupt) erst zusammen mit der akustischen Information, Liedtext und Rhythmus, erschließen läßt.

Die Wurzeln dieser Musik zum Sehen reichen bis ins Deutschland der dreißiger Jahre zurück. Schon der Experimentalfilmer Oskar Fischinger hatte sich mit abstrakten Animationen im musikalischen Rhythmus beschäftigt. Der Glanzzeit des Hollywood-Musicals folgten die Musikfilme mit Elvis und den Beatles, und schließlich half das Fernsehen mit seinen Pop-Shows, die Stars zu vermarkten.

Angeheizt durch John Travoltas Discofieber, erreichten Tonträger 1978 auf dem US-Markt einen Rekordumsatz von 4,1 Milliarden Dollar. Im nächsten Jahr jedoch fielen die Umsätze um zehn Prozent. Die Phonoindustrie suchte nun nach einer neuen Verkaufsstrategie, um die Stationen zu umgehen, die unwillig waren, nicht etablierte Künstler zu spielen. Die Ansätze waren vorhanden. Seit geraumer Zeit experimentierten Bands mit Video, entweder, um sich ein visuelles Image aufzubauen oder, um sich die kostspieligen Tourneen und ermüdenden Fernsehauftritte ersparen zu können.

Der Medienriese Warner Communications entdeckte hier die Marktlücke: MTV, der Kanal für die 12- bis 14jährigen, die revolutionäre Verbindung von Werbung und Unterhaltung. Eine Plattenfirma produziert für 20 000 oder 30 000 Dollar mit ihrer Gruppe ein Video und läßt es MTV gratis wieder und wieder abspielen. Den Gewinn streichen beide ein, die Firmen in Form hochschnellender Verkaufszahlen, MTV durch Abonnentengebühren.

Inzwischen hat der Videoclip die amerikanische Gesellschaft durchdrungen. Mit ihm läßt sich alles besser verkaufen, für die Plattenindustrie ist er mittlerweile unentbehrlich. Bedeutete einst für Stummfilmstars der Ton das Ende, geraten heute Popstars ohne optische Präsenz ins Hintertreffen. In Restaurants, Cafés und Clubs bekommt man die Clips als Beilage. Den Klatsch beim Friseur ersetzt der Blick auf den Schirm, und über Kegelbahnen flimmert ein überdimensionaler Michael Jackson.

Robert Orr aus Indiana, mit 66 Jahren ältester Gouverneur eines Bundesstaates, versucht seine Wiederwahl zu sichern, indem er mit einer Rockgruppe in deren neuestem Video auftritt. Orr hofft damit, von der Wirkungspsychologie der Clips zu profitieren. Die funktionieren nach dem Prinzip der Konditionierung. Wer ein Rockvideo einmal gesehen hat (und MTV sorgt dafür, daß man es häufiger sieht), speichert die Bilder im Gedächtnis. Hört er den Song später im Radio wieder, ruft die Musik diese Bilder wieder ab, begleitet von dem Verlangen, sie erneut zu sehen.

Beim Betrachten dieser Videos, deren Einstellungen selten länger als drei bis vier Sekunden dauern, hat das Auge gerade Zeit, sich kurz auf einen Punkt zu fixieren; der gesamte übrige Bildinhalt erreicht allenfalls das Unterbewußte. Selbst dieser eine Punkt, etwa eine Rose, kann nur noch als reiner Bedeutungsträger erfaßt werden, die Bedeutungen selbst gehen verloren. Assoziationen wie „Frieden" oder „Liebe" sind bei Videoclips nicht mehr möglich; der Zuschauer fühlt sich von der Bilderflut erschlagen.

In Giorgio Moroders Disco-Vergewaltigung von Fritz Langs Stummfilm „Metropolis", Musikfilmen wie „The Wall", „Footloose" und „Flashdance" zeitigt die neue Video-Ästhetik bereits Wirkung. Die Musik bestimmt den Schnittrhythmus, Handlung und Charaktere treten in den Hintergrund, und Sequenzen werden austauschbar. Tatsächlich wurde noch am Schneidetisch von „Flashdance" die Reihenfolge mehrerer Szenen geändert.

Nicht allein die Ästhetik der Clips hält in Filmstudios Einzug, auch ihre bisher unbekannten, weil in keinem Vorspann genannten Regisseure dringen zunehmend in die Filmbranche ein. Umgekehrt lassen sich große Namen wie Antonioni und Spielberg ab und zu für einen Werbeclip ködern. Die wirklich kreativen Minifilme stammen jedoch von Videospezialisten, die für jede Produktion von den Plattenfirmen neu beauftragt werden. Keefco, eine der ältesten englischen Produktionsfirmen, hat in acht Jahren mit nur drei Festangestellten über 630 Rocksplitter zustande gebracht, kommt mit zwei Arbeitsräumen in einem Londoner Vorort aus und mietet für jeden Auftrag Studio, Kameras und Requisiten neu an.

Indessen sind die Musikvideos in den USA längst den Kinderschuhen entwachsen. Die Produktionskosten steigen und haben in Ausnahmefällen – wie Michael Jacksons „Thriller" – die Millionen-Dollar-Grenze überschritten.

MTV erhält zwar seit kurzem die neuesten Clips von den größten Firmen exklusiv, muß dafür aber zahlen. Und schon länger muß sich die Rockstation der Konkurrenz von anderen Kabelanbietern erwehren, die all das senden, was MTV nicht spielt: schwarze Künstler, Country & Western, Pop.

Oft als schlampig und schmutzig abgetan, haben trotzdem eine ganze Reihe von Clips mit ihrer neuen Ästhetik auf Film- und Videofestivals Aufsehen erregt. In Deutschland hat man sich um diese Avantgarde bislang kaum gekümmert. Erst jetzt beim Filmfest in München wird den Musikvideos erstmals eine eigene Sektion eingeräumt.

Doch die Videokünstler hierzulande zeigen wenig Neigung, sich vor den Werbekarren spannen zu lassen. Stars wie Nena machen ihre Clips im Ausland. Eine einzige Sendung der Öffentlich-Rechtlichen, „Formel Eins" im Dritten, zeigt jede Woche ausschließlich Musik-Videos.

Während in Amerika und Italien Musikkanäle die Filmsplitter 24 Stunden am Tag ausstrahlen, in England die Trends kreiert werden und Frankreichs Kulturminister seine Clips staatlich fördern läßt, ist man in Deutschland dabei, die weitreichendste Veränderung der Filmsprache seit der „Nouvelle Vague" zu verschlafen.

HANNS-GEORG RODEK

Idee und Bildnis des Menschen als Thema: Der Maler Albert Weisgerber im Selbstporträt (1914) FOTO: DIE WELT

Ludwigshafen: Erinnerung an Albert Weisgerber

Ein letzter Feldpostbrief

Auf einem Faschingsfest des „Simplizissimus" in München spielten sie „Kriegerverein". Thoma und Thöny waren die Hauptakteure. Auch Albert Weisgerber war dabei, der soeben mit einem großen Porträt des Dichters Ludwig Scharf, des damaligen „Königs der Bohème", seinen jungen Ruhm begründet hatte, und Theodor Heuss, der über diesen denkwürdigen Abend in seinen Jugenderinnerungen berichtet hat. Ludwig Thoma hatte dafür eigens einen parodistischen Einakter verfaßt, der apotheotisch mit einem „lebenden Bild" abschloß, das Anton von Werner verulken sollte. Weisgerber stellte darin einen heimkehrenden Krieger dar, und Heuss erzählt, er habe „mit unverdrossener Ausdauer" Soldatenlieder gesungen.

Das war Fasching, war 1905. Zehn Jahre später war das alles blutiger Ernst; die Soldatenlieder waren auf den Lippen des einst so lebensvollen Malers erstorben. Es blieb ihm versagt, die Rolle des heimkehrenden Kriegers in der Wirklichkeit zu wiederholen. Albert Weisgerber ist am 10. Mai 1915 in Flandern gefallen, gerade 37 Jahre alt. In diesem Alter hat man noch kein Lebenswerk vollendet. Dennoch sind Umfang und Reichweite von Weisgerbers Schaffen bedeutend, sein künstlerischer Rang unbestritten. In knapp zwei Jahrzehnten malte er etwa 430 Bilder (210 davon sind verschollen und wahrscheinlich für immer verloren). Die Zeichnungen sind nicht zu zählen.

Es kennzeichnet das Ansehen Weisgerbers auch unter Kollegen, daß die Gründer der „Neuen Secession" ihn 1913 zu ihrem ersten Vorsitzenden wählten. Die Museen in Bremen, Köln, Wuppertal kauften seine Bilder; für den „Absalom" (heute in Hamburg) zahlte die Staatliche Galerie München ein Jahr nach Weisgerbers Tod die „fabelhaft anmutende" Summe von 12 000 Goldmark.

Bereits zehn Jahre zuvor hatte die Münchner Pinakothek ein (inzwischen verschollenes) Gemälde Weisgerbers erworben, und es kennzeichnet seine Selbstkritik, daß er sich nicht darüber freuen konnte. „Sie haben mein Bild für die Pinakothek angekauft", schrieb er seinem Freund Gino de Finetti, „ich hätte weinen mögen, daß das jetzt schon geschehen ist, ich glaubte, einmal würdiger dort zu hängen." Diese Hoffnung sollte sich mit dem „Absalom" erfüllen. In diesem Gemälde hat Weisgerbers großartige Entwicklung zu einem monumentalen Figurenstil ihren letzten Höhepunkt gefunden, eine Entwicklung, die in ihrer Konsequenz zur Wandmalerei geführt hätte.

In der Nacht vom 8. zum 9. Mai 1915 gelangte ein Feldpostbrief in den Schützengraben vor Lille mit dem Angebot an Weisgerber, Fresken für die Eingangshalle des Stettiner Museums zu malen. „Einen Augenblick", erinnert sich sein Kriegskamerad Georg Dehn, „ging ein Freudenstrahl über das tieftraurige Gesicht, aber dann fiel Weisgerber in sein dumpfes Brüten zurück. Draußen ließ das feindliche Trommelfeuer Teile des Ortes in Flammen aufgehen. Wir mußten jeden Augenblick auf unseren Einsatz zum Gegenangriff gefaßt sein." Bei diesem Gegenangriff fand der Kompanieführer Weisgerber am folgenden Tag den Tod.

Der 70. Wiederkehr dieses Tages gedachte die Heimatstadt Weisgerbers, St. Ingbert/Saar, mit einer Ausstellung besonderer Art; sie wurde jetzt von Wilhelm-Hack-Museum (Rudolf-Scharpf-Galerie) in Ludwigshafen übernommen. Wilhelm Weber, der verdienstvolle Sachwalter des Weisgerberschen Œuvres, hat sie unter dem Motto „Selbstbildnisse, Familie, Freunde" zusammengestellt. Sie zeigt neben Dokumenten und Fotografien fast ausschließlich Bildnisse und Selbstbildnisse.

In Ludwigshafen wurde sie aus dem Eigenbesitz des Museums ergänzt, vor allem durch das wichtige Gemälde „Sebastian mit Reiter", das hier durchaus einen Platz beanspruchen darf, weil es, wie alle Sebastian-Darstellungen Weisgerbers, auch die persönliche Sphäre des Künstlers berührt. Idee und Bild des Menschen waren allzeit das Thema seiner Malerei, die er als Darstellung menschlicher Existenz und menschlichen Handelns begriff. Es beschäftigte ihn immer wieder im Porträt und Selbstporträt; zuletzt steigerte er es zu religiösen und mythischen Visionen (bis 28. Juli; Katalog 10 Mark).

EO PLUNIEN

JOURNAL

Das Beethovenfest als Messiaen-Festival

Schü. Bonn

Das XXXII. Bonner Beethovenfest vom 7. bis 29. September 1986 stellt das Werk Olivier Messiaens neben das von Beethoven (vergl. WELT v. 21. 6.). Mit der Aufführung nahezu aller Hauptwerke, darunter mit 200 Mitwirkenden „La Transfiguration de Notre Seigneur Jésus-Christ", „Des canyons aux étoiles" und die Turangalila-Sinfonie, veranstaltet Bonn die bislang umfangreichste Retrospektive auf das Schaffen des großen alten Mannes der zeitgenössischen französischen Musik. In einer Koproduktion mit dem Niederländischen Rundfunk und dem Flandern-Festival gibt es die erste Wiederaufführung der Messiaen-Oper „Saint François d'Assise" nach der Uraufführung 1983 in Paris. Acht Wochen nach der amerikanischen Uraufführung soll das Orgelwerk „Livre du Saint Sacrament" seine europäische Erstaufführung erleben. Kammer- und Klaviermusik komplettieren das Bonner Messiaen-Fest.

Dessauer Bauhaus wird Begegnungsstätte

dpa, Berlin

Das Dessauer Bauhaus soll von 1986 an eine internationale Stätte des Erfahrungsaustausches von bildenden Künstlern, Architekten und Designern werden. Nach der dann abgeschlossenen Umgestaltung zu einem nationalen Forschungs- und Bildungszentrum wird es Möglichkeiten für Workshops und Weiterbildungsseminare bieten, meldete die „DDR"-Nachrichtenagentur ADN.

Historische Ausstellung: Fahrkarten aus 150 Jahren

DW. München

„Die Fahrkarte gehört zu den ehrlichsten Druckerzeugnissen der Welt", schrieb der Dichter Reiner Kunze. Zumindest müssen ihre Angaben korrekt und erschöpfend sein. Aus Anlaß des 150jährigen Jubiläums der deutschen Eisenbahn zeigt das Deutsche Museum in München die Ausstellung „Die Fahrkarte", die in ihrer Art bislang einmalig ist. Zu sehen sind Fahrkarten der Ludwigseisenbahn von 1835, Kartonbillette, wie sie der Engländer Thomas Edmonson im 19. Jahrhundert erfunden hat, bis hin zu den Platzkarten der Bundesbahn. Die Ausstellung dauert bis zum 5. Oktober und wird von einem informativen Katalog (24 Mark) begleitet.

Franz-Kafka-Preis an Herbert Eisenreich

DW. Klosterneuburg

Der Philosoph und Schriftsteller Herbert Eisenreich, Mitarbeiter der WELT, erhält den diesjährigen Franz-Kafka-Literaturpreis. Die Verleihung findet am 28. Juni im Festsaal des Klosterneuburger Rathauses statt. Wendelin Schmidt-Dengler hält die Laudatio, Miguel Herz-Kestranek liest aus Werken Herbert Eisenreichs.

Barbara Toporska †

J. G. G. Köln

Nach langjähriger schwerer Krankheit ist im Münchener Exil die „Grande Dame" der polnischen Exilliteratur und Publizistik, Barbara Toporska-Mackiewicz, verstorben. Wie ihr Mann, der exilpolnische Romancier Jozef Mackiewicz, der vor vier Monaten starb, begann sie ihre publizistische Tätigkeit vor dem Krieg in Wilna (heute Litauen). Nach der Flucht vor den Sowjets arbeitete sie für das nationalpolnische Armeekorps unter General Anders in Italien. Später war sie bei der „Voice of America" tätig. In ihren publizistischen Arbeiten setzte sie sich vor allem mit Problemen des kommunistischen Totalitarismus auseinander.

„Maulwerke" und „Körper-Sprache": Das Wochenende des Komponisten Dieter Schnebel in Hamburg

Dem Über-Ich die Daumenschrauben angesetzt

Die Idee spricht für sich: Man lädt einen Komponisten ein, sich ein Wochenende lang in mehreren Werken komplex darzustellen. Das gibt den an Musik Interessierten die Gelegenheit, Vorurteile und Berührungsängste zu überwinden, zumal wenn der Präsentierte geduldig Fragen beantwortet und Autogramme verteilt. Komponistenporträts, wie die Hamburgische Staatsoper sie von Zeit zu Zeit anbietet, können aber auch Schaden anrichten: Wenn am Ende diejenigen recht zu behalten scheinen, die schon immer wußten, daß avangardistisch „verrückt" spielt, wem es an gesellschaftlicher Moral und solider Kunstfertigkeit gebricht.

„Schnebel satt" lautete jetzt die Losung. Mit vier Werktiteln warb Dieter Schnebel in der „opera stabile" und der Musikhalle um die Gunst des Hamburger Publikums: „Laut – Gesten – Laute", nunmehr vollständig gefaßt, „Maulwerke-85", „Körper-Sprache-85" und – tintenfrischer Kontrapunkt – fünf Sinfonie-Stücken für Orchester.

Als Nachhol-Information war, was der Theologe, Komponist und Professor der Berliner Hochschule der Künste in der „opera stabile" bot, an der Alster durchaus am Platze, zumal vor dem Hintergrund jubeljährlich bedingter Orgelwochen, Musiktage und „Klingender Meile". Schnebels Gesten und Laute, Maulwerke und Körpersprachen haben unbestritten ihren ästhetischen Stachel und psychologischen Biß gehabt – vor reichlich zehn Jahren, als die elektronisch vergrößerten Atemzüge, Gurgelgeräusche, Lippen-, Mund- und Mienenspiele, auf die Beschädigung des Menschen deutend, in eine Musikzone einfielen, die sich allmählich aus den Zwängen einer seriellen Töne-Algebra gelöst hatte.

Doch wenn Schnebels getreue „Maulwerker" sich wieder und wieder zwischen dadaistischem Geblödel und pathologischem Gestammel artikulieren – unempfindlich für jene Moralgrenze, die das Ästhetisieren apathischer Leiden verbietet –, verfangen sie sich ebenso in ihrem eigenen „Systemzwang" wie die Gesellschaft, deren Produktionsprozessen sie entrinnen wollen, weil sie sich behindert fühlen, ihre Stimmwerkzeuge „menschlich zu gebrauchen". Auch die Wittgenstein abgelauschten „Gedankengänge", in denen Schnebel die Freudsche Triade von Es, Ich und Über-Ich zu Gegen-Satzpaaren ausfabuliert, um sie auf magischem Kreis, Quadrat, Kreuz und Stern schreitend aufzusagen, verlieren als endlose Tirade ihren gemeintlichen Scharfsinn. Einzig die zwei Schau-in-Szenen „Weisen von Kopf bis Fuß" (auch in „Laut-Gesten-Laute") enden vor ihrer Erschöpfung: Ein quasi liturgisches Duett, deutbar als Gefangenschaft der Seelen, deren eine sich aufbäumt gegen die Daumenschrauben des Über-Ich.

Unglaublich, aber wahr: Wer im philharmonischen Abonnementskonzert die Uraufführung von Schnebels fünf Sinfonie-Stücken miterlebte, die Hans Zender als Besteller und Anwalt dieser „Sinfonie im Westentaschenformat" buchstäblich in die Welt setzte, brachte den gewitzten „Sinfoniker" und den regredierten Lautgeber kaum zusammen.

Der Kopfsatz zitiert die klassische Sonatenhauptsatzform, zusammengeschnurrt auf ein minimales Ausmaß. Ein Trauermarsch, Chiffre des Mahlerschen Satztyps, folgt. Einen Flickerlteppich vorbeizitternder Tanztypen (Ländler, Walzer, Tango, Polka) knüpft das Scherzo. Im Adagio lichtet sich der Himmel, es nimmt sich Zeit für die Form, klammert sich hoffnungsvoll an den Choral „Wie schön leuchtet der Morgenstern". Der Finalsatz schließlich spielt mit der überkommenen Rondoform, exponiert drei unterschiedliche Themen-Charaktere, greift im Sinne der Finalsinfonie Material aus vorangegangenen Sätzen auf und rekapituliert somit das emotionale Gefälle der klassisch-romantischen Sinfonie, das Alfred Brendel im nachfolgenden 3. Klavierkonzert von Beethoven wie zum Vergleich ausmodellierte. Komponierend angeeignete Musikgeschichte, Mahler-Ton vor allem, amalgamiert sich in diesen Stücken mit Lautzeichen des ewig Elementaren: Wasser, Wind und Kieselsteine tönen herein in diesen mikroskopischen Kosmos – nicht als aufgepappte Musique concrète, sondern als eingewebter „Tonfall" einer zeitenthobenen musica mundana.

LUTZ LESLE

Schallplatte: H. Schiff und A. Bertoncelj als Duo

Lebensfroh aus Prinzip

Heinrich Schiff ist Österreicher, Aci Bertoncelj Slowene aus Laibach, beide sind angesehene Interpreten der Neuen Musik, denen man auf einschlägigen Festivals begegnet, sei es in Graz oder im jugoslawischen Radenci. Dazwischen mag zwar eine Grenze liegen, aber geistig ist sie noch immer ausgesprochen durchlässig, ebenso wie die zur Tschechoslowakei. Österreich hat für die slawischen Sprachen, ob näher oder weiter weg, immer ein feines Ohr gehabt – erinnern wir uns, wie die Universal Edition in den zwanziger Jahren Werke des noch völlig unbekannten jungen Schostakowitsch zum westlichen Vertrieb übernahm.

Dessen vielgespielter Sonate d-Moll op. 40 gilt die erste Interpretation einer neuen Platte des Duos. Es ist ein Stück, das, 1934 entstanden, eine Zeit spiegelt, die die unkomplizierte, aufbauende Fröhlichkeit zum Lebensprinzip erhob, und wehe, wer da nicht mitmachte – Schostakowitsch bekam es zwei Jahre später, auf Konzertreise mit eben jenem Cellisten Viktor Kubatzki, dem er das Werk widmete, zu spüren: Totalverriß seiner „Lady Macbeth".

Etwas von diesem Wissen, diesen Erfahrungen schwingt zwangsläufig in allen Interpretationen des populären Stückes, eine Brechung seiner Heiterkeit wenigstens ins Ironische, wenn nicht Makabre – Heinrich Schiff und Aci Bertoncelj tun dies doch in einer Ernstnahme der Utopie als Idee, gewissermaßen in der Vorstellung, die „heile Welt" könne stärker sein als der Terror.

Bei Lutoslawski und seinem „Grave" bin ich mir nicht im klaren, ob dies kräftige Zupacken, wie es hier geschieht, am Platze ist. Dagegen gewinnen Bohuslav Martinus Slowakische Variationen wieder ihre „donauklassische" Authentizität in einer Interpretation, die auf rhetorisches Pathos keineswegs verzichtet, aber im Wechselspiel lyrische Besinnung zu entfalten weiß (EMI 1C 067/ 2700941).

DETLEF GOJOWY



Einer von Tausenden: „Stehender Bogenschütze" aus der Armee des Qin Shihuangdi FOTO: KATALOG

Siegreiche Feldzüge mit kleinen Armeen: Anmerkungen zu den chinesischen Auslandsausstellungen

Der Gnade eines großen Herrschers teilhaftig

Auch China schickt Soldaten ins Ausland, um fremde Länder für das Reich der Mitte zu gewinnen. Gerade sind sie in Wien aufmarschiert. Allerdings nur acht Mann und zwei Pferde, noch dazu aus Ton und mehr als zweitausend Jahre alt. In der Hofburg sind die lebensgroßen Figuren in einem Graben aufgebaut, wie sie in der Provinz Shaanxi 1974 unweit des Grabhügels von Chinas erstem Kaiser, dem Reichseiniger Qin Shihuangdi (259 bis 210 vor der Zeitwende) ausgegraben wurden.

Die Wiener Truppe ist allerdings nur ein Promille der Armee des toten Kaisers, die auf mehr als 7000 Männer, 500 Pferde und 130 Streitwagen geschätzt wird. Es ist sozusagen von jeder Spezies ein Mann an die Donau gekommen, ein stehender Bogenschütze, ein Kavallerist, ein Soldat im Waffenrock, ein Streitwagenlenker, ein Soldat in Rüstung und ein Offizier in Rüstung. Nur die knienden Bogenschützen durften zwei Mann in die Delegation entsenden. Als Zugabe sind in der verhältnismäßig kleinen Ausstellung noch ornamentierte Zügel, Pfeilspitzen, ein paar Gefäße, ein sitzender Stallknecht (aus einem anderen Fund) sowie die Nachbildungen einer Armbrust und eines Streitwagens zu sehen. Insgesamt sind es nur 33 Katalognummern. Dazu kommen Pläne der Fundstätte und Rekonstruktionen der Bemalung der Figuren, die einst wahrscheinlich in einem kräftigen Grün, Rot und Braun prangten.

Es sind zweifellos bedeutende Funde zu Chinas früher Geschichte, die immer wieder zu beeindrucken vermögen, selbst wenn man sie nicht zum erstenmal sieht. Denn die Chinesen verstehen mit diesem Fund zu wuchern. 1980 schickten sie die Tonsoldaten erstmals nach Europa. Sie waren in Zürich, Berlin, Hildesheim, Köln und später auch in Venedig zu sehen. Stets waren es sorgfältig inszenierte Ausstellungen, die ein wenig die Gnade eines großen Herrschers spüren ließen, der das Volk einen Blick auf seine unermeßlichen Schätze werfen läßt.

Das begann allerdings nicht erst mit dem Aufmarsch der Tonsoldaten. Nach dem Abklingen der Kulturrevolution brachte China sich Mitte der siebziger Jahre mit großen Ausstellungstourneen wieder in Erinnerung. Damals standen das „fliegende Pferd" und das Totengewand der Prinzessin Dou Wan aus Jadeplättchen, die mit Golddraht verbunden waren, im Mittelpunkt. Die Stationen des Gastspiels waren sorgfältig ausgewählt. Zuerst Paris, London, Stockholm, dann Wien, Brüssel, Amsterdam und später Kopenhagen. Inzwischen kann sich die Bundesrepublik einer gewissen Bevorzugung rühmen. Denn in diesem Jahr sind nicht nur Rollbilder und Querrollen der Ming- und Qing-Zeit in Baden-Baden, Köln und in Hamburg zu sehen, sondern im Berliner Martin-Gropius-Bau werden „Die Schätze aus der verbotenen Stadt" in aller Pracht vorgeführt.

Daneben waren die Chinesen stets auch mit kleineren Ausstellungen präsent. 1975 war es „Bauernmalerei aus Hushien", die durch viele Städte wanderte.

Drei Jahre später, den endgültigen Abschwung der Kulturrevolution mit ihrem populistischen Gehabe markierend, ging „Chinesische Malerei der Gegenwart" auf die Reise, wobei sich Sozialistisch-Realistisches mit dem Wiederaufleben der klassischen Schulen mischte. Und im vergangenen Jahr wurde schließlich auf alle politischen Verbeugungen der Künstler verzichtet und einfach „Klassische chinesische Malerei der Gegenwart" gezeigt.

Es ist diese geschickte Mischung zwischen Klein- und Großereignissen, durch die die Chinesen im kulturellen Bewußtsein ständig präsent sind. Man kann eben auch mit acht Soldaten und zwei Pferden einen Kontinent erobern – wenn die Strategie stimmt. (Bis 4. Aug.; Katalog 195 öS.)

PETER DITTMAR

Keine Spur vom jugoslawischen Königsschatz

DW. Belgrad

Am 9. Oktober 1934 wurde der damalige jugoslawische König Alexander I. Karadjordjevic in Marseille von seinen innenpolitischen Gegnern ermordet. Ein Jahr später beschäftigte sich bereits ein Belgrader Gericht mit der Aufteilung seines Vermögens, das wohlverwahrt in Safes Schweizer Banken liegen soll. Bis heute – 50 Jahre danach – ist es jedoch weder dem königlichen noch dem kommunistischen Jugoslawien noch den adeligen Erben gelungen, den mysteriösen Königsschatz zu heben.

Inzwischen gibt es nicht einmal mehr einen Beweis dafür, daß überhaupt etwas existiert. Zwar hat Alexanders Sohn, der als Peter II. Jugoslawien bis zum Zweiten Weltkrieg regierte, die Existenz von Geheimkonten seines Vaters in der Schweiz bestätigt. Auch Peters amerikanischer Anwalt versicherte nach dem Tode des Königssohnes im Jahre 1970, daß Alexander den größten Teil seines Privatvermögens in der Schweiz angelegt habe. Alle diplomatischen Bemühungen Belgrads nach 1945, von der Schweizer Regierung Auskunft über eventuelle königliche Konten und Bankfächer zu bekommen, blieben erfolglos. Offenbar ziehen sich die eidgenössische Regierung und Behörden selbst noch 50 Jahre nach dem Tod hinter das Bankgeheimnis zurück.

Sollte die Suche nach dem verborgenen Königsschatz Erfolg haben, fangen die juristischen Schwierigkeiten erst an: Kann der kommunistische Staat als Erbe des alten Königreichs Jugoslawien auftreten? Hat der Staat bei der Erbschaft ein Vorrecht vor den noch lebenden Verwandten? Das jugoslawische Magazin „Nin" berichtete jetzt jedoch von einem Testament des Königs. Es liege in einem Safe im Finanzministerium des Landes und werde wie ein „Staatsgeheimnis" gehütet.

Die Polizei hat Schwein gehabt



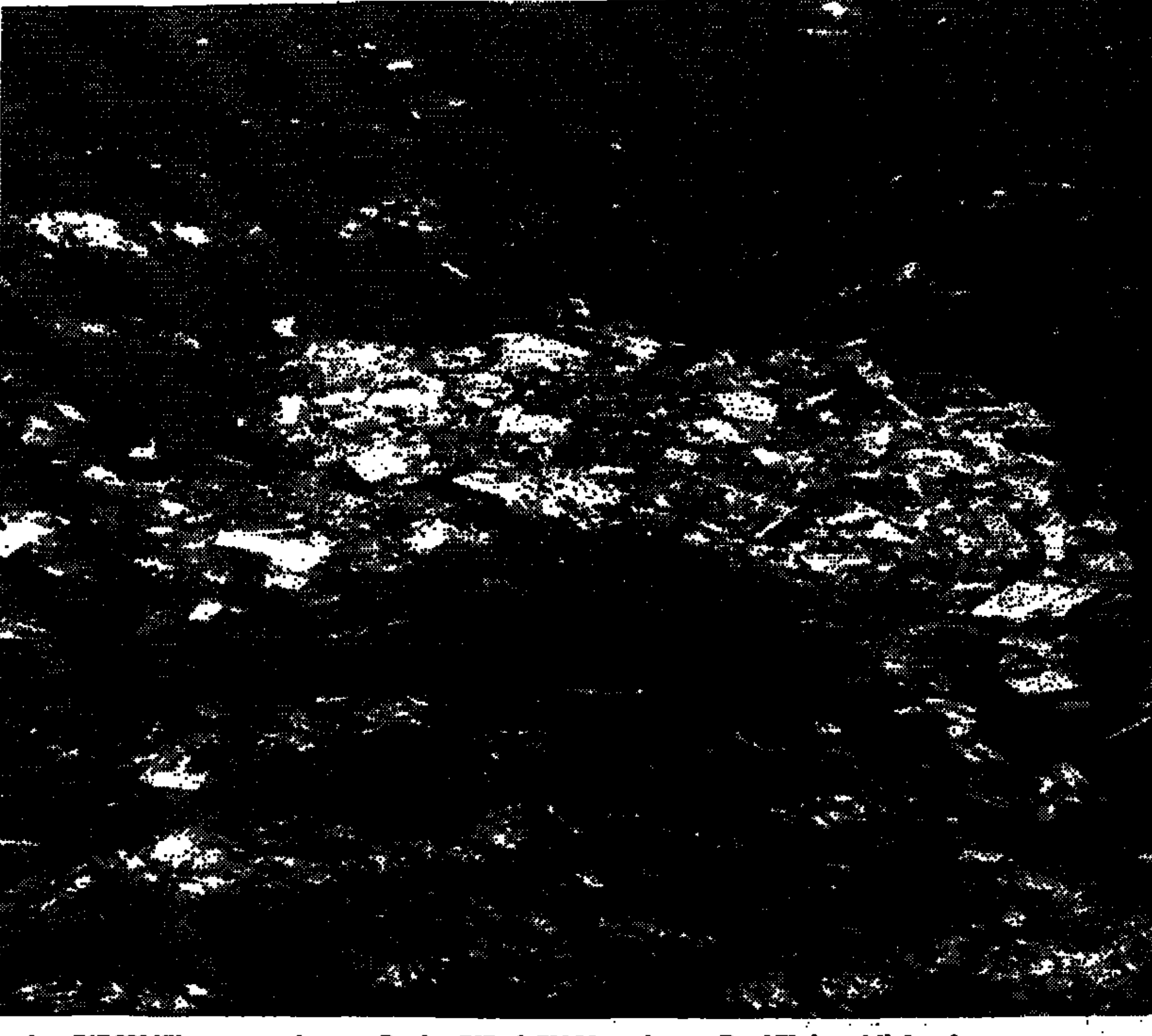
Die Wildsau Luise dagegen nicht – trotz ihrer Nase für das Rauschgift. FOTO: AP

Das Schwein der niedersächsischen Polizei muß gehen. Luise, das bisher einzige Polizei-Schwein der Welt, wird am 16. August den Zwinger der Polizeistation Hildesheim wieder verlassen. Der Beauftragte für Schutzhunde der Polizei in Niedersachsen, Hauptkommissar Werner Franke, hatte die Wildsau, inzwischen elf Monate alt und zwei Zentner schwer, in einem Privatzoo entdeckt und als „Rauschgiftspürhund" ausbilden lassen. Sie zeigte bald eine sehr gute Nase. So wurde der Frischling im Mai versuchsweise in den Polizeidienst gestellt.

Doch nur für kurze Zeit. Denn der leitende Polizeidirektor im Innenministerium in Hannover, Herbert Sander, entdeckte in einer Dienstordnung, daß nur Hunde bei der Polizei vorgesehen sind. „Ein Schwein im Dienst der Polizei hat es noch nie gegeben und wird es niemals geben", befand er. Da hilft die beste Nase nichts, Vorschrift ist Vorschrift. rev.

Jumbo-Absturz: Hektische Aktivitäten bei den Fluggesellschaften / Krisensitzung der Iata / Bekenneranruf





Das Gesicht eines trauernden Menschen. Rechts: Alles, was von einer 317 000 Kilogramm schweren Boeing 747 mit 329 Menschen an Bord übriggeblieben ist. FOTOS: AP

Sprengstoffe: Exakte Chemie der Zerstörung

DIETER THIERBACH, Bonn

Sprengstoffe sind Verbindungen oder Stoffgemische, die innerhalb extrem kurzer Zeit zu Gasen zerfallen. Die dabei entwickelte Wärme vergrößert das entstehende Gasvolumen weiter, so daß sich die ursprüngliche Sprengstoffmasse bei der Explosion um etwa das Zehntausendfache ausdehnt. Bei der Initialzündung per Detonationsstoß explodiert die Zündkapsel in nur 0,000 000 1 Sekunden. Die gesamte chemische Energie wird innerhalb von tausendstel Sekunden freigesetzt.

Bestandteile herkömmlicher Sprengstoffmischungen sind Nitroglycerin und Ammoniumnitrat, mit ihren Zuschlagstoffen Nitrocellulose und Holzmehl besser als Dynamite bekannt. Sie werden – auf Rezepturen Alfred Nobels beruhend – heute noch immer im Bergbau, bei der Erschließung von Ölquellen und Rohstofflagern verwendet.

Spektakulärer ist der Einsatz militärischer Sprengstoffe. Die materialtechnischen Voraussetzungen sind hier hoch: Sie dürfen nicht explodieren, wenn sie von Gewehrkugeln getroffen werden, und müssen stoß-, reibungsunempfindlich und lagerungsstabil sein. Hauptvertreter ist das Nitropenta (Pentaerythrittetranitrat). Die farblosen Kristalle ergeben mit Siliconöl als Knetmittel und wenigen Zusätzen einen der kräftigsten und brisantesten Sprengstoffe. In handliche „Butterpäckchen" verpackt durchtrennen Bundeswehrpioniere damit beispielsweise massive Brükken-Stahlträger. Bei der Detonation entstehen kurzzeitig Temperaturen von 3900° C. Der Druck bei der Explosion liegt hier, wie bei allen modernen Sprengstoffen, um Werte zwischen 10 000 und 13 000 Kilogramm pro Quadratzentimeter.

Noch brisanter ist Hexogen, der „schnellste" Sprengstoff, das z. B. in Panzerabwehrminen verwendet wird. Es detoniert, erkennbar am kurzen, scharfen Knall, mit der 25fachen Schallgeschwindigkeit. Der Brisanzwert, ein Maß für die Zerstörungskraft, steigt von 1350 beim Schwarzpulver auf 145 900 beim Nitroglycerin und nimmt mit 195 000 beim Hexogen den höchsten, bekanntesten Wert ein.

„Die Maschine explodierte in der Luft und drehte sich zweimal um die Achse"

DW. London

Einen Tag nach dem Absturz einer Boeing 747 der „Air India", 240 Kilometer südwestlich von Irland, herrscht in der internationalen Zivilluftfahrt Krisenstimmung. Weltweit wurden die Sicherheitskontrollen verschärft, was die Flugpläne zum Teil total durcheinanderbrachte. Die Iata, die Internationale Lufttransportvereinigung, berief noch für diese Woche eine Sondersitzung nach Montreal ein. Hans Krakauer, Vizepräsident des Internationalen Flugpassagierverbandes, malte ein düsteres Bild an die Wand: „Es wird noch mehr passieren." Ein japanischer Jumbo mit 199 Passagieren an Bord machte gestern früh auf dem Flug nach Tokio eine Notlandung in Akita, nachdem ein anonymer Anrufer um 6.40 Uhr Bombenalarm gegeben hatte. Eine Durchsuchung der Maschine ergab jedoch nur Fehlanzeige.

Unterdessen wartete gestern der Kapitän eines panamaischen Containers mit einer sensationellen Aussage auf. Er will Augenzeuge der Katastrophe geworden sein. „Die Explosion erfolgte im hinteren Teil der Maschine," erklärte Kapitän Esteban Fraile dem spanischen Sender „Onda Pesquera". „Das Flugzeug drehte sich zweimal um seine Achse, bevor es ins Wasser fiel." Er will sich zu dieser Zeit rund acht Seemeilen von der Absturzstelle entfernt aufgehalten haben. Diese Aussage stützt die inzwischen allgemein herrschende Meinung, wonach der „Air India"-Jumbo durch eine Bombe vom Himmel geholt wurde. Völlig unklar war gestern allerdings noch, ob irgendein Zusammenhang besteht zwischen der Antlantik-Katastrophe und der Explosion auf dem Tokioter Flughafen Narita. Erst in der Nacht zu gestern wurde offenkundig, daß hier eine Boeing 747 der „Canadian Pacific Airlines" mit 390 Mann an Bord nur knapp dem gleichen Schicksal wie die Boeing der „Air India" entgangen ist. Die Höllenmaschine, die in Tokio explodierte, befand sich in einem Koffer des kanadischen Flugzeugs. Sie ging nur deshalb nicht während des Fluges hoch, weil der Jumbo 40 Minuten eher landete, als nach dem Flugplan vorgesehen.

Nach einer grausamen Ironie des Schicksals könnte es bei der Katastrophe vor Irland genau umgekehrt gewesen sein. Möglicherweise sollte die Bombe – unterstellt, sie war tatsächlich die Absturz-Ursache – überhaupt erst auf dem Londoner Flughafen Heathrow hochgehen, explodierte aber in der Luft, weil die „Air India"-Maschine mit mehrstündiger Verspätung Montreal verlassen hat. Die Maschine war noch einmal, wenngleich offenbar nur oberflächlich, untersucht worden, nachdem sich die „Schnüffel-Hunde" bei manchen Gepäckstücken auffällig verhalten hatten.

Dieser These neigen immer mehr Experten zu, nachdem sich inzwischen indische Extremisten zu dem Sprengstoffanschlag an Bord der indischen Maschine bekannt haben. In einem Anruf bei der „New York Times" übernahm eine Gruppe die Verantwortung, die sich das „Zehnte Regiment des Sikh-Studentenbundes" nannte. Der Anrufer soll zudem erklärt haben, die Zeitbombe habe während der Zwischenlandung in London hochgehen sollen. Die Führung der in Amerika lebenden Sikhs bezeichnete den Anrufer zwar als „Spinner", ein Sikh-Historiker in Neu-Delhi bestätigte gestern aber die Existenz einer Untergrundorganisation mit ähnlich klingendem Namen.

Der Absturz ereignete sich aus 9300 Metern Höhe. Die Leichen sind zum Teil so stark verstümmelt, daß sie nur anhand von Schmuck und Gebißvergleichen identifiziert werden können. Bei dem Aufprall auf das Wasser erlitten sie Knochenbrüche, die Kleider wurden ihnen vom Körper gerissen. Den einzigen Trost, den der Luftwaffenarzt Richard Cribb spenden konnte, war: „Der Tod muß sehr schnell, wenn nicht gar augenblicklich, eingetreten sein."

Unter den 307 Passagieren befanden sich ungewöhnlich viele Kinder – die Angaben schwanken zwischen 78 und 86 –, die aus Kanada nach Indien zurückkehren wollten. Mehr als 250 Fluggäste waren selbst Sikhs. Mindestens sechs junge Frauen befanden sich auf dem Weg nach Indien, um zu heiraten. Zu ihnen gehörten die 21jährige Premal Saran und die 22 Jahre alte Stewardeß Rema Bhasin.

Königin Elizabeth II., die britische Premierministerin Margaret Thatcher und der irische Ministerpräsident Garret Fitzgerald haben dem indischen Staatspräsidenten und den Angehörigen der Opfer ihr tiefstes Beileid ausgesprochen.



Der Container in Tokio nach der Explosion: Wäre die kanadische Maschine 40 Minuten länger geflogen, wäre sie wie der indische Jumbo in der Luft zerrissen worden. FOTO: AP

Der Flugschreiber im Meer tickt nur noch 28 Tage

SAD, London

Das Geheimnis des aus knapp 9,5 Kilometer Höhe abgestürzten Indien-Jumbos mit der Flugnummer AI 182 liegt mindestens 1200 Meter unter den Wellen des Atlantik auf 51 Grad 01 Minuten 09 Sekunden nördlicher Breite, 12 Grad 42 Minuten 05 Sekunden westlicher Länge. Dort hat sich der Schwanzteil mit dem Flugschreiber und dem Sprechfunkaufzeichner in den Meeresboden gebohrt. Die Suche nach dem irrtümlich als „Black Box" beschriebenen Flugschreiber – in Wirklichkeit ist die prallsichere Verkleidung in orange Leuchtfarbe gespritzt – kann voraussichtlich erst am Mittwoch beginnen. So lange braucht das im Auftrag der indischen Untersuchungskommission vom britischen Verkehrsministerium gecharterte Vermessungsschiff „Guardline Locator", um von dem ostenglischen Hafen Great Yarmouth an die Unglücksstelle zu dampfen.

Im irischen Cork nimmt die in ähnlichen Bergungsaktionen bewährte 52,5 Meter lange „Locator" das ferngesteuerte, unbemannte Mini-U-Boot „Scorpio" an Bord. Das mit einem Greifer ausgerüstete Klein-U-Boot hat eine Tauchtiefe von etwa 1200 Meter. Darin liegt eines der Probleme des Bergungsteams. Denn in unmittelbarer Nähe der Absturzstelle klafft im Meeresboden ein Loch von weiteren 900 Metern. Sollte der Flugschreiber in diese Kluft hineingespült worden sein, müßte ein bemanntes Tauchboot eingesetzt werden.

Die erste Aufgabe des halben Dutzends Experten auf der „Locator" ist die Ortung der Black Box. Der Flugschreiber ist mit einem Sender ausgerüstet, der 28 Tage und Nächte lang einen nur unter Wasser hörbaren „Ping"-Ton von sich gibt. Mit Hilfe von Scannern, Sonaranlage und Computern erstellen die Ortungsspezialisten eine akustische Landkarte des Meeresbodens an der Unfallstelle.

Ist der Flugschreiber geortet, hängt die Bergung von der Beschaffenheit des Meeresbodens ab. Ein Fachmann zur WELT: „Ein harter Boden ist problemlos. Unter Treibsand oder Schlick kann die Box spurlos verschwinden. Es sind schon Boxen aus 30 000 Meter geborgen worden, während andere in zehn Meter Tiefe unauffindbar blieben."

Schlechte Noten für die Post

AP, Berlin

Jeder siebente Standardbrief in der Bundesrepublik Deutschland landet verspätet im Briefkasten seines Empfängers. Die Stiftung Warentest in Berlin ermittelte in einer repräsentativen Untersuchung der Postlaufzeiten, daß nur 77 Prozent aller Briefe nach ihrem Einwurf am nächsten Werktag ihren Adressaten erreichen. Demgegenüber beruft sich die Deutsche Bundespost nach postinternen Erhebungen darauf, daß 90 Prozent aller normalen Sendungen dies schafften. In der Juli-Ausgabe der „test"-Zeitschrift erteilen die Berliner Warentester besonders den Einschreiben und Wertbriefen schlechte Noten: Von ihnen erreichten nur 71 Prozent ihr Ziel am nächsten Tag.

Unterhalts-Urteil

rtr, Karlsruhe

Studenten, die einen Anspruch auf staatliche Ausbildungsförderung (BAföG) haben, können von ihren Eltern keinen Unterhalt verlangen. Das entschied gestern der Bundesgerichtshof (BGH). Danach muß ein volljähriger Student auch Ausbildungsförderung auf Darlehensbasis akzeptieren. (Az.: VI b ZR 30/84)

Aids-Erreger gestohlen

AFP, Paris

Zwei Behälter mit Aids-Viren haben unbekannte Autodiebe in Paris mitgenommen, als sie den Mercedes eines durchreisenden Schweizer Arztes stahlen. Die Polizei warnt, denn beim Öffnen der jeweils etwa 20 Kilogramm schweren Behälter besteht das Risiko der Ansteckung mit der fast stets tödlich verlaufenden Immunschwächen-Erkrankung.

Beutezug

dpa, Marseille

Weit mehr als zehn Millionen Franc (mindestens 3,35 Millionen Mark) fielen Einbrechern in die Hände, die am Wochenende die Geldtransportfirma „Protecval" in Air-les-Milles bei Marseille ausräumten. Der Einbruch wurde erst gestern entdeckt.

Reue nach 17 Jahren?

AP, Los Angeles

17 Jahre nach der Ermordung des früheren amerikanischen Justizministers Robert Kennedy hat der als Attentäter abgeurteilte Jordanier Sirhan Bishara Sirhan öffentlich Reue über die Tat bekundet. In der Montagsausgabe der „Los Angeles Times" wird er mit den Worten zitiert, er könne sich zwar noch immer nicht erinnern, den Abzug an der Waffe betätigt zu haben, aber er nehme die alleinige Schuld auf sich.

Schlußstrich

dpa, Karlsruhe

Der Bundesgerichtshof (BGH) hat jetzt einen juristischen Schlußstrich unter den monatelangen Streit um die Frankfurter Schöffenwahl gezogen. Der 2. BGH-Strafsenat sah keine Fehler in der kürzlich erfolgten „Nachholwahl". Derselbe Senat hatte im Herbst des vergangenen Jahres die 1980 durch Losentscheid vorgenommene Auswahl der Schöffen durch den Schöffenwahlausschuß des Amtsgerichts Frankfurt/Main für ungültig erklärt (Az.: 2 StR 197 und 98/85 vom 19. Juni 1985).

WETTER: Kurzzeitig freundlich

Wetterlage: Zwischen dem nach Polen abziehenden Tief und einer neuen atlantischen Störung schwenkt im Tagesverlauf ein flacher Zwischenhochkeil über Deutschland hinweg.



Vorhersage für Dienstag:
Im Osten vormittags noch stärker bewölkt und gelegentlich etwas Regen, später auch dort heiter bis wolkig und trocken. Zum Abend von Westen her Bewölkungsaufzug und nachfolgend erneut Regen. Tageshöchsttemperaturen zwischen 15 und 20 Grad. Tiefstwerte in der Nacht zum Mittwoch zwischen 12 und 8 Grad. Schwacher Wind aus Südwest.

Weitere Aussichten:
Wechselhaft mit schauerartigen Regenfällen, für die Jahreszeit zu kühl.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	16°	Kairo	29°
Bonn	17°	Kopenh.	19°
Dresden	17°	Las Palmas	23°
Essen	16°	London	15°
Frankfurt	16°	Madrid	26°
Hamburg	18°	Mailand	21°
List/Sylt	17°	Mallorca	27°
München	14°	Moskau	21°
Stuttgart	16°	Nizza	21°
Algier	25°	Oslo	19°
Amsterdam	14°	Paris	18°
Athen	28°	Prag	17°
Barcelona	23°	Rom	24°
Brüssel	14°	Stockholm	26°
Budapest	15°	Tel Aviv	28°
Bukarest	21°	Tunis	27°
Helsinki	25°	Wien	17°
Istanbul	23°	Zürich	14°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 5.07 Uhr, Untergang: 21.42 Uhr; **Mondaufgang:** 14.18 Uhr, Untergang: 1.37 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Bürgerlich geheiratet

Einen reichen, aber nicht adeligen Griechen hat jetzt Prinzessin **Yasmin Aga Khan**, die Tochter der amerikanischen Filmschauspielerin **Rita Hayworth** und des verstorbenen Chefs der Ismaeliten-Sekte, **Aga Khan III.**, in Paris in der griechisch-orthodoxen Kirche geheiratet. Ihr Auserwählter ist der 35jährige **Basil Embirico**, der Erbe einer große Reederei in Athen.

Fürstlich empfangen

Nachdem sie in sieben Tagen die Erde elfmal umrundet und dabei eine Strecke von 4,6 Millionen Kilometer zurückgelegt hatte, landete die amerikanische Raumfähre „Discovery" gestern nachmittag unter der Regie von Kommandant **Dan Brandenstein** und Pilot **John Creighton** auf der Landepiste des Flugstützpunktes Edwards in der kalifornischen Mojavewüste. Wie es zu einer solchen Mission gehört, die außerdem so erfolgreich wie diese verlief, wurde der „Discovery" ein fürstlicher Empfang bereitet. Zehn saudische Prinzen kamen zur Begrüßung, darunter vier Brüder des Königsneffen Sultan Salman el Saud, der mit an Bord war.

Ein 'Bhopal' darf es nicht mehr geben

Konferenz zur Beseitigung gefährlicher Güter: Weltweite Zusammenarbeit gefordert

PETER ZERBE, Bonn

Bei der Beseitigung gefährlicher Substanzen ist der Industriestaat Bundesrepublik Deutschland national sicherlich gut organisiert, aber bei der internationalen Zusammenarbeit absolut zurückhaltend. Diesen Vorwurf erhob gestern der Vorsitzende der internationalen Unfallbekämpfungsorganisation, David Usher, am Vortag der 1. Europäischen Konferenz zur Beseitigung gefährlicher Güter, die heute in Hamburg beginnt.

Während der dreitägigen Veranstaltung wollen mehr als 100 Experten aus den Vereinigten Staaten, Kanada, Südafrika und den westeuropäischen Industrieländern aktuelle Themen wie die Beseitigung von schwach radioaktivem Müll, die Dioxin-Verschmutzung, die Grundwasser-Überwachung und über Unfälle mit Chemikalien auf See diskutieren. Fast die Hälfte der Experten kommt aus den Vereinigten Staaten, um von europäischen Kollegen Anregungen über die Bekämpfung von Unfällen mit Abfällen mit nach Hause zu nehmen. „Wir haben schon viel über die Zusammenarbeit in Europa gehört, doch die Unfallverhütung mit gefährlichen Materialien bleibt überwiegend eine nationale Angelegenheit und wird in internationalen Gremien kaum diskutiert. Wir hoffen, daß unsere europäischen Freunde von diesem Dialog jetzt auch profitieren und verstärkt international mitarbeiten werden", erklärte der amerikanische Spezialist Usher.

Die internationale Unfallbekämpfungsorganisation hat Hamburg als Tagungsort gewählt, weil durch Industrie und Hafen und die Mülldeponie Georgswerder ein großes Interesse am Umgang mit gefährlichen Substanzen besteht.

Berichte und Diskussionen der Bergungsexperten über Unfälle mit gefährlichen Gütern auf hoher See einen nehmen breiten Raum ein. Der Unfall des französischen Atomfrachters „Mont Louis", der im August vergangenen Jahres im Ärmelkanal gesunken war und dessen gefährliche Fracht von einem niederländischen Bergungsunternehmen aus dem gesunkenen Schiff geholt wurde, kommt zur Sprache und auch die schwere Explosion mit zahlreichen Toten in der indischen Niederlassung Bhopal eines amerikanischen Chemieunternehmens. In beiden Fällen wollen die Sicherheitsfachleute Pläne für die Katastrophenvorsorge diskutieren. „Allein wenn wir uns mit Vorsorgemaßnahmen befassen und sie in das Bewußtsein der Verantwortlichen bringen, helfen wir, schwere Unfälle zu verhindern", betonte Usher.

Die amerikanischen Experten sind davon überzeugt, daß es in Europa Technologien gibt, die dazu beitragen können, Unfälle mit gefährlichen Substanzen zu verhindern. Das Bewußtsein jedoch sei nicht so stark ausgeprägt wie zum Beispiel in den Vereinigten Staaten. Vertreter von deutschen Firmen oder staatlichen Institutionen würden sich nur selten an der internationalen Zusammenarbeit beteiligen. „Die Probleme mit dem gefährlichen Müll sind zwar überall bekannt, doch nur wenige Länder helfen dabei mit, sie auch zu lösen", sagte Usher und hofft auf eine stärkere, deutsche Mitarbeit an der Arbeit der Internation Spill Control Organisation.

ZU GUTER LETZT

„Gölz, Meister, Thurau stieg aus! Das Rad war nicht in Form ..." – Überschrift der „Bild"-Zeitung.

